

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Wie geht's Österreich? ... ; 2013

Provided in Cooperation with:

Statistik Austria, Wien

Reference: Wie geht's Österreich? ... ; 2013 (2013).

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/1681>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.



Wie geht's Österreich? 2013

Indikatoren und Analysen

Auskünfte

Allgemeiner Auskunftsdienst
1110 Wien, Guglgasse 13
E-Mail: info@statistik.gv.at
Tel.: +43 (1) 711 28-7070
Fax: +43 (1) 715 68 28

Herausgeber und Hersteller

STATISTIK AUSTRIA
Bundesanstalt Statistik Österreich
1110 Wien, Guglgasse 13

Für den Inhalt verantwortlich

Konrad Pesendorfer (Fachstatistischer Generaldirektor)

Mit Beiträgen von

Franz Ferdinand Eiffe, Kathrin Gärtner, Alexandra Wegscheider-Pichler, Anneliese Oismüller, Marc Plate (alle STATISTIK AUSTRIA)

Design

ARTE GRAFICA, Atelier für Grafische Gestaltung
Mag. Karl Stefan Nolz
1140 Wien, Wolfersberggasse 9a
www.artegrafica.at

ISBN: 978-3-902925-11-4

Zitieren Sie diese Publikation bitte wie folgt:

STATISTIK AUSTRIA (2013). Wie geht's Österreich? – Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Auf der Webseite von STATISTIK AUSTRIA steht die Publikation online zur Verfügung:

http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/index.html

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (STATISTIK AUSTRIA) vorbehalten. Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von STATISTIK AUSTRIA einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA“ gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.

© STATISTIK AUSTRIA

Artikelnummer: 20-9910-13
Verkaufspreis: € 29,90

Wien 2013

Vorwort

Mit dem vorliegenden Bericht zu „Wie geht's Österreich?“ präsentiert STATISTIK AUSTRIA erstmals ausführliche Ergebnisse und vertiefende Analysen zu der bereits 2012 gestarteten Initiative zur Messung von Wohlstand und Fortschritt.

In den vergangenen Jahren haben intensive Diskussionen darüber stattgefunden, wie existierende ökonomische Indikatoren – allen voran das Bruttoinlandsprodukt – sinnvoll ergänzt werden können, um ein angemessenes und vollständiges Bild von Wohlstand und Fortschritt unserer Gesellschaften zu zeichnen. Vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Debatte mittlerweile eine breite Öffentlichkeit erreicht. Die Verbesserung des Wohlbefindens der Bevölkerung, die Nachhaltigkeit unserer sozialen Systeme und der Umgang mit der natürlichen Umgebung sind zu zentralen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft geworden. Fundamentale Fragen zur Wahrnehmung und Messung gesellschaftlichen Fortschritts werden heute in etlichen Ländern diskutiert. Was bedeutet Fortschritt und Wohlbefinden? Wie soll gesellschaftliches Zusammenleben künftig organisiert werden? Welche Informationsanforderungen gehen damit einher?

Diese Diskussionen haben zu einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen geführt, die sich mit der Messung von Wohlstand und Fortschritt auseinandersetzen. Sie alle verbindet der Grundgedanke, dass die Beurteilung derselben über die rein ökonomische Betrachtung hinausgehen muss.

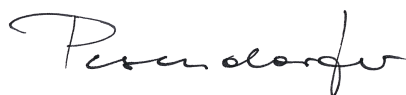
Konkret lieferte der 2009 veröffentlichte Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission Anregungen, wie vorhandenes Datenmaterial verbessert und für die Messung von Fortschritt, Wohlbefinden und nachhaltiger Entwicklung genutzt werden kann. Um diesen Informationsbedürfnissen Rechnung zu tragen, initiierte das oberste Statistikgremium der EU, der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (ESSC), ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Ziel, die Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports in konkrete Handlungsfelder für das ESS zu übersetzen. Organisiert wurde dieses Projekt in Form einer sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development“ mit dem Ziel, das offizielle statistische System für diese Herausforderungen fit zu machen.

Gemeinsam mit einigen anderen europäischen Ländern nimmt Österreich bei der Umsetzung dieser Vorschläge eine Vorreiterrolle ein. Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?“ legt STATISTIK AUSTRIA in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren vor, das die drei Bereiche „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „umweltorientierte Nachhaltigkeit“ für Österreich, unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen, bestmöglich abbildet.

In einem breiten Kommunikationsprozess mit Stakeholdern aus Forschungseinrichtungen, Interessenvertretungen und Ministerien wurde die Auswahl der Indikatoren abgestimmt. Ein externes Expertengremium lieferte darüber hinaus eine Bewertung über die lang- und kurzfristigen Verläufe der Schlüsselindikatoren, welche schnell und übersichtlich aktuelle Entwicklungen aufzeigen. Die Bewertung beruht dabei auf der persönlichen Expertise der einzelnen Expertinnen und Experten, die sich u.a. am Zielerreichungs-Monitoring orientierten, sofern politische Ziele (wie etwa die Europa 2020-Ziele) formuliert und quantifiziert wurden.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Entwicklungen der einzelnen Schlüssel- und Subindikatoren auf anschauliche Weise. Ein vertiefendes Sonderkapitel zum Bereich Lebensqualität thematisiert darüber hinaus die Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit in Österreich. Die Indikatoren, ein interaktives Tool und methodische Hintergrundinformationen sind auf der Homepage von STATISTIK AUSTRIA unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich abrufbar.

Wien, Oktober 2013



Dr. Konrad Pesendorfer
Fachstatistischer Generaldirektor

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	10
Einleitung	13
Executive Summary	17
1	
Was ist „Wie geht's Österreich“	25
1.1 Hintergrundinformation	26
1.2 Bewertung	27
1.3 Kommunikation / Dissemination	29
1.4 Europäische Rahmenbedingungen	31
2	
Materieller Wohlstand	35
2.1 Dimensionen des materiellen Wohlstands	36
2.2 Produktion	37
2.2.1 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP)	37
2.2.2 Arbeitsproduktivität	38
2.3 Einkommen der privaten Haushalte	40
2.3.1 Haushaltseinkommen	40
2.3.2 Verfügbares Einkommen – Aufkommenseite	41
2.3.3 Verfügbares Einkommen – Verwendungsseite	42
2.4 Konsum der privaten Haushalte	43
2.4.1 Haushaltskonsum	43
2.4.2 Zusammensetzung des Haushaltskonsums	44
2.5 Verteilungsaspekte	45
2.5.1 Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen	45
2.5.2 Subindikator Gender Pay Gap	46
2.5.3 Subindikator Einkommensquintilsverhältnis (S80/S20)	47
2.6 Unbezahlte Produktion	50
2.6.1 Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit	50
3	
Lebensqualität	53
3.1 Dimensionen der Lebensqualität	54
3.2 Materielle Lebensbedingungen	56
3.2.1 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	56
3.2.2 Subindikator Verfestigte Deprivation	58
3.3 Produktive Aktivitäten und Arbeit	59
3.3.1 Erwerbstätigenquote	59
3.3.2 Subindikator Arbeitslosigkeit	61
3.3.3 Subindikator Arbeitszufriedenheit	63
3.4 Gesundheit	64
3.4.1 Subjektive Gesundheit	64
3.4.2 Subindikator Soziale Lebenserwartungsdifferenzen	66
3.5 Bildung	68
3.5.1 Tertiärquote	68
3.5.2 Subindikator Bildungsniveau	70
3.5.3 Subindikator Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger	71

3.5.4	Subindikator Intergenerationeller Bildungsvergleich	71
3.6	Soziale Teilhabe	73
3.6.1	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen	73
3.7	Freizeit	75
3.7.1	Freizeitaktivitäten	75
3.8	Physische Unsicherheit	77
3.8.1	Physisches Unsicherheitsempfinden	77
3.8.2	Subindikator Mordrate	78
3.9	Qualität der gesellschaftlichen Organisation	80
3.10	Natürliche Wohnumgebung	82
3.10.1	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	82
3.11	Gesamte Lebenszufriedenheit	85
3.11.1	Subjektive Lebenszufriedenheit	85

4

Umweltorientierte Nachhaltigkeit **89**

4.1	Dimensionen der umweltorientierten Nachhaltigkeit	90
4.2	Ressourcen	92
4.2.1	Inländischer Materialverbrauch	93
4.2.2	Bio- und Naturschutzflächen (laut ÖPUL)	95
4.2.3	Bau- und Verkehrsflächen	96
4.3	Klimawandel, Emissionen	98
4.3.1	Treibhausgasemissionen	98
4.3.2	Phosphoremissionen im Abwasser	101
4.3.3	Abfälle aus Haushalten	102
4.4	Energie	105
4.4.1	Erneuerbare Energieträger	105
4.4.2	Energetischer Endverbrauch	107
4.4.3	Energieintensität	108
4.5	Verkehr, Mobilität	110
4.5.1	Energieverbrauch des Verkehrs	110
4.5.2	Fahrleistung des Lkw-Verkehrs	112
4.5.3	CO ₂ -Emissionen von Pkw-Neuzulassungen	113
4.6	Monetäre Umweltaspekte	115
4.6.1	Umweltschutzausgaben	115
4.6.2	Ökosteuern	116
4.6.3	Umweltwirtschaft	119

5

Zusammenhänge **123**

5.1	Nachhaltigkeit als gemeinsame Klammer	124
5.2	Sozio-ökonomische Zusammenhänge	126
5.3	Interdependenzen der Lebensqualität	128
5.4	Ökologische Perspektive	132
5.4.1	Bruttoinlandsprodukt und Umweltfaktoren	133
5.4.2	Haushaltseinkommen und Umweltfaktoren	135
5.4.3	Haushaltskonsum und Umweltfaktoren	136

6

Ausblick **139**

Literaturverzeichnis **145**

Wie geht's Österreich? – Sonderkapitel Lebensqualität: Die Determinanten des subjektiven Wohlbefindens **155**

Grafiken

Grafik 1	Ebene 1 der Webseite	29
Grafik 2	Ebene 2 der Webseite	30
Grafik 3	Dimensionen des materiellen Wohlstands	36
Grafik 4	Bruttoinlandsprodukt im EU-Vergleich (2011)	38
Grafik 5	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)	38
Grafik 6	Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)	39
Grafik 7	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)	41
Grafik 8	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (real, Verbrauchskonzept) Aufkommenseite (2012)	41
Grafik 9	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (real, Verbrauchskonzept) Verwendungsseite (2012)	42
Grafik 10	Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)	43
Grafik 11	Zusammensetzung der Konsumausgaben privater Haushalte (real, Inlandskonzept) (2012)	44
Grafik 12	Konsumausgaben der privaten Haushalte (real) im EU-Vergleich	44
Grafik 13	Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen	46
Grafik 14	Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen)	47
Grafik 15	Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede im EU-Vergleich (2011)	47
Grafik 16	S80/S20 Einkommensquintil-Ratio der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen bis 64 Jahre	48
Grafik 17	Einkommensquintil-Ratio im EU-Vergleich (2011)	49
Grafik 18	Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit	50
Grafik 19	Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)	50
Grafik 20	Dimensionen der Lebensqualität	54
Grafik 21	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	57
Grafik 22	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Geschlecht der Bevölkerung ab 20 Jahren in %	57
Grafik 23	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen (2011)	58
Grafik 24	Verfestigte Deprivation nach Geschlecht	58
Grafik 25	Erwerbstätigenquote in % der 20-64-jährigen Erwerbspersonen	60
Grafik 26	Erwerbstätigenquote in % der 20-64-jährigen Erwerbspersonen nach Geschlecht	60
Grafik 27	Erwerbstätigenquoten in % der 20-64-jährigen im EU-Vergleich (2012)	60
Grafik 28	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) nach Geschlecht	61
Grafik 29	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2012)	62
Grafik 30	Jugendarbeitslosigkeit im EU-Vergleich (2012)	62
Grafik 31	Arbeitszufriedenheit in % der 20-64-jährigen Erwerbstätigen	63
Grafik 32	Arbeitszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2011)	63
Grafik 33	Subjektiver Gesundheitszustand in % der Personen ab 16 Jahren	65
Grafik 34	Subjektiver Gesundheitszustand nach Geschlecht (2012)	65
Grafik 35	Subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensquintilen (2011)	65
Grafik 36	Sehr guter oder guter subjektiver Gesundheitszustand in % der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2011)	66
Grafik 37	Soziale Lebenserwartungsdifferenzen nach Geschlecht (in Jahren der 35-Jährigen)	67
Grafik 38	Hochschulbildung in % der 30-34-Jährigen	69
Grafik 39	Hochschulbildung der 30-34-Jährigen nach Geschlecht	69
Grafik 40	Hochschulbildung der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2012)	70
Grafik 41	Bildungsniveau der Bevölkerung in % der 25 bis 64-Jährigen	70
Grafik 42	Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger	71
Grafik 43	Intergenerationeller Bildungsvergleich nach Altersgruppen (2011)	72
Grafik 44	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen in % der Personen ab 18 Jahren (2006)	74
Grafik 45	Tragfähige soziale Beziehungen nach Einkommensquintilen (2006)	74
Grafik 46	Freizeitaktivitäten nach Geschlecht (2008/09)	76
Grafik 47	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Geschlecht	77
Grafik 48	Todesfälle aufgrund von Mord (inkl. Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen)	78
Grafik 49	Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2011)	78
Grafik 50	Todesfälle aufgrund von Mord (inkl. Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen) im EU-Vergleich (2010)	79
Grafik 51	Zufriedenheit mit dem politischen System in % der Bevölkerung ab 18 Jahren (2009)	80
Grafik 52	Zufriedenheit mit dem politischen System nach Einkommensquintilen (2009)	81

Grafik 53	Umweltbelastung in der Wohnumgebung	82
Grafik 54	Umweltbelastungen im Detail	83
Grafik 55	Umweltbelastungen nach Einkommensquintilen (2011)	83
Grafik 56	Umweltbelastungen im EU-Vergleich (2011)	84
Grafik 57	Gesamte Lebenszufriedenheit	85
Grafik 58	Lebenszufriedenheit nach Einkommen und Geschlecht	86
Grafik 59	Dimensionen der umweltorientierten Nachhaltigkeit	90
Grafik 60	Inländischer Materialverbrauch (DMC)	93
Grafik 61	Inländischer Materialverbrauch Österreich, EU-27	94
Grafik 62	Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2011)	94
Grafik 63	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung oder Naturschutzmaßnahmen	95
Grafik 64	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung oder Naturschutzmaßnahmen (getrennte Entwicklung)	96
Grafik 65	Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen	97
Grafik 66	Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen (getrennte Entwicklung)	97
Grafik 67	Entwicklung der Treibhausgasemissionen	99
Grafik 68	Treibhausgasaufkommen und Zielerreichung 2011	100
Grafik 69	Treibhausgasaufkommen pro Kopf im EU-Vergleich (2011)	100
Grafik 70	Phosphor- und Stickstoffemissionen im Abwasser	101
Grafik 71	Abfälle aus Haushalten, inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen	102
Grafik 72	Verwertung und Beseitigung von Abfällen aus Haushalten, inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen (erster Behandlungsweg)	103
Grafik 73	Anteil der erneuerbaren Energieträger	106
Grafik 74	Anteil der erneuerbaren Energieträger 2011 und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich	106
Grafik 75	Entwicklung des Energetischen Endverbrauchs	108
Grafik 76	Energetischer Endverbrauch Österreich, EU-27	108
Grafik 77	Energieintensität (Energetischer Endverbrauch (EEV), temperaturbereinigt, je BIP, real)	109
Grafik 78	Energieverbrauch des Verkehrs	111
Grafik 79	Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (Veränderung 1995-2011)	111
Grafik 80	Fahrleistung des Lkw- und Pkw-Verkehrs (nach Tonnen-km bzw. Personen-km)	112
Grafik 81	Modal Split des Güterverkehrs (Mio. Tonnen-km im Inland, ohne Flugtransport)	113
Grafik 82	CO ₂ -Emissionen von Pkw-Neuzulassungen	114
Grafik 83	Umweltschutzausgaben	116
Grafik 84	Ökosteueranteile an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)	117
Grafik 85	Ökosteueranteile (EU-Definition) im EU-Vergleich 2011 (Anteile an den Steuern insgesamt, inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)	118
Grafik 86	Index der Ökosteuern und weiteren umweltrelevanten Zahlungen	118
Grafik 87	Entwicklung von Umweltumsatz und Umweltbeschäftigung	119
Grafik 88	Einkommens- und Erwerbsbezogene Indikatoren + BIP	127
Grafik 89	Entwicklung sozio-ökonomischer Indikatoren 2005-2012	127
Grafik 90	Profile der Lebensqualität: Schlüsselindikatoren in Relation	129
Grafik 91	Profile der Lebensqualität: Soziale Beziehungen / Funktionsfähigkeit des politischen Systems	130
Grafik 92	Relativer Indexwert für Ausgrenzung von Personen mit schlechter oder sehr schlechter subjektiver Gesundheit	130
Grafik 93	Vergleich BIP (real) und ausgewählte Umweltindikatoren	134
Grafik 94	Vergleich BIP (real) und Fahrleistung des Lkw-Verkehrs	135
Grafik 95	Vergleich Haushaltseinkommen (real) und ausgewählte Umweltindikatoren	135
Grafik 96	Vergleich Haushaltskonsum (real) und ausgewählte Umweltindikatoren	136

Übersichten

Übersicht 1	Bewertungsmodus	27
Übersicht 2	Bewertungsskala	28
Übersicht 3	Kernziele der Europa 2020 Strategie	32
Übersicht 4	Fehlen sozialer Beziehungen im Ländervergleich in % der befragten Personen ab 16 Jahren (2006)	74
Übersicht 5	Schätzwerte für subjektiven Gesundheitszustand (von 1 sehr gut – 6 sehr schlecht)	131
Übersicht 6	Zusammenhänge zwischen ökonomischen und ökologischen Indikatoren	133

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemein bildende höhere Schule
AWG	Abfallwirtschaftsgesetz
BAWP	Bundes-Abfallwirtschaftsplan
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BOKU	Universität für Bodenkultur
CDM	Clean Development Mechanism
DMC	Domestic Material Consumption (Inländischer Materialverbrauch)
ECHP	European Community Household Panel
EEV	Energetischer Endverbrauch
EK-	Einkommens-
EQLS	European Quality of Life Survey
ESF	Europäischer Sozialfond
ESS	European Statistical System
ESSC	European Statistical System Committee
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Europäische Zentralbank
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
GDP	Gross Domestic Product (= BIP)
HAK	Handelsakademie
HETUS	Harmonised European Time Use Survey
HFCN	Household, Finance and Consumption Network
HFCS	Household, Finance and Consumption Survey
HNVF	High Nature Value Farmland
HTL	Höhere technische Lehranstalt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung
IHS	Institut für höhere Studien
ILO	International Labor Organization
ISCED	International Standard Classification of Education

KF	Kurzfristig
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
LF	Langfristig
LFS	Labour Force Survey
Mio.	Millionen
MONE	Monitoring nachhaltiger Entwicklung
Mrd.	Milliarden
MZ-AKE	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung
NGO	Non-governmental organization
NPO	Non-Profit Organisation
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖNACE	Österreichische Wirtschaftstätigkeitenklassifikation
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
ÖSTRAT	Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
PJ	Petajoule
REAP	Ressourcen-Effizienz Aktionsplan
RMC	Raw Material Consumption
SEEA	System of Environmental-Economic Accounting
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SERIEE	Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Environnement
SWB	Subjective wellbeing
t	Tonnen
THG	Treibhausgase
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WgÖ?	Wie geht's Österreich?
WHO	World Health Organization
WIFO	Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut
WU Wien	Wirtschaftsuniversität Wien
WWF	Worldwide Fund for Nature



Einleitung

Das Indikatorenset „Wie geht’s Österreich?“ von Statistik Austria liefert Informationen und Schlüsselindikatoren zu verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt. Indikatoren zu materiellem Wohlstand, Lebensqualität und Umweltentwicklung ergänzen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und tragen damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft bei.

Die Frage der Messung von Wohlbefinden und Fortschritt hat in den vergangenen Jahren einen breiten Raum in internationalen Diskussionen eingenommen. Mittlerweile konnten wichtige Erfahrungen gesammelt werden, die heute die Grundlage für eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Thema liefern. In der Wissenschaft haben Fragen zu Wohlbefinden und Fortschritt bereits eine lange Tradition. Heute ist darüber hinaus eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen und Akteure in den Prozess der Messung und Beobachtung involviert: politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, die Forschung, die amtliche Statistik und breite Kreise der Zivilgesellschaft befassen sich mit der Frage, wie gesellschaftliche Entwicklung erfasst, gemessen und verbessert werden kann. Weltweit haben öffentliche und private Institutionen Schritte unternommen und Initiativen ins Leben gerufen, um Indikatorenssysteme oder einzelne Kennziffern zu entwickeln, die der Komplexität gesellschaftlichen Fortschritts gerecht werden und darüber hinaus dazu geeignet sind, die angesprochenen Phänomene laufend zu beobachten.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die bekannteste Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Aktivität. In den 1930er Jahren entwickelt, wurde es sowohl von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern als auch in der öffentlichen Debatte weltweit als Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Allgemeinen herangezogen. Während das BIP die aggregierte Produktion eines Landes umfassend abbildet, sagt es wenig darüber aus, wer von wirtschaftlichem Erfolg profitiert, wie sich das Wirtschaftswachstum über die Gesellschaft verteilt oder welche ökologischen Konsequenzen sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben.

Im Jahr 2001 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verschiedene Initiativen mit dem Ziel eingeleitet, ein Bewusstsein für das Thema der Messung gesellschaftlichen Fortschritts zu schaffen. Mit der Erklärung von Istanbul, die von wichtigen internationalen Organisationen im Juni 2007 ratifi-

ziert wurde, etablierte sich ein erster internationaler Konsens darüber, Schritte in Richtung Messung des Fortschritts der Gesellschaften zu setzen, die über die konventionellen ökonomischen Maßzahlen hinausgehen sollten. Im November 2007 veranstaltete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP“ („Jenseits des BIP“). Es herrschte breite Zustimmung seitens politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger, Wirtschafts- und Umweltexpertinnen und -experten sowie der Zivilgesellschaft, dass die Notwendigkeit bestünde, Indikatoren als Ergänzung zum BIP zu entwerfen, die dazu beitragen sollen, die politische Entscheidungsfindung durch umfassendere Informationen zu unterstützen.

Anfang 2008 wurde auf Initiative des damaligen französischen Präsidenten Sarkozy die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission“)¹ ins Leben gerufen. Die Stiglitz-Kommission empfiehlt in ihrem Bericht („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report“, Stiglitz et al. 2009) die multidimensionale Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft: Durch Informationen über die Entwicklung des Wohlstands auf Haushaltsebene sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit kann ein breiteres Bild entstehen.

In der sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development“² arbeiteten hohe Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – mit dem Ziel zusammen, diese Vorgaben im offiziellen statistischen System umzusetzen. Drei Task Forces wurden beauftragt, konkrete Vorschläge in den Feldern „Haushaltsperspektive & Verteilungsaspekte“, „Lebensqualität“ und „umweltorientierte Nachhaltigkeit“ auszuarbeiten, bestehende Statistiken besser zu nutzen oder neue Statistiken und Indikatoren zu entwickeln. Task Force 4 wurde zur Behandlung von Querschnitts- und übergreifenden Themen sowie zur Konsolidierung des abschließenden Berichts („Sponsorship Report“, Eurostat 2011) eingesetzt.

Im Rahmen des Projekts „Wie geht’s Österreich?“ (fortan *WgÖ?*) wurden die Empfehlungen der Sponsorship Group für Österreich weitgehend umgesetzt (siehe Pesendorfer et al. 2012). Statistik Austria hat in Zusammenarbeit mit den relevanten Zielgruppen und in Ergänzung zum BIP ein Set von Indikatoren entwickelt, das die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und umweltorientierte Nachhaltigkeit, unter Berücksichtigung verfügbaren statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen, beleuchtet. In einem breiten Kommunikationsprozess mit

1) <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>

2) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/about_ess/measuring_progress

nationalen Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Forschungsinstitutionen, Interessenvertretungen und Ministerien wurde die Auswahl der Indikatoren abgestimmt. Das Projekt wurde im Zuge des Statistiktags 2012 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert (www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich).

Die Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren sind auf einem Webabschnitt der Homepage von Statistik Austria unter der Bezeichnung „Wie geht's Österreich?“ abrufbar. Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen zu Wohlstand und Fortschritt nach eigener Auswahl. Zusätzlich sind Detailinformationen zu den einzelnen Indikatoren verfügbar.

Dabei wurde etwa auf Fragen der Verteilung, des subjektiven Wohlbefindens oder den Ressourcenverbrauch eingegangen. Ein Expertengremium lieferte eine Bewertung der ausgewählten Schlüsselindikatoren, welche schnelle Information über die Entwicklung bereitstellen.

Der vorliegende Bericht gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 liefert Hintergrundinformationen zum Entstehungsprozess des *WgÖ?*-Indikatorensets. In Kapitel 2 werden die Entwicklungen des Bereichs „materieller Wohlstand“ untersucht. Kapitel 3 setzt sich mit dem Themenbereich „Lebensqualität“ auseinander und diskutiert die jeweiligen Indikatoren im Zeitverlauf. Kapitel 4 untersucht den Verlauf der Merkmale der „umweltorientierte Nachhaltigkeit“. In Kapitel 5 werden exemplarisch Zusammenhänge und Verstrebungen der drei Bereiche analysiert. Kapitel 1 gibt einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen und diskutiert einige Datenlücken, die künftig gefüllt werden sollten. Das Sonderkapitel zur Lebensqualität ist unter Kapitel 1 zu finden. Hier werden die Determinanten des subjektiven Wohlbefindens näher analysiert.



Executive Summary

Was ist „Wie geht's Österreich“

Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?“ (WgÖ?) veröffentlicht Statistik Austria neben dem Bruttoinlandsprodukt ein Set von 30 Schlüsselindikatoren und weiteren Subindikatoren, das die verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt für Österreich (unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen) bestmöglich abbildet.

Das Projekt wurde 2012 vom fachstatistischen Generaldirektor von Statistik Austria initiiert und von einem Team aus Expertinnen und Experten³ mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der Analysestabsstelle umgesetzt. Das neu entwickelte Indikatorenset liefert Informationen und Schlüsselindikatoren zu den drei Dimensionen „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „umweltorientierte Nachhaltigkeit“, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen und damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft beitragen sollen.

Durch die Einführung einer Bewertungsskala für die Schlüsselindikatoren ist es möglich, einen schnellen Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die abgebildeten Phänomene entwickeln. Die Bewertung wurde von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen vorgenommen. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala, die durch Piktogramme (von Sonne bis Gewitterwolken) dargestellt wird. Gegenstand der Bewertung waren kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige Entwicklungen des jeweiligen Indikators (zumindest 10 Jahre).

WgÖ? steht in einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen wie How's Life?⁴ (OECD), National Well-being⁵ (Großbritannien, ONS), benessere equo e sostenibile⁶ (Italien, ISTAT/CNEL) oder dem Sustainability Monitor⁷ (Niederlande, CBS) u.v.a. Ihnen gemeinsam ist das Anliegen, die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Insbesondere geht es bei diesen Initiativen auch darum, vorhandenes Datenmaterial kommunikativ aufzubereiten und

die verschiedenen Dimensionen des gesellschaftlichen Fortschritts auszuleuchten.

BIP + 30 – Die Schlüsselindikatoren in Kürze

Das *reale BIP pro Kopf* wuchs in den letzten 17 Jahren um durchschnittlich etwa 1,7% pro Jahr. 2012 ist es im Vergleich zum Vorjahr um 0,4% gestiegen.

Die *gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität* je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 1995 bis 2012 um durchschnittlich 1,5% pro Jahr. 2012 wuchs die Arbeitsproduktivität um 0,9%

Das *reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf* (inkl. sozialer Sachtransfers) wuchs zwischen 1995 und 2012 durchschnittlich um 0,9% pro Jahr und entwickelte sich damit schwächer als das reale BIP pro Kopf. Im Jahr 2012 konnte eine leichte Steigerung von 0,6% erzielt werden.

Der *reale Konsum der Haushalte pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept* (inkl. sozialer Sachtransfers) wuchs in den letzten 17 Jahren durchschnittlich um 1,3% pro Jahr und somit weniger stark als das BIP. 2012 verzeichnete der reale Konsum pro Kopf nur ein geringes Plus von 0,1%.

Die *inflationbereinigten hohen und niedrigen Einkommen unselbständig Erwerbstätiger* driften seit 1998 auseinander (hohe: +2%, niedrige: -17%). 2011 gingen sowohl hohe, als auch niedrige Einkommen zurück, die niedrigen fielen jedoch stärker.

Der *Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit* hat sich seit 1981 deutlich verändert. Insgesamt ist die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wird, fast gleich geblieben. Frauen bringen heute weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr.

Ausgrenzungs- oder Armutsgefährdung bedrohte im Jahr 2011 rund 1,4 Millionen Menschen. Die Betroffenheit lag damit unter dem Zielpfad für 2020. Bis dahin soll die Anzahl der ausgrenzungs- oder armutsgefährdeten Personen jährlich um 23.500 Personen pro Jahr reduziert werden.

2012 lag die *Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen* bei 75,6% und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr leicht. Der Europa 2020 Zielwert für Österreich von 77% kann bei gleichbleibendem Trend erreicht werden.

70% der Personen ab 16 Jahren berichteten 2012 einen sehr guten oder guten *subjektiven Gesundheitszustand*. 9% gaben einen schlechten oder sehr schlechten allgemeinen Gesundheitszustand an.

3) Franz Eiffe (Stabsstelle Analyse: Projektleitung), Kathrin Gärtner (Stabsstelle Analyse), Alexandra Wegscheider-Pichler (Stabsstelle Analyse), Sacha Baud (Direktion Raumwirtschaft), Martin Bauer (Direktion Bevölkerung), Ferdinand Leitner (Direktion Volkswirtschaft), Eva Milota (Direktion Raumwirtschaft), Matthias Till (Direktion Bevölkerung).

4) <http://www.oecd.org/statistics/datalab/bli.htm>

5) <http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/index.html>

6) <http://www.misuredelbenessere.it/>

7) <http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/duurzaamheid/cijfers/extra/duurzame-ontwikkeling.htm>



Materieller Wohlstand

Dimension	Indikator	Kurzfristige Bewertung	Langfristige Bewertung
Produktion	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real		
	Arbeitsproduktivität		
Einkommen der privaten Haushalte	Verfügbares Einkommens der privaten Haushalte pro Kopf (Verbrauchskonzept)		
Konsum der privaten Haushalte	Konsum der privaten Haushalte (Verbrauchskonzept)		
Verteilungsaspekte	Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen		
Unbezahlte Produktion	Nicht bezahlte Arbeit (in Stunden der Personen ab 19)	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Die *Tertiärquote der 30-34-Jährigen* lag 2012 bei 26,3% und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Unter Einbeziehung gleichwertiger Abschlüsse der berufsbildenden höheren Schulen erreichte Österreich eine Quote von 38,2%.

Für 8% der Personen ab 18 Jahren waren die *sozialen Beziehungen* 2006 (letztes verfügbares Jahr) nicht tragfähig. Sie konnten nicht mit Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn in Notsituationen rechnen.

Für *Freizeitaktivitäten* (Montag bis Sonntag) wendeten Personen ab 19 Jahren (2008/2009) durchschnittlich 3 Stunden und 40 Minuten pro Tag auf. Männer hatten dabei etwas mehr Zeit für Freizeitaktivitäten als Frauen.

12% der Bevölkerung äußerten 2012 *physisches Unsicherheitsempfinden* d.h. sie fühlten sich durch Kriminalität, Vandalismus oder Gewalt in ihrer Wohngegend bedroht. Seit 2009 ist dieser Anteil rückläufig.

Die *Beurteilung des politischen Systems* fiel 2009 bei einer von fünf Personen negativ aus (21%). Für 7% funktioniert das System gut und bedarf keiner Veränderungen.

2012 lag der Anteil der Personen ab 16 Jahren, die mit ihrem *Leben sehr zufrieden* oder zufrieden waren bei 79%, der Anteil der mit ihrer Lebenssituation unzufriedenen oder sehr unzufriedenen Personen bei 2%. Diese Anteile blieben im Beobachtungszeitraum nahezu unverändert.

Der *inländische Materialverbrauch* wuchs im Zeitraum 1995 bis 2011 verhalten um 6,3%. Allerdings stieg der Materialverbrauch von 2010 auf 2011 mit +3,9% deutlich an.

In Österreich haben sich von 1995 bis 2012 *biologisch bewirtschaftete Flächen und Flächen mit speziellen Natur-*

schutzmaßnahmen mehr als verdoppelt. Ein geringer Rückgang der Flächen in den Jahren 2011/2012 ist überwiegend auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen.

Die Flächeninanspruchnahme durch *Bau- und Verkehrsflächen* nahm in den Jahren 2001 bis 2012 um 13,1% zu (durchschnittlich 1,1% pro Jahr). Damit sind rund 14% des Dauerwohnraums als Bau- und Verkehrsflächen genutzt.

Die *Treibhausgasemissionen* stiegen von 1995 bis 2011 um 3,9% an. Ab dem Jahr 2005 bis 2011 zeigte sich (Ausnahme: 2010) ein Rückgang der Emissionen. 2011 wurden insgesamt 82,8 Mio. t CO₂-äquiv. emittiert. Das Kyoto-Ziel – 68,8 Mio. t CO₂-Äquiv. für 2008/2012 – wird mit heimischen THG-Reduktionen nicht erreicht.

Die Emissionen von *Phosphor aus gereinigtem Abwasser* in Gewässer verringerten sich von 1995 bis 2011 stark, die Emissionen sind bis 2011 auf rund ein Sechstel zurückgegangen.

Im Jahr 2010 fielen in *Haushalten* und ähnlichen Einrichtungen im ersten Behandlungsweg rund 3,8 Mio. Tonnen *Abfälle* an (erste Schätzung). Das Abfallaufkommen von „Siedlungsabfällen“ hat seit 1995 um 47% zugenommen, im Jahr 2010 kam es erstmals zu einem Rückgang von knapp 3%.

Der *Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger* am Bruttoendenergieverbrauch hat sich von 23,8% im Jahr 2005 auf 32% im Jahr 2012 (erste Schätzung) erhöht. Derzeit liegt die Entwicklung deutlich über dem linearen Zielpfad für das Europa 2020 Ziel von 34%.

Für das Jahr 2012 liegt eine erste Schätzung des *Energetischen Endverbrauchs* (EEV) von 1.103 Petajoule (PJ) vor,



Lebensqualität

Dimension	Indikator	Kurzfristige Bewertung	Langfristige Bewertung
Materielle Lebensbedingungen	Ausgrenzungs- und Armutsgefährdung (Bevölkerung in 1.000)		-
Produktive Aktivitäten und Arbeit	Erwerbstätigenquote (20-64-Jährige in %)		
Gesundheit	Subjektiver Gesundheitszustand (Personen ab 16)		-
Bildung	Tertiärer Bildungsabschluss (in % der 30-34-Jährigen)		-
Soziale Teilhabe	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen (in % der Bevölkerung ab 18 Jahren)	-	-
Freizeit	Freizeitaktivitäten (in Stunden der Personen ab 19 Jahre)	-	-
Physische Unsicherheit	Physisches Unsicherheitsempfinden (in % der Bevölkerung)		-
Qualität der gesellschaftlichen Organisation	Beurteilung des politischen Systems (in % der Bevölkerung ab 18 Jahren)	-	-
Natürliche Wohnumgebung	Umweltbelastungen in der Wohnumgebung (in % der Bevölkerung)		-
Gesamte Lebenszufriedenheit	Zufriedenheit mit der Lebenssituation (in % der Personen ab 16 Jahren)		-

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

was ein Einhalten des nationalen Zielpfades (Stabilisierung auf 1.100 PJ) bedeutet.

Die *Energieintensität* Österreichs – d.h. die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV relativ zur Entwicklung des realen BIP – zeigte ab dem Jahr 2005 eine fallende Tendenz (Ausnahme: 2010).

Der gesamte *Energetische Endverbrauch (EEV) des Verkehrs* stieg zwischen 1995 und 2012 um 46,0% (erste Schätzung), während das reale BIP im selben Zeitraum mit 40,5% schwächer wuchs. Im Jahr 2012 verminderte sich der EEV des Verkehrs geringfügig um 0,5%.

Im Vergleich zum Wirtschaftswachstum stieg die *Transportleistung des Lkw-Verkehrs* auf österreichischem Territorium in den Jahren 1995 bis 2011 mit +67,5% überproportional, das reale BIP wuchs im selben Zeitraum mit 39,3% deutlich schwächer. 2011 war ein Anstieg von 3,2% im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten.

Die durchschnittlichen CO_2 -Emissionen von *neu zugelassenen Pkw* sanken von 2000 bis 2012 (vorläufige Ergebnisse) deutlich, der Flottendurchschnitt der Neuzulassungen ging von 167 g/km auf rund 136 g/km zurück. In den letzten Jahren zeigte sich eine Abflachung der Emissionsminderung.

Die nationalen *Umweltschutzausgaben* beliefen sich 2010 auf insgesamt 11,2 Mrd. Euro. Im Vergleich zum nominalen BIP (+63,1%) sind die Umweltschutzausgaben von 1995 bis 2010 stärker angestiegen (+84,9%).

Der Anteil der *Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt* (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) hat von 1995 (5,8%) bis 2012 (6,2%, erste Schätzung) nur gering zugenommen. Österreich lag nach EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,8% unter dem Durchschnitt der EU-27 Länder (6,2%).

Im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 konnte sich die *Umweltwirtschaft* mit einem Umsatzminus von knapp -0,7% deutlich besser behaupten als die Gesamtwirtschaft (-2,3% nominelles BIP). Über den gesamten Zeitraum von 2008 bis 2011 gab es einen schwächeren Anstieg des Umweltumsatzes (+5,1%) im Vergleich zum nominalen BIP (+5,8%).

Zusammenhänge

Die *reale Entwicklung hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen* der unselbständig Erwerbstätigen wird dem Indikator *reales verfügbares Haushaltseinkommen* und dem *realen BIP pro Kopf* gegenübergestellt. Zusätzlich



Umweltbezogene Nachhaltigkeit

Dimension	Indikator	Kurzfristige Bewertung	Langfristige Bewertung
Ressourcen	Inländischer Materialverbrauch		
	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung oder Naturschutzmaßnahmen (ÖPUL)		
	Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen		
Klimawandel, Emissionen	Treibhausgasemissionen		
	Phosphoremissionen im Abwasser		
	Abfälle aus Haushalten		
Energie	Anteil der erneuerbaren Energieträger (am Bruttoendenergieverbrauch in %)		-
	Energetischer Endverbrauch		
	Energieintensität (Energetischer Endverbrauch, temperaturbereinigt, je BIP, real)		
Verkehr, Mobilität	Energieverbrauch des Verkehrs		
	Fahrleistung des Lkw-Verkehrs		
	CO ₂ -Emissionen von Pkw-Neuzulassungen		
Monetäre Umweltaspekte	Umweltschutzausgaben	-	-
	Ökosteueranteile (an den Steuern insgesamt, in %)		
	Umweltwirtschaft (Entwicklung des Umweltumsatzes)	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

wird die *Arbeitszufriedenheit* der erwerbstätigen Bevölkerung (20-64-Jährige) in die Betrachtung einbezogen⁸. Es zeigt sich, dass das BIP im Beobachtungszeitraum insgesamt stärker wächst als alle Einkommens-Indikatoren. Die niedrigen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen gehen deutlich zurück, was auch mit einer sinkenden Arbeitszufriedenheit der Erwerbstätigen einhergeht.

Der Verlauf des *realen BIP pro Kopf* verglichen mit jenem der *Erwerbstätigenquote*, der *Arbeitslosenquote* und dem *realen Konsum pro Kopf* zeigt, dass sich der kontinuierliche

Anstieg des BIP zwischen 1995 und 2008 auch in steigendem Konsum und einer gemächlich steigenden Erwerbstätigkeit widerspiegelt. Die Arbeitslosenquote zeigt hingegen eine weit weniger stetige Entwicklung.

Im sogenannten „Krisenjahr“ 2009 ging das BIP um 3,2% (zu laufenden Preisen) zurück. Dieser Abschwung machte sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar, konnte aber gering gehalten werden: Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich 2009 zwar um rund 40.000 Personen, lag aber nach wie vor unter dem Niveau von 2005. Auch die Erwerbstätigenquote war leicht rückläufig.

Zwischen 2010 und 2012 erhöhte sich die Wirtschaftsleistung erneut, flachte aber zuletzt ab. Die *Erwerbs-*

8) Im Index wird der Verlauf der „hohen“ Arbeitszufriedenheit dargestellt – also nur die sehr/ziemlich Zufriedenen berücksichtigt.

tätigenquote stieg in diesem Zeitraum auf sehr niedrigem Niveau weiter an, während die Arbeitslosigkeit reduziert werden konnte, 2012 aber wieder etwas anstieg. Der Konsum der Haushalte stieg ebenfalls bis 2011 leicht an und stagnierte zuletzt.

Im Bereich der Lebensqualität werden einige Abhängigkeiten zwischen den Schlüsselindikatoren augenscheinlich: *Ausgrenzungsgefährdung* geht tendenziell mit einer schlechteren *Einschätzung der eigenen Gesundheit* einher; Personen mit *Hochschulabschluss zwischen 30 und 34* sind seltener von Ausgrenzung bedroht, als Personen mit niedriger formaler Bildung; *soziale Isolation* steht mit einer geringeren *Lebenszufriedenheit* in Zusammenhang; Personen mit hoher Lebenszufriedenheit haben ein geringeres Risiko von *Umweltbelastungen in der Wohnumgebung* betroffen zu sein oder sich durch Kriminalität und Vandalismus in der Wohnumgebung bedroht zu fühlen.

Regressionsanalytisch zeigt sich: Schlechte Gesundheit geht – neben intuitiv nachvollziehbaren Faktoren wie dem Alter – mit niedriger Bildung und in Folge mit niedrigem Einkommen, Deprivation und einer schlechten Einbindung in den Arbeitsmarkt einher.

BIP (real) und *Energieverbrauch* korrelieren sehr hoch miteinander. Für die *THG-Emissionen* und den *inländischen Materialverbrauch (DMC)* kann dagegen kein signifikanter Zusammenhang mit dem *realen BIP* festgestellt werden. Die Treibhausgase waren ab 2005 deutlich rückläufig (mit Ausnahme von 2010) und damit vom Wirtschaftswachstum zunehmend entkoppelt. Der DMC ging in den Jahren 2008 bis 2010 konstant zurück, die angestrebte absolute Entkopplung wurde damit in einzelnen Jahren umgesetzt. Von 2010 auf 2011 erhöhte sich der DMC allerdings wieder deutlich um 3,9%, was sogar über dem Wachstum des realen BIP (+2,8%) angesiedelt ist. Am stärksten ist das reale BIP mit der Umweltvariable „*Fahrleistung des Lkw-Verkehrs nach Tonnenkilometern im Inland*“ korreliert.

Das *reale Einkommen der privaten Haushalte* und der *Energieverbrauch* sind hoch korreliert. Dies gilt jedoch nicht für den *inländischen Materialverbrauch* bzw. die *Treibhausgase* und das *Haushaltseinkommen*. Besonders enge Zusammenhänge mit dem *Haushaltseinkommen* zeigen die Verläufe der Indikatoren „*Bau- und Verkehrsflächen*“, „*Fahrleistung des Lkw-Verkehrs*“ und „*Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen*“. Dabei ist speziell der Zuwachs der *Fahrleistung* deutlich stärker ausgeprägt als jener des *Haushaltseinkommens*.

Während der *reale Konsum der privaten Haushalte* in den letzten Jahren der Betrachtung ein stetiges Wachstum

aufwies, zeigte sich der Verlauf des *inländischen Materialverbrauchs* seit 2008 zunehmend davon entkoppelt. Die Umweltindikatoren „*Fahrleistung des Lkw-Verkehrs*“ und „*Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen*“ sind dagegen stark mit dem *Haushaltskonsum* korreliert. Es erscheint naheliegend, dass steigende Konsumausgaben – zudem kombiniert mit einem abfallintensiveren Kaufverhalten – zu einem erhöhten Abfallaufkommen der Haushalte führen.

Sonderkapitel zur Lebensqualität: Die Determinanten des subjektiven Wohlbefindens

Anhand der Daten aus EU-SILC 2011 wurden Zusammenhänge zwischen der individuellen Lebenszufriedenheit und soziodemografischen Variablen sowie anderen Dimensionen der Lebensqualität untersucht. Bezüglich der demografischen Variablen zeigt sich, dass in Partnerschaft lebende Personen und Personen mit höherem Einkommen eine höhere Lebenszufriedenheit aufweisen. Durchschnittlich niedrigere Lebenszufriedenheiten finden sich bei Personen mit Migrationshintergrund (insbesondere in der Gruppe der Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger) sowie bei getrennten, verwitweten oder geschiedenen Personen und bei Personen der unteren Einkommensquintile. Ein höheres Alter geht bivariat betrachtet mit einer geringeren durchschnittlichen Lebenszufriedenheit einher, regressionsanalytische Modelle weisen jedoch eher auf einen u-förmigen Verlauf hin.

Bezüglich der anderen in diesem Bericht herangezogenen Dimensionen der Lebensqualität lässt sich beobachten, dass Ausgrenzungsgefährdung (und hier insbesondere Deprivation), Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit mit der Hauptbeschäftigung, physische Unsicherheit, geringe soziale Teilhabe und Lärmbelastung in der Wohnumgebung mit einer niedrigen Lebenszufriedenheit einhergehen. Diese Faktoren sind jeweils über alle anderen Faktoren hinweg signifikant. Bildung wirkt sich lediglich vermittelnd auf die Lebenszufriedenheit aus, da sie mit besseren Jobchancen und einem besseren Gesundheitszustand einhergeht.

Längsschnittanalysen zeigen, dass signifikante Zuwächse in der Lebenszufriedenheit jene Personen aufweisen, die mit einem Partner/einer Partnerin zusammenziehen, die den Bereich der Armutsgefährdung verlassen können oder eine Verbesserung des Gesundheitszustandes erfahren. Umgekehrt tragen insbesondere Erkrankungen zu einem signifikanten Rückgang der Lebenszufriedenheit bei.



1

Was ist „Wie geht's Österreich“

Umfassendes
Indikatorenset
BIP + 30

Internationale
Einbindung

Breiter Prozess der
Kommunikation

Bewertung durch
externe Expertinnen
und Experten

1.1

Hintergrundinformation

Das Projekt „Wie geht’s Österreich?“ (*fortan WgÖ?*) wurde vom fachstatistischen Generaldirektor⁹ von Statistik Austria initiiert und hausintern von einem Team aus Expertinnen und Experten¹⁰ mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der Analysestabsstelle umgesetzt.

Statistik Austria entschied sich bei der Auswahl der Indikatoren zur numerischen Reduktion auf wenige Schlüsselindikatoren und somit zu einer Selektion, die neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den Mut zur Lücke erforderte. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Indikatoren sollen zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im internationalen Kontext dargestellt werden. Quellen der offiziellen Statistik liefern das grundlegende Datenmaterial.

Die Erstausswahl der Schlüsselindikatoren folgte wie erwähnt den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009), insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere definierte Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. Europa 2020-Indikatoren¹¹) und nationale Projekte¹² flossen ebenfalls in die Indikatorenauswahl ein. Das Indikatorenset ist in Schlüssel- und Subindikatoren gegliedert. Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Sta-

tholder zentralen Indikatoren der jeweiligen Dimension. Ihre Zahl ist mit insgesamt 30 festgelegt worden (exklusive BIP) und soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator letztlich einen Kompromiss darstellt, werden diese durch eine unbestimmte Anzahl an Subindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, die verschiedenen Dimensionen weiter auszuleuchten und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Die Einbindung wissenschaftlicher Institutionen, der Ministerien, von NGOs und Interessenvertretungen war von Beginn an ein Grundpfeiler des Projekts, da nur so eine möglichst breite nationale Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets erreicht werden konnte.

Weitere Informationen liefert die Internetseite www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich sowie der Hintergrundbericht „Wie geht’s Österreich – Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen“ (Pesendorfer et al. 2012).

9) Konrad Pesendorfer

10) Franz Eiffe (Stabsstelle Analyse: Projektleitung), Kathrin Gärtner (Stabsstelle Analyse), Alexandra Wegscheider-Pichler (Stabsstelle Analyse), Sacha Baud (Direktion Raumwirtschaft), Martin Bauer (Direktion Bevölkerung), Ferdinand Leitner (Direktion Volkswirtschaft), Eva Milota (Direktion Raumwirtschaft), Matthias Till (Direktion Bevölkerung).

11) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators

12) Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (BMLFUW 2011b und 2013b)

1.2 Bewertung

Das grundlegende Ziel eines Indikatorensets zu Fortschritt und Wohlstand ist es, positive oder negative Trends etwa in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Entwicklung eines Landes aufzuzeigen. Die Einführung einer Bewertungsskala für die Schlüsselindikatoren ermöglicht es, auch bei rascher Lektüre einen Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die abgebildeten Phänomene bewegen. Mögliche Problembereiche werden somit auf einen Blick sichtbar.

Bewertet wurden nur jene Schlüsselindikatoren, für die bereits eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Manche Indikatoren konnten, obwohl wichtig in Bezug auf Nachhaltigkeit, nicht bewertet werden, da ihre Entwicklungen nicht eindeutig interpretierbar sind (beispielsweise kann eine Erhöhung der Umweltschutzausgaben unterschiedliche Veranlassungen haben: Entweder werden die Mittel für den Umweltschutz auf Basis von Nachhaltigkeitsüberlegungen erhöht oder aber es müssen Reparaturausgaben getätigt werden, um den Status quo ante nach Naturkatastrophen wiederherzustellen).

Die hier durchgeführte Bewertung wurde von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (IHS¹, WIFO², WU Wien³, SERI⁴, Umweltbundesamt⁵ und BOKU⁶) vorgenommen. Im Rahmen eines Bewertungsgesprächs wurden, dem in Übersicht 1 angeführten Modus folgend, die abgegebenen Bewertungen akkordiert und festgelegt. Statistik Austria sieht sich als Statistikproduzent der Objektivität verpflichtet und nahm daher auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss.

- 1) Helmut Hofer; Institut für höhere Studien
- 2) Angela Köppl, Marcus Scheiblecker; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
- 3) Stefan Angel, Nadja Steiber; Wirtschaftsuniversität Wien
- 4) Ines Omann; Sustainable Europe Research Institute
- 5) Andreas Berthold; Umweltbundesamt (Bewertung der Nachhaltigkeitsindikatoren)
- 6) Martin Bruckner; Universität für Bodenkultur Wien

Übersicht 1 Bewertungsmodus

Grundlegendes

Kurzfrist- und Langfristbewertung werden in gleicher Weise durchgeführt.

Es wird grundsätzlich der Verlauf des Indikators bewertet, die Einbeziehung einer Referenzgröße (z.B. BIP) kann die Bewertung um eine Stufe verbessern/verschlechtern.

Kurzfrist / Langfrist

Kurzfrist: die letzten 3 verfügbaren Jahre

Langfrist: die gesamte Zeitreihe sofern mindestens 10 Jahre verfügbar sind

Voraussetzung für die Bewertung

Der Indikator muss eindeutig (normativ) interpretierbar sein.

Modus der Bewertung

Die Bewertung bezieht sich grundsätzlich auf die normative Interpretation der Zeitreihe bzw. ein extern vorgegebenes Ziel (z.B. EU 2020). Im ersten Fall kann eine zusätzliche Referenzgröße zur Bewertung herangezogen werden (z.B. BIP und Ressourcenverbrauch, absolute und relative Entkopplung). Im zweiten Fall wird die Entwicklung in Bezug auf das Ziel bewertet, weshalb keine weitere Referenzgröße notwendig ist.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?



Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala (siehe Übersicht 2). Gegenstand der Beurteilung waren kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen: Während die kurzfristige Perspektive Zeitpunkte der letzten drei verfügbaren Jahre fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die Betrachtung der gesamten verfügbaren Zeitreihe eines Indikators. Letztere wurde dann durchgeführt, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden waren. Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, wurde die Bewertung dort problematisch, wo verschiedene Entwicklungen zueinander im Widerspruch standen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa. Es wurde daher entschieden, jeden Indikator für sich zu bewerten und nicht in Bezug auf ihre Wirkung in anderen Bereichen. D.h. das etwa das Bruttoinlandsprodukt in der Logik des Wachstumsparadigmas beurteilt wurde: Ansteigendes BIP würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen (wie Ressourcenverbrauch) positiv bewertet werden. Erst ein Einbeziehen der Entwicklung von Indikatoren wie Material- oder Energieverbrauch kann zeigen, ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden. Dies folgt auch der Logik von Stiglitz et al. (2009 S16f), zur Beurteilung der Wirtschaftskennzahlen die sozialen und ökologischen Indikatoren gegenüberzustellen.

Übersicht 2

Bewertungsskala

5-teilige Bewertungsskala

	KF	Sehr gute Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Zielerreichung bei fortlaufendem Trend gewährleistet oder übertroffen.
	LF	Der langfristige Trend zeigt eine deutlich positive und nachhaltige Entwicklung bzw. gewährleistet die Erreichung etwaiger definierter Ziele.
	KF	Tendenziell positive Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die richtige Richtung betreffend Ziel, jedoch unter notwendigem Verlauf.
	LF	Der langfristige Trend ist tendenziell positiv zu bewerten bleibt aber moderat bzw. hinter der notwendigen Entwicklung in Bezug auf die Zielerreichung zurück.
	KF	Minimale Veränderungen bzw. gleichbleibender Status.
	LF	Der langfristige Trend lässt keine eindeutige positive oder negative Entwicklung erkennen.
	KF	Tendenziell negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die falsche Richtung betreffend Ziel; Zielerreichung nicht gewährleistet/schwierig.
	LF	Der langfristige Trend ist tendenziell negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich leicht gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung.
	KF	Deutlich negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend stark in die falsche Richtung betreffend Ziel, Zielerreichung unwahrscheinlich.
	LF	Der langfristige Trend ist deutlich negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich stark gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - KF = Kurzfristige Bewertung, LF = Langfristige Bewertung.

In jenen Fällen, in denen den Indikatoren vereinbarte politische Zielsetzungen zugrunde liegen (z. B. Europa 2020-Ziele, Europäische Kommission 2010), stellt die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads ein wichtiges Beurteilungskriterium dar. Die Bewertungen sind dieser Art intuitiv verständlich und ergeben gemeinsam betrachtet ein Gesamtbild der Entwicklung des Indikatorensets.

Die Zuordnung einzelner Bewertungskategorien zu den Schlüsselindikatoren darf nicht als eine abschließende Beurteilung oft sehr komplexer Sachverhalte missverstanden werden, sondern soll vielmehr dazu anregen, eine weiterführende Diskussion über die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Entwicklung einzelner Indikatoren auszulösen.

1.3

Kommunikation / Dissemination

WgÖ? steht in einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen wie How's Life?¹³ (OECD), National Well-being¹⁴ (Großbritannien, ONS), benessere equo e sostenibile¹⁵ (Italien, ISTAT/CNEL) oder dem Sustainability Monitor¹⁶ (Niederlande, CBS) u.v.a. Allen gemeinsam ist das Anliegen, die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Insbesondere geht es dabei auch darum, vorhandenes Datenmaterial kommunikativ aufzubereiten und die verschiedenen Dimensionen des gesellschaftlichen Fortschritts auszuleuchten.

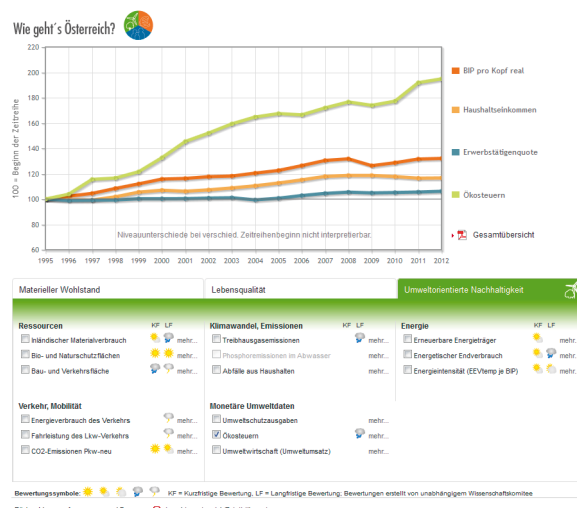
Die Kommunikation des Indikatorensets **WgÖ?** richtet sich dabei an verschiedene Usergruppen. Einerseits sollen interessierte Privatpersonen angesprochen werden, die sich über die Webseite einen schnellen Überblick über die Entwicklung und die Tendenz der Indikatoren in den verschiedenen Dimensionen von Fortschritt und Wohlstand verschaffen wollen. Zum anderen soll das Set die interessierte Fachwelt zu wissenschaftlichen Analysen mit den Indikatoren anregen, die detaillierte Ergebnisse über Zusammenhänge und Einflussgrößen zu Tage fördern können. Drittens dient das **WgÖ?**-Set politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern aber auch Medienvertreterinnen und -vertretern dazu, sich umfassend und schnell über die relevanten Entwicklungen einen Überblick zu verschaffen. Letztere benötigen mehr Detailtiefe als die breite Öffentlichkeit, jedoch schnellere und weniger detaillierte Information als wissenschaftliche User.

In Bezug auf die Kommunikation, differenzierte Hák et al. (2012, S.21ff) im Rahmen des BRAINpol-Projekts (Bringing alternative indicators into policy¹⁷) drei zentrale Funktionen von Indikatorensets wie das vorliegende. Unterschieden wurden i.) die instrumentelle, ii.) die konzeptuelle und iii.) die politische Verwendung der Indikatoren:

- **Instrumentelle Funktion:** Indikatoren sind objektive Informationsinstrumente, die als Entscheidungsgrundlage für politische AkteurInnen herangezogen werden können.
- **Konzeptuelle Funktion:** Dieser Ansatz zum Verständnis der Verwendung von Indikatorenssystemen sieht den primären Wert der Indikatoren in ihrer konzeptuellen Darstellung. Indikatoren können demnach neue Perspektiven auf Probleme geben oder die Herangehensweise an Problemstellungen beeinflussen.
- **Politische Funktion:** In ihrer politischen Verwendung werden Indikatoren in dreierlei Hinsicht herangezogen: Erstens zur Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen, zweitens zur taktischen Argumentation bzw. zur Unterstützung politischer Forderungen und drittens werden sie in symbolischer Weise verwendet, um bestimmte Botschaften zu vermitteln.

Parallel zur Entwicklung der Indikatoren wurde an der grafischen Umsetzung auf der Website von Statistik Austria gearbeitet. Die Darstellung der Indikatoren erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht an oberster Ebene den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen zu Wohlstand und Fortschritt nach eigener Auswahl (Grafik 1).

Grafik 1
Ebene 1 der Webseite



13) <http://www.oecd.org/statistics/datalab/bli.htm>

14) <http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/index.html>

15) <http://www.misuredelbenessere.it/>

16) <http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/duurzaamheid/cijfers/extra/duurzame-ontwikkeling.htm>

17) BRAINpol ist ein Forschungsnetzwerk, dass sich mit der Vermittlung alternativer Indikatoren an die Politik auseinandersetzt.

Q: STATISTIK AUSTRIA www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich 2012.

Grafik 2

Ebene 2 der Webseite



Statistik Austria wird den Konsultationsprozess in enger Kooperation mit Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen sowie interessierten Datennutzerinnen und -nutzern aus Politik und Wirtschaft in einer interaktiven Form fortsetzen. Das Projekt „Wie geht’s Österreich?“ ist insofern als dynamischer Prozess zu verstehen. Die Zusammenstellung der Schlüsselindikatoren bleibt Gegenstand von Diskussionen und kann ggf. überdacht und verändert werden. Statistik Austria lädt daher dazu ein, Kommentare und Weiterentwicklungsvorschläge zu diesem Projekt an die Adresse wie-gehts-oesterreich@statistik.gv.at zu senden.

30 www.statistik.at

1.4

Europäische Rahmenbedingungen

Das Indikatorenset *WgÖ?* soll dazu dienen, vor dem Hintergrund europäischer und österreichischer Politik, ein Monitoring der wirtschaftlichen, sozialen und umweltrelevanten Entwicklungen bereitzustellen. Einerseits soll Österreich im EU-Vergleich dargestellt werden, andererseits geht es aber auch um spezifische nationale Entwicklungen und darum, die Öffentlichkeit über Wohlstand und Fortschritt umfassend zu informieren.

Nach wie vor steckt Europa in einer Krise, deren Ausmaße noch nicht vollends abgeschätzt werden können. Zwar scheint der Tiefpunkt bereits überwunden, doch lässt der ökonomische Aufschwung noch auf sich warten. Die sozialen Folgen beginnen sich indes erst langsam abzuzeichnen. Im EU-Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote 2012 auf einem Rekordniveau von 10,5%. Die öffentliche Neuverschuldung hat in vielen Mitgliedstaaten ein kritisches Niveau erreicht und das preisbereinigte BIP ging EU-weit 2012 um 0,4% zurück. Die Staatshaushalte der am stärksten betroffenen Länder kommen durch die Vertrauensverluste und Spekulationen an den Finanzmärkten weiter unter Druck: So lag etwa die Rendite auf langfristige Staatsanleihen in Griechenland im Jahresdurchschnitt bei 22,5%. Haushaltskürzungen stehen in den meisten Mitgliedstaaten auf der Tagesordnung.

Blickt man auf die nationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Fundamentaldaten, so hat Österreich die Krise im Vergleich einigermaßen gut überstanden. Die Wirtschaft wuchs 2012 um 0,9%, die Arbeitslosigkeit war mit 4,3% im EU-Vergleich die niedrigste und der Preisanstieg (HVPI) lag bei 2,6% und somit deutlich unter dem Wert von 2011 (3,6%). Das öffentliche Defizit betrug 2,5% des BIP, was innerhalb des Maastricht-Rahmens von 3% liegt. Als wesentliche Gründe für die gute Performance Österreichs sehen Ökonomen und Ökonomen unter anderem die aktive Leistungsbilanz, den starken Industriesektor, das Wachstum der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, die Exportstärke und die hohe Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, die im sehr moderaten Anstieg der Lohnstückkosten zum Ausdruck kommt (BMWFI 2013). Die gut funktionierende Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft wird von der OECD als Kernelement des österreichischen Modells genannt, die zu sozialer Harmonie und zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Erwartungen beiträgt (OECD 2013a). Der Bericht des Sozialministeriums zum Krisenmonitoring (BMASK 2011) unterstreicht zudem die Rolle der Sozialschutzsysteme als automatischen Stabilisator und Wachstumsfaktor. Dass die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine zentrale Rolle spielen, zeigen aktuelle Ergebnisse des Eurobarometers:

Laut aktuellem Eurobarometer (Europäische Kommission 2013) geben die Europäerinnen und Europäer Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Situation und steigende Preise als die dringendsten gegenwärtigen Probleme an.

Der Fokus der politischen Entscheidungsträger liegt daher auf dem ökonomischen Aufschwung, an dem sie nicht zuletzt gemessen werden. Dennoch gibt es viele Gründe, über den Tellerrand traditioneller wirtschaftlicher Indikatoren hinauszublicken. Es ist in Krisenzeiten wichtig, jene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die besonders betroffen sind. Dies kann mit herkömmlichen ökonomischen Kennzahlen alleine nicht geleistet werden. Ein Blick über das BIP hinaus kann dazu beitragen, die vielfältigen Wirkungen von Wohlbefinden und Fortschritt auf unterschiedliche Lebensaspekte zu quantifizieren und zu vergleichen, woraus allgemeine Politikempfehlungen abgeleitet werden können und Material für die Debatten über politische Trade-offs geliefert wird. Im Kontext eingeschränkten fiskalischen Spielraums müssen Regierungen zudem nach neuen "intelligenten" Wegen streben, das Wohlbefinden der Bevölkerung sicherzustellen. Nicht zuletzt sollten auch umweltrelevante Aspekte wie steigender Energieverbrauch oder zunehmendes Verkehrsaufkommen und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt betrachtet werden.

Die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integriertem Wachstum wird insbesondere auch von der *Europa 2020 Strategie* (Europäische Kommission 2010) verfolgt, welche auf zehn Jahre ausgelegt ist. Durch wirksamere Investitionen in Forschung, Bildung und Innovation, durch eine entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie, aber auch durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung soll dieses Ziel bis 2020 erreicht werden. Ein System der wirtschaftspolitischen Steuerung wurde eingerichtet, um politische Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene zu koordinieren. Fünf ehrgeizige Kernziele wurden vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 endgültig beschlossen und stehen im Zentrum der Strategie¹⁹ (siehe Übersicht 3).

19) http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm

Übersicht 3

Kernziele der Europa 2020 Strategie

Beschäftigung

75% der 20-64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.

Forschung & Entwicklung

3% des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

Klimawandel & nachhaltige Energiewirtschaft

Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% (oder sogar um 30%, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind¹⁾) gegenüber dem Niveau von 1990;

Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%;

Steigerung der Energieeffizienz um 20%.

Bildung

Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10%;

Steigerung des Anteils der 30-34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40%.

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Q: Eurostat. - 1) Eine Verringerung der Treibhausgase von 30% gegenüber 1990 wird angestrebt, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

Diese und eine Reihe anderer Initiativen (z.B. PROGRESS²⁰; Sozialinvestitionspaket 2013²¹, Paket zur Jugendbeschäftigung 2013²², Green Growth Strategie u.v.a.) zeigen, dass auch die europäische Politik ihren Fokus über das Wirtschaftswachstum hinaus auf spezifische Handlungsfelder und Dimensionen des Lebens richtet. Zugleich werden die finanziellen Mittel knapper: Das im Dezember 2011 in Kraft getretene sogenannte „Six-Pack“ legt verstärktes Gewicht auf den Abbau des öffentlichen Defizits und die Reduzierung der Schuldenlast (Europäische Kommission 2011a). Der mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020, der im Februar dieses Jahres beschlossen wurde, weist erstmals ein geringeres Budget als sein Vorgänger auf (Europäische Kommission 2012a). Die Sanktionen für Länder, die die vereinbarten Ziele nicht erreichen, werden verschärft.

20) <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=327>

21) <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=9761&langId=en>

22) <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=1036>



2

Materieller Wohlstand

Gedämpfter Anstieg des BIP

Reales BIP pro Kopf wuchs 2012 nur um 0,4%, EU-28 Durchschnitt: -0,6%

Haushaltseinkommen wachsen verhalten

Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf wuchsen 2012 um 0,6%

Konsum der privaten Haushalte stagniert

Haushaltskonsum pro Kopf blieben 2012 mit +0,1% hinter BIP zurück

Einkommen driften auseinander

Hohe Bruttoeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen lagen 2011 2% über 1998; niedrige Einkommen sanken um 17%

2.1

Dimensionen des materiellen Wohlstands

Der materielle Wohlstand eines Landes wird häufig mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert. Tatsächlich kann darin der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes abgelesen werden. Das BIP ist immer noch die verbreitetste Maßzahl wirtschaftlicher Aktivität. Seine Berechnung beruht auf internationalen Standards. Im Laufe der Zeit floss viel Energie in die Erarbeitung einer soliden statistischen und konzeptuellen Basis für diesen Indikator. Als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft findet sich das BIP auch im Indikatorenset *WgÖ?* wieder.

Das BIP ist insbesondere darauf ausgerichtet, insbesondere darauf ausgerichtet ist, die aggregierte Angebotsseite einer Volkswirtschaft abzubilden und nicht den Lebensstandard ihrer Bevölkerung. Der Stiglitz-Report (Stiglitz et al. 2009, S.85) macht deutlich, dass das Niveau des BIP mit vielen Indikatoren des Lebensstandards in Zusammenhang steht. Dieser Zusammenhang ist aber nicht universal und wird schwächer, wenn bestimmte Wirtschaftssektoren betrachtet werden. Wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2010, S.2) zum Thema „Das BIP und mehr“ festgehalten, misst dieses insbesondere „weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration. Diese Einschränkungen müssen aber berücksichtigt werden, wenn das BIP in politischen Analysen und Diskussionen herangezogen wird“. Folglich ist die Konzentration auf diesen einen Indikator unzureichend, wenn es darum geht, Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung getroffen werden sollen.

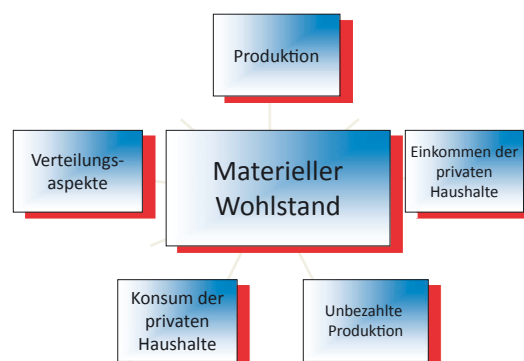
Inwiefern kann der materielle Wohlstand der Bevölkerung nun aber durch andere Kennziffern besser beleuchtet werden? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden; es bedarf lediglich einer expliziteren Darstellung einzelner Bereiche. Fünf konkrete Vorschläge wurden genannt, die kurz- bis mittelfristig mit neuen Daten operationalisiert werden müssen:

1. Verschiebung des Fokus von Produktion auf Einkommen und Konsum
2. Gemeinsame Betrachtung von Einkommen und Konsum mit Vermögen
3. Hervorhebung der Haushaltsperspektive
4. Mehr Gewicht auf der Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen
5. Erweiterung der Einkommenskennzahlen um Nichtmarkt-Aktivitäten

Der Schlussbericht der Eurostat Sponsorship Group (Eurostat 2011) greift diese Punkte auf und skizziert, wie vorhandene Daten der VGR künftig so genutzt werden können, dass die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der privaten Haushalte besser abgebildet wird. Demnach soll das verfügbare Einkommen um soziale Sachtransfers (z. B. Gratiskindergarten) erweitert werden und die Darstellung des Konsums von Haushalten detaillierter erfolgen. Zudem soll die Verteilung der Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft besser abgebildet und Nichtmarkt-Produktion (wie etwa Haushaltsarbeit) dargestellt werden.

Für *WgÖ?* wurden unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen folgende fünf Dimensionen für den Bereich „materieller Wohlstand“ definiert:

Grafik 3
Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die VGR ist die Hauptquelle für die Indikatoren des Bereichs „materieller Wohlstand“. Die Dimension Verteilung wird derzeit noch aus anderen Datenquellen herangezogen, da die methodische Verknüpfung von Daten der VGR mit jenen der Sozialstatistik erst am Beginn steht (s. OECD 2013b). Das Vermögen privater Haushalte ist derzeit noch nicht Teil des Indikatorensets. Allerdings wurden kürzlich Daten aus dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) von der Österreichischen Nationalbank veröffentlicht (Fessler et al 2012), deren Einbeziehung in das Indikatorenset diskutiert werden muss. Die Indikatoren zur Verteilung müssen als Annäherung und Versuch verstanden werden, vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistiken nach neuen Gesichtspunkten bestmöglich aufzubereiten.

2.2 Produktion

Wenn die marktwirtschaftliche Produktion im Zuge der Debatten um „Beyond GDP“ und „GDP and beyond“ auch ein wenig in Verruf gekommen ist, so ist doch klar, dass sie einen wesentlichen Pfeiler der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung darstellt. Markttransaktionen bilden den Angelpunkt der wirtschaftlichen Performance eines Landes, auch wenn einerseits nicht für alle Güter Preise existieren und andererseits Externalitäten (wie etwa Umweltschäden), die in der Produktion oder auch im Konsum entstehen, nicht in Marktpreisen reflektiert werden.

Im Indikatorenset *WgÖ?* bildet das BIP den Ausgangspunkt, dem die anderen 30 Schlüsselindikatoren in ihrer Entwicklung gegenübergestellt werden. Es ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die von gebietsansässigen produzierenden Einheiten in einer Referenzperiode erbracht wird.

Das BIP ist – wie bereits erwähnt – ausdrücklich kein Maß für ökonomische Wohlfahrt oder gar für Wohlbefinden, sondern ein Indikator für – überwiegend – marktwirtschaftliche Produktion. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft aber insofern von Bedeutung, als sich davon die zur Verteilung gelangenden Einkommen herleiten, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen.

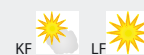
Für eine breitere Betrachtung von Wohlstand und Fortschritt ist es analytisch interessant, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum reinen Produktionsmaß entwickeln. Als zweiter zentraler Indikator der Produktionsdimension wurde die Arbeitsproduktivität gewählt. Sie drückt das Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden zum realen BIP aus und gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß der Produktionsfaktor Arbeit eingesetzt werden muss, um ein bestimmtes Produktionsniveau zu erreichen bzw. wie sich die Effizienz des Arbeitseinsatzes im Zeitverlauf entwickelt.

2.2.1

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die von gebietsansässigen produzierenden Einheiten in einer Referenzperiode erbracht wird. Um eine Verzerrung des Produktionsvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird das BIP preisbereinigt („real“) ausgewiesen. Die Darstellung des BIP je Einwohner erfolgt aus zwei Gründen: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des BIP-Niveaus im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird der Vergleich mit Ländern unterschiedlicher Bevölkerungszahlen möglich.

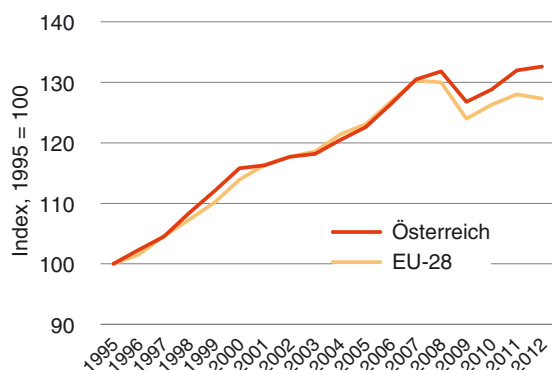
Expertenmeinung:



Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 1995 zeigt mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 einen kontinuierlichen Anstieg und ist positiv zu bewerten. Da das BIP-Wachstum zuletzt aber abflachte, wird die kurzfristige Entwicklung seit 2010 nur tendenziell positiv gesehen.

Das BIP pro Kopf wuchs real seit 1995 um durchschnittlich etwa 1,7% pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 2,1% p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,1%). Gründe dafür lagen im durch den internationalen Konjunkturerinbruch bedingten Nachfragerückgang, der den heimischen Export v.a. zu Beginn 2009 massiv einbrechen ließ. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 und insbesondere zur ebenfalls exportorientierten deutschen Wirtschaft, kam Österreich aber gut durch das Krisenjahr, da die Industrieproduktion hierzulande weniger stark zurückging als im Nachbarland (BMWfJ 2010). Seither konnten wieder Wachstumsimpulse erzielt werden. Im Jahr 2011 erreichte die Wirtschaftsleistung erneut das Vorkrisenniveau. 2012 stieg das reale BIP pro Kopf nur noch um 0,4%, was jedoch deutlich über dem EU-28-Durchschnitt lag. Die heimische Wirtschaftsleistung ging im vierten Quartal leicht zurück. Diese Wachstumsdämpfung ist vor allem auf die Schwäche der Weltwirtschaft und die damit verbundene Verringerung der internationalen Kapital- und Handelsströme zurückzuführen.

Grafik 5
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Eurostat.

Das BIP der EU-28 ist im Zeitraum 1995 bis 2012 mit durchschnittlich 1,4% pro Jahr etwas schwächer gewachsen. Damit ist das Wachstum der EU-28 in diesem Zeitraum um rund 5%-Punkte geringer als in Österreich. 2012 ging das Wirtschaftswachstum der EU-28 im Durchschnitt um 0,6% zurück. Von negativen Wachstumsraten waren insbesondere Griechenland (-6,3%), Portugal (-2,8%), Slowenien (-2,7%) und Italien (-2,6%) betroffen. Die höchsten Steigerungsraten erzielten 2012 die Baltischen Staaten (Lettland: +6,7%, Litauen: +5,1%, Estland: +4,0%). Gemessen am nominellen BIP pro Kopf (kaufkraftbereinigt) nahm Österreich 2011 im EU-Vergleich vor Schweden und hinter Luxemburg, den Niederlanden und Irland den vierten Platz ein (siehe Grafik 4).

2.2.2 Arbeitsproduktivität

In der Arbeitsproduktivität kommt der Wirkungsgrad der konkreten menschlichen Arbeit bei der Produktion materieller Güter und Leistungen zum Ausdruck. Sie stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlichen Arbeit dar. Gemessen wird sie an der Menge der in einer bestimmten Zeit hergestellten Güter und Dienstleistungen und an der Arbeitszeit, die für die Herstellung einer bestimmten Menge an dieser Gebrauchswerte gesellschaftlich notwendig ist.

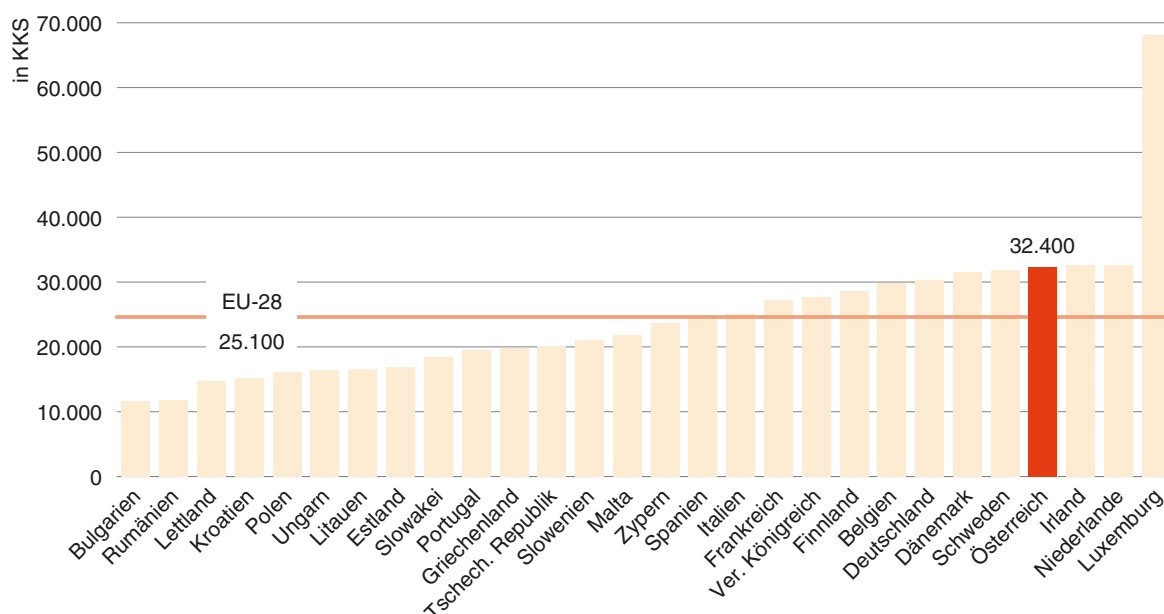
Expertenmeinung:



Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 1995 weist tendenziell durchwegs nach oben und ist sehr positiv zu sehen. In der Kurzfristbetrachtung seit 2010 wird einschränkend angemerkt, dass der Verlauf seit 2010 leicht abflachte.

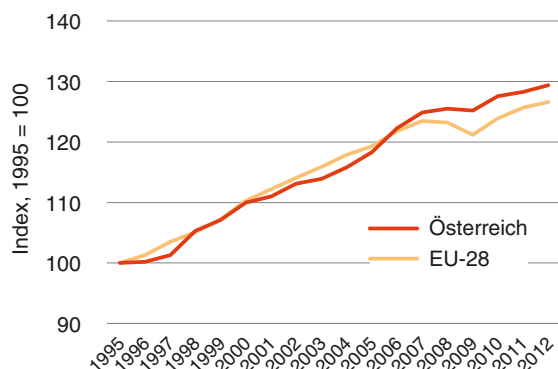
Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 1995 bis 2012 um durchschnittlich 1,5% pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein leichter Produktivitätsrückgang (-0,2%) zu beobachten. 2010 gab es einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität, der 2011 abflachte. Auch im Jahr 2012 zeigt sich ein Anstieg des Indikators um 0,9%. Im Vergleich

Grafik 4
Bruttoinlandsprodukt im EU-Vergleich (2011)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat.

Grafik 6
Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeits-
stunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Eurostat.

dazu sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-27
 2009 drastisch, stieg aber seither kontinuierlich an und

verzeichnete 2012 einen ähnlich hohen Anstieg wie jene
 Österreichs (+0,8%).

Bestimmt wird die Arbeitsproduktivität beispielsweise durch den durchschnittlichen Qualifikationsgrad oder die Produktionserfahrung der Arbeitskräfte, aber auch durch die technologische Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse auf die Produktion. Andere Einflussfaktoren sind etwa die Entwicklungsstufe der Serien- und Massenproduktion oder die Spezialisierung des Produktionsprozesses.

Bei der Interpretation der Arbeitsproduktivität ist jedoch Vorsicht geboten. Die Bezeichnung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit der Messung der Produktivität auch das Zurechnungsproblem gelöst sei. So ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Regel primär nicht die Folge einer Leistungssteigerung des Faktors Arbeit, sondern wird vielmehr durch eine Vermehrung beziehungsweise Verbesserung des Einsatzes der Betriebsmittel bedingt sein. Dabei spielt die Wirkung des technischen Fortschrittes eine wesentliche Rolle. Die Leistungssteigerung des Faktors Arbeit beeinflusst die Arbeitsproduktivität nur sekundär.

2.3

Einkommen der privaten Haushalte

Klare Aussagen in Bezug auf den materiellen Lebensstandard einer Bevölkerung können nur dann getroffen werden, wenn insbesondere die Haushalte in den Blick genommen werden. Speziell Kennzahlen zum Konsum und den Einkommen der Haushalte geben diesbezüglich einen wichtigen Anhaltspunkt. Tatsächlich zeigen die verfügbaren VGR-Daten in vielen Ländern der OECD und auch in Österreich, dass sich die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen bzw. des -konsums im Zeitverlauf durchaus anders darstellt als jene des realen BIP pro Kopf. Die Haushaltsdaten der VGR ermöglichen die Berücksichtigung von Zahlungen zwischen den Sektoren (wie etwa von den Haushalten abgeführte Steuern, von der öffentlichen Hand erhaltene Sozialleistungen oder Zinszahlungen an bzw. von Finanzinstituten). Darüber hinaus reflektieren die Daten staatlich bereitgestellte Sachtransfers wie etwa Gesundheitsdienstleistungen oder Zugang zu Bildungseinrichtungen.

Die erste Empfehlung der Stiglitz-Kommission (2009, S.12) lautet daher: „When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production“. Während produktionsbezogene Indikatoren jeweils die Angebotsseite in den Blick nehmen, stellen Einkommen und Konsum auf das originäre Ziel der Produktion ab, nämlich den Lebensstandard der Menschen eines Landes zu erhöhen. Dabei wird der Konsum (wie auch die Sparmöglichkeiten) vom Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, bestimmt. Das Haushaltseinkommen liefert somit ein Maß der für den Konsum und das Sparen verfügbaren Ressourcen eines Haushalts. Übersteigt der Konsum das verfügbare Einkommen, müssen entweder die Verbindlichkeiten erhöht oder die Aktiva vermindert werden. In beiden Fällen sinkt das Nettovermögen.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum der Haushalte, die davon profitieren.

Durch die Verwendung verfügbarer aggregierter VGR-Daten kann die Entwicklung des materiellen Lebensstandards eines „durchschnittlichen (privaten) Haushalts“ dargestellt

werden. Darüber hinaus ist die Berücksichtigung sozialer Sachtransfers sowohl in der Einkommens- als auch in der Konsumdarstellung ein zentrales Argument für die Verwendung von aggregierten VGR-Daten, weil diese bei Haushaltsbefragungen wie etwa EU-SILC nicht erfasst werden (es wird ausschließlich nach den monetären Einkommen gefragt).

Da das Verhältnis von öffentlichen und privat erstandenen Gütern und Dienstleistungen von Land zu Land variiert und auch die Sozialversicherungen unterschiedlich ausgestaltet sind, ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen“ und beim „Konsum der privaten Haushalte“ nach dem Verbrauchskonzept erfasst.

2.3.1

Haushaltseinkommen

Für den Wohlstand der privaten Haushalte ist jenes Einkommen maßgeblich, das ihnen nach der Einkommensumverteilung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse bereit steht. Die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur Verfügung gestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) werden beim Verbrauchskonzept als Einkommensäquivalent behandelt.

Expertenmeinung:



Der langfristige reale Anstieg des Indikators ist eingeschränkt positiv zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 1995, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) stärker entwickelten als die Einkommen der privaten Haushalte. Die kurzfristige Betrachtung fällt hingegen etwas kritischer aus: Insgesamt sind die realen Haushaltseinkommen seit 2010 gesunken, jedoch stiegen sie 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht an.

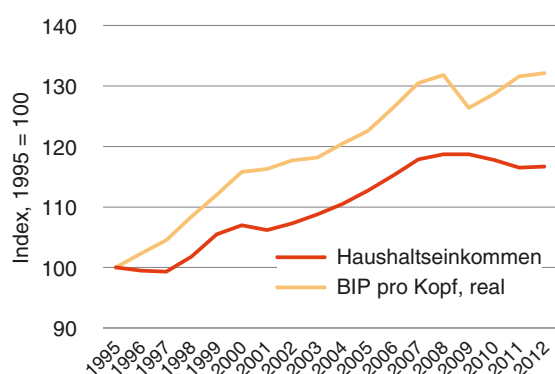
Würden diese Leistungen nicht kostenlos zur Verfügung gestellt, müssten die Einkommen ohne Sachtransfers nämlich genau um diesen Betrag höher sein, um das gleiche

Wohlstandsniveau zu erreichen. Die Berücksichtigung dieser Stromgrößen erleichtert zeitliche Vergleiche bei unterschiedlichen oder sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und vervollständigt die Untersuchung der Rolle des Staates bei der Einkommensumverteilung. Da die Kaufkraft des Einkommens über die Zeit durch Preisänderungen verzerrt ist, wird das Einkommen kaufkraftbereinigt („real“) ausgewiesen²³.

Wie im Stiglitz-Bericht (2009, S.94) angemerkt, führt das Phänomen der Globalisierung zu großen Unterschieden zwischen Einkommens- und Produktionsmaßen. Niveau und Entwicklung der Einkommen sind für den Lebensstandard der Menschen im Land wesentlicher als Höhe und Entwicklung der Produktion, weil Teile des in der Produktion generierten Einkommens ins Ausland fließen und manche Bewohner Einkommen aus dem Ausland beziehen. Das BIP als Indikator für die Produktion muss daher um Einkommensindikatoren ergänzt werden.

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 1995 bis 2012 durchschnittlich um 0,9% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +1,7%) wie aus Grafik 7 ersichtlich. Die Einkommensentwicklung war zwi-

Grafik 7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Eurostat

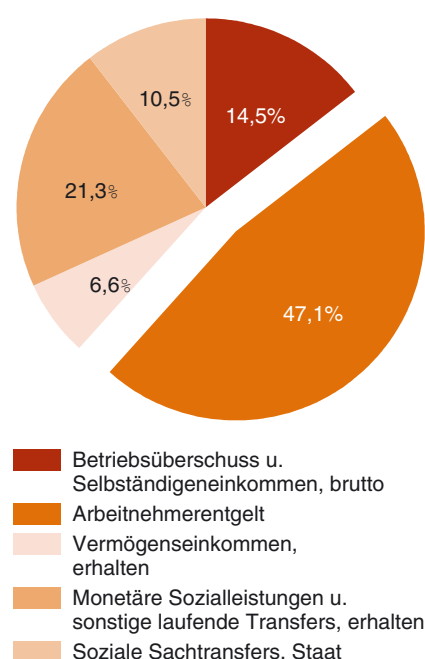
23) Zur Bereinigung der Einkommen wird der Konsumdeflator herangezogen, ein impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept

schen 2009 und 2011 leicht rückläufig, jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war. 2012 stiegen die Einkommen im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht an (+0,6% real pro Kopf). Die im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung im Beobachtungszeitraum ist neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise vor allem auf die mäßigen Zuwächse der Arbeitnehmerentgelte zurückzuführen.

2.3.2 Verfügbares Einkommen – Aufkommensseite

Grafik 8 zeigt die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen auf der Aufkommensseite. Die überwiegende Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte (nach dem Verbrauchskonzept) war die unselbständige Arbeit (47,0%). Die sozialen Sachtransfers trugen rund ein Zehntel zum Haushaltseinkommen (vor Abzug von Abschreibungen, Steuern und Sozialbeiträgen) bei. Zu ihnen zählen wie erwähnt Gesundheits- oder Bildungsleistungen. 21,3% der Einkommen speisten sich aus monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers, wobei die Sozialleistungen, zu denen etwa Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosenunterstützung oder Familienbeihilfe zählen, den überwiegenden Teil ausmachten. 6,4% flossen schließlich den Haushalten im Durchschnitt in Form

Grafik 8
Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (real, Verbrauchskonzept) Aufkommensseite (2012)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

von Vermögenseinkommen als Zinsen oder Dividenden. Im Zeitverlauf zeigen sich bei der Zusammensetzung der Einkommen kaum Veränderungen.

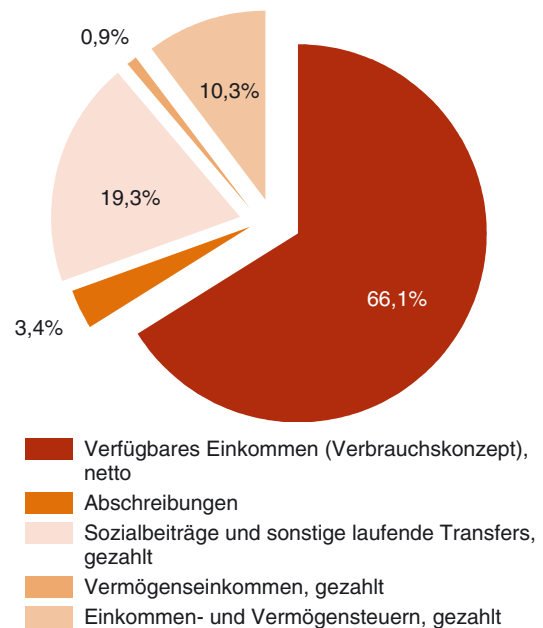
2.3.3

Verfügbares Einkommen – Verwendungsseite

Auf der Verwendungsseite setzte sich das verfügbare Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) wie folgt zusammen (Grafik 9): Rund zwei Drittel des verfügbaren Einkommens hatten die privaten Haushalte nach den Abflüssen im Rahmen der Einkommensumverteilung für Konsumzwecke netto zur Verfügung. Etwa ein Sechstel des verfügbaren Einkommens wurde für soziale Sachtransferleistungen „verwendet“. 10% entfielen auf Einkommen- und Vermögenssteuern, knapp 20% auf Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers.

Grafik 9

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (real, Verbrauchskonzept) Verwendungsseite (2012)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

2.4

Konsum der privaten Haushalte

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst die von privaten Haushalten erworbenen Güter, die der Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich für den Konsum zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers).

Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen²⁴.

Die Darstellung des Konsums je Einwohner erfolgt aus zwei Gründen: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des Gesamtkonsums im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird dadurch der Vergleich von Ländern mit unterschiedlicher Bevölkerungszahl ermöglicht.

2.4.1

Haushaltskonsum

Ob und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte ihre Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentlicher Aspekt zur Beurteilung von Wohlstand, der im Schlüsselindikator Haushaltskonsum zum Ausdruck kommt. Für die privaten Haushalte stehen neben den verfügbaren Einkommen auch die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) zum Konsum zur Verfügung. Für die Wohlstandsmessung ist deshalb das Verbrauchskonzept besser geeignet, weil es zum Ausdruck bringt, welche Güter den Haushalten tatsächlich für den Konsum (=Bedürfnisbefriedigung) zur Verfügung stehen, und nicht nur, welche Konsumausgaben sie tätigen.

Expertenmeinung:

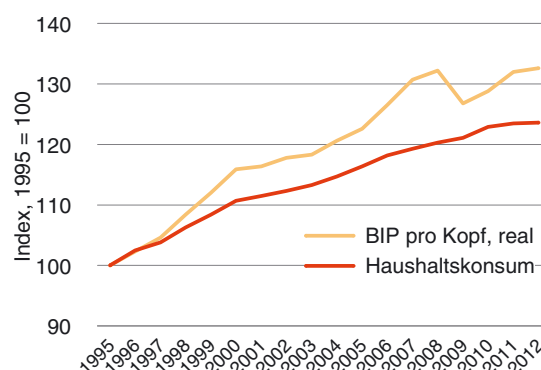


Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 1995 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2012 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als noch 1995, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. In der kurzfristigen Betrachtung seit 2010 muss kritisch vermerkt werden, dass der Anstieg zuletzt fast gänzlich abflachte und hinter den Wachstumsraten des BIP zurückblieb.

Der reale Konsum nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs in den letzten 17 Jahren durchschnittlich um 1,3% pro Jahr. Das durchschnittliche BIP-Wachstum von 1995 bis 2012 fiel mit 1,7% p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7% pro Kopf), während das BIP einen starken Einbruch erlitt (-4,1% pro Kopf). Das lag einerseits an wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z.B. „Ökoprämie“ bei Anschaffung eines neuen PKW) und andererseits daran, dass die Arbeitnehmerinkommen, die ja den Hauptbestandteil der Haushaltseinkommen ausmachen, weniger konjunkturtauglich sind als etwa Betriebsüberschuss oder Vermögenseinkommen. In den Jahren danach stieg der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP und stagnierte 2012 mit einem minimalen Plus von 0,1%. Die Steigerung der Konsumraten lag jedoch zwischen 2010 und 2012 deutlich über jener der Einkommen. Komplen-

Grafik 10

Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



24) Impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept

Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Eurostat.

tär fiel die Sparquote der privaten Haushalte in diesem Zeitraum von 11,2 auf 7,7%.

2.4.2

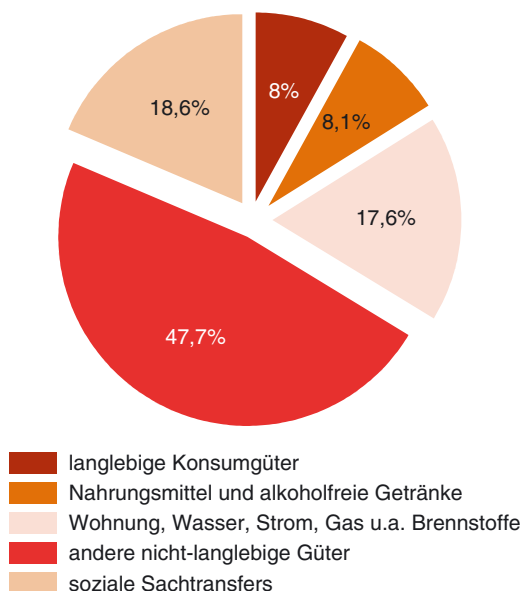
Zusammensetzung des Haushaltskonsums

Ein Großteil des Konsums der privaten Haushalte entfiel auf nicht-dauerhafte Konsumgüter. Selbst nach Abzug der Ausgaben für Wohnen und Nahrungsmittel umfasste diese Position noch immer 47,7% des privaten Konsums nach dem Verbrauchskonzept.

Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke machten 8,1% des Konsums aus, nur unwesentlich kleiner war der Anteil langlebiger Konsumgüter (8,0%). Auf das Wohnen entfielen 17,6% der Haushaltsausgaben. 18,6% des Konsums schließlich speisten sich aus sozialen Sachtransfers. Wie erwähnt, werden soziale Sachtransfers den Haushalten zugerechnet. Es handelt sich dabei um den Konsum von Gütern, die den privaten Haushalten vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Grafik 11

Zusammensetzung der Konsumausgaben privater Haushalte (real, Inlandskonzept) (2012)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

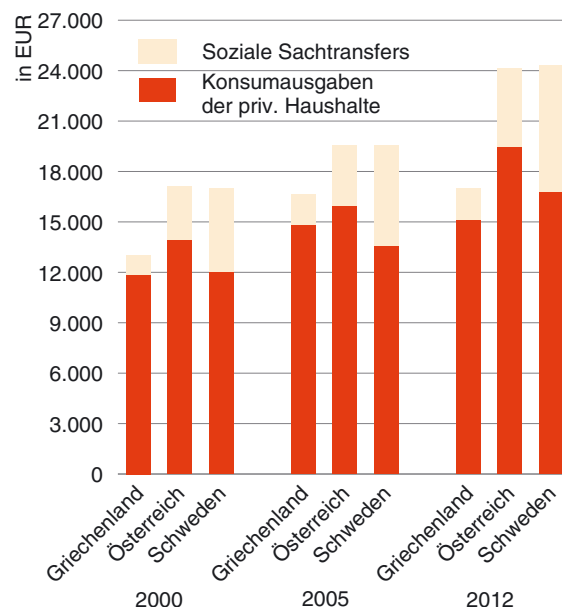
Mit durchschnittlichen 21.400 Euro in Kaufkraftstandards (KKS) für das Jahr 2011 lag Österreich deutlich über dem EU-Mittel von 18.000 Euro. Höhere Konsumausgaben hatten nur noch Großbritannien (21.700 €), Dänemark (21.700 €) und Luxemburg (28.100 €).

Kaufkraftparität bedeutet, dass Kennzahlen verschiedener Währungen verglichen werden, indem die Kaufkraft dieser Währungen anhand eines repräsentativen Warenkorbs bestimmt und die Kennzahlen anhand der Kaufkraft verglichen werden.

Wie folgende Grafik 12 zeigt, war der Konsum der schwedischen Haushalte nach dem Verbrauchskonzept etwa gleich hoch wie jene der österreichischen, allerdings mit dem Unterschied, dass sich hier ein wesentlich größerer Teil aus sozialen Sachtransfers speiste. In Griechenland, auf der anderen Seite, machten die sozialen Transfers im Verhältnis zum Gesamtkonsum nur einen sehr geringen Anteil aus (rd. 11%).

Grafik 12

Konsumausgaben der privaten Haushalte (real) im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat.

2.5

Verteilungsaspekte

Verteilungsfragen berühren neben dem Bereich des materiellen Wohlstands auch alle Dimensionen der Lebensqualität. An dieser Stelle sei aber insbesondere die Verteilung der materiellen Ressourcen thematisiert. Eine sinnvolle Beurteilung des Fortschritts materiellen Wohlbefindens kann kaum bei der Darstellung durchschnittlicher Einkommen stehenbleiben, sondern muss Verteilungsaspekte unbedingt berücksichtigen. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den Stiglitz-Empfehlungen wider, wo es heißt, dass Einkommen, Konsum und Wohlstand jeweils von Indikatoren, die deren Verteilung reflektieren, begleitet werden müssen. Nur so könne etwas über den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung ausgesagt werden.

Ein stetig wachsender Strang der ökonomischen Literatur befasst sich mit der Frage, wie die Verteilung von Ressourcen bestmöglich abgebildet werden kann. Typische Verteilungsmaße sind etwa die Lorenz-Kurve²⁵ oder der Gini-Koeffizient²⁶ oder die Darstellung von Einkommens-Quintilsverhältnissen. Einige Autoren traten auch für zusammengesetzte oder adjustierte Kennzahlen ein (etwa Atkinson 1970, Sen 2009 oder Yitzhaki 1979). Eine

grundlegende Entscheidung liegt in der Wahl der Untersuchungseinheit: Der im Zuge von *WgÖ?* ausgewählte Schlüsselindikator zur Entwicklung der preisbereinigten Bruttojahreseinkommen stellt auf die Verteilung der Einkommen unselbständig Erwerbstätiger auf Basis von Lohnsteuerdaten ab. Wichtiges Entscheidungskriterium dafür war insbesondere die hohe Qualität der Quelle. Verteilungsdaten auf Mikro-Datenbasis (aus Haushaltserhebungen) sind aus unterschiedlichen Gründen mit Vorsicht zu mit Vorsicht zu interpretieren: Insbesondere ist von einer Unterschätzung der Ungleichverteilung auszugehen, da Haushalte mit sehr hohen Einkommen und Vermögen schwierig für Erhebungen zu gewinnen sind bzw. von einer Zufallsstichprobe kaum erfasst werden können. Zwei Subindikatoren decken unterschiedliche Aspekte der Verteilung ab: Der Gender Pay Gap thematisiert geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lohnstruktur; das Einkommensquintilsverhältnis (S80/S20) zeigt die Distanz der Haushalte im untersten zu jenen im obersten Einkommensfünftel.

2.5.1

Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen

Gezeigt wird die Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen. Dabei werden das unterste und das oberste Einkommens-Quartil einander gegenübergestellt.

Expertenmeinung:



Sowohl im langfristigen Verlauf als auch in der Entwicklung seit 2009 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die Beurteilung des Verlaufs seit 2009 fällt sogar eindeutig negativ aus, da die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen zuletzt noch weiter aufgegangen ist.

Auf Basis von aggregierten Makro-Daten (z.B. Lohnsteuerdaten) können Aussagen über Entwicklungen eines ganzen Landes oder eines Sektors getroffen werden, während Mikro-Daten den Haushalt als Analyseeinheit definieren, in dem Ressourcen gleichmäßig aufgeteilt sind (z.B. Einkommensdaten aus EU-SILC). Die Möglichkeit einer ganzheitlichen Betrachtung beider Ebenen hätte jedoch erhebliche Vorteile: Aggregierte Entwicklungen könnten auf Haushaltstypen heruntergebrochen und in Kohärenz mit der BIP-Entwicklung dargestellt werden.

25) Die Lorenzkurve ist die graphische Darstellung einer Häufigkeitsverteilung, welche die relative Konzentration veranschaulicht. Je steiler (flacher) die Kurve verläuft, desto stärker (geringer) ist die Konzentration. Sie wurde im Jahre 1905 von Max O. Lorenz entwickelt. ABC-Analyse, Gini-Koeffizient (Wirtschaftslexikon24.com)

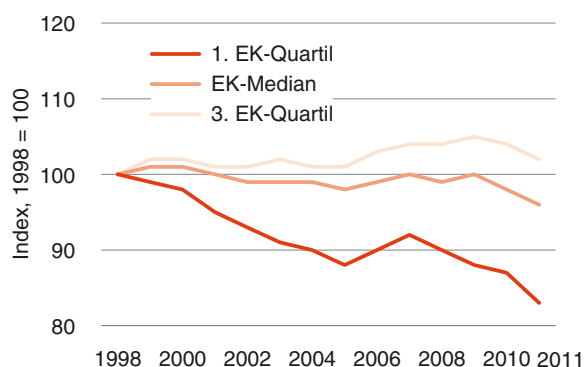
26) Der Gini-Koeffizient ist eine statistische Maßgröße zur Kennzeichnung der relativen Konzentration. Er beruht auf dem Konzept der Lorenzkurve. Er ist bei völliger Gleichverteilung gleich 0 und bei vollkommener Konzentration gleich 1 (Wirtschaftslexikon24.com)

Vorweg sei erwähnt, dass die alleinige Betrachtung der Lohneinkommen freilich nicht ausreicht, um die Frage befriedigend zu beantworten, ob eine Schere bei der Verteilung materieller Ressourcen insgesamt aufgeht. Jedoch

sind die Lohnneinkommen in den Lohnsteuer- bzw. Hauptverbandsdaten vollständig enthalten und liefern insofern eine solide Grundlage für die Verteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten.

Grafik 13 zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen. Hier ist ersichtlich, dass die aggregierten Einkommen des ersten Einkommensquartils²⁷ bis 2005 stark an Wert verloren, aber bis 2007 wieder etwas aufholten. Seit 2008 gingen diese Einkommen wieder stark zurück und lagen 2011 17% unter den Einkommen des Jahres 1998. Diese Entwicklung lässt sich hauptsächlich mit Struktureffekten, wie etwa zunehmender Teilzeit- oder Saisonarbeit oder dem Eintritt billigerer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt, erklären. Die aggregierten Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 1998 um insgesamt 2% an, gingen 2011 im Vergleich zum Vorjahr jedoch weiter zurück. Das unterste Quartil lag im Jahr 2011 bei 83% des Vergleichswertes des Jahres 1998 (Frauen 92%; Männer 80%), das dritte Quartil – der Grenzwert zu den höchsten 25% der Einkommen – stieg im Bezugszeitraum auf 102% des Wertes von 1998 an (Frauen 104%; Männer 103%).

Grafik 13
Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996. - Lehrlinge sind ausgeschlossen.

Wie im Allgemeinen Einkommensbericht des Rechnungshofes (2012, S.30) dargelegt, zeigt eine Analyse der Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen (nach Quantilen) für die Gruppen der Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten (inkl. Vertragsbedienstete), dass die niedrigen Einkommen dieser Gruppe von starkem Wertverlust betroffen sind. Das 10%-Quantil der Arbeiterinnen und Arbeiter betrug – bereinigt um die Inflation – im Jahr 2011 nur 60% des Vergleichswertes von 1998. Bei den hohen Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter

27) Dieser Wert entspricht der Grenze, unter der die 25% der niedrigsten Einkommen liegen

sowie der Angestellten ist langfristig eine Stagnation zu bemerken.

2.5.2 Subindikator Gender Pay Gap

Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) bezeichnet den Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten.

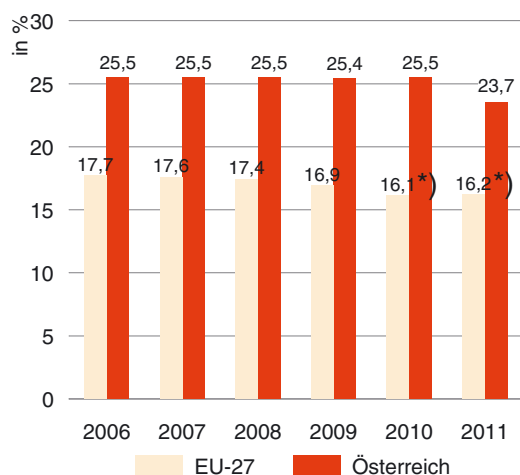
Die Grundgesamtheit umfasst unselbständig Beschäftigte in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft (Abschnitte B-N und P-S der ÖNACE 2008). Basis sind die Bruttostundenverdienste, da diese aussagekräftige Vergleiche unabhängig von der Arbeitszeit (Voll-/Teilzeit) ermöglichen. Der Indikator wurde als „unbereinigt“ (ohne Anpassungen) definiert, d.h. er berücksichtigt keine weiteren Merkmale, die den Lohnunterschied teilweise erklären können, weil er ein Gesamtbild der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten darstellen möchte, die durch Ungleichheiten am Arbeitsmarkt entstehen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist sowohl in Österreich als auch in den Grundwerten der Europäischen Union verankert. Gleichwohl gibt es auf zahlreichen Gebieten immer noch geschlechterspezifische Unterschiede. Der „Gender Pay Gap“ ist einer aus einer Reihe von Gender Equality Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist zum Teil die Folge von strukturellen Ungleichheiten (z.B. branchen- und berufsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, Unterschiede im Ausbildungsniveau, der Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen oder des Alters). In Österreich kann aber weniger als die Hälfte des geschlechtsspezifischen Lohnunterschiedes durch diese beobachtbaren Faktoren erklärt werden (Geisberger & Glaser 2010, S. 198).

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap“ betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2011 23,7%. Dies ist ein leichter Rückgang gegenüber 25,5% im Jahr 2006. Dennoch schlagen sich die damit verbundenen Einkommensnachteile sowie die unterschiedlichen Beschäftigungschancen von Frauen und Männern letztlich auch in niedrigeren Pensionen und in einem höheren sozialen Risiko nieder (Lamei & Skina-Tabue 2011).

Im EU-Vergleich stand Österreich an vorletzter Stelle vor Estland mit 27,3%. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fielen in den EU-27 im Durchschnitt mit zuletzt 16,2% deutlich geringer aus. Spitzenreiter der lohnbe-

Grafik 14
Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat. - Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied, ohne Anpassungen. - *) Provisorischer Wert.

zogenen Gleichstellung waren Slowenien (2,3%), Polen (4,5%) und Italien (5,8%).

Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit einer Reihe komplexer Faktoren zu tun, die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen: Einflüsselemente wie etwa Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten, Teilzeitquoten, oder der Einfluss der sektoralen Segregation u.a. variieren teilweise beträchtlich zwischen den Mitgliedstaat-

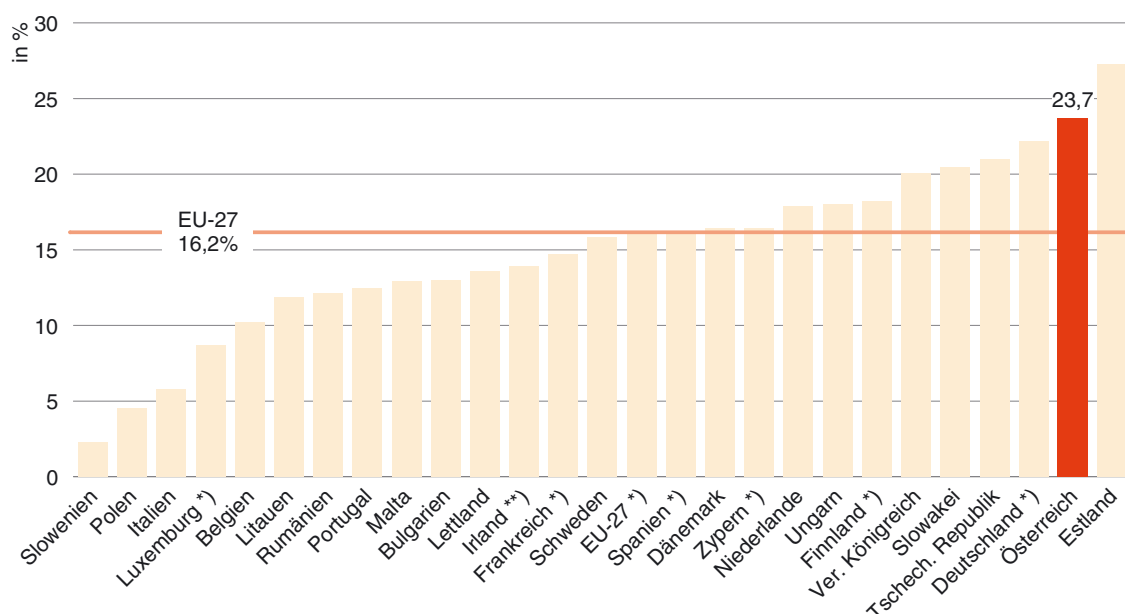
ten. Der Gender Pay Gap ist daher immer in Verbindung mit weiteren Kontextfaktoren zu interpretieren. So weisen die Daten zur Erwerbsintegration von Frauen darauf hin, dass Länder mit einem niedrigen Gender Pay Gap tendenziell eine niedrigere Frauenerwerbsquote aufweisen als Länder mit einem hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. Für Österreich, aber auch für andere Länder wie die Niederlande, das Vereinigte Königreich oder Deutschland ist ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. In diesen Ländern kann sowohl ein hoher Gender Pay Gap als auch eine hohe Frauenerwerbsquote beobachtet werden. Zudem geht die hohe Frauenerwerbsquote in diesen Ländern gleichzeitig mit einer hohen Teilzeitquote der Frauen einher. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellt somit in einigen Ländern einen relevanten Faktor dar. Die Tatsache, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen jedoch nicht zwangsläufig zu einem hohen Gender Pay Gap führt, zeigt das Beispiel der skandinavischen EU-Mitgliedstaaten. Sowohl in Schweden als auch in Dänemark liegt der geschlechtsspezifische Lohnunterschied trotz hoher Frauenerwerbsquoten und hoher Teilzeitbeschäftigung der Frauen unter bzw. im EU-Durchschnitt (Geisberger 2011).

2.5.3

Subindikator Einkommensquintilsverhältnis (S80/S20)

Dieser Indikator bildet das Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20% der Bevölkerung mit den höch-

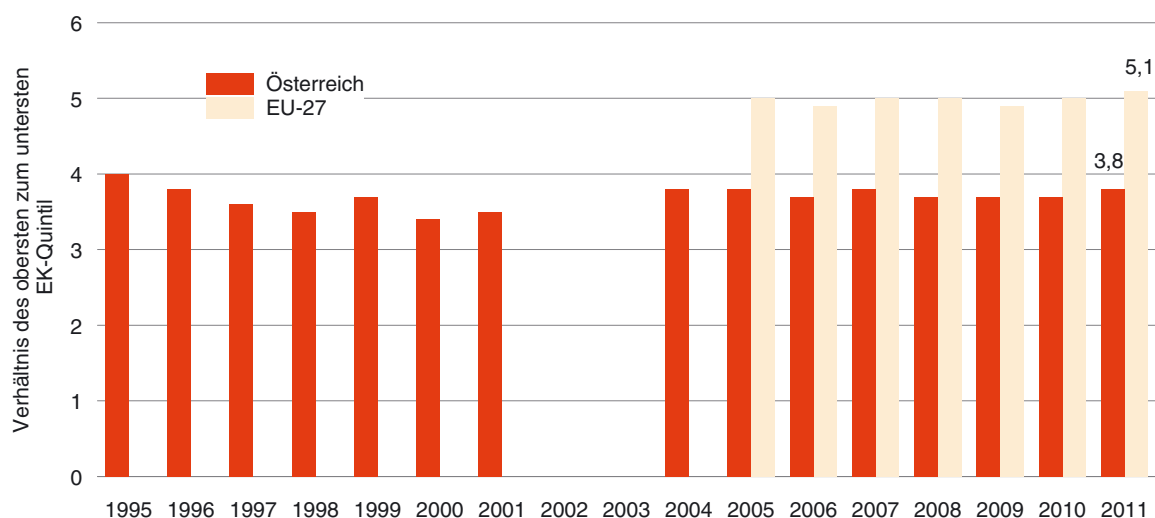
Grafik 15
Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede im EU-Vergleich (2011)



Q: Eurostat. - Geschlechterspezifisches Verdienstgefälle, ohne Anpassungen. - *) Vorläufig. - **) Wert für 2010.

Grafik 16

S80/S20 Einkommensquintil-Ratio der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen bis 64 Jahre



Q: Eurostat.

ten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20% der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil) ab.

Unter Einkommen wird das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen²⁸ (inkl. monetärer Sozialtransfers aber ohne Sachtransfers) verstanden. Der Referenzzeitraum ist das Jahr vor der Befragung, d.h. aus der derzeit aktuellen Befragung des Jahres 2012 stehen Daten zum Einkommen im Jahr 2011 zur Verfügung.

Zwischen 1995 und 2001 ging das Verhältnis der Haushaltseinkommen des höchsten zu den Haushaltseinkommen des niedrigsten Einkommensquintils um 13,5% zurück, die Ungleichheit der Haushaltseinkommen, die auf Basis von Haushaltsbefragungen beobachtet werden kann, reduzierte sich: 2001 waren die Einkommen des obersten Quintils 3,5 mal so hoch wie jene des untersten. Ab 2004 gab es eine Umstellung der Datenbasis vom Europäischen Haushaltspanel (ECHP), das 2001 auslief, auf EU-SILC. Zwischen 2004 und 2011 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Insgesamt muss von einer Unterschätzung des Verhältnisses

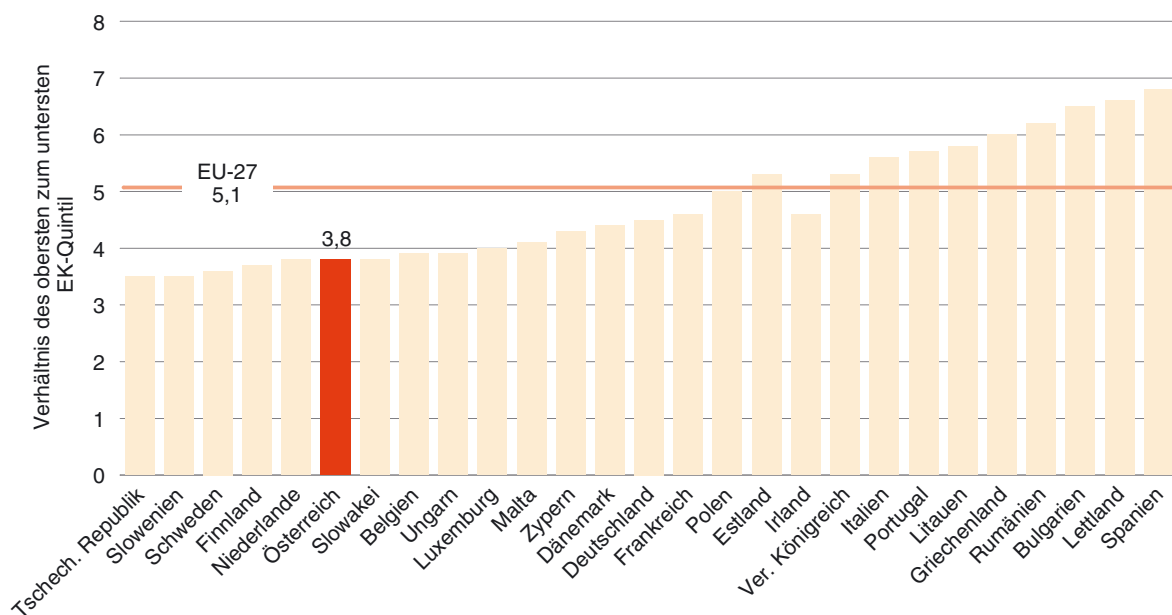
der Einkommensquintile ausgegangen werden, da hohe Einkommen und Vermögensbestände bei Haushaltsbefragungen tendenziell schlecht abgebildet werden. 2011 lag der Wert bei in Österreich bei 3,8.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt hatten 2011 Personen im obersten Quintil fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten. Österreich befand sich mit einem Verhältnis von 3,8 an sechster Stelle im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten. Die geringste Ungleichheit zwischen den Einkommensquintilen fand man in Tschechien, Slowenien (jeweils 3,5) und Schweden (3,6). Die höchsten Werte zeigten sich demgegenüber in Spanien (6,8), Lettland (6,6) und Bulgarien (6,5). Bemerkenswert erscheint hier insbesondere der Umstand, dass hinsichtlich der Einkommensverteilung extreme Unterschiede zwischen den 12 neueren Mitgliedstaaten zu beobachten sind. Während die Baltischen Staaten, Bulgarien, Polen und Rumänien zu den Ländern mit den höchsten S80/S20-Werten zählten, waren alle anderen neueren Mitgliedsstaaten unter jenen Ländern mit den niedrigsten Werten. Bei der Interpretation ist freilich zu bedenken, dass der Indikator eine reine Verteilungskennzahl ist; er trifft also keine Aussagen über den Reichtum eines Landes, sondern bildet lediglich ab, wie nah die höchsten und niedrigsten Einkommen in einem Land beieinander liegen.

28) Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Dabei geht man einerseits von einer gewissen Kostenersparnis bei zunehmender Haushaltsgröße aus (ein 2-Personen-Haushalt braucht nicht 2 Kühlschränke), andererseits wird das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt: die erste Person erhält ein Gewicht von 1, jede weitere (erwachsene) Person 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3. Jeder Person im Haushalt wird nun ein Äquivalenzeinkommen zugeordnet, das sich aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen geteilt durch die Summe der Gewichte der Personen im Haushalt errechnet. Damit wird das verfügbare Haushaltseinkommen dem Einkommen einer allein stehenden Person vergleichbar gemacht.

Grafik 17

Einkommensquintil-Ratio im EU-Vergleich(2011)



Q: Eurostat, EU-SILC 2011.

2.6 Unbezahlte Produktion

Viele Dienstleistungen, die Haushalte für den Eigenbedarf produzieren, scheinen in klassischen Einkommens- und Produktionskennzahlen nicht auf. Dennoch stellen sie einen wichtigen Teil der ökonomischen Aktivität dar. Zu diesen Aktivitäten zählen z.B. putzen, kochen, Kinder- und Altenbetreuung, Arbeitswege u.a. Die Stiglitz-Kommission fordert daher, dass vollständige Haushaltskonten als Satelliten der VGR das Bild ökonomischer Produktion vervollständigen.

Ein solches Konto könnte neben den klassischen Nichtmarkt-Dienstleistungen beispielsweise auch im Haushalt erbrachte Erziehungs- und Bildungsleistungen als Investment in zukünftiges Humankapital umfassen.

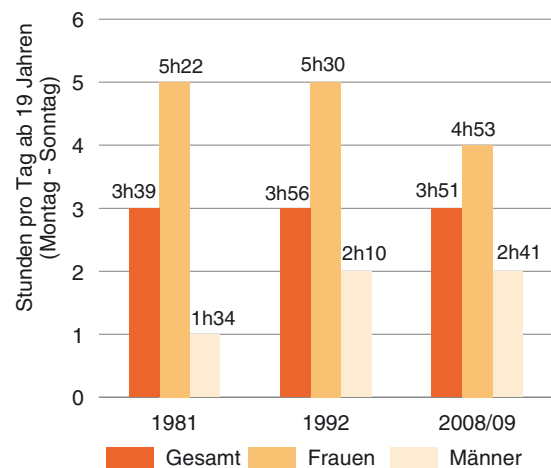
Die Dimension der nicht-marktlichen Produktion liefert im Zeitverlauf auch wichtige Informationen über die Entwicklung der Funktion von Haushalten in der Gesellschaft. So werden viele Dienstleistungen, die früher von Familienmitgliedern ausgeführt wurden, heute am Markt erworben. Während diese Verschiebung in steigenden Einkommen (wie in den VGR gemessen) zum Ausdruck kommt, stellt sie lediglich eine Verschiebung der Nichtmarkt- auf die Marktproduktion dar. In diesem Fall wird nicht mehr produziert, sondern lediglich mehr Produktion gemessen.

2.6.1 Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit

„Nicht-bezahlte Arbeit“ setzt sich aus den Aktivitäten Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in Stunden und Minuten für einen durchschnittlichen Tag (Montag bis Sonntag). Es wurden die Hauptaktivitäten über alle Personen in Österreich ab 19 Jahren ausgewertet.

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 deutlich verändert. Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch mehr an unbezahlter Arbeit nämlich fast doppelt so viel wie Männer (20,3% zu 11,2%).

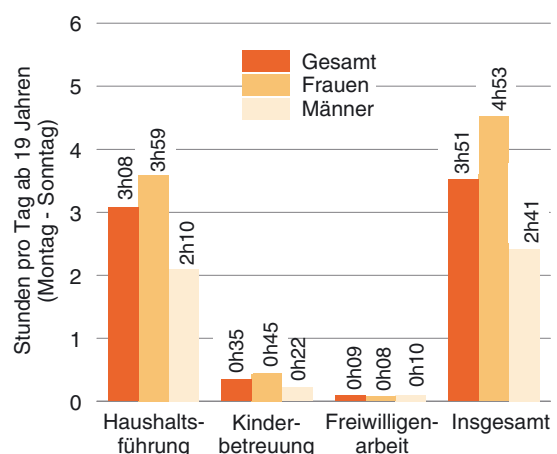
Grafik 18
Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



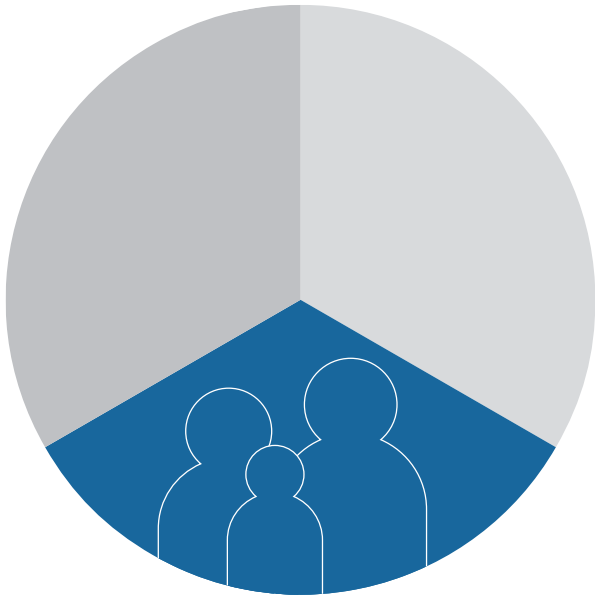
Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung.

Ein Blick in die einzelnen Tätigkeitsbereiche der unbezahlten Arbeit zeigt, dass ein Großteil der Zeit für die Haushaltsführung aufgebracht wurde, wobei hier wiederum ein deutlicher Geschlechterunterschied zu sehen ist: Während Frauen im Durchschnitt knapp 4 Stunden täglich für diese Aktivität aufbrachten, waren es bei den Männern nur 2 Stunden 42 Minuten.

Grafik 19
Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung.



3

Lebensqualität

Hohe Lebens- zufriedenheit

79% der Bevölkerung waren mit Leben
sehr oder ziemlich zufrieden

Erwerbstätigen- quote auf Zielpfad

2012 waren 75,6% der 20-64jährigen
Erwerbspersonen erwerbstätig,
bis 2020 sollen es 77% werden

Subjektive Gesundheit konstant

70% schätzten ihre Gesundheit sehr gut oder
gut ein, 9% gaben einen schlechten oder
sehr schlechten Gesundheitszustand an

Tertiärquote steigt deutlich an

26,3% der 30-34-Jährigen verfügten über
einen Hochschulabschluss, inkl. äquivalenter
Abschlüsse betrug der Anteil 38,2%

3.1

Dimensionen der Lebensqualität

Das „gute Leben“ ist ein zentrales und oft kolportiertes Ziel der öffentlichen Politik. Lebensqualität – oder synonym Wohlbefinden – ist ein vielschichtiger Begriff und enthält je nach Blickwinkel objektive und subjektive Bestandteile. Dies impliziert beträchtliche Komplexität in der Modellierung und Messung. Objektive Ansätze setzen sich mit menschlichen Bedürfnissen unter der Annahme auseinander, dass es möglich sei, objektive und universale menschliche Ziele zu identifizieren (Doyal und Gough 1991). Subjektive Ansätze auf der anderen Seite gehen davon aus, dass die Lebensqualität der Bevölkerung ausschließlich von dieser selbst beurteilt werden kann. Glück und Zufriedenheit können demnach nicht vollständig verstanden werden, ohne die Bevölkerung direkt darüber zu befragen (Bowling 2005, S.13).

Der Stiglitz-Bericht versöhnt diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Sie umfasst demnach die gesamte Bandbreite an (subjektiven UND objektiven) Faktoren, die darüber bestimmen, was Menschen über den materiellen Fokus hinaus in ihrem Leben wertschätzen (Stiglitz et al. 2008, S.41). Viele Einflüsse menschlichen Wohlbefindens sind demzufolge Aspekte menschlicher Lebensumstände, die nicht in Ressourcen oder Preisen ausgedrückt werden können. Kennzahlen zur Lebensqualität sind nicht darauf gerichtet, konventionelle ökonomische Indikatoren zu ersetzen, sondern bieten die Möglichkeit, politische Diskussionen zu bereichern und die Gesellschaft über die Lebensbedingungen in ihren Gemeinschaften zu informieren.

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck komme und was ihre Komponenten seien, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen

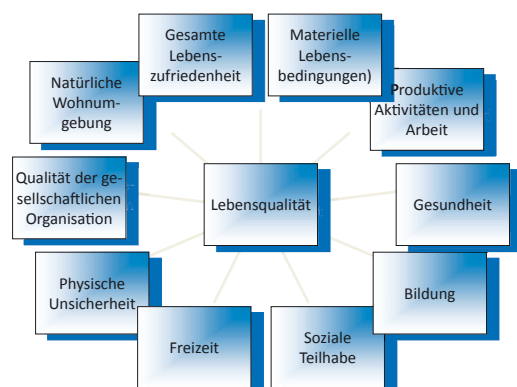
Ein wichtiges Kriterium für die Selektion der Schlüsselindikatoren war das Vorhandensein von Zeitreihen. In sieben der zehn Dimensionen konnte dieses Kriterium erfüllt werden. In den Dimensionen „soziale Teilhabe“, „Freizeit“ und „Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen“ stehen solche Zeitreihen aus den offiziellen Datenquellen des ESS derzeit nicht zur Verfügung. Hier

wurde auf einmalige Erhebungen (EU-SILC Sondermodule, Zeitverwendungserhebung) zurückgegriffen. Künftig sollen wiederkehrende sogenannte „rollende Module“ sicherstellen, dass zu allen Dimensionen regelmäßig Informationen erhoben werden. Damit können auch Indikatoren, für die derzeit nur ein Zeitpunkt verfügbar ist, mittelfristig aktualisiert werden.

und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Dafür mussten pragmatische Entscheidungen getroffen werden. Der Sponsorship Report leitete aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8 + 1 Dimensionen ab und formulierte eine vorläufige Liste mit Schlüsselindikatoren zu jeder dieser Gruppen. An diesen Vorgaben orientierte sich auch der Auswahlprozess bei Statistik Austria. Auf europäischer Ebene arbeitet weiterhin die Expert Group on Quality of Life an einer endgültigen Struktur eines international vergleichbaren Indikatorensets. Der Eurostat-Webabschnitt zur Lebensqualität ist seit April 2013 online²⁹.

Im Zuge von *WgÖ?* legen die folgenden zehn Dimensionen mit dazugehörigen Schlüssel- und Subindikatoren den einen Rahmen fest für Analysen zur Lebensqualität:

Grafik 20
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

29) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality_life/introduction

Die Datengrundlage basiert in erster Linie auf der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC.³⁰ Weitere verwendete Datenquellen sind die Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Zeitverwendungserhebung 2008/09 u.a. Alle Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet. Der Fokus liegt

auf hoch relevanten Indikatoren, die u.a. dem politischen Monitoring nationaler und internationaler Schlüsselziele dienen (z. B. Europa 2020). Außerdem werden Maßzahlen berücksichtigt, die weiterreichende Analysen etwa nach geschlechtsspezifischen Unterschieden oder nach Einkommensquintilen ermöglichen.

30) European Statistics on Income and Living Conditions, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc.

3.2

Materielle Lebensbedingungen

Obwohl Europa, und speziell Österreich, zu den wohlhabendsten Gebieten der Welt gehört, zeigt sich, dass viele Haushalte materielle Mängel erleben und teilweise Schwierigkeiten haben, mit ihren finanziellen Ressourcen über die Runden zu kommen. Die materiellen Lebensbedingungen konstituieren den ökonomischen Rahmen, innerhalb dessen sich Lebensqualität entfaltet.

Probleme, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, niedriger Lebensstandard und Deprivation beschränken sich nicht auf Haushalte oder Personen, die inaktiv oder arbeitslos sind. Oft reichen materielle Probleme tief in die sogenannte Mittelschicht. Viele Faktoren können dazu beitragen, dass das Einkommen nicht mehr ausreicht, um in adäquater Weise an der Gesellschaft teilzuhaben: Krankheit, geringe soziale oder geografische Mobilität oder geringe Qualifikationen erschweren die Möglichkeiten einen Job zu finden, der ausreichende monetäre Ressourcen für den Haushalt abwirft. Ökonomische Engpässe sind aber nicht nur das Ergebnis niedriger Einkommen, auch Lebenserhaltungskosten, Energiepreise und andere Umweltfaktoren können dabei eine wesentliche Rolle spielen. Steigende Preise und Inflation sind im Zusammenhang mit den Maßnahmenpaketen der EU Thema, wenn die Inflation bisher auch einigermaßen in Zaum gehalten werden konnten.

Als soziales Kernziel der Europa 2020 Strategie wurde formuliert, bis 2020 europaweit 20 Millionen Menschen aus der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung zu befreien. Als Teil dieser Strategie wurde 2010 die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen. Konkrete Maßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung liegen in der Kompetenz der nationalen Regierungen. Die Plattform versucht diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie best practices identifiziert und wechselseitiges Lernen fördert. Politische Koordination, der Dialog zwischen den Stakeholdern, Funding und strategische Partnerschaften sind Teile dieses Prozesses.

In Anerkennung der Wichtigkeit dieser Initiativen wurde „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung“ auch im Zuge des Projekts *WgÖ?* als Schlüsselindikator der Dimension materieller Wohlstand definiert. Als Subindikator wurde die verfestigte Deprivation gewählt, um auch individuelle zeitliche Entwicklungen und nicht nur Gesamttrends abzubilden. Dies ist nur mittels Längsschnittdaten möglich, die bei EU-SILC ebenfalls erhoben werden.

3.2.1

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Die Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten umfasst all jene Personen, deren Haushalt ein Gesamteinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle hat und/oder mindestens vier Merkmale für materielle Deprivation aufweist (von 9 möglichen), sowie Personen (bis 59 Jahre) in Haushalten mit keiner oder sehr geringer Erwerbstätigkeit. Konkret umfasst die Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten daher Personen, auf die zumindest eines der folgenden Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das 60% des nationalen Medianeinkommens nicht übersteigt
2. Personen, deren Haushalt nach EU-Definition erheblich materiell depriviert ist, also vier oder mehr der folgenden neun Merkmale aufweist:
 - a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten

Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:

- b. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
 - c. unerwartete Ausgaben in Höhe von 950 Euro (EU-SILC 2011) zu tätigen
 - d. die Wohnung angemessen warm zu halten
 - e. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
 - f. ein Pkw
 - g. eine Waschmaschine
 - h. ein Farbfernseher
 - i. ein Telefon oder Handy
3. Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind und in einem (nahezu) erwerbslosen Haushalt leben.

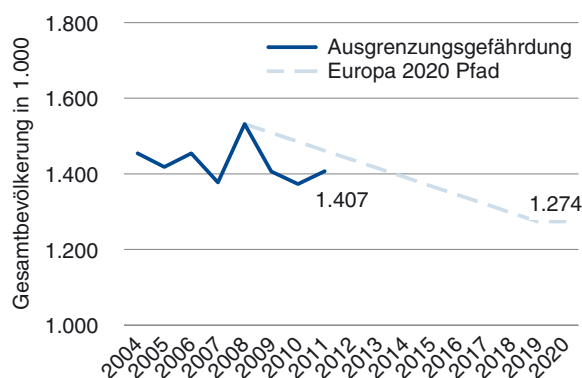
Expertenmeinung:

Die vermeintlich positive Entwicklung der Ausgrenzungsgefährdung ist mit Vorsicht zu bewerten. Zwar liegt Österreich unter dem Zielpfad 2020, allerdings wurde der Ausgangswert im Jahr 2008 gesetzt, wo die Ausgrenzungsgefährdung ihren bisherigen Höhepunkt hatte. Im Gesamtblick bleibt die Zahl der Betroffenen jedoch konstant.

Für diesen Indikator stehen derzeit aufgrund einer methodischen Umstellung nur Daten aus 2011 zur Verfügung. In Österreich betrug die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten 2011 rund 1,4 Mio. Personen. Das entspricht einem Anteil von 17% der Gesamtbevölkerung. Wie im nationalen Reformprogramm 2012 formuliert, plant die Bundesregierung bis 2020 insgesamt 235.000 Personen aus diesen sozialen Gefährdungslagen zu bringen.

Grafik 21 zeigt die Entwicklung der Ausgrenzungsgefährdung seit 2004³¹. Trotz Wirtschaftskrise hat sich die Größe dieser Gruppe zwischen dem bisherigen Höhepunkt im Jahr 2008 und 2009 etwas reduziert, was insbesondere auf die Reduktion der erheblichen materiellen Deprivation zurückzuführen ist. Gründe dafür könnten etwa darin liegen, dass die Zahl der Arbeitslosen in Österreich weniger stark angestiegen ist als in anderen Ländern. Einkommensverluste wurden teilweise durch höhere Lohnabschlüsse, die Steuerreform 2009 sowie Sozialleistungen kompensiert. Gleichzeitig wurden im Jahr 2009 viele Haushalte durch die minimale Inflation und sinkende Kreditzinsen entlastet. Seit 2009 gab es keine signifikanten Änderungen der Ausgrenzungsgefährdungsquote.

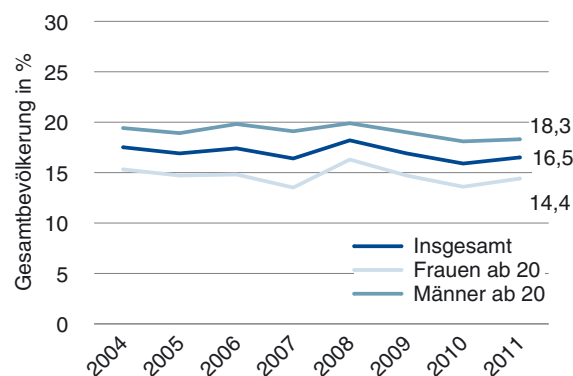
Grafik 21
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Das Risiko, zur Gesamtgruppe der Ausgrenzungsgefährdeten zu zählen, ist in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoch. So zeigt Grafik 22, dass in den Jahren 2004 bis 2011 durchgängig mehr Frauen über 18 Jahren ausgrenzungsgefährdet waren als Männer. Das dürfte zum Teil mit dem Frauenüberschuss vor allem der älteren Bevölkerung zusammenhängen, die ein höheres Armutsrisiko aufweisen und häufiger depriviert sind. Zum Teil hängt dies aber auch damit zusammen, dass Frauen in bestimmten Lebenssituationen (als Alleinerzieherinnen oder als Pensionistinnen mit geringer Pension) ein erhöhtes Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko aufweisen.³²

Grafik 22
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Geschlecht der Bevölkerung ab 20 Jahren in %



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Betrachtet man den Anteil der Ausgrenzungsgefährdeten in den verschiedenen Einkommensklassen (siehe dazu Grafik 23) so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Ausgrenzungsgefährdung am höchsten war. Zwei Drittel der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen waren 2011 ausgrenzungsgefährdet. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch ein höheres Haushaltseinkommen nicht vollständig vor Ausgrenzungsgefährdung schützt. So waren im zweiten Einkommensquintil noch 8% der Personen ausgrenzungsgefährdet und immerhin noch 2% im vierten Einkommensquintil.

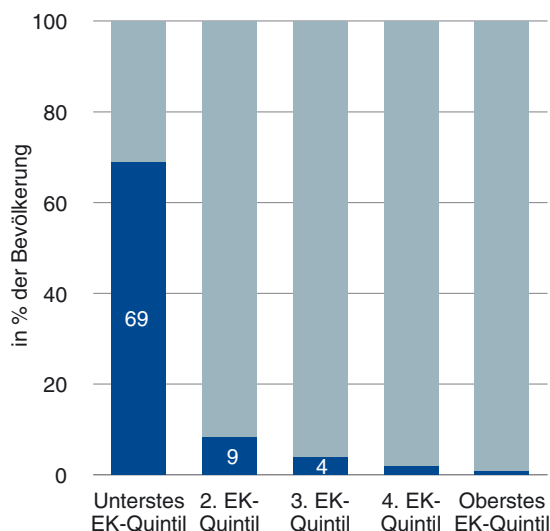
Im EU-Vergleich lag Österreich 2011, was den Anteil der Ausgrenzungsgefährdeten betrifft, an fünfter Stelle und deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 24%. Niedrigere Quoten wiesen Tschechien (15%), Niederlande und

31) EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung bei rund 6.000 Haushalten jährlich (das sind rund 0,16 Prozent aller privaten Haushalte in Österreich). Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass die gewichteten Daten Stichprobenfehlern und damit Schwankungen unterworfen sind.

32) Es ist zu beachten, dass Geschlechterunterschiede im Haushaltszusammenhang nur eingeschränkt erkennbar sind und auf Grund des verwendeten Konzepts systematisch unterschätzt werden.

Grafik 23

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen (2011)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr inkl. Transferleistungen. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Schweden (jeweils 16%) auf. Die höchsten Anteile an armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen hatten Bulgarien (49%), Lettland und Rumänien (jeweils 40%).

3.2.2

Subindikator Verfestigte Deprivation

Bei der verfestigten Deprivation handelt es sich um einen nationalen Indikator (BMASK 2012a), der gemeinsam mit der nationalen Plattform gegen Armut als einer von 20 Leitindikatoren für soziale Eingliederung entwickelt wurde. Im Rahmen dieser Initiative wurden Merkmale ausgewählt, die nach Meinung eines Beirates von Fachleuten, Armutsbetroffenen sowie einer von Statistik Austria im Jahr 2008 durchgeführten repräsentativen Telefonumfrage als absolut notwendig für den Mindestlebensstandard in Österreich gesehen wurden.

Von verfestigter Deprivation spricht man, wenn sich Personen über zwei Jahre hinweg mindestens zwei der folgenden Dinge nicht leisten können:

- Wohnung angemessen warm halten
- regelmäßige Zahlungen begleichen
- notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche

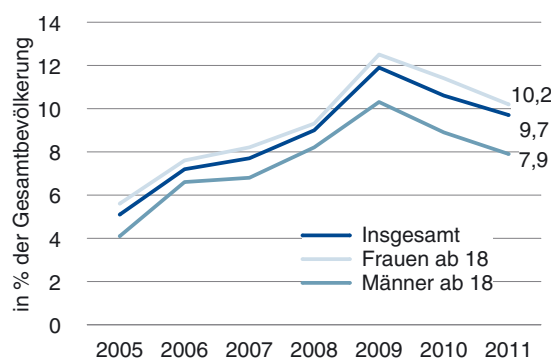
- unerwartete Ausgaben tätigen
- bei Bedarf neue Kleidung kaufen
- nahrhaftes Essen (Fleisch etc.)
- einmal im Monat Freunde einladen können

Besonders problematisch ist materielle Deprivation dann, wenn sie Personen über einen längeren Zeitraum betrifft und nicht nur einen voraussichtlich vorübergehenden Zustand darstellt (etwa bei Studierenden oder Personen mit absehbaren Einkommensausfällen).

Rund 781.000 Personen, das entspricht 10% der Gesamtbevölkerung, waren im Jahr 2011 von verfestigter Deprivation betroffen. Grafik 24 zeigt, dass der Prozentsatz der betroffenen Personen zwischen 2005 und 2009 kontinuierlich von 5% auf 12% gestiegen ist. Der Anteil der verfestigt Deprivierten hat sich somit innerhalb von 5 Jahren mehr als verdoppelt, während im selben Zeitraum die Anzahl der Ausgrenzungs- oder Armutsgefährdeten annähernd gleich geblieben ist. Der seit 2010 rückläufige Trend setzte sich auch 2011 fort. Auch wenn sich einzelne Merkmale wie etwa die Leistbarkeit eines Zahnarztbesuchs etwas deutlicher verbessert haben als andere, kann der Rückgang nicht auf ein einzelnes Merkmal zurückgeführt werden. Durch die Kombination mehrerer Merkmale zu einem robusten Deprivationsindex werden auch allfällige Effekte der Fragestellung minimiert (vgl. BMASK 2012a, S.100f). Frauen (ab 18) waren 2011 mit 10% häufiger von verfestigter Deprivation betroffen als Männer (8%).

Grafik 24

Verfestigte Deprivation nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC Längsschnittdaten. - Nur Personen, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren in Österreich waren.

Für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete entwickelte sich der Indikator nahezu parallel zum Gesamtdurchschnitt. Im Jahr 2005 waren 17% dieser Gruppe auch von verfestigter Deprivation betroffen. Diese Quote stieg bis 2009 auf 41% und erreichte zuletzt wieder annähernd das Niveau des Jahres 2008

3.3

Produktive Aktivitäten und Arbeit

Beschäftigung ist einer der wichtigsten Einflussfaktoren für den materiellen Lebensstandard und zugleich ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Menschen verbringen einen erheblichen Anteil ihrer Zeit in Erwerbsarbeit. Die berufliche Tätigkeit formt daher ihre Möglichkeiten, ihre sozialen Beziehungen sowie ihre sozialen und ökonomischen Aufstiegschancen. Arbeit liefert somit nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens, sondern bietet darüber hinaus die Möglichkeit, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erleben.

Die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen geht über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus. Im günstigsten Fall regt die Arbeitswelt auch zu Wissenserwerb oder zur Sicherung des Gesundheitszustandes an; wie umgekehrt Wissenserwerb und Gesundheit notwendige Voraussetzungen einer längerfristigen Beschäftigungsfähigkeit darstellen. Andererseits kann Erwerbsarbeit jedoch auch negative Effekte auf die Lebensqualität haben: Schlechte Arbeitsbedingungen, exzessive Überstunden und Stress können ebenso zu gesundheitlichen oder sozialen Problemen führen, wie Arbeitstätigkeiten, die als sinnlos empfunden werden. Der Aspekt der Job-Qualität spielt daher eine wesentliche Rolle.

Schlüsselindikator ist die Erwerbstätigenquote. Sie wird erstens durch Subindikatoren zur Arbeitslosigkeit flankiert, die in Zeiten der Krise zum schärfsten Problem der Europäischen Union und ihres Zusammenhalts geworden ist und zweitens durch einen subjektiven Indikator zur Job-Zufriedenheit ergänzt.

Wie durch die Benennung der Dimension deutlich wird, muss dabei der Begriff „Beschäftigung“ generell weitergefasst werden: Neben entgeltlicher Tätigkeit umfasst Beschäftigung ebenso andere produktive Tätigkeiten, die in klassischen Arbeitsmarktindikatoren nicht zum Ausdruck kommen. Dazu gehören etwa nicht-bezahlte kreative Tätigkeiten, Kinder- und Altenbetreuung, Volunteering u.v.m. Ebenso wichtig ist die Frage der Job-Qualität, die einen wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität ausübt. Beide Themenfelder sind derzeit in Entwicklung und sollen künftig in das Indikatorenset Eingang finden.

3.3.1

Erwerbstätigenquote

Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde lang pro Woche gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Präsenz- und Zivildienstler gehen nicht in die Berechnung der Erwerbstätigenquote ein.

Expertenmeinung:



Seit 1995 konnte die Erwerbstätigenquote deutlich erhöht werden. Diese Entwicklung wird als sehr positiv eingeschätzt. Seit 2010 verläuft der Anstieg entlang des Zielpfads für 2020. Einschränkend wird bemerkt, dass das 2020-Ziel voraussichtlich nicht „übererfüllt“ wird und zuletzt nur noch sehr geringe Bewegungen zu beobachten waren.

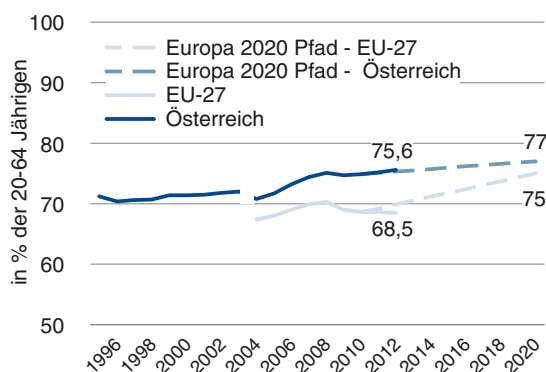
Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde die Erwerbstätigenquote als Leitindikator des Beschäftigungsziels definiert: Bis 2020 sollen 75% der 20-64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. Das nationale Ziel liegt bei 77%. Die Wahl des Indikators wurde in der Mitteilung der Kommission (Europäische Kommission 2010) damit begründet, dass Beschäftigung multiple Effekte auf die Aspekte „wirtschaftliche Entwicklung“, „Lebensqualität“ und „soziale Eingliederung“ hat und somit einen Eckstein der sozioökonomischen Entwicklung darstellt.

2012 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 75,6%. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u.a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Von 2010 bis 2012 zeigte sich wieder ein moderater Anstieg (gegenüber dem jeweiligen Vorjahr). Der Europa 2020 Zielwert für Österreich von 77% kann bei gleichbleibendem Trend erreicht wer-

den. In den EU-27 gab es zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte jedoch seither nicht ausgeglichen werden. Die durchschnittliche Quote der EU-27 lag 2012 bei 68,5%.

Grafik 25

Erwerbstätigenquote in % der 20-64jährigen Erwerbspersonen



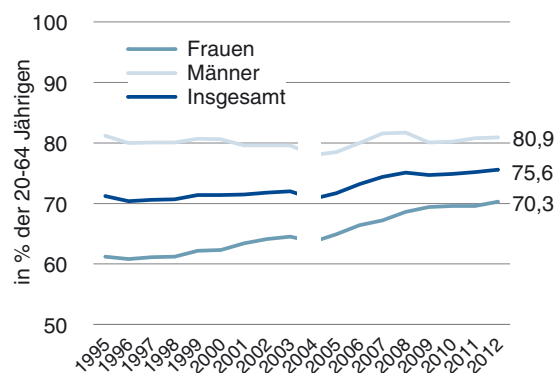
Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung, Eurostat. - Zeitreihenbruch 2004.

Die Daten zeigen, wie aus Grafik 26 ersichtlich, dass der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter anhält, wenngleich dieser überwiegend auf einer Zunahme der Teilzeitarbeit beruht. Im Nationalen Reformprogramm der Bundesregierung (BKA 2013) wurde festgehalten, dass es einen noch größeren Zuwachs an neuen

Arbeitsplätzen braucht, um das zusätzliche Arbeitskräftepotential absorbieren zu können. Eine Arbeitsmarktoffensive im Rahmen des Stabilitätspakets umfasst außerdem Maßnahmen für ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen (BMASK 2012b). In Österreich lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2012 bei 70,3%. Bei den Männern betrug sie 80,9%. Während die Quote der Männer im Beobachtungszeitraum insgesamt konstant geblieben ist, lag die weibliche Erwerbstätigenquote 1995 noch bei 61,2%. Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern war aber auch noch 2012 mit 10,6 Prozentpunkten beträchtlich.

Grafik 26

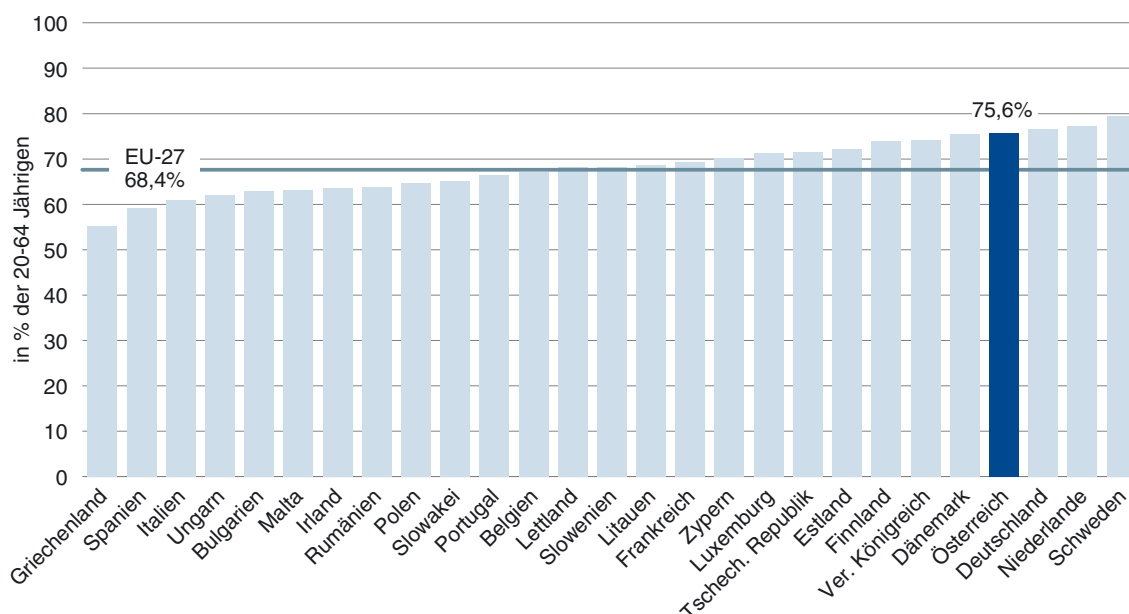
Erwerbstätigenquote in % der 20-64jährigen Erwerbspersonen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Zeitreihenbruch 2004.

Grafik 27

Erwerbstätigenquoten in % der 20-64jährigen im EU-Vergleich (2012)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat, LFS 2012.

Im EU-Vergleich nimmt Österreich einen Spitzenplatz bei der Erwerbstätigenquote ein. Nur Deutschland (76,7%), die Niederlande (77,2%) und Schweden (79,4%) weisen noch höhere Quoten auf.

Zur Erreichung des Europa 2020 Ziels wurden auf Europäischer Ebene einige Maßnahmen gesetzt, die mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fond für die Anpassung an die Globalisierung unterstützt werden (European Commission 2012). Darunter fallen Maßnahmen wie die Anpassung der Arbeitnehmerinnen und -nehmer und der Unternehmen an sich verändernde Umweltfaktoren, die Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die berufliche Integration beeinträchtigter Personen oder die Integration arbeitsmarktfremder Personen.

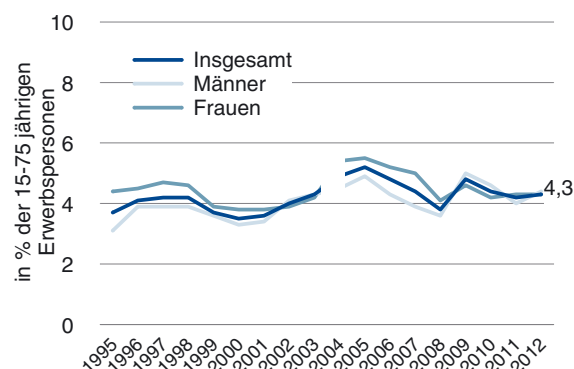
3.3.2 Subindikator Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote ist als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 74 Jahren an den Erwerbspersonen definiert. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber ansonsten einer Beschäftigung nachgeht. Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Karenz- bzw. Kindergeld beziehen, sind bei den Erwerbstätigen inkludiert. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Ein Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1995, dem EU-Beitrittsjahr Österreichs, zeigt mehrere Phasen. Nach einem recht kräftigen Anstieg zwischen 1995 und 1996 blieb die Arbeitslosenquote die folgenden zwei Jahre auf gleichbleibendem Niveau. Zwischen 1999 und 2000 erholte sich der Arbeitsmarkt; 2000 wurde die geringste Arbeitslosenzahl seit 1995 gemessen. Von 2001 bis 2003 gab es jährliche Steigerungen. Ein weiterer Anstieg von 2003 auf 2004 kann nicht zur Gänze der Arbeitsmarktsituation zugerechnet werden. Hier gab es eine grundlegende Umstellung der Erhebung, deren Auswirkung nicht genau beziffert werden kann. Im Jahr 2005 erreichte die Quote mit 5,2% ihren Höchstwert, danach erholte sich der Arbeitsmarkt. Der Anstieg der Arbeitslosenquote von 2008 auf 2009 ist auf die schlechtere Wirtschaftslage zurückzuführen. In den Jahren 2010 bis 2011 entspannte sich die Arbeitsmarktsituation wieder, die Zahlen gingen leicht zurück und blieben 2012 quasi konstant.

Arbeitslosigkeit stellt in der Europäischen Union derzeit eine der größten Herausforderung dar. Nach fünf Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der Europäischen

Grafik 28
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Zeitreihenbruch 2004.

Union eine neue Spitze. Wie aus Grafik 29 ersichtlich, waren 10,5% der europäischen Erwerbsbevölkerung trotz Arbeitswillen ohne Beschäftigung. Besonders hohe Werte erreichte die Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa, die Spitzenreiter waren Spanien (25%), Griechenland (24,3%) und Portugal (15,9%). Im Vergleich dazu war Österreich 2012 mit einer Arbeitslosenrate von 4,3% noch vor Luxemburg und den Niederlanden jenes Land in der Europäischen Union mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit.

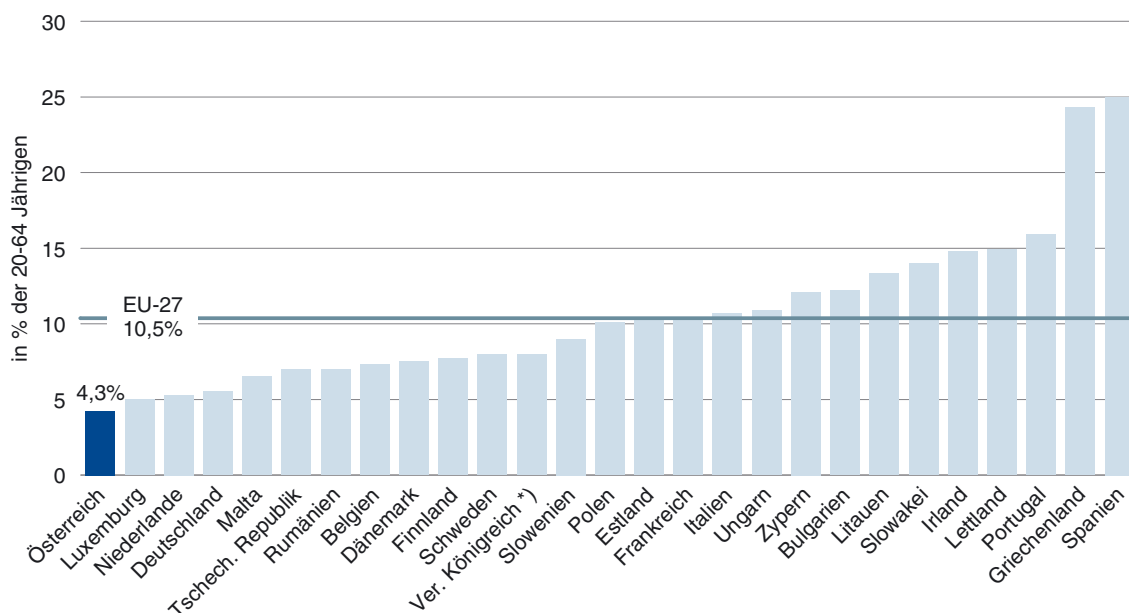
Betrachtet man die Jugendarbeitslosenquote so war die Situation 2012 im EU-Vergleich die Situation auch für Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren in Österreich wesentlich besser als in den meisten Vergleichsländern (siehe Grafik 30). Der EU-Durchschnitt lag bei 22,8%, wobei Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Griechenland (55,3%) und Spanien (53,2%) in seiner gesamten Drastik am höchsten war. In Österreich waren 8,7% der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt arbeitslos. Niedriger war die Quote der jugendlichen Arbeitslosen nur in Deutschland, wo sie 8,1% betrug.

Initiativen wie die Ausbildungs- oder Jugendgarantie konnten dazu beitragen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hierzulande gering zu halten. Die Ausbildungsgarantie, die sich an Jugendliche ohne weiterführende Ausbildung und an solche mit erhöhtem Förderbedarf richtet, ermöglicht allen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren eine Lehrlingsausbildung oder eine gleichwertige Ausbildung. Die Jugendgarantie wiederum ist eine Dienstleistung des Arbeitsmarktservice für alle unter 25-Jährigen, die länger als 6 Monate arbeitslos sind, und beinhaltet die Möglichkeit an einer Aus- oder Weiterbildung teilzunehmen oder eine geförderte Beschäftigung anzutreten (BMASK 2012b).

Auch seitens der Europäischen Union wurden Initiativen gesetzt, die sich teilweise an den österreichischen Maßnahmen orientieren: Vom Europäischen Rat wurde beispielsweise auf seiner Tagung im Februar 2013 eine Beschäftigungsinitiative für junge Menschen angeregt.

Grafik 29

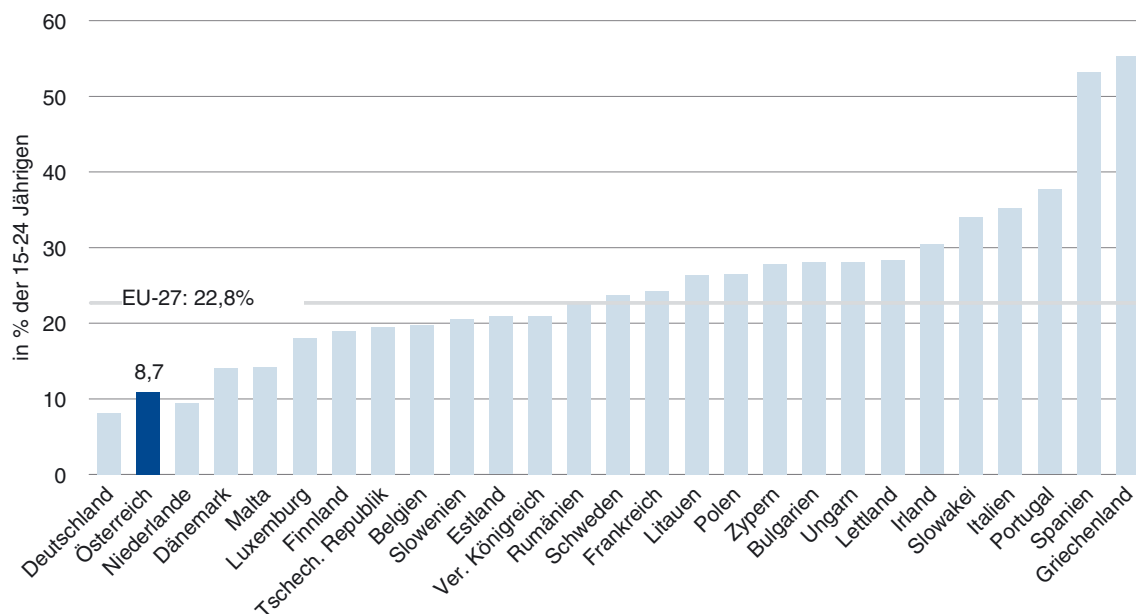
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2012)



Q: Eurostat, LFS 2012.

Grafik 30

Jugendarbeitslosigkeit im EU-Vergleich (2012)



Q: Eurostat, LFS 2012.

Diese stellt eine Ergänzung zu anderen Projekten dar, die auf nationaler Ebene durchgeführt und teils vom Europäischen Sozialfonds unterstützt werden. Der Rat (Europäische Kommission 2012b) schlägt in seiner Empfehlung die Einführung einer Jugendgarantie vor, mit dem Ziel,

allen unter 25-Jährigen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer formalen Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle bzw. für eine Weiterbildung machen zu können.

3.3.3

Subindikator Arbeitszufriedenheit

Die diesem Indikator zugrunde liegende Frage lautet: Wie zufrieden sind sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrer Hauptbeschäftigung. Antwort: sehr zufrieden / zufrieden / eher zufrieden / eher unzufrieden / ziemlich unzufrieden / sehr unzufrieden. Der Indikator wird als Prozentsatz der 20-64-jährigen Erwerbstätigen ausgewiesen.

In der Literatur wird Arbeitszufriedenheit als die umfassende Bewertung einer Person ihrer aktuellen Arbeitsrolle definiert (Kalleberg & Berg 1987). Im Kontext des Indikatorensets *WgÖ?* stellt der Indikator zur Arbeitszufriedenheit aber vor allem eine wichtige Ergänzung zum Schlüsselinikator „Erwerbstätigenquote“ dar, da da aus subjektiven Daten Information zur persönlichen Einschätzung der Arbeitsqualität abgeleitet werden kann. Freilich sind Rückschlüsse über die Arbeitsbedingungen äußerst vorsichtig zu ziehen. Gerade im Zusammenhang mit Lebensqualität ist die nackte Anzahl (bzw. ihre Erhöhung) von Beschäftigungsverhältnissen noch kein ausreichender Beleg für deren positiven Einfluss auf ebendiese. „More and better jobs“ ist demgemäß auch das Motto der Europäischen Beschäftigungsstrategie.

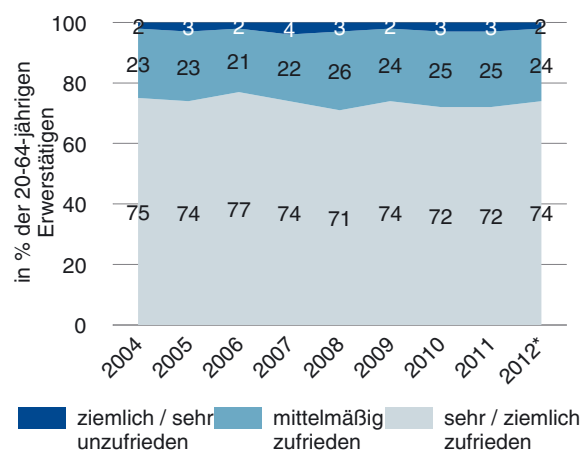
Im Jahr 2012 gaben 74% der erwerbstätigen Personen zwischen 20 und 64 Jahren an, mit ihrer Arbeit sehr oder ziemlich zufrieden zu sein. Diesen standen 2% gegenüber, die mit ihrer Arbeit ziemlich oder sehr unzufrieden waren.

Der Anteil der sehr oder ziemlich Zufriedenen ging im Beobachtungszeitraum leicht zurück, um zuletzt wieder etwas anzusteigen (siehe Grafik 31). Im Großen und Ganzen blieb er aber relativ stabil. Ihren Tiefpunkt erreichte die Arbeitszufriedenheit im Jahr 2008, also noch vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise. Nur 71% der Erwerbstätigen und somit 4 Prozentpunkte weniger als noch 2004 waren mit ihrer Haupttätigkeit sehr oder ziemlich zufrieden. Der Anstieg der mit ihrer Haupttätigkeit sehr oder ziemlich zufriedenen erwerbstätigen Personen im Jahr 2009 kann auch vor dem Hintergrund der Krisenberichterstattung gedeutet werden: Während die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern der Europäischen Union 2009 drastisch anstieg, konnte der Arbeitsmarkt in Österreich einigermmaßen stabil gehalten werden. Dies mag unter den Erwerbstätigen zu einer höheren Zufriedenheit mit ihrer Arbeit geführt haben.

Während es keine signifikanten Unterschiede bezüglich Arbeitszufriedenheit zwischen den Geschlechtern gab, zeigten sich erwartungsgemäß deutliche Differenzen zwischen den Einkommensgruppen (Grafik 32). Während im

Grafik 31

Arbeitszufriedenheit in % der 20-64-jährigen Erwerbstätigen

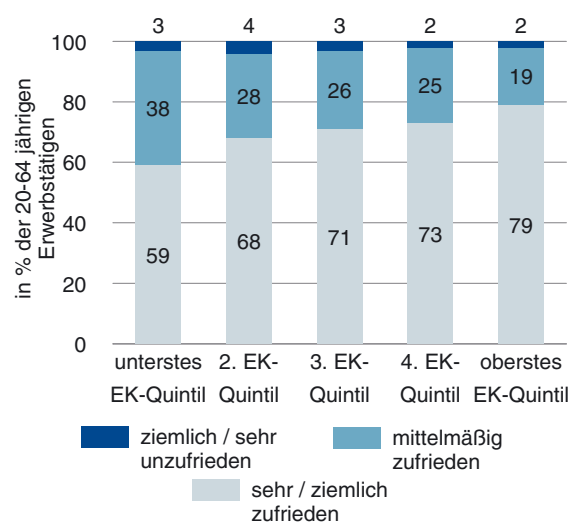


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Nur direkt befragte Personen. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

reichsten Einkommensquintil 79% der erwerbstätigen Personen mit ihrer Beschäftigung sehr oder ziemlich zufrieden waren, traf dies nur auf 59% im untersten Quintil zu. Jedoch waren die Anteile der ziemlich oder sehr unzufriedenen Personen in allen Quintilen sehr gering (2-3%). Es zeigt sich, dass die Gesamtzufriedenheit mit der Arbeit graduell nach Einkommensgruppen abnimmt.

Grafik 32

Arbeitszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2011)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-ILC 2011. - Nur direkt befragte Personen. EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr inkl. Transferleistungen. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.4

Gesundheit

Gesundheit ist, so formuliert die WHO (2013), ein immanentes Menschenrecht und ein zentraler Faktor der Armutsreduktion und der sozioökonomischen Entwicklung. Sie repräsentiert ein wesentliches Element des Lebens und stellt eine unverzichtbare Bedingung des individuellen Wohlergehens wie auch der gesellschaftlichen Prosperität dar. Dies hat Folgen für alle Dimensionen des individuellen Lebens und seiner verschiedenen Phasen und beeinflusst die Bedingungen, Verhaltensweisen, die sozialen Beziehungen, die Möglichkeiten und die Perspektiven von Menschen.

Mit steigender Lebenserwartung gewinnt das Thema Gesundheit zusätzlich an Bedeutung. In einer Lebensphase, in der das Risiko schlechter Gesundheit steigt und ihr negativer Einfluss auf die Lebensqualität mitunter drastisch zunimmt, wird sie zu einem essentiellen Einflussfaktor.

Der Dimension Gesundheit steht eine Reihe von Indikatoren und Daten zur Verfügung. Eurostat veröffentlicht auf seiner Webpage zur Lebensqualität³³ vier Indikatoren³⁴ kategorisiert nach den Themen outcome³⁵ (z.B. Lebenserwartung), drivers³⁶ (z.B. Gesundheitsverhalten) und Zugang zum Gesundheitswesen.

Zukünftig wird es eine verbesserte Datenlage für den internationalen Vergleich geben, wenn Ergebnisse der Europäischen Gesundheitsbefragung für alle Mitgliedsländer verfügbar sein werden. Allerdings findet diese Erhebung lediglich alle fünf Jahre statt. In Österreich war die letzte Gesundheitsbefragung 2006/2007. Die nächste Welle wird 2014 erhoben.

Als Schlüsselindikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde für WgÖ? die subjektive Gesundheit ausgewählt, wie sie in EU-SILC erfragt wird. Ergänzt wird dieser Indikator durch Lebenserwartungsdifferenzen zwischen Personen mit Pflichtschulabschluss und Personen mit Tertiärabschluss, einem Indikator, dem sich auch die allgemeine Entwicklung der Lebenserwartung entnehmen lässt und der insbesondere Verteilungsfragen in Bezug auf Gesundheit beleuchtet.

3.4.1

Subjektive Gesundheit

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht), Keine Angabe). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen werden Angaben durch Haushaltsangehörige gemacht.

Expertenmeinung:



Seit 2004 sind bei diesem Indikator kaum Bewegungen wahrzunehmen. Es sind also weder Verbesserungen noch Verschlechterungen aufgetreten, weshalb die Entwicklung neutral eingestuft wird.

Die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes durch jährliche Erhebungen liefert einen guten Indikator für das allgemeine Wohlbefinden einer Bevölkerung. Mit dieser Frage werden neben körperlichen auch psychische und soziale Aspekte von Gesundheit implizit mit erfasst.

Grafik 33 zeigt, dass der subjektive Gesundheitsstand der Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. Der Rückgang des Anteils der Personen mit sehr guter und guter Gesundheit im Jahr 2008 ist zum Teil durch einen Zeitreihenbruch aufgrund einer Änderung in der Fragenstellung zu erklären. Seither ist dieser Wert de facto unverändert geblieben und lag 2012 bei 70%. Unverändert bei rund 9% blieb auch der Anteil jener Personen, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einstufen.

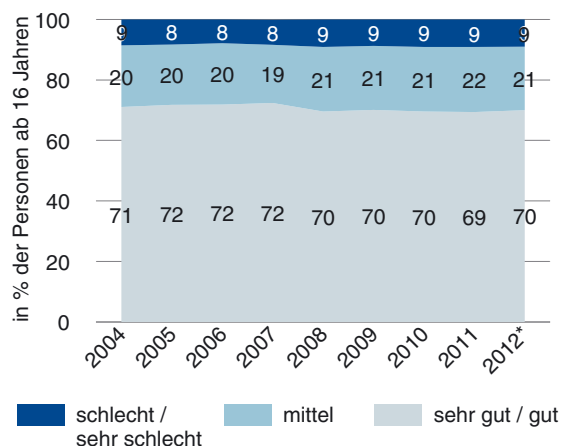
33) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality_life/data/health

34) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality_life/data/health

35) Unter outcome versteht man in diesem Sinne ergebnisorientierte Indikatoren. So sind etwa Lebenserwartung oder Gesundheitszustand das Ergebnis unterschiedlicher Einflussfaktoren.

36) Unter drivers versteht man hier Einflussfaktoren auf die allgemeine Gesundheit. Das Gesundheitsverhalten (z.B. Rauchen, Alkohol) beeinflusst die allgemeinen Gesundheitszustand.

Grafik 33

Subjektiver Gesundheitszustand in % der Personen ab 16 Jahren

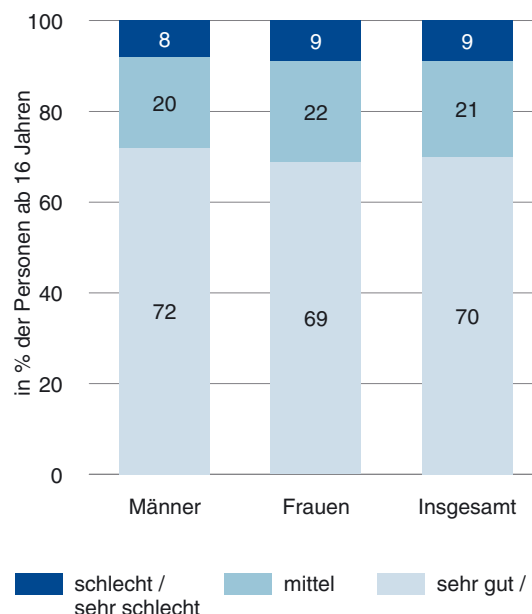
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Nur direkt befragte Personen ab 16 Jahren. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Im Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit, Jugend und Familie und der Statistik Austria (2007) wird angemerkt, dass hinsichtlich des subjektiv empfundenen Gesundheitszustands verglichen mit den Ergebnissen von 1991 und 1999 insgesamt ein positiver Trend festzustellen ist, wohingegen der Anteil von Personen mit schlechter und sehr schlechter, wohingegen der Anteil von Personen mit schlechter und sehr schlechter subjektiver Gesundheit auch in dieser längerfristigen Betrachtung weitgehend unverändert blieb.

Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand etwas schlechter ein als Männer (Grafik 34). Während 2012 72% der Männer angaben, über eine sehr gute bzw. gute Gesundheit zu verfügen, waren es bei den Frauen nur 69%. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung bei Frauen jedoch höher, womit dieser Unterschied teilweise erklärt werden kann, da gesundheitliche Probleme im höheren Alter vermehrt auftreten. Zur Deutung dieser Diskrepanz wird außerdem oft die besondere Aufmerksamkeit von Frauen auf ihren körperlichen Zustand sowie ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein genannt (Kuhlmann & Kolip 2005).

Noch deutlichere Unterschiede zeigten sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Grafik 35). Während im Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen nur etwas mehr als die Hälfte der Personen angaben, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein, waren es im obersten Einkommensquintil über 80%. Gleichzeitig berichteten 16% des untersten Einkommensquintils einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand, während dieser Anteil in den höheren Einkommensquintilen wesentlich geringer ausfiel (4. EK-Quintil: 6%, Oberstes EK-Quintil: 4%). Dieses Ergebnis wirft wichtige Fragen nach Lebensgewohnheiten, gesundheitlicher Vorsorge aber v.a. auch nach den Arbeitsbedingungen

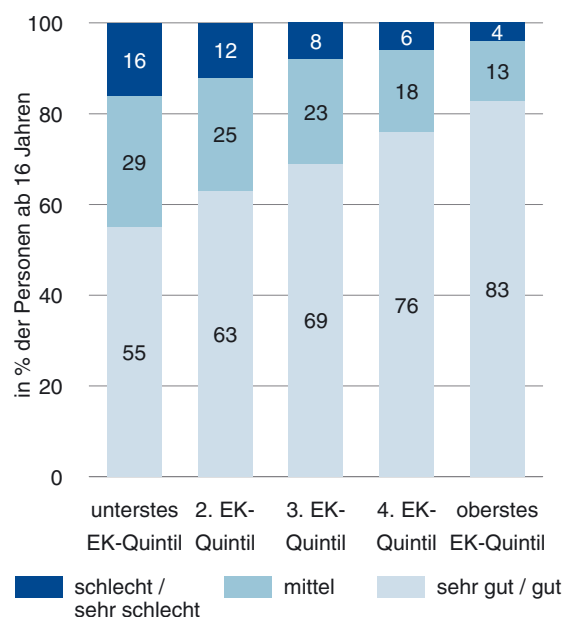
Grafik 34

Subjektiver Gesundheitszustand nach Geschlecht (2012)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2012. - Nur direkt befragte Personen ab 16 Jahren. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

unterschiedlicher sozialer Gruppen auf, die einer detaillierteren Analyse bedürfen.

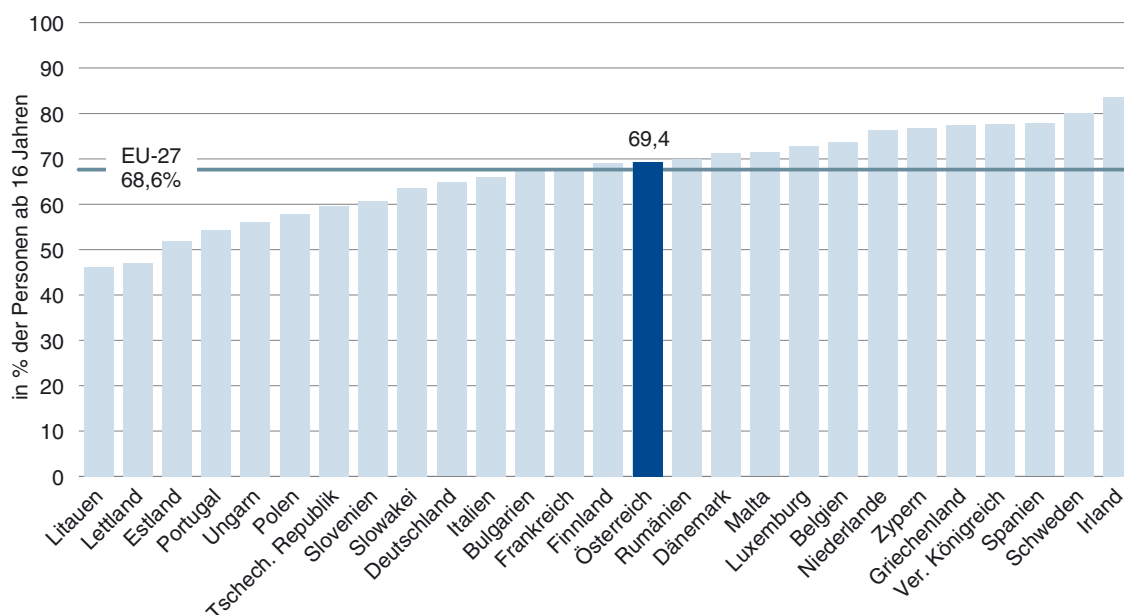
Grafik 35

Subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensquintilen (2011)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - Nur direkt befragte Personen ab 16 Jahren. EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr inkl. Transferleistungen. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Grafik 36

Sehr guter oder guter subjektiver Gesundheitszustand in % der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2011)



Q: Eurostat, EU-SILC 2011.

Im EU-27-Vergleich befindet sich Österreich im Mittelfeld (Grafik 36). Durchschnittlich empfanden 2011 69% der Europäerinnen und Europäer (ab 16 Jahren) ihre Gesundheit als sehr gut oder gut. Spitzenreiter waren Irland (84%), Schweden (80%) und Spanien (78%). 9% der österreichischen Bevölkerung ab 16 Jahren bewerteten ihre Gesundheit demgegenüber als schlecht oder sehr schlecht. Insbesondere empfanden Personen höhere Altersgruppen ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht. Die Entwicklung seit 2008 ist hier ebenfalls konstant. Österreich lag damit genau im EU-Durchschnitt von 9%. Die höchsten Raten schlechter oder sehr schlechter Gesundheit wiesen die Baltischen Staaten Litauen (19%), Lettland (17%) und Estland (16%) auf.

3.4.2

Subindikator Soziale Lebenserwartungsdifferenzen

Die „Soziale Lebenserwartungsdifferenz“ bezeichnet den Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht.

Soziale Unterschiede zeigen sich nicht nur im subjektiv empfundenen Gesundheitszustand, sie wirken sich auch – ganz objektiv – auf die Lebenserwartung von Personen

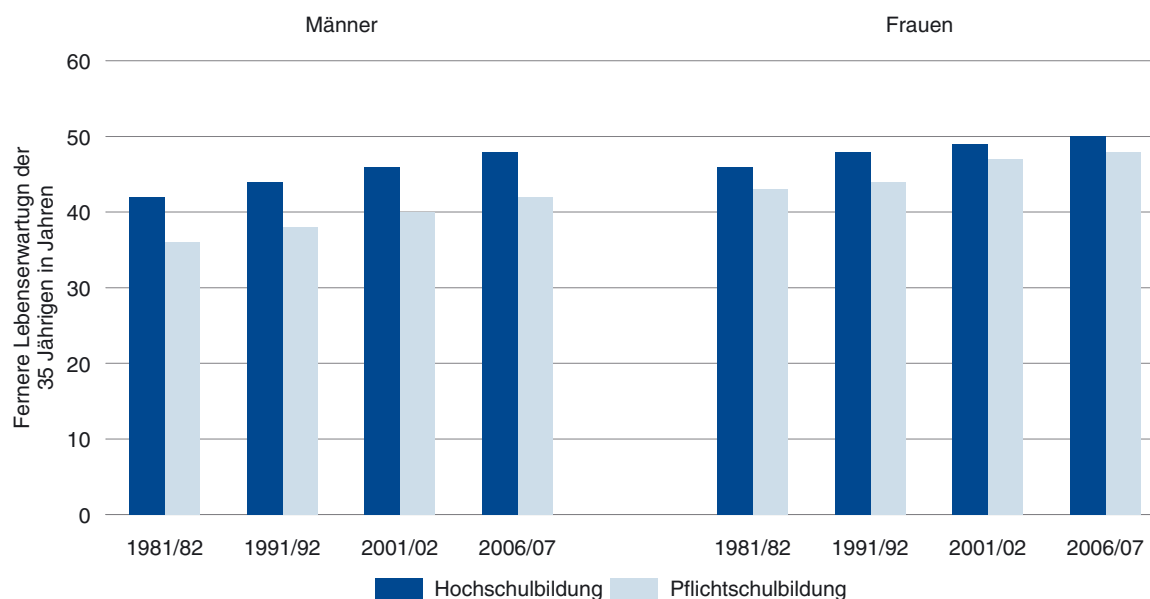
aus. Die höhere Lebenserwartung im Alter von 35 Jahren der höchsten gegenüber der niedrigsten Bildungsstufe betrug bei den Männern 6,2 Jahre, bei den Frauen 2,8 Jahre. Jene der 35-jährigen Frauen mit Hochschulbildung gegenüber gleichaltrigen Männern mit Pflichtschulabschluss betrug 9,2 Jahre. Generell waren die Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen den Bildungsschichten bei den Frauen geringer als bei den Männern.

Der Indikator ist im Gegensatz zu den EU-SILC-Befragungsdaten aus Registerdaten errechnet, lässt daher nur eingeschränkte Analysen sozialer Differenzierungen zu, im vorliegenden Fall durch eine Verknüpfung von Volkszählungs- und Gestorbenen-Daten (Till et al. 2012). Zudem stammen die letzten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2006. Dennoch sind die Ergebnisse bemerkenswert: Höher Gebildete bzw. Universitätsabsolventen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Personen mit einem Pflichtschulabschluss als höchster Bildungsstufe.

Betrachtet man die Entwicklung über die Jahre (Grafik 37), so fällt auf, dass der Unterschied in der Lebenserwartung (absolut gesehen) zwischen den Gruppen mit unterschiedlicher Bildung nur bei den Frauen etwas kleiner geworden ist. Bei den Männern ist die Verringerung des Unterschieds zwischen den Bildungsgruppen vor dem Hintergrund der insgesamt steigenden Lebenserwartungen zu sehen. Die fernere Lebenserwartung ist seit den 1980er Jahren sowohl für höhere als auch für niedrige Bildungsschichten deutlich gestiegen. Allerdings bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Für Männer ist die Differenz nach erreichtem Bildungsniveau deutlich größer als für Frauen. Die fernere

Grafik 37

Soziale Lebenserwartungsdifferenzen nach Geschlecht (in Jahren der 35-Jährigen)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendaten.

Lebenserwartung für Männer mit Hochschulbildung war 2001 um 6,2 Jahre höher als für Männer mit Pflichtschulbildung, für Frauen betrug der Unterschied 2,8 Jahre. Während die Differenz von 1981 bis 1991 sowohl bei den Männern (von 5,5 auf 6,6 Jahre) als auch bei den Frauen (von

3,3 auf 3,7 Jahre) zugenommen hat, kam es von 1991 bis 2001 zu einer Reduktion der bildungsabhängigen Lebenserwartungsdifferenz. Bei den Männern fiel die Reduktion geringer aus als bei den Frauen. Bei den Frauen war die Differenz 2001 sogar geringer als 1981.

3.5 Bildung

Bildung und Wissen gelten als zentrale Faktoren individueller und gesellschaftlicher Entwicklung, die dazu beitragen, soziale Schieflagen zu vermeiden. Das Bildungsniveau ist außerdem zentral für die wirtschaftliche Stärke eines Landes. Die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und Anreize zu erhöhter Bildungsbeteiligung gehören deshalb sowohl national als auch international zu den strategischen politischen Zielsetzungen. Daneben sollte die Mobilität für alle jungen Menschen im gesamten Bildungssystem wie auch in nicht formalen Lernumgebungen gefördert werden (Rat der EU 2011).

Unter dem Schlagwort „lebenslanges Lernen“ entsteht zudem ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen. Ein hohes Bildungsniveau einer Bevölkerung ist aber nicht nur ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Situation eines Landes und die Chancen am Arbeitsmarkt für die einzelnen Personen, es spielt auch eine wichtige Rolle für die soziale Teilhabe und die politische Partizipation.

Bildung im weitesten Sinne ist daher auch ein Bestandteil der Lebensqualität. Kompetenzen wie Allgemeinbildung, Lese- und Schreibfähigkeit, Reflexionsfähigkeit und Lernen sind dabei wichtige Elemente. Gut entwickelte kognitive Funktionen erweitern die Freiheiten und Möglichkeiten von Individuen ungeachtet ihres Einflusses auf spätere Verdienstmöglichkeiten und die ökonomische Entwicklung. Stiglitz et al. (2009, S.165) betonen darüber hinaus, dass Bildung instrumentellen Charakter für das Erreichen einer Reihe weiterer Ziele hat (z.B. höheres Einkommen, besser soziale Teilhabe etc.), wovon sowohl die Individuen selbst, als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren.

Schlüsselindikator der Dimension Bildung ist die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren. Diese Altersgruppe wurde gewählt, da hier in der Regel von einem abgeschlossenen Universitätsstudium ausgegangen werden kann. Gemäß Europa 2020 Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30-34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, EU-weit bei mindestens 40% liegen.

Ergänzt wird dieser Indikator durch drei Subindikatoren: Erstens durch den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger, also der Personen zwischen 18 und 24, die voraussichtlich keinen über den Pflichtschulabschluss hinausgehenden Abschluss erreichen werden. Ein früher Bildungsabbruch reduziert die Chancen einer adäquaten gesellschaftlichen Partizipation drastisch. Die Europa 2020 Strategie verfolgt daher das Ziel, die Zahl der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger deutlich zu reduzieren. Zweitens durch den Indikator Bildungsstand der Bevölkerung im Haupterwerbsalter, der Rückschlüsse auf das Kompetenzniveau der Arbeitskräfte zulässt und für das Beschäftigungsziel der Europäischen Union von Belang ist. Drittens beleuchtet der Indikator „intergenerationaler Bildungsvergleich“ den „erblichen“ Einfluss der Bildung der Eltern auf jene der nachfolgenden Generation.

3.5.1 Tertiärquote

Die Tertiärquote stellt den Anteil der 30-34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem gleichwertigen Abschluss als höchster abgeschlossener Bildung an der Gesamtgruppe der 30-34-Jährigen dar.

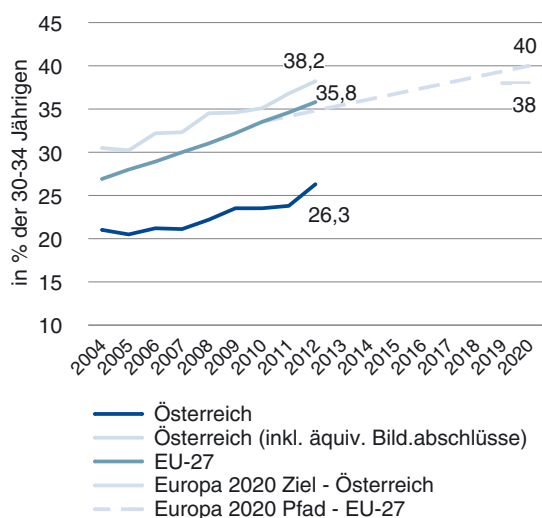
Expertenmeinung:



Im Vergleich zu 2010 ist die Tertiärquote der 30-34-Jährigen (ungeachtet ob inkl. oder exkl. äquiv. Bildungsabschlüsse) 2012 deutlich höher. Insbesondere im Vergleich zum Vorjahr gab es hier 2012 einen starken Zuwachs. Die Entwicklung wird daher tendenziell positiv betrachtet.

Als Tertiärabschluss werden dabei grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5a und 5b sowie 6 gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse sowie Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien und des Kollegs. Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38% festgelegt, bei dem zusätzlich auch Abschlüsse von berufsbildenden höheren Schulen (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.), die ISCED 4a zugeordnet sind, als Tertiärabschlüsse gezählt werden (siehe hierzu: BKA 2012, S.10).

Grafik 38
Hochschulbildung in % der 30-34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung, Eurostat.

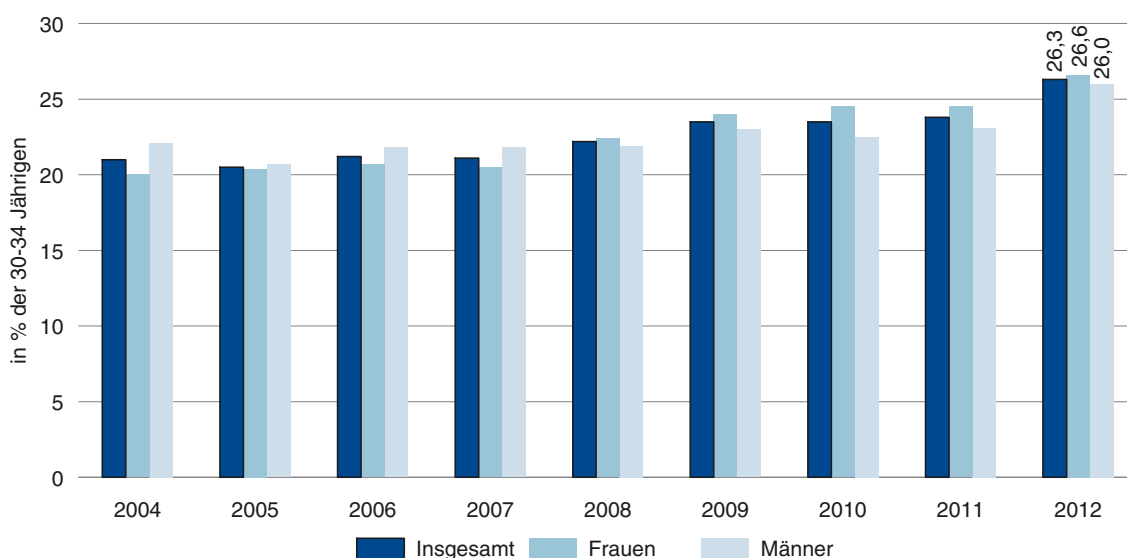
Grafik 40 zeigt, dass 2012 in der gesamten EU 35,8% der 30-34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen konnten. In Österreich waren es – gemäß der strengen EU-Vorgaben nach ISCED – 26,3%. Das entspricht einer Steigerung von 5,3 Prozentpunkten gegenüber 2004 und bedeutet insbesondere auch im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg (+2,5 Prozentpunkte). Eine mögliche Erklärung für diesen Anstieg liegt in den Auswirkungen der Umsetzung des Bologna-Prozesses. Durch die Einführung des Bachelors kommt es zu einem höheren Output der tertiären Institutionen und die betreffenden Absolventinnen und Absolventen rücken nun in die Altersgruppe

30+ vor. Nimmt man wie im nationalen Monitoring vorgesehen, die BHS-Abschlüsse hinzu, so weist Österreich 2012 eine Tertiärquote von 38,2% auf und hat somit das nationale Ziel bereits erreicht.

Betrachtet man die Tertiärquote der 30-34-Jährigen nach Geschlecht, so zeigt Grafik 39, dass zwischen 2007 und 2008 die jungen Frauen die jungen Männer überholt haben: während 2007 noch 21,8% der Männer aber nur 20,5% der Frauen einen Tertiärabschluss vorweisen konnten, waren es 2008 21,9% der Männer und 22,4% der Frauen. Bis zum Jahr 2012 ist dieser Unterschied auf 0,6 Prozentpunkte angewachsen.

Im internationalen Vergleich lag Österreich (ohne Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen in die Tertiärquote) auf den hinteren Rängen. Niedrigere Tertiärquoten hatten 2012 nur Italien (21,7%), Rumänien (21,8%), Malta (22,4%), die Slowakei (23,7%) und Tschechien (25,6%). Die Europäische Kommission (2012c, S.6) formuliert in ihren länderspezifischen Empfehlungen, dass es u.a. notwendig sei, in Österreich weitere „Maßnahmen zum Abbau der Abbrecherquote im Hochschulbereich“ zu ergreifen.

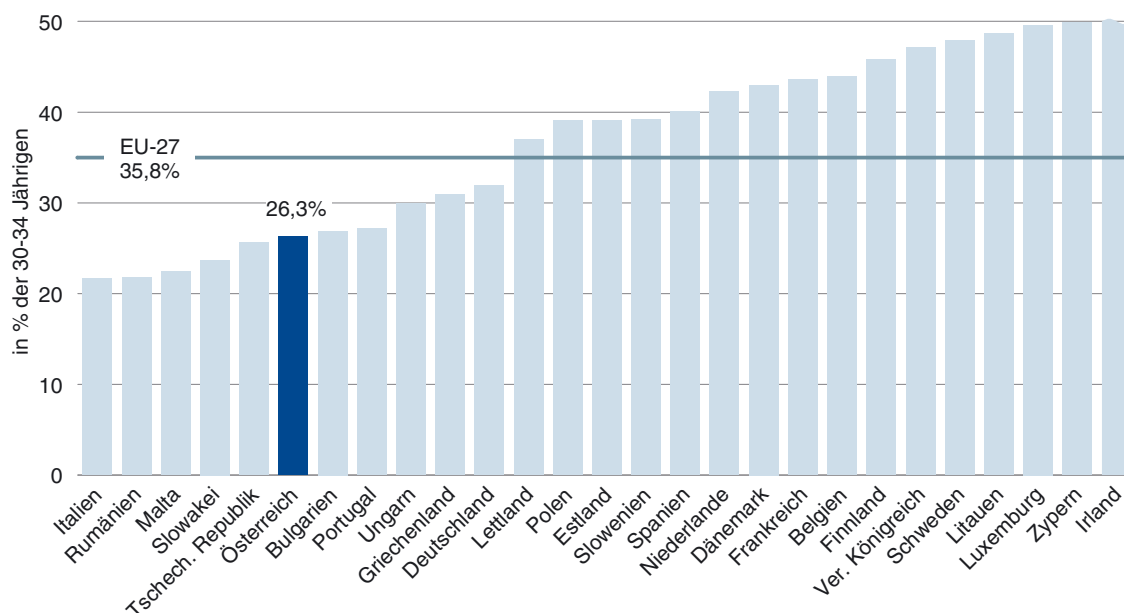
Grafik 39
Hochschulbildung der 30-34-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Grafik 40

Hochschulbildung der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2012)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Eurostat, LFS 2012.

3.5.2

Subindikator Bildungsniveau

Dieser Indikator stellt den Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 mit Tertiär-, Sekundär- und Pflichtschulabschluss dar.

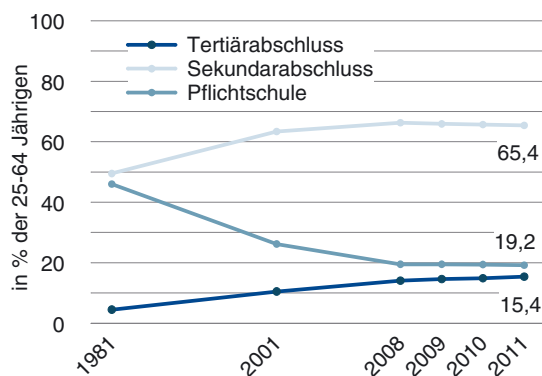
Auch in der Gruppe der 25-64-Jährigen zeigt sich ein beständiger Anstieg der Tertiärquote von 4,5% im Jahr 1981 auf 15,4% im Jahr 2011 (siehe Grafik 41). Der insgesamt deutlich niedrigere Wert in dieser Darstellung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Bildungsexpan-

sion sich hauptsächlich bei der jüngeren Bevölkerungsgruppe auswirkt, in der Altersgruppe der 25-64-Jährigen also noch weniger Personen mit höherer Bildung zu finden sind, zum anderen aber auch darauf, dass nach der nationalen Definition, die in Bildungsstandregister und Volkszählung verwendet wird, die Meister- und Werkmeisterabschlüsse nicht zu den Tertiärabschlüssen zählen.

Stark zurückgegangen ist seit 1981 der Anteil der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss (von 46% auf 19,2%). Die größte Gruppe innerhalb der Bevölkerung stellen Personen mit Sekundarabschluss dar. Sie ist zwischen 1981 und 2008 beständig angestiegen, um zuletzt wieder ein wenig zurückzugehen (von 66,3% im Jahr 2008 auf 65,4% im Jahr 2011), da sich in diesem Zeitraum der Rückgang der Pflichtschulquote abflachte, während die Tertiärquote weiter stark anstieg (siehe Grafik 41).

Grafik 41

Bildungsniveau der Bevölkerung in % der 25 bis 64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, 1981, 1991, 2001 Volkszählung, ab 2008 Bildungsstandregister.

Daten zum Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung können lediglich bis zum Jahr 2011 gezeigt werden. Da es sich bei der verwendeten Datenquelle Bildungsstandregister um eine Vollerhebung handelt, braucht anders als bei der Stichprobenerhebung Mikrozensus jedoch kein Stichprobenfehler in Rechnung gestellt werden.

Auch bei den 25-64-Jährigen haben die Frauen die Männer, was den Tertiärabschluss betrifft, bereits überholt. 2011 hatten 16,3% der 25-64-jährigen Frauen einen Ter-

tiärabschluss, gegenüber 14,5% der Männer. Allerdings muss wie erwähnt berücksichtigt werden, dass nach Definition des Bildungsstandsregisters und der Volkszählung Meister- und Werkmeisterabschlüsse nicht als Tertiärabschlüsse gelten, denn in diesen sind Männer nach wie vor stark überrepräsentiert. Nach wie vor deutlich unterrepräsentiert sind Frauen hingegen beim Sekundarabschluss. Folglich finden sich unter den Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss deutlich mehr Frauen als Männer. Der Anteil der Frauen betrug 23,6%, jener der Männer lediglich 14,6%.

3.5.3

Subindikator Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger

Als frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Will man den Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss in der Bevölkerung langfristig senken, so gilt es, die Zahl der frühen Schulabgänger so gering wie möglich zu halten. Entsprechend wurde im Rahmen der Europa 2020 Strategie das Ziel formuliert, dass der Anteil der 18-24-Jährigen, die über keinen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (Obere Sekundarstufe / Oberstufe) verfügen und gleichzeitig an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, maximal 10% betragen darf.

Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5% vereinbart, die bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde. 2012 waren in Österreich 7,6% der jungen Erwachsenen

zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung (Grafik 42).

Betrachtet man die Anzahl der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, so zeigt sich, dass seit 2004 – mit einem kleinen Einbruch 2009, der allerdings auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein könnte – weniger junge Frauen als Männer die Schule ohne Sekundarabschluss verlassen. Langfristig sollte sich daher die Überrepräsentation der Frauen unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss weiter verringern (unter der Annahme, dass dieser Effekt nicht durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung des Zweiten Bildungswegs neutralisiert wird).

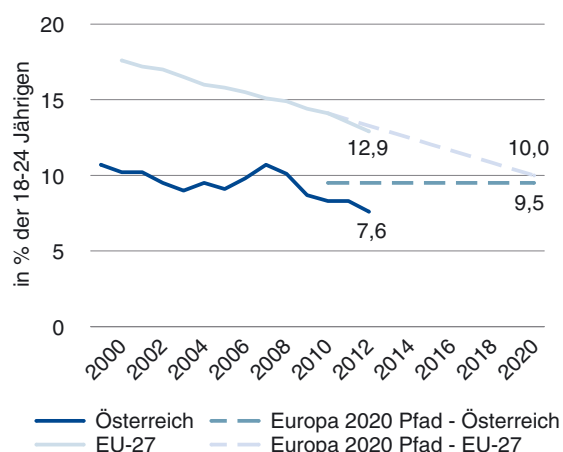
3.5.4

Subindikator Intergenerationeller Bildungsvergleich

Der Indikator „Intergenerationeller Bildungsvergleich“ zeigt den Bildungsstand der 25-59-Jährigen nach Altersgruppe (25-44 und 45-59) und Geschlecht sowie nach Bildungsstand der Eltern, wobei für den Bildungsstand der Eltern jeweils der höchste Bildungsabschluss eines Elternteils herangezogen wird. Die Zuordnung des höchsten Bildungsabschlusses erfolgte dabei wie folgt: Die erste Kategorie „max. Pflichtschule“ bedeutet keinen Schulabschluss oder höchstens einen Pflichtschulabschluss zu besitzen; Kategorie 2 „Lehre/BMS“ umfasst Lehrabschlüsse, den Abschluss einer mittleren Schule, Krankenpflegeschule oder einen Meister-/Werkmeisterabschluss; Kategorie 3 „Matura“ bedeutet eine höhere Schule (AHS, BHS, BHS-Kolleg) mit Matura abgeschlossen zu haben; die Kategorie 4 „Universität“ umfasst FH- und Universitätsabschlüsse.

Grafik 42

Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger

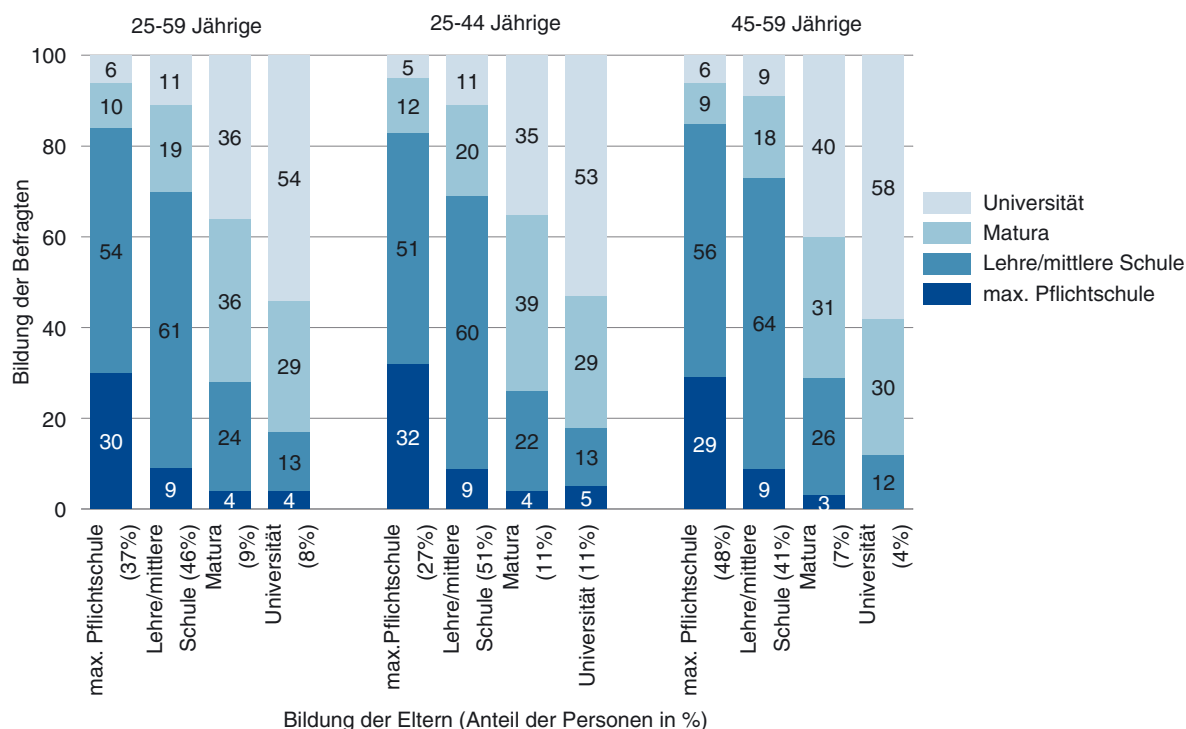


„Der Erwerb von Bildung ist ein zentraler Aspekt hinsichtlich der zukünftigen Erwerbs- und Einkommensverläufe von Individuen. De facto ubt Bildung auf den gesamten zukünftigen Lebensverlauf von Jugendlichen Einfluss aus. In diesem Sinne ist es von zentralem Interesse, wie sich der Bildungserwerb von Personen gestaltet. Neben dem allgemeinen Bildungssystem sowie den individuellen Bemühungen des Einzelnen ist dabei sicherlich der sozioökonomische Hintergrund von zentraler Bedeutung. Diesem Aspekt soll hier noch näher nachgegangen werden.“ (Altzinger et al. 2013, S.53)

Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung, Eurostat.

Grafik 43

Intergenerationeller Bildungsvergleich nach Altersgruppen (2011)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - Werte in Klammern beruhen auf Berechnungen, denen 20 oder weniger Fälle in der Stichprobe zugrunde liegen.

In Österreich ist der Anteil der Bevölkerung, die höchstens eine Pflichtschulausbildung vorweisen können, unter den 25-64-Jährigen mit nur 16% vergleichsweise niedrig. Die Bildungsmobilität zwischen den Generationen ist Österreich eingeschränkt. Es hängt stark von der sozialen Herkunft ab, welche Ausbildung Kinder und Jugendliche erhalten. Für Kinder, deren Eltern einen niedrigen formalen Bildungsabschluss haben, ist es vergleichsweise schwierig, einen Bildungsabschluss einer höheren Schule oder Universität zu erreichen.

Grafik 43 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und jenem der Kinder für Österreich für die Altersgruppen der 25-44-Jährigen sowie der 45-59-Jährigen. Dabei wird unter dem Bildungsniveau der Eltern jeweils der höchste Bildungsabschluss des formal höher gebildeten Elternteils verstanden. So definiert hatten 4% der im Jahr 2011 45-59-Jährigen Befragten (als sie selbst 14 Jahre alt waren) Eltern mit Hochschulabschluss, 7% Eltern mit Matura, 41% Eltern, die eine Lehre oder

mittlere Schule abgeschlossen hatten und 48% Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss. 58% der 45-59-Jährigen, deren Eltern einen Hochschulabschluss hatten, haben ihrerseits ebenfalls ein Hochschulstudium abgeschlossen. Hingegen haben von den 45-59-Jährigen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss hatten, nur 6% eine Universität abgeschlossen. Von den Personen, die 2011 der Altersgruppe der 25-44-Jährigen angehörten, hatten nur noch 27% Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss und bereits 11% Eltern mit Hochschulabschluss. Das Bildungsniveau ist also merklich gestiegen.

An der „Erblichkeit“ von Bildung hat sich jedoch nichts geändert: Von den 25-44-Jährigen, deren Eltern keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Schulabschluss hatten, haben nur 5% ein Hochschulstudium absolviert, von den aus Akademiker- und Akademikerinnenhaushalten stammenden Befragten dieser Altersgruppe hingegen 53%.

3.6

Soziale Teilhabe

Soziale Beziehungen gehören zu den Grundpfeilern gesellschaftlichen Zusammenhalts und somit zu einer hohen Lebensqualität. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zur Exklusion von einer adäquaten Teilhabe an der Gesellschaft und kann insbesondere im Alter zu Versorgungsproblemen führen. Soziale Teilhabe ist für die Einschätzung der Lebensbedingungen von besonderer Relevanz: In Österreich werden Familie, Freunde und Freizeit nach der Gesundheit als die wichtigsten Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2013).

Starke soziale und kulturelle Beteiligung kann als wichtiger Aspekt eines zufriedenstellenden Lebensstandards definiert werden, an dem die Situation bestimmter Gruppen und materiell benachteiligter Menschen zu messen ist. Viele Aspekte fallen unter den Begriff „Soziale Teilhabe“: Der Kontakt zu Verwandten, Freundinnen und Freunden sowie Nachbarinnen und Nachbarn, erwartete Unterstützung durch das engere soziale Netz, selbst erbrachte unentgeltliche informelle – nicht im Rahmen einer Organisation ausgeführte – Hilfeleistungen oder die Teilnahme an Aktivitäten von Vereinen oder Organisationen und im kulturellen Bereich die Ausübung bestimmter Freizeitaktivitäten.

Das soziale Netz stellt eine wichtige Ressource dar, die es Individuen ermöglicht, ihre Ziele zu verfolgen und ökonomisches und kulturelles Kapital aufzubauen. Dieses informelle Netz besteht aus der Gesamtheit der interpersonalen Beziehungen, in die Individuen eingebunden sind. Im Inneren dieses Geflechts sind die personellen und materiellen Ressourcen angesiedelt, die Unterstützung und Schutz sowohl in kritischen Situationen als auch im alltäglichen Leben gewährleisten.

Funktionierende soziale Beziehungen stellen darüber hinaus auch eine wichtige Voraussetzung für das kollektive Wohlbefinden dar, da sie die Grundlage für gesellschaftliche Solidarität bilden und Mängel in den öffentlichen Strukturen teilweise ausgleichen können.

Als Schlüsselindikator für die Soziale Teilhabe wurde für WgÖ? die Tragfähigkeit sozialer Beziehungen herangezogen.

Derzeit stehen für diesen Indikator lediglich die Daten des EU-SILC Sondermoduls von 2006 zur Verfügung. Im Sondermodul 2013 wird u.a. auch nach der Zufriedenheit mit den sozialen Beziehungen gefragt. Information darüber war bislang lediglich aus dem European Quality of Life Survey (EQLS) verfügbar.

3.6.1

Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Folgende Frage wurde den interviewten Personen (nur direkt befragte Personen über 18 Jahren) gestellt: „Angenommen Sie brauchen Hilfe in einer der Situationen auf dieser Liste. Könnten Sie mit der Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn, die nicht in Ihrem Haushalt leben, rechnen?“

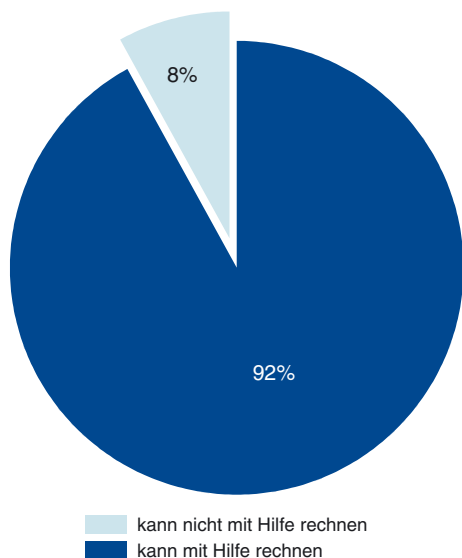
- Sie verreisen, jemand soll auf die Wohnung/Haustiere/ Pflanzen achten;
- Sie brauchen einen Rat oder Hilfe bei einer Entscheidung;
- Sie brauchen Hilfe bei etwas, das nicht allein gemacht werden kann;
- Sie fühlen sich deprimiert, niedergeschlagen;
- Sie müssen sich Geld leihen;
- Sie brauchen jemanden, der Ihnen zuhört;
- Sie sind krank und können nicht einkaufen/ Hausarbeit machen;
- Sie brauchen Hilfe bei der Arbeitssuche.

Wie Grafik 44 zeigt, konnten 2006 92% der Personen mit Hilfe dieser Art rechnen. 8% konnten auf keine tragfähigen sozialen Beziehungen (außerhalb ihres eigenen Haushaltes) bauen. Diese Werte variieren weder zwischen den Geschlechtern, noch zwischen verschiedenen Altersgruppen. Der Anteil der armutsgefährdeten Personen, die sich nicht auf tragfähige Beziehungen verlassen konnten, war höher, als jener der Durchschnittsbevölkerung: 15% dieser Gruppe (ab 18 Jahren) gaben an, nicht mit Unterstützung in den beschriebenen Situationen rechnen zu können.

Dieser Befund spiegelte sich auch in der Verteilung nach Einkommensquintilen wider. Personen mit einem höheren Einkommen gaben fast durchgehend häufiger tragfähige soziale Beziehungen außerhalb ihres Haushaltes an als Personen mit niedrigeren Einkommen. So konnten 13% der Personen im untersten Einkommensquintil nicht mit Hilfe rechnen. Im fünften Einkommensquintil waren es hingegen nur 6%.

Grafik 44

Trägfähigkeit sozialer Beziehungen in % der Personen ab 18 Jahren (2006)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006. Nur direkt befragte Personen ab 18 Jahren.

Im Vergleich mit jenen EU-Ländern, für die verlässliche Daten zum Indikator „Trägfähigkeit sozialer Beziehungen“ vorhanden sind, schneidet Österreich unterdurchschnittlich ab, wie aus Übersicht 4 ersichtlich. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist allerdings Vorsicht geboten, da hier nicht über alle Länder dieselbe Datenqualität gewährleistet ist (Europäische Kommission 2010).

Übersicht 4

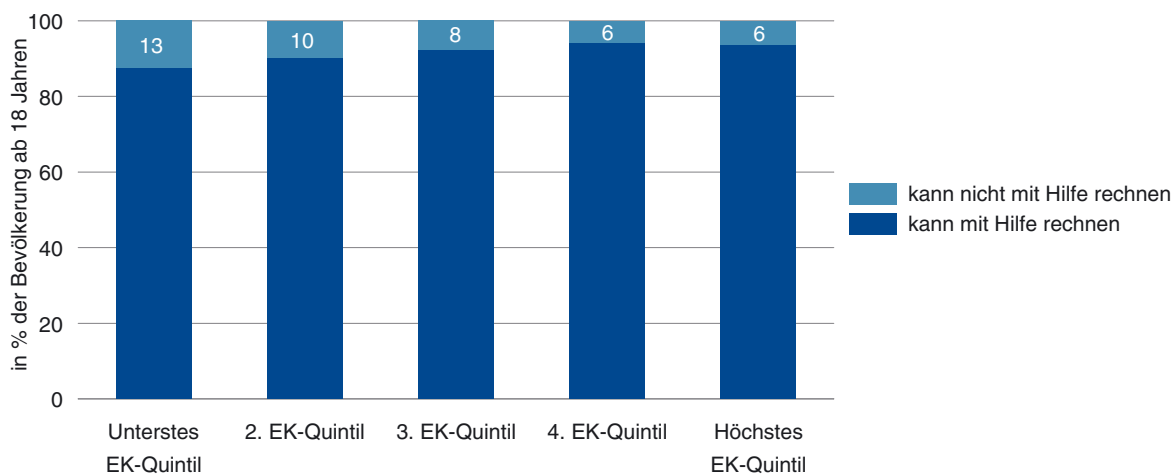
Fehlen sozialer Beziehungen im Ländervergleich in % der befragten Personen ab 16 Jahren (2006)

Land	Total	Frauen	Männer	Nicht armutsgefährdet	Armutsgefährdet
DK	2,9	3,0	2,8	2,7	4,3
SK	2,9	3,1	2,6	2,9	3,0
ES	3,4	3,3	3,6	3,0	5,3
SE	3,4	3,7	3,1	2,9	6,5
EL	3,5	3,6	3,4	3,3	4,2
MT	3,8	3,6	3,9	3,8	3,1
EE	4,6	4,1	5,2	4,0	7,5
SI	4,9	5,1	4,7	4,5	6,7
BE	5,3	5,2	5,4	4,3	10,9
DE	5,3	5,1	5,4	4,6	9,8
FI	5,3	4,3	6,5	5,3	5,3
LT	5,4	5,2	5,6	4,9	7,3
PL	5,7	5,3	6,1	5,2	8,2
CY	6,0	5,6	6,4	5,2	9,9
PT	7,0	6,7	7,3	6,6	8,8
HU	7,7	7,6	7,8	7,2	11,2
AT	8,3	8,3	8,2	7,4	14,5
LU	8,5	8,0	9,1	7,6	15,2
CZ	8,8	8,5	9,0	7,8	19,1
LV	11,1	11,2	11,0	8,6	19,8
BG	14,7	14,7	14,7	12,5	25,3
IT	15,5	14,5	16,6	14,4	20,3

Q: Eurostat, EU-SILC 2006.

Grafik 45

Trägfähige soziale Beziehungen nach Einkommensquintilen (2006)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006. Nur direkt befragte Personen ab 18 Jahren. EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr inkl. Transferleistungen. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.7 Freizeit

Freizeit kann als kritische Dimension der Lebensqualität verstanden werden und verfügt über eine lange Forschungstradition. Schwerpunkte der Freizeitforschung sind Bedeutung und Sinn von Freizeit für die Menschen (Donald & Havighurst 1959), die monetäre Bewertung von Freizeit im Rahmen eines erweiterten Geld-basierten Wohlbefinden-Begriffs (Nordhaus & Tobin 1972), selbst die vermeintliche Ineffizienz von Freizeit (Alpert 1958) wurde thematisiert. Zuletzt wurde auch vermehrt über die ungleiche Verteilung von Freizeit reflektiert (z.B. Sevilla et al. 2012).

Trotz dieses regen wissenschaftlichen Interesses an der Bedeutung von Freizeit und Erholung, finden nur wenige objektive Kennzahlen zu diesem Thema breite Verwendung. Aus verschiedenen internationalen Erhebungen zur Zeitverwendung lassen sich quantitative Indikatoren zur Freizeit ableiten; auch im *WgÖ?*-Set wurde eine solche Kennzahl als Schlüsselindikator gewählt. Allerdings sind damit einige Probleme verbunden: Schätzungen des Freizeitumfangs basieren auf Kategorisierungen der verschiedenen Aktivitäten, die von den Respondenten in Zeit-Tagebüchern eingetragen werden. Damit ist noch nichts über die Qualität der verwendeten Zeit ausgesagt: Je nach persönlicher Situation wird das Vergnügen, das zwei Personen aus ein- und derselben Freizeitaktivität ziehen, sehr unterschiedlich ausfallen. Um also Aussagen über die Ungleichheit der Verteilung von Freizeit treffen zu können, benötigt es sowohl Kennzahlen zur Zeit, die für unterschiedliche Aktivitäten aufgewendet wird, als auch solche über den Grad der damit verbundenen Unterhaltung, Freude oder Zufriedenheit.

In Zukunft sind insbesondere weitere Harmonisierungen der europäischen Zeitverwendungserhebungen und kürzere Intervalle (derzeit durchschnittlich alle 10 Jahre bzw. 5 Jahre in vielen europäischen Ländern; in Österreich unregelmäßig) dringend notwendig. Auch die Frage der Zeitqualität innerhalb der Zeitverwendungserhebung wird zu stellen sein. So werden in einigen internationalen Zeitverwendungsstudien bereits standardmäßig Fragen nach dem subjektiven Zeitempfinden zur jeweiligen Aktivität

gestellt. Dadurch ergibt sich ein noch besseres Bild der Zeitverwendung im Hinblick auf Lebensqualitäts- bzw. SWB²⁹-Forschung.

29) Subjective well-being

Freizeit wird häufig als die Zeit verstanden, die übrig bleibt, wenn man Arbeit (Erwerbsarbeit, Freiwilligenarbeit und reproduktive Tätigkeiten wie Hausarbeit und Kindererziehung) und Ausbildung inklusive der damit verbundenen Wegzeiten, Schlaf, Nahrungsaufnahme und Körperpflege vom Tag abzieht. Sie dient ausschließlich dem Vergnügen und der Erholung. Dabei spielen neben den zeitlichen Ressourcen auch noch soziale, ökonomische sowie infrastrukturelle Bedingungen, die das persönliche Freizeitverhalten bestimmen, eine große Rolle. Diese Zeit zur freien Verfügung ist von großer Bedeutung für Gesundheit, Freude und Wohlbefinden, selbst dann, wenn die Erwerbsarbeit ab und an Vergnügen bereiten sollte und der nächtliche Schlaf der Erholung dient.

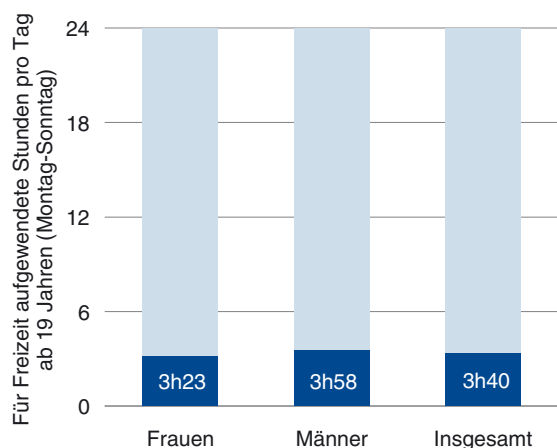
3.7.1 Freizeitaktivitäten

In der Zeitverwendungserhebung, die in Österreich bisher 1981, 1992 und 2008/09 durchgeführt wurde, werden für die Erhebung 2008/09 die folgenden Tätigkeiten als Freizeitaktivitäten gewertet: Kulturelle Aktivitäten; Unterhaltung, öffentliche Festveranstaltungen; Ausflug; Spazierengehen; Wandern, Laufen; Radfahren (als Sport); Sonstige sportliche Betätigung; Fitness, Gymnastik; Jagen, Fischen, Sammeln in der Natur; Hobbys; Musizieren; Beschäftigung mit dem Computer, technische Hobbys; Spiele; Computerspiele; Zeitungen, Zeitschriften lesen; Bücher lesen; Sonstiges Lesen; Fernsehen (inkl. DVDs & Videos); Musik hören; Informationsbeschaffung mittels Computer; Wege – Kultur; Wege – Sport; Wege – Hobbys; Wege – Mediennutzung.

Nichtstun fällt jedoch nicht darunter. Da gemeinsam mit dem Nickerchen abgefragt, wird es in der Zeitverwendungserhebung zur Kategorie Schlaf gezählt. Unter Freizeitaktivitäten fallen hier also nur aktive Tätigkeiten. Grafik 46 zeigt, dass Personen ab 19 Jahren im Durchschnitt

Grafik 46

Freizeitaktivitäten nach Geschlecht (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung.

pro Tag (inklusive Wochenende) 3 Stunden und 40 Minuten Zeit zur freien Verfügung hatten. Frauen hatten mit 3 Stunden 23 Minuten über eine halbe Stunde weniger Freizeit als Männer (3h58). Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit mit Haushalt, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit verbringen als Männer (4h53 vs. 2h41). Gegenüber 1981, als Frauen im Durchschnitt knapp 5 ½ Stunden für diese Tätigkeiten aufwendeten und Männer nur 1 ½ Stunden, deuten diese Zahlen auf eine allmähliche Angleichung hin.

Wie sich die Verfügbarkeit von Freizeit über die Jahre hinweg entwickelt hat, kann anhand der Zeitverwendungserhebung nicht exakt abgebildet werden, da sich die Kategorienzuordnungen verschiedener Tätigkeiten im Laufe der Erhebungen geändert haben. Vergleichbare Zahlen existieren nur hinsichtlich der Gesamtkategorie „Freizeit“.

3.8

Physische Unsicherheit

Unsicherheit ist eine Quelle für Sorgen und Ängste, die sich negativ auf die Lebensqualität auswirken. Unsicherheit impliziert Ungewissheit in Bezug auf die Zukunft mit Auswirkungen auf das Hier und Jetzt. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Das Thema Gewalt hängt somit eng mit der persönlichen Sicherheit und der Lebensqualität zusammen.

Physische Unsicherheit inkludiert sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Beispiele. In abgeschwächter Form ist jedoch eine große Anzahl an Personen mit Gewalt und physischer Unsicherheit konfrontiert. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier abgedeckt durch den Indikator ‚physisches Unsicherheitsempfinden‘ aus EU-SILC, die objektive Sicherheit wird durch den Subindikator der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

3.8.1

Physisches Unsicherheitsempfinden

Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch das folgende Item erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“.

Expertenmeinung:

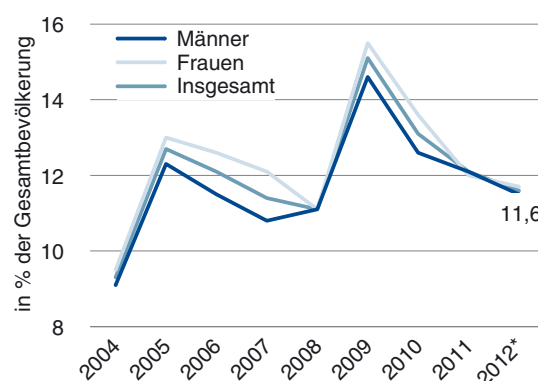


Die Betrachtung der Entwicklung seit 2010 zeigt eine tendenzielle Verbesserung der Situation. Diese müsste aber noch stärker ausfallen, v.a. unter Berücksichtigung des Ausgangsniveaus im Jahre 2004, als der Wert unter 10% lag.

Knapp 12% der Bevölkerung gaben 2012 an, sich von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend bedroht zu fühlen, was im Vergleich mit den Vorjahren ein mittleres Unsicherheitsniveau darstellt (siehe Grafik 47). Am höchsten lag dieser Anteil 2009 mit 15%.

Grafik 47

Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Geschlecht



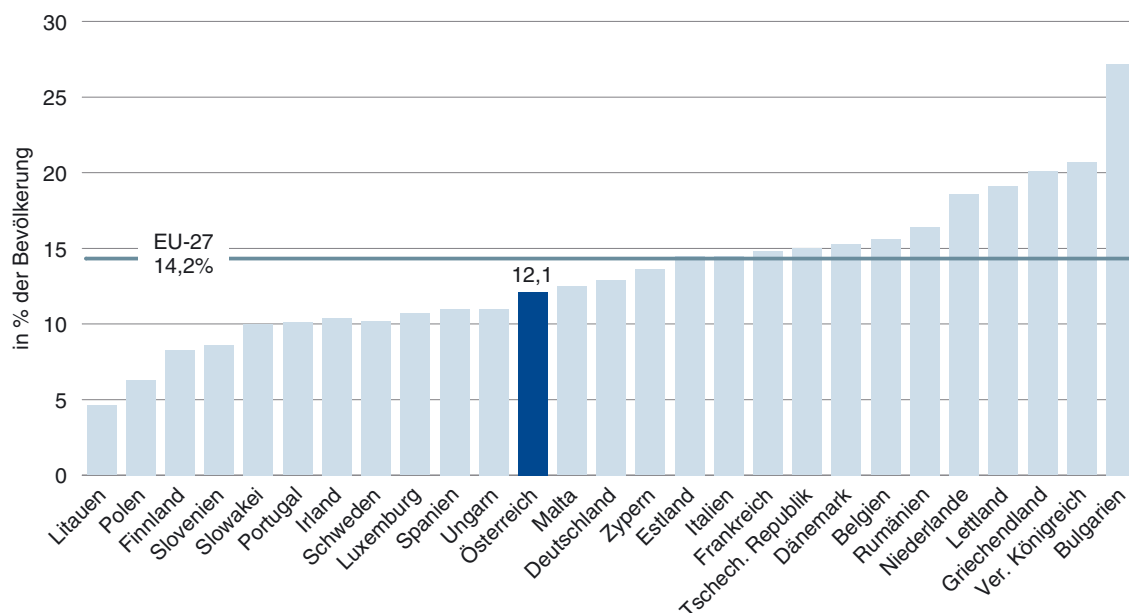
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Wie die Grafik 47 zeigt, gaben Frauen über die Zeit tendenziell etwas häufiger an, von den genannten Problemen betroffen zu sein. Dies dürfte hauptsächlich auf eine erhöhte Sensibilität und auf ein erhöhtes geschlechtsspezifisches Risiko zurückgehen (auch wenn Unterschiede in den Wohnbedingungen von Frauen und Männern nicht ausgeschlossen werden können). 2011 und 2012 waren allerdings keine signifikanten Unterschiede mehr zu beobachten.

Im europäischen Vergleich lag das Unsicherheitsempfinden der Österreicherinnen und Österreicher 2011 im Mittelfeld, jedoch unter dem EU-Durchschnitt von 14%. Die höchsten Anteile an Personen, die sich durch Kriminalität oder Vandalismus bedroht fühlten, wiesen Bulgarien (27%), Großbritannien (21%) und Griechenland (20%) auf. Am wenigsten bedroht fühlten sich hingegen die Bewohnerinnen und Bewohner von Litauen (5%), Polen (6%) und Finnland (8%).

Grafik 49

Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2011)



Q: Eurostat, EU-SILC 2011.

3.8.2

Subindikator Mordrate

Der vorliegende Indikator umfasst die Kategorie „tätlicher Angriff“ nach den international standardisierten Codes X85 bis Y09 und wird altersstandardisiert berechnet. Das bedeutet, dass die zahlenmäßig wachsende Bevölkerung und ihre kontinuierliche Alterung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt wurden

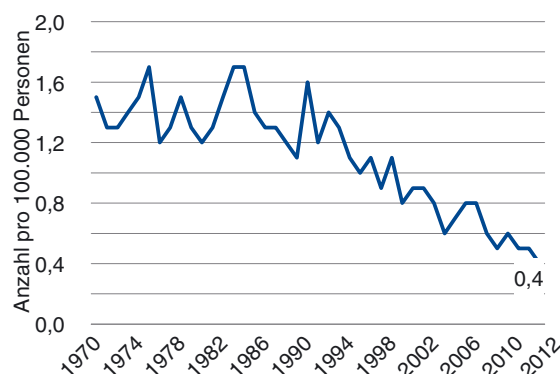
Die schlimmste Form der Unsicherheit ist die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate“ (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die zahlenmäßig wachsende Bevölkerung und ihre kontinuierliche Alterung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen dass dieses Risiko seit den 1970er Jahren in Österreich kontinuierlich gesunken ist. Während bis zum Anfang der 1990er Jahre noch ungefähr durchschnittlich 1,4 von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kamen, waren es 2012 auf 100.000 Personen nur noch 0,4 Ermordete, was insgesamt 36 Personen österreichweit entspricht.

Österreich gehörte 2010 zu den Ländern mit den niedrigsten Mordraten weltweit. Im EU-Vergleich wies Groß-

britannien die niedrigste Rate auf, was insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert ist, dass das Vereinigte Königreich beim subjektiven Unsicherheitsempfinden an vorletzter Stelle lag. Die höchsten Mordraten hatten die drei Baltischen Staaten Lettland (5,8 / 100.000 Personen), Litauen (5,2) und Estland (4,3). Auch hier zeigt sich eine Diskontinuität mit dem Schlüsselindikator: Litauen ist jenes Land, mit der niedrigsten gefühlten Unsicherheit.

Grafik 48

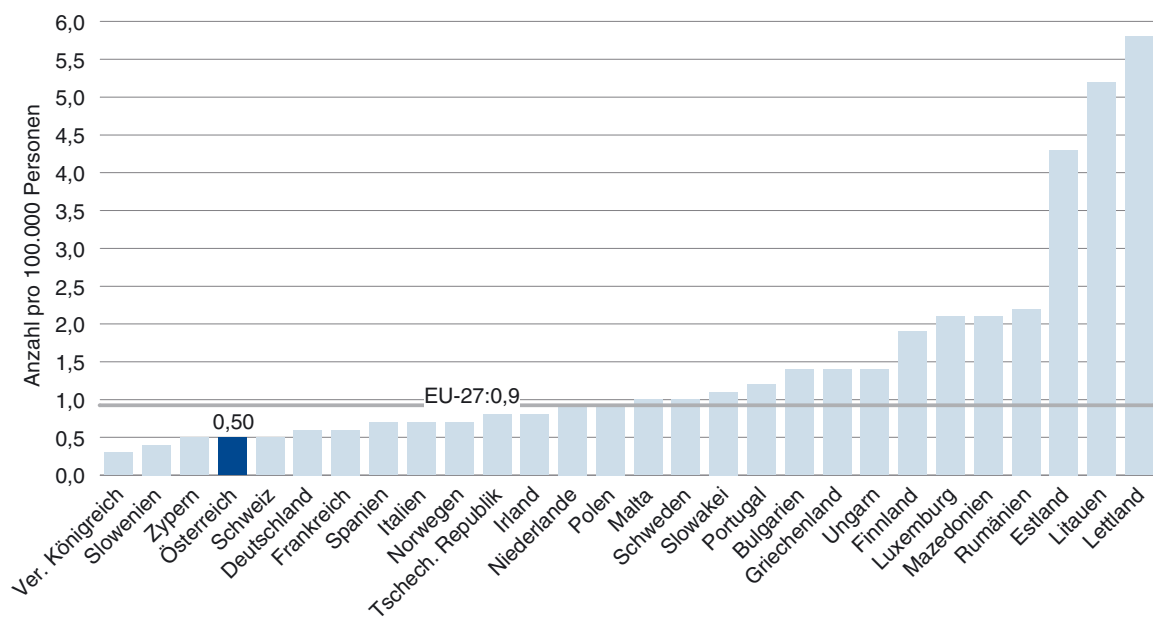
Todesfälle aufgrund von Mord (inkl. Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Grafik 50

Todesfälle aufgrund von Mord (inkl. Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen) im EU-Vergleich (2010)



Q: Eurostat.

3.9

Qualität der gesellschaftlichen Organisation

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen, ebenso wie die politische und zivile Teilhabe, fördern das gesellschaftliche Zusammenleben und die soziale Kohäsion. Die friktionsfreie Funktionsfähigkeit des sozio-institutionellen Gefüges ermöglicht somit auch eine größere Effizienz und Effektivität der öffentlichen Politik. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, den interpersonalen Verbindungen und den sozialen Netzen.

Das institutionelle und interpersonale Vertrauen wird durch den transparenten Austausch mit öffentlichen und privaten Einrichtungen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens gestärkt. Es steht und fällt mit der organisatorischen und inhaltlichen Effizienz der Institutionen und dem Vertrauen, das ihnen von der Bevölkerung entgegengebracht wird. Andererseits kann das Vertrauen in die Möglichkeit, eine gleichberechtigte Gesellschaft zu realisieren, in der sich jede und jeder als „vollständige/r“ Bürger/in erfahren kann, durch Intransparenz und Korruption dramatisch erschüttert werden.

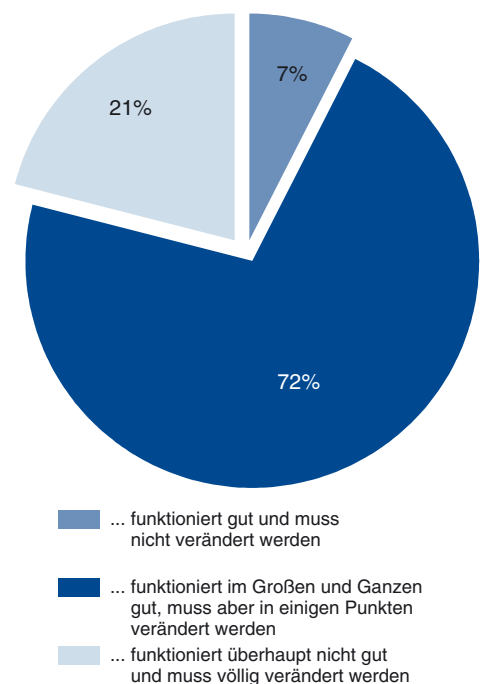
Um die Datenverfügbarkeit aus offiziellen Statistiken ist es derzeit in der hier beschriebenen Dimension noch schlecht bestellt. Im EU-SILC Sondermodul 2013 werden Fragen zum Vertrauen in und die Zufriedenheit mit den Institutionen gestellt. Die Daten werden ab Ende 2014 verfügbar sein. Fragen zur Zufriedenheit mit öffentlichen Dienstleistungen und Institutionen wurden im Rahmen des Eurobarometers oder des EQLS gestellt. Die Ergebnisse des EQLS 2011 (Eurofound 2012a, S.136) zeigen, dass Österreich beim Vertrauen in öffentliche Institutionen (abgefragt wurden hier: Parlament, Rechtssystem, Polizei, Regierung, lokale Verwaltung) gemeinsam mit den skandinavischen Ländern durchwegs unter den besten fünf liegt.

EU-SILC Österreich enthielt 2008 und 2009 eine Frage zur Beurteilung des politischen Systems, die hier als Schlüsselindikator herangezogen wird. Folgende drei Statements standen den Befragten zur Auswahl: „Das politische Sys-

tem in Österreich funktioniert gut und muss nicht verändert werden.“ „Das politische System in Österreich funktioniert im Großen und Ganzen gut, muss aber in einigen Punkten verändert werden.“ „Das politische System in Österreich funktioniert überhaupt nicht gut und muss völlig verändert werden.“

Grafik 51 zeigt, dass 7% der Bevölkerung (ab 18 Jahren) der Auffassung waren, das politische System funktioniere gut und müsse nicht verändert werden. Dieser Zahl stehen 21% gegenüber, die die Notwendigkeit einer völligen Veränderung sahen. Die überwiegende Mehrheit (72%) vertrat hingegen den Standpunkt, dass das politische System im Großen und Ganzen gut funktioniere.

Grafik 51
Zufriedenheit mit dem politischen System in % der Bevölkerung ab 18 Jahren (2009)

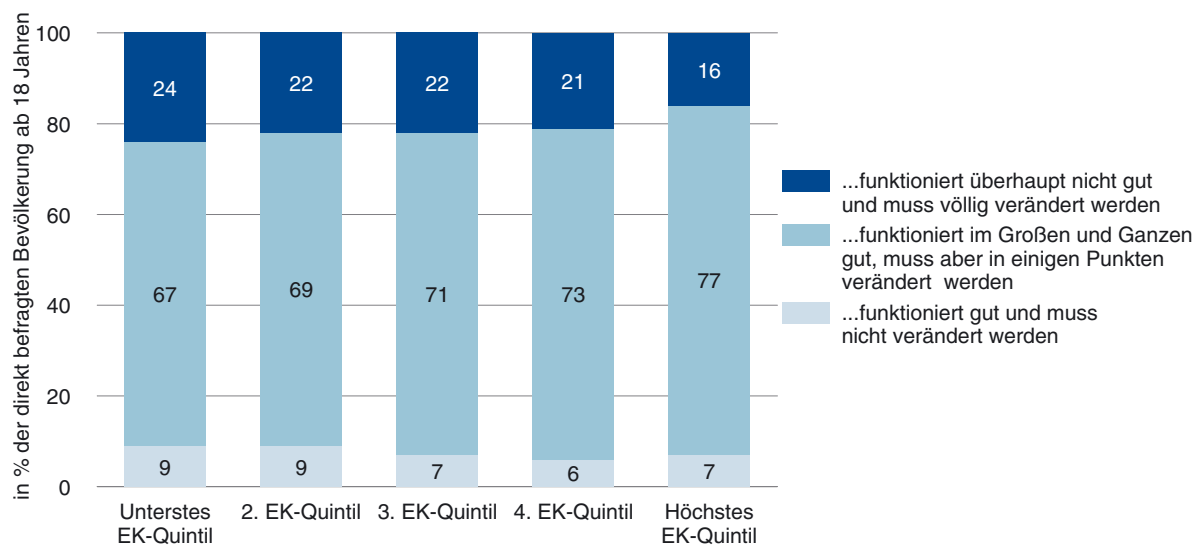


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Nur direkt befragte Personen ab 18 Jahren.

Inwiefern spielen Einkommensverhältnisse für diese Einschätzung eine Rolle? Grafik 52 zeigt, dass –mit einer kleinen Abweichung im dritten Einkommensquartil – der Anteil der Personen, die der Auffassung sind, dass politi-

Grafik 52

Zufriedenheit mit dem politischen System nach Einkommensquintilen (2009)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Nur direkt befragte Personen ab 18 Jahren.

sche System funktioniere gar nicht, mit zunehmendem Einkommen beständig abnimmt. Gleichzeitig ist im unter-

ten Einkommensquintil der Anteil derjenigen, die überhaupt keinen Veränderungsbedarf sehen, am höchsten.

3.10

Natürliche Wohnumgebung

An der Dimension „natürliche Wohnumgebung“ wird deutlich, wie stark die drei Bereiche „materiel-ler Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „umweltorien-tierte Nachhaltigkeit“ miteinander verschränkt sind: Das Wohlbefinden der Bevölkerung ist eng mit den Umweltbedingungen verbunden, die sie vorfindet. Ein vitales natürliches Lebensumfeld kann soziale Verände-rungen in positiver Weise beeinflussen. Die natürliche Wohnumgebung definiert die Kontextfaktoren des all-täglichen Lebens. Probleme wie Abgase, Ruß oder son-stige Luftverschmutzungen aber insbesondere auch die Belastung durch Lärm (durch Nachbarn oder Verkehr) können eine Reihe von Schäden nach sich ziehen und sich negativ auf die physische und psychische Gesund-heit auswirken.

Menschen sind zwar in der Lage, sich Lärmbelastungen anzupassen und sie nicht mehr als störend wahrzuneh-men, auf Dauer sind die negativen Folgen aber nicht zu übersehen und gut messbar, wie in verschiedenen Stu-dien gezeigt wurde (z.B. Braunmiller 2012): Stress, erhöhte Atem- und Herzfrequenz, Veränderungen der Muskeln und des Hautwiderstands, erhöhter Blutdruck oder Magen-probleme sind nur einige der Konsequenzen.

Die Auswirkungen von Abgasen, Feinstaub oder Elekt-rosmog stellen eine ebenso große Gefahr dar. Auch hier sind die negativen Folgen unübersehbar: Immer mehr Menschen leiden unter Asthma und Allergien, chroni-schen Kopfschmerzen oder Migräne, dauernder Müdig-keit, Schlafstörungen und depressiven Verstimmungen (Song-Klein 2012). Vor allem Städterinnen und Städter sind den Umweltverschmutzungen und deren Folgen ausge-setzt. Der Schlüsselindikator der Dimension „natürliche Wohnumgebung“ fasst beide dieser Probleme – Luftver-schmutzung und Lärm – zusammen. Da im Bereich der Lebensqualität insbesondere die Wahrnehmung eine Rolle spielt, wird auch hier die Selbsteinschätzung in den Vordergrund gestellt. Bei der Interpretation ist aber frei-lich Vorsicht geboten. Im Bereich Luftqualität können in erster Linie Grobstaub oder Gestank wahrgenommen werden, die aber nur einen kleinen Teil der gesundheits-relevanten Umweltbelastung abdecken bzw. diese anzei-gen. Über gesundheitsrelevante Schadstoffbelastungen (Ozon, NO_2 , Feinstaub) gibt diese subjektive Bewertung keine Auskunft.

3.10.1

Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

Operationalisiert wird diese Dimension über den Schlüs-selindikator Umweltbelastung in der Wohnumgebung. Der Indikator bezieht sich dabei auf die beiden EU-SILC-Items: „Haben Sie in ihrer Wohngegend Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder anderen Umweltproblemen wie Rauch, Staub oder Gestank?“ und „Haben Sie in ihrer Wohngegend Probleme mit Lärmbe-lästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe)?“. Antwortet die Auskunftsperson für den Haushalt zumindest auf eine der beiden Fragen mit ja, so wird für alle Haus-haltsmitglieder Umweltbelastung in der Wohnumge-bung angenommen.

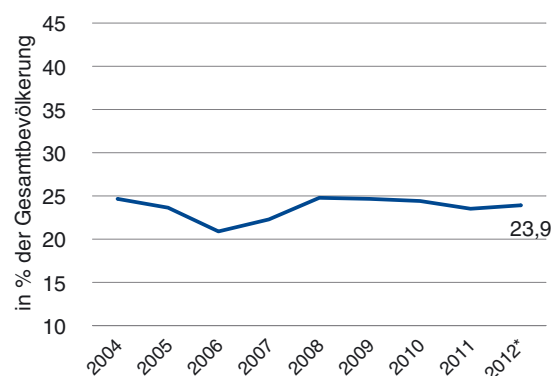
Expertenmeinung:



Seit 2010 lässt sich bei den Umweltbelastungen in der Wohnumgebung keine signifikante Veränderung feststellen. Der kurzfristige Verlauf wird daher neut-ral bewertet.

Grafik 53 zeigt, dass 2012 knapp ein Viertel (24%) aller Per-sonen Umweltbelastungen in der Wohnumgebung wahr-nahmen. Dieser Anteil hat sich mittelfristig über die Jahre

Grafik 53
Umweltbelastung in der Wohnumgebung



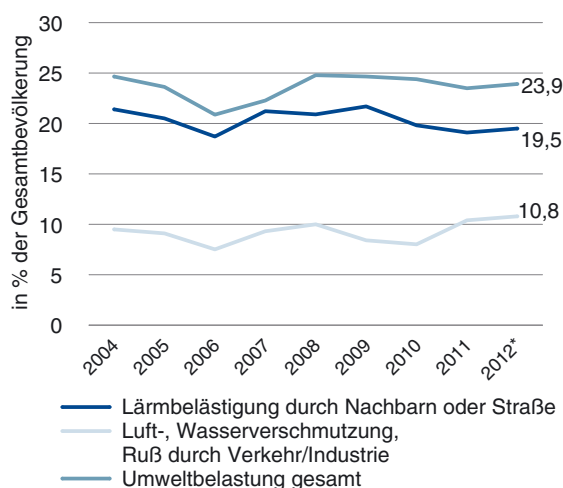
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

kaum verändert. Zwischen 2004 und 2006 reduzierte sich der Anteil der Betroffenen deutlich, um bis 2008 wieder zum Ausgangsniveau zurückzukehren. Seither gab es wenig Bewegung, auf einem zuletzt etwas niedrigeren Niveau.

Die Belastung ging dabei, wie aus Grafik 54 ersichtlich, zu einem Großteil auf Lärmbetroffenheit zurück: 2012 waren 19% der Wohnbevölkerung durch Lärm von Nachbarn oder der Straße belastet. Im Vergleich zu 2009 (22%) ist dieser Anteil deutlich zurückgegangen. Luft und Wasserverschmutzung sowie Ruß führten bei 11% zu Belastungen. Damit lag die Betroffenheit um 3 Prozentpunkte höher als noch 2010 (8%).

Bei der Interpretation der Schwankungen zwischen den Jahren ist freilich Vorsicht geboten. Wetterbedingt und je nach Befragungszeitpunkt können subjektive Einschätzungen sehr unterschiedlich ausfallen. So ist die Lärmbelastung durch Verkehr in den Sommermonaten beispielsweise wesentlich geringer, als in der Hauptarbeitszeit. Lange Winter wiederum führen zu einer stärkeren Feinstaubbelastung und besonders zu vermehrter Berichterstattung in den Medien, was wiederum die Wahrnehmung verzerren kann. Deswegen kann noch keine Aussage getroffen werden, ob sich die Situation objektiv verbessert hat.

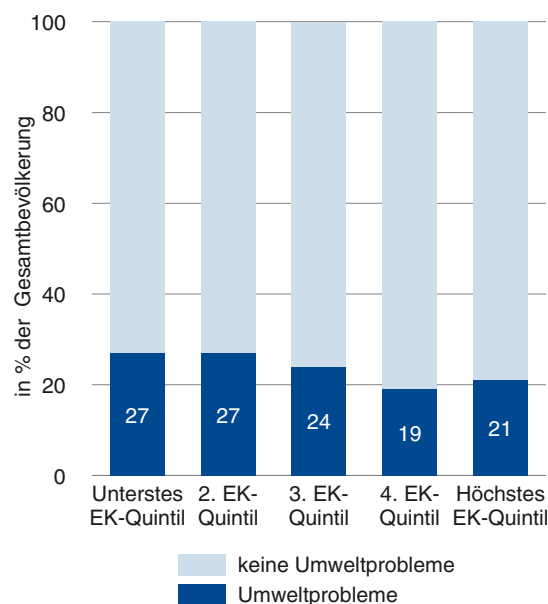
Grafik 54
Umweltbelastungen im Detail



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

In Grafik 55 zeigt sich, dass Personen in den unteren Einkommensquintilen 2011 etwas häufiger Umweltbelastungen ausgesetzt waren als Personen mit höheren Haushaltseinkommen. In den unteren beiden Einkommensquintilen gaben jeweils 27% an, unter Umweltbelastungen zu leiden, im höchsten Einkommensquintil waren es nur 21%.

Grafik 55
Umweltbelastungen nach Einkommensquintilen (2011)

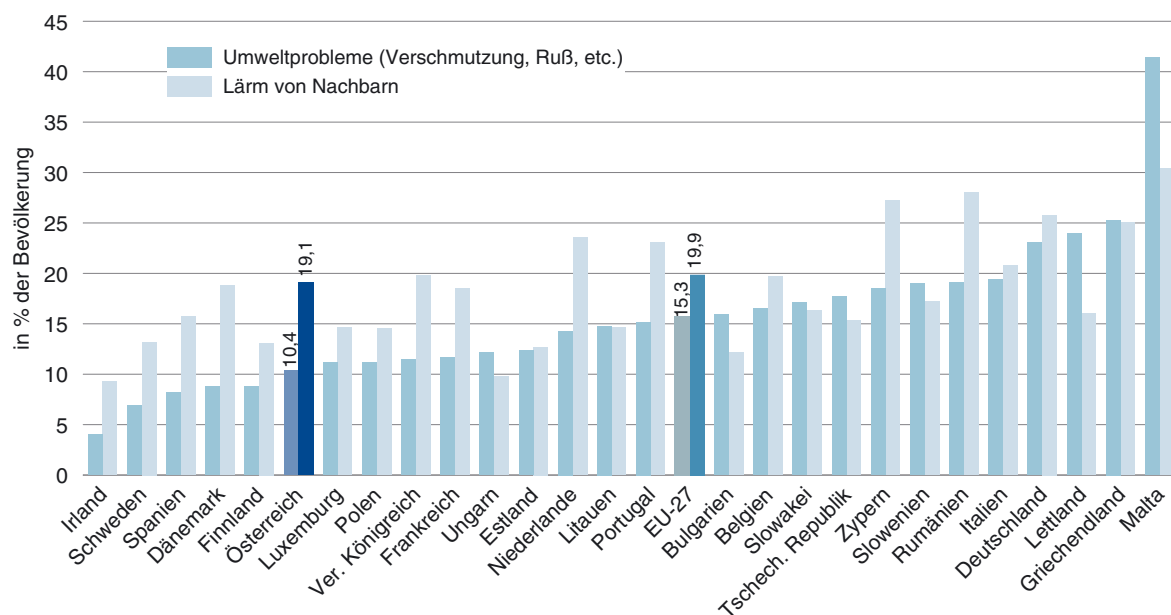


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr inkl. Transferleistungen. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Im EU-Vergleich (Grafik 56) lag Österreich 2011 hinsichtlich der wahrgenommenen Luftverschmutzung zwar im hinteren Feld – nur die skandinavischen Länder, Spanien und Irland hatten hier niedrigere Anteile – der Anteil der durch Lärm belasteten Bevölkerung war jedoch mit 19% nur knapp unter dem EU-Durchschnitt und deutlich höher als etwa in Irland (9%), Schweden (13%) oder Spanien (16%). Am meisten durch Umweltprobleme belastet fühlten sich die Menschen in Malta (41%), Griechenland (25%) und Lettland (24%). Auch Deutschland hatte überdurchschnittlich hohe Betroffenheitswerte (23%).

Grafik 56

Umweltbelastungen im EU-Vergleich (2011)



Q: Eurostat, EU-SILC 2011.

3.11

Gesamte Lebenszufriedenheit

Die Dimension „gesamte Lebenszufriedenheit“ ist thematisch dem sogenannten subjektiven Wohlbefinden zuzuordnen. Dieser Themenkomplex hat in der Forschung in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Renaissance erlebt. Glück war zwar schon in der griechischen Philosophie und später im 18. Jahrhundert ein viel studiertes Forschungsfeld, in der öffentlichen und politischen Debatte hat es aber erst kürzlich wieder Aufwind bekommen. Vor allem im Zusammenhang mit den Diskussionen um den gesellschaftlichen Fortschritt, durfte die subjektive Wahrnehmung nicht ausgespart bleiben.³⁷

Der Ansatz des subjektives Wohlbefinden umfasst eine große Bandbreite verschiedener Informationen, die von der reflektierten Bewertung des eigenen Lebens über die Gefühls- und Emotionszustände einer Person bis hin zu sogenannten eudaimonischen Fragestellungen nach dem Lebenssinn reichen.

Wie subjektives Wohlbefinden gemessen werden kann, wird dabei mittlerweile auch in der amtlichen Statistik diskutiert. Erst kürzlich veröffentlichte die OECD (2013b) Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens mit dem Ziel, eine diesbezüglich größere Konsistenz in den offiziellen Statistiken zu erreichen. Der WgÖ?-Schlüsselindikator zu dieser Dimension ist die „subjektive Lebenszufriedenheit“, die einen Hinweis darauf liefert, inwieweit die Erwartungen und Bedürfnisse der Individuen erfüllt werden. In der Literatur wird dieser Indikator als Ergebnisindikator interpretiert, der durch eine Reihe von bestimmten Faktoren (sogenannten „drivers“) beeinflusst wird.

3.11.1

Subjektive Lebenszufriedenheit

In EU-SILC Österreich wird seit 2005 neben der Zufriedenheit mit der Hauptbeschäftigung, mit dem Einkommen und mit der Wohnsituation auch die allge-

meine Lebenszufriedenheit erfragt. Das entsprechende Item lautet: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben? (1 „sehr unzufrieden“ bis 6 „sehr zufrieden“).

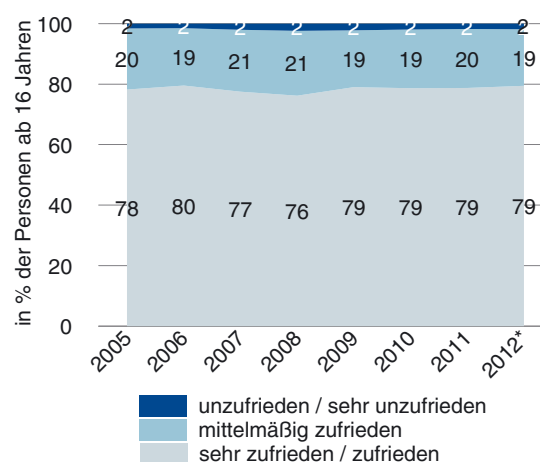
Expertenmeinung:



Aufgrund des hohen Anteils sehr zufriedener/zufriedener und des sehr niedrigen Anteils unzufriedener/sehr unzufriedener Personen wird die österreichische Situation tendenziell positiv bewertet, wenngleich bei den Zufriedenheitswerten im Zeitverlauf kaum Veränderungen festzustellen sind.

Grafik 57 zeigt, dass der Anteil der Personen, die angaben, mit ihrem Leben sehr zufrieden oder zufrieden zu sein, über die Zeit hinweg relativ stabil bei 79% lag. Lediglich 2008 sank der Anteil der sehr zufriedenen oder zufriedenen Personen auf 76%. Der Anteil der Personen, die angaben, unzufrieden bzw. sehr unzufrieden zu sein, war 2012 mit rund 2% sehr gering und blieb im Beobachtungszeitraum ebenso konstant. Auch hier war der Höhepunkt (der Unzufriedenheit) im Jahr 2008 erreicht.

Grafik 57
Gesamte Lebenszufriedenheit



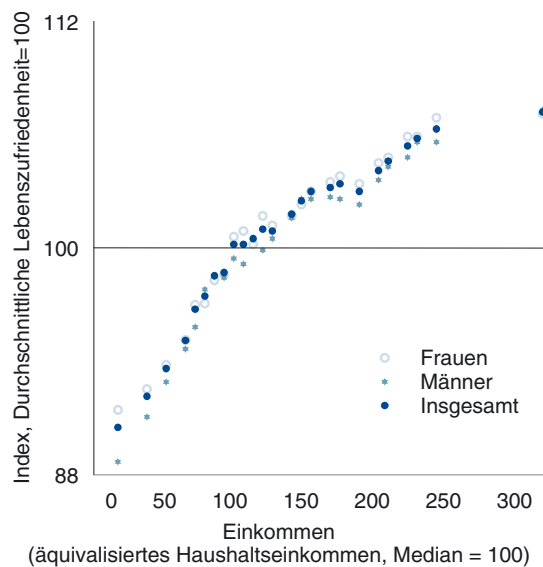
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Nur direkt befragte Personen ab 16 Jahren. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

37) Siehe auch „Sonderkapitel Lebensqualität: Die Determinanten des subjektiven Wohlbefindens“ in dieser Publikation.

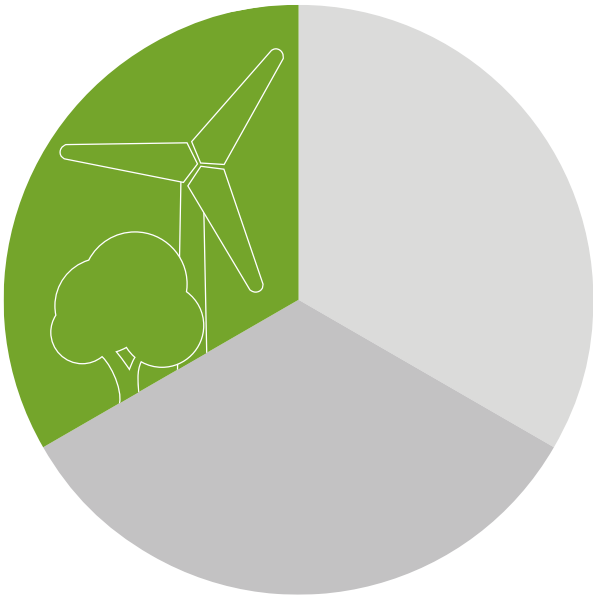
Aus offiziellen Statistiken gibt es derzeit noch keine internationalen Vergleichswerte. Im Sondermodul EU-SILC 2013 ist eine Frage zur gesamten Lebenszufriedenheit enthalten, für die allerdings eine andere Antwortskala (0-10) verwendet wird. Vergleichswerte für alle EU-Mitgliedstaaten gibt es derzeit nur aus dem EQLS 2011: Österreich wies hier im Vergleich eine hohe durchschnittliche Lebenszufriedenheit auf, die nur noch von den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Luxemburg übertroffen wurde (Eurofound 2012a). Am unteren Ende der Skala fanden sich die Staaten Bulgarien, Ungarn und Griechenland.

Hinsichtlich der Verteilung der Lebenszufriedenheit zeigt Grafik 58 auf Basis mehrjähriger (gepoolter) Daten den abnehmenden Grenznutzen des Einkommens. Bei den höchsten Einkommen steigt die Zufriedenheit mit dem Einkommen nur mehr geringfügig. Männer sind weniger zufrieden als Frauen. Ein Punkt in der Grafik repräsentiert die durchschnittliche Lebenszufriedenheit für etwa 4% der Bevölkerung (100 = durchschnittliche Zufriedenheit) in Österreich. Berücksichtigt werden die Einkommen aller Haushaltsmitglieder.

Grafik 58
Lebenszufriedenheit nach Einkommen und Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010. Nur direkt befragte Personen ab 18 Jahren.



4

Umweltorientierte Nachhaltigkeit

Zunehmende Flächenversiegelung

Von 2001 bis 2012 nahmen Bau- und Verkehrsflächen um jährlich 1,1% zu

Hoher Ressourcen- verbrauch

Energieverbrauch stieg von 1995 bis 2012 um 30,6%, Materialverbrauch bis 2011 um 6,3%

Erfreulicher Anstieg der Erneuerbaren

Anteile erhöhten sich von 23,8% (2005) auf 32% (2012)

Problemfeld Verkehr

Energieverbrauch des Verkehrs nahm von 1995 bis 2012 um 46% zu, Lkw-Fahrleistung stieg bis 2011 um 67,5%

4.1

Dimensionen der umweltorientierten Nachhaltigkeit

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ bezeichnet die Herausforderung, den derzeitigen Lebensstandard für zukünftige Zeiträume und spätere Generationen mindestens aufrechtzuerhalten, wenn nicht gar zu verbessern. Nachhaltigkeit umfasst demzufolge alle Bereiche von Wohlstand und Fortschritt: materiellen Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, integriert dabei die Zukunftskomponente und geht – wie beispielsweise im Falle des Klimawandels – über nationalstaatliche Interessen hinaus.

Für Stiglitz et al. (2009, S.16f, S61f) ist die Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitskomponente von Wohlstand und Fortschritt von zentraler Bedeutung: Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z.B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Deren Nachhaltigkeit hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können. Bei der Messung der Nachhaltigkeit geht es also nicht mehr nur um die Gegenwart, sondern die Komponente der möglichen zukünftigen Entwicklungen wird ebenfalls berücksichtigt. Diese vorausschauende Perspektive vervielfacht die Schwierigkeiten, die bereits in den vorangehenden Kapiteln im Zusammenhang mit der Messung von Wohlstand und Fortschritt erwähnt wurden. Stiglitz et al. (ebd. S.17) gehen davon aus, dass eine Unterscheidung zwischen der Beurteilung des gegenwärtigen Wohlbefindens und jener der Nachhaltigkeit notwendig ist: „*The assessment of sustainability is complementary to the question of current well-being or economic performance, and must be examined separately.*“ Ein einzelner Indikator kann nicht alle relevanten Informationen zum gegenwärtigen Wohlbefinden und den Nachhaltigkeitsaspekten aufzeigen.

Deshalb wird von Stiglitz et al. (ebd. S17f) speziell die umweltorientierte Nachhaltigkeit separat betont: „*Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks).*“

Im Rahmen der ökologischen Nachhaltigkeit kommt insbesondere die beschränkte Kapazität der Natur zum Ausdruck, einerseits natürliche Ressourcen ständig zu erneuern und bereitzustellen und zum anderen, immer mehr Schadstoffe aufzunehmen und zu verarbeiten (Eurostat, 2010). Eine der Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie

Erst durch die Einbeziehung der umweltorientierten Nachhaltigkeit mit ihren Aspekten von Ressourcenverbrauch und Emissionen lassen sich Wohlstand und Fortschritt umfassend beurteilen. Eine Gegenüberstellung von BIP und Materialverbrauch zeigt beispielsweise, ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum ressourcenschonend oder zu Lasten zukünftiger Generationen erzeugt.

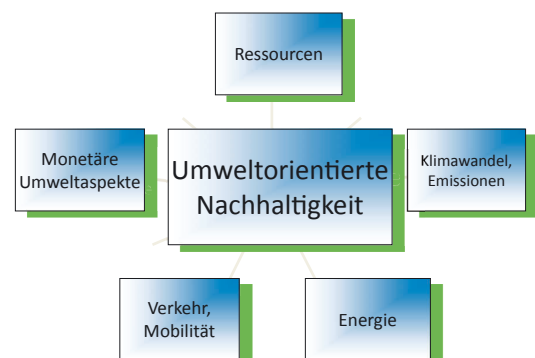
(Europäische Kommission 2010 S.3) bezieht sich demzufolge auf die Bildung eines ressourcenschonenden Europas. Diese Leitinitiative soll die Grundlage für Maßnahmen bilden, die die Umstellung auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft erleichtern und damit unter anderem die Sicherung der Versorgung mit wesentlichen Ressourcen sowie die Bekämpfung des Klimawandels erreichen. Um den Zustand der Umwelt in diesem Sinne vollständig beurteilen zu können, sind statistisch robuste, international harmonisierte Daten notwendig.

Für den Bereich umweltorientierte Nachhaltigkeit wurden die folgenden fünf Dimensionen festgelegt (Grafik 59):

Die fünf Dimensionen aus Grafik 20 entsprechen den Umweltthemenbereichen³⁸ der EU-Strategie für nachhal-

Grafik 59

Dimensionen der umweltorientierten Nachhaltigkeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

38) <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators>.

tige Entwicklung (Europäische Kommission 2001), welche „Klimawandel und Energie“, „Natürliche Ressourcen“, „Nachhaltiger Verkehr“ sowie „Nachhaltige Produktions- und Konsumstrukturen“ definiert hat. Der Fokus bei der Auswahl der Indikatoren zu *WgÖ?* liegt damit auf physischen Daten. Die Dimension „monetäre Umweltaspekte“ kommt der Aufforderung der Task Force „Environmental Sustainability“³⁹ der Sponsorship Group nach, verstärkt die Umweltgesamtrechnungen für die Messung von Wohlstand und Fortschritt heranzuziehen. Die Bedeutung der Umweltgesamtrechnungen wird von der Europäischen Kommission (2013b) im Prozess um die umweltorientierte Nachhaltigkeit laufend hervorgehoben. Den genannten fünf Dimensionen wurden jeweils drei Indikatoren zugeordnet. Dies folgt der bereits zitierten Reduktion auf wenige wesentliche Merkmale, auch wenn für eine vollständige Abdeckung aller Umweltaspekte weitere Indikatoren notwendig wären.

Vorrangig behandelt wurden bei der Auswahl der Indikatoren jene mit Umweltzielen analog der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010).

Die Strategie enthält unter dem Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft“ für die EU-27 die folgenden drei Teilziele:

1. Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber dem Niveau von 1990 (oder sogar um 30%, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind⁴⁰);
2. Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%;
3. Steigerung der Energieeffizienz um 20%.

Diese Punkte werden in jedem EU-Staat in nationale Ziele umgesetzt, die den unterschiedlichen Ausgangssituationen und Gegebenheiten im jeweiligen Land Rechnung tragen. Dementsprechend ist Österreich dazu verpflichtet, bis 2020

- die Treibhausgasemissionen in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, um mindestens 16% (bezogen auf 2005) zu reduzieren,
- den Anteil Erneuerbarer Energieträger auf 34% am Bruttoendenergieverbrauch zu steigern und gleichzeitig

- die Energieeffizienz zu erhöhen – hierbei wird angestrebt, dass bis zum Jahr 2020 der Endenergieverbrauch in Österreich 1.100 Petajoule (PJ) nicht übersteigt oder die in Österreich seit 2011 gesetzten Energieeffizienzmaßnahmen eine Reduktion des Endenergieverbrauches um 200 PJ bewirken. Dies soll über das Bundes-Energieeffizienzgesetz des Energieeffizienzpakets (Bundesgesetz – Ministerialentwurf 2013) des Bundes umgesetzt werden, welches sich derzeit in Begutachtung befindet.

Als Datenquellen dienen maßgeblich die Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend wurden für Umweltbereiche, die unter die Agenden des Umweltbundesamts (z. B. Abfall, Luftemissionen) oder des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, z. B. Bio-Landwirtschaft) fallen, die entsprechenden Daten dieser Institutionen verwendet. Datenlücken ergeben sich für Bereiche wie Biodiversität, Bodenqualität (Emissionen), Verbrauch natürlicher Ressourcen (Rohmaterialeinsatz), Wasserentnahme oder Klimawandelanpassungskosten, für die derzeit keine aggregierten Werte aus offiziellen Statistikquellen vorliegen.

Die stärkere Berücksichtigung der Zukunftskomponente im Bereich der umweltorientierten Nachhaltigkeit führt dazu, dass – im Vergleich zu den Bereichen materieller Wohlstand und Lebensqualität – bei der Bewertung der Umweltindikatoren neben der Dynamik das Niveau der Daten eine größere Relevanz hat. Der Schwerpunkt der Umweltbetrachtung liegt damit stärker auf der langfristigen als auf der kurzfristigen Entwicklung.

Beispielsweise wird die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs seit dem Jahr 1995 vom Expertenteam negativ beurteilt. Bemängelt wurde, dass der Energieverbrauch deutlich über jenem des Jahres 1995 liegt und auch keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße zur Schiene) erkennbar seien. Dieses zu hohe Niveau bleibt als Einfluss auf die Beurteilung des Energieverbrauchs bestehen, auch wenn in den Jahren 2009 und 2011 Rückgänge zu verzeichnen waren.

39) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/0_DOCS/estat/TF2_Final_report_Environmen_Sustainability.pdf

40) Eine Verringerung der Treibhausgase von 30% gegenüber 1990 wird angestrebt, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

4.2 Ressourcen

Bei den (natürlichen) Ressourcen handelt es sich um Bestandteile der Natur, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden bzw. potenziell genutzt werden können. Das betrifft beispielsweise fossile Energien, Wasser oder mineralische Stoffe. Sie bilden die Grundlagen für heutiges und zukünftiges Leben und sollen daher möglichst nachhaltig genutzt werden. Die gestiegene Nutzung natürlicher Ressourcen innerhalb der letzten Jahrzehnte führte dagegen zu einer Vielzahl anthropogen verursachter Umweltschäden.

Eine Kategorisierung von Ressourcen bietet das UN System of Environmental-Economic Accounting (SEEA)⁴¹. Im Kapitel Naturvermögensrechnungen („asset accounts“) werden unterschiedliche Ressourcenkomponenten aufgelistet:

- mineralische Ressourcen
- Energieressourcen
- Land- und Bodenressourcen
- Holzressourcen
- aquatische Ressourcen
- sonstige biologische Ressourcen (außer Holz und aquatische Ressourcen)
- Wasserressourcen

Während einige dieser Komponenten bereits sehr gut im Rahmen der Naturvermögensrechnungen abgebildet werden (beispielsweise mineralische oder Energieressourcen), liegen für andere Kategorien keine passenden Daten aus der amtlichen Statistik vor. Die folgenden drei Indikatoren wurden für die Abbildung des Bereichs Ressourcen herangezogen: der wichtigste Indikator ist der inländische Materialverbrauch, welcher mineralische und Energieressourcen, Holz- und sonstige biologische Ressourcen sowie zu einem Teil auch aquatische Ressourcen erfasst (die Energieressourcen werden zudem explizit im Bereich Energie dargestellt). Land- und Bodenressourcen und die Problematik der Flächenversiegelung werden teilweise durch den Indikator Bau- und Verkehrsfläche abgedeckt. Der Indikator Bio- und Naturschutzflächen bezieht sich auf eine weitere Komponente der Land- und Bodenressourcen. Durch die extensive Nutzung dieser Flächen im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft wird er in einer ersten Annäherung auch als Platzhalter für einen Indikator der Biodiversität herangezogen. Für die Wasser-

ressourcen (z.B. Wasserentnahme oder Wasserverwendung) stehen in Österreich kaum Daten zur Verfügung. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung geplant, welche den Wasserverbrauch VGR-konform abbilden soll.

Durch die gestiegene Nutzung der natürlichen Ressourcen treten eine Vielzahl durch den Menschen (anthropogen) verursachte Umweltschäden auf. Aspekte wie der anthropogene Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt, Bodenerosion, die Produktion von Abfällen oder die Luftverschmutzung sind nur einige Beispiele, die auf die zunehmende Produktion, den Transport und den Konsum von Rohstoffen zurückzuführen sind. Der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen gilt daher als eine der Schlüsselstrategien für eine nachhaltige Entwicklung unserer Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine der sieben Leitinitiativen innerhalb der Europa 2020 Strategie widmet sich dementsprechend dem Thema „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission, 2011b). In diesem Sinne sollte sich der Ressourcenverbrauch in der EU möglichst reduzieren und sich damit absolut vom Wirtschaftswachstum entkoppeln.

In Österreich hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Jahr 2011 einen Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP) entwickelt (BMLFUW, 2011a). Dieser legt Ziele zur Steigerung der Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen fest, identifiziert wesentliche Handlungs- und Aktionsfelder und schlägt Maßnahmen für eine konkrete Steigerung der Ressourceneffizienz vor. Langfristig soll die österreichische Wirtschaftsentwicklung vom Ressourcenverbrauch und den damit einhergehenden Umweltauswirkungen entkoppelt werden. Dazu ist es laut REAP erforderlich, die Ressourceneffizienz in Österreich mittelfristig, also bis zum Jahr 2020, um mindestens 50% anzuheben und somit den Ressourcenverbrauch insgesamt deutlich zu reduzieren.

41) http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/White_cover.pdf – derzeit in Ausarbeitung.

4.2.1

Inländischer Materialverbrauch

Der Indikator inländischer Materialverbrauch (DMC = Domestic Material Consumption) aus der Materialflussrechnung der Statistik Austria zeigt die Entwicklung der vier wichtigen Ressourcenströme Biomasse, metallische Erze, nichtmetallische Mineralien und fossile Energieträger. Definiert wird der DMC als die jährliche Menge an Rohstoffen, die im Inland gewonnen wird, zuzüglich aller physischen Einfuhren und abzüglich aller physischen Ausfuhren.

Expertenmeinung:



Der Materialverbrauch startete 1995 auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen und fiel bis 2011 nicht mehr unter den Ausgangswert zurück, auch wenn in einzelnen Jahren ein Rückgang zu verzeichnen ist. Zudem zeigte sich im letzten Beobachtungsjahr eine deutliche Steigerung, die Entwicklung wird daher sowohl lang- als auch kurzfristig tendenziell negativ eingeschätzt.

Der DMC stellt damit die im Inland verbrauchte Materialmenge dar, also den Verbrauch jenes Materials, das in Produktionsprozessen und im Endverbrauch in Österreich konsumiert wird. Die vorgelagerten Ströme, die die Ein- und Ausfuhren von Rohstoffen und die Erzeugnisse mit Ursprung außerhalb der betrachteten Volkswirtschaft betreffen, werden also nicht berücksichtigt⁴².

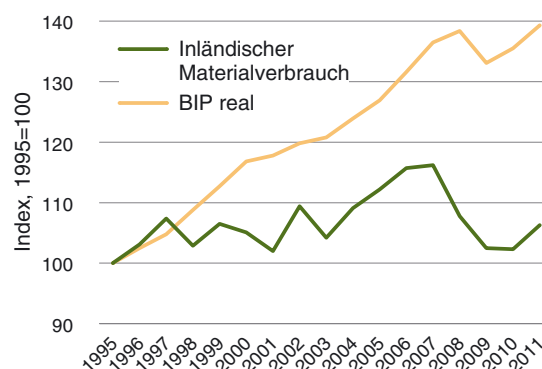
Der inländische Materialverbrauch ist ein wesentlicher Indikator im Rahmen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung⁴³. Entsprechend den Zielen des nationalen REAP und des europäischen Fahrplans für ein „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission, 2011b) sollte der DMC langfristig reduziert werden, also absolut von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt werden⁴⁴. Kurzfristig sollte die Materialeffizienz gesteigert werden, der

Verbrauch sollte also zumindest langsamer wachsen als die Gesamtwirtschaft (relative Entkoppelung).

In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 1995 bis 2011 um 6,3%. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 39,3%, die Materialeffizienz (BIP/DMC) wurde also deutlich erhöht (siehe Grafik 60). Nach einer Wachstumsperiode von 2003 bis 2007 zeigte sich von 2008 bis 2010 ein konstanter Rückgang des DMC. In einzelnen Jahren wurde daher eine absolute Entkopplung erreicht. Beispielsweise sank der inländische Materialverbrauch von 2007 auf 2008 um 7,3%, während das reale BIP um 1,4% wuchs. Allerdings stiegen 2010 auf 2011 alle vier genannten Ressourcenströme wieder an, am geringsten war die Zunahme bei den fossilen Energieträgern. Der DMC erreichte damit 2011 insgesamt rund 188,1 Mio. t (+3,9%), was knapp unter dem Wert des Jahres 2008 (190,7 Mio. t) und deutlich über dem Materialverbrauch der Jahre 2009 und 2010 (jeweils rund 181 Mio. t) war.

Grafik 60

Inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR; Eurostat.

Der DMC besteht zu einem Großteil (rund 60%) aus nicht-metallischen Mineralien, unverarbeitet und verarbeitet, zu rund einem Fünftel aus Biomasse und Erzeugnissen aus Biomasse, zu etwa 5% aus metallischen Erzen und Konzentraten, unverarbeitet und verarbeitet, der Rest (rund 15%) entfällt auf fossile Energieträger, unverarbeitet und verarbeitet (Petrović 2012a).

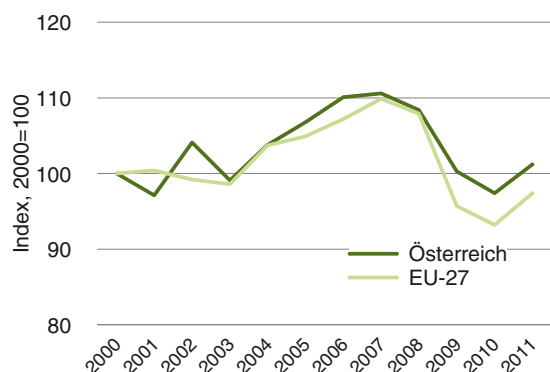
Im internationalen Vergleich verlief die Entwicklung des inländischen Materialverbrauchs weitgehend parallel zu jenem der EU-27-Länder, allerdings erreichten letztere von 2008 auf 2009 im Durchschnitt einen deutlich stärkeren Rückgang (-11,3%) als Österreich (-4,9%). Betrachtet man die Veränderung des DMC von 2000 bis 2011 (verfügbare Zeitreihe), dann zeigte sich für den Durchschnitt aller EU-Staaten ein Rückgang von 2,6% während es in Österreich zu einer Steigerung von 1,2% kam (Grafik 61).

42) Die Entwicklung eines Indikators für den Rohmaterialeinsatz (Raw Material Consumption RMC) wird derzeit auf europäischer Ebene diskutiert. Dieser Indikator wird zukünftig die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte berücksichtigen und damit auch Auslagerungseffekte erfassen. Eine Abschätzung für das Jahr 2005 durch Schaffartzik et al. (2011) geht von einer Größenordnung von jährlich zusätzlich rund 35 Mio. t Material aus, die im Ausland als Vorleistungen zur Deckung des österreichischen Ressourcenverbrauches eingesetzt werden.

43) <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators/theme2>

44) Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

Grafik 61
Inländischer Materialverbrauch Österreich, EU-27



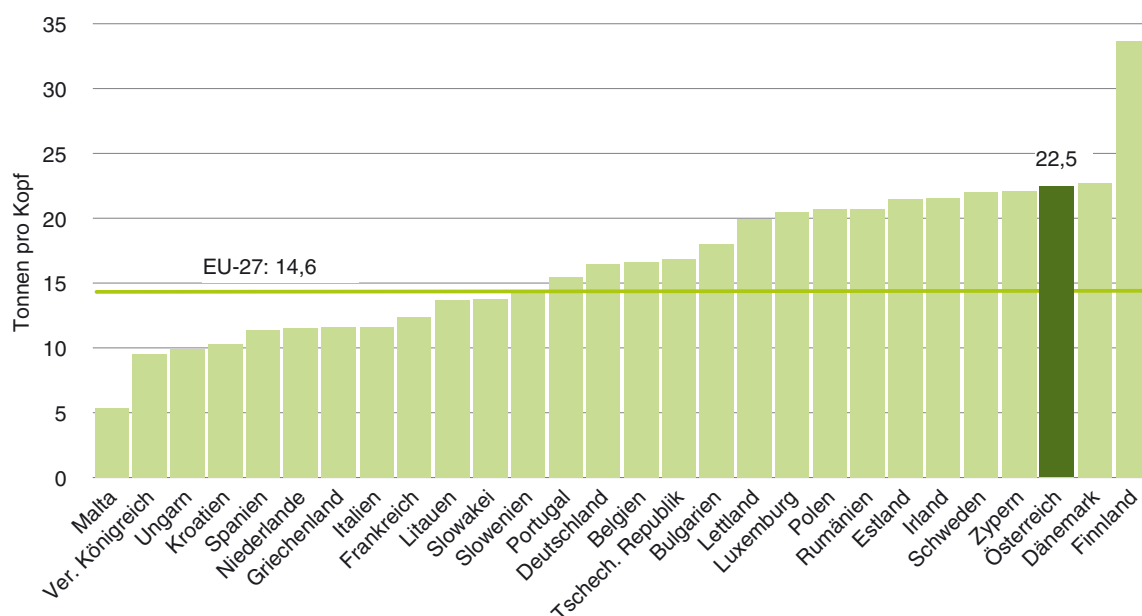
Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat.

Grafik 62 zeigt den Materialverbrauch der EU-Länder pro Kopf für das Jahr 2011. Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch einer Österreicherin oder eines Österreichers lag 2011 bei 22,5 Tonnen. Der Durchschnitt der EU-27 belief sich auf 14,6 t/Kopf und ist damit etwa um ein Drittel geringer. Der österreichische DMC liegt vor allem in zwei Materialgruppen über dem EU-Mittelwert: Biomasse und nichtmetallische Mineralien. Der hohe Ressourcenverbrauch an Biomasse erklärt sich einerseits durch die vergleichsweise große Bedeutung der Viehwirtschaft. Bezogen auf die Bevölkerung wird in Österreich mehr Vieh gehalten als in den anderen EU-Ländern, entsprechend hoch ist der Umsatz an Grünfutter

und anderen Futtermitteln. Andererseits ist die Produktion der Forstwirtschaft in Österreich höher als in anderen Ländern der EU. Der erhebliche Verbrauch an nichtmetallischen Mineralien – vor allem Baurohstoffe – ist auf Klima und Gelände der von den Alpen geprägten heimischen Landschaft zurückzuführen. Diese machen eine materialaufwändige Bauweise sowohl bei Gebäuden (z.B. Wärmeisolierung) als auch bei Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur (z.B. höhere Anforderungen an Temperaturschwankungen) notwendig (siehe Eisenmenger et al., 2011 S.27).

Die einzelnen Länder weisen generell sehr unterschiedliche Materialverbräuche pro Kopf auf: während an einem Ende Malta im Jahr 2011 nur 5,4 Tonnen pro Person verbrauchte, benötigte Finnland 33,7 Tonnen je Einwohnerin bzw. Einwohner. Viele unterschiedliche Faktoren haben einen Einfluss auf den Ressourcenverbrauch eines Landes: die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsdichte, das Vorherrschen bestimmter Wirtschaftszweige, die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen. Ressourcenreiche, exportorientierte Länder haben tendenziell einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Länder mit geringer Ressourcenausstattung, die von Importen abhängig sind, haben meist einen niedrigeren Materialverbrauch (DMC), da – wie erwähnt – die vorgelagerten Ströme beim DMC nicht berücksichtigt werden. Der sehr hohe pro Kopf Verbrauch von Finnland lässt sich zum Teil mit einer der niedrigsten Bevölkerungsdichten in ganz Europa sowie mit klimatischen Bedingungen, die hohe materielle Investitionen in den Wohnbau notwendig machen, erklären (Eisenmenger et al., 2011 S.29).

Grafik 62
Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2011)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat.

Abschließend sei angemerkt, dass ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst ist. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und Datenrevisionen ab. Die Datenqualität der österreichischen Materialflussanalyse ist als sehr hoch anzusehen, während es in einigen Ländern noch zu deutlichen Untererfassungen kommt. Seit 2012 ist die Methode der Materialflussrechnung international standardisiert (UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA⁴⁵). Ab dem Jahr 2013 müssen diese Daten von allen Mitgliedsländern des Europäischen Statistischen Systems (ESS) verpflichtend an Eurostat berichtet werden. Dadurch wird sich die internationale Vergleichbarkeit weiter erhöhen.

4.2.2

Bio- und Naturschutzflächen (laut ÖPUL)⁴⁶

Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung oder Naturschutzmaßnahmen“ bezieht sich auf Flächen laut Agrarumweltmaßnahme M 214 des ÖPUL. Dieses Agrar-Umweltprogramm (aktuell: ÖPUL 2007) ist Teil des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums und soll die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in einem sehr breiten Rahmen fördern. Die beiden dargestellten Maßnahmen (Untergruppe 1 und 28) sollen zur Schonung von Böden und Gewässern sowie zur Förderung der Ressource Biodiversität beitragen⁴⁷.

Expertenmeinung:



Die starke Ausweitung der Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (EU-27: 5,5% Bio-Flächenanteil im Jahr 2011). Die Stagnation bei der Ausweitung der Flächen in den letzten Beobachtungsjahren – hauptsächlich bedingt durch das Auslaufen der 5-jährigen Verpflichtungsperioden nach ÖPUL – wird dagegen neutral bewertet.

Die biologische Wirtschaftsweise (Untergruppenmaßnahme 1) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über

die ökologische/biologische Produktion soll durch reduzierte Düngung, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und vielfältige Fruchtfolgen zur Förderung der Biodiversität im tierischen und pflanzlichen Bereich beitragen. Darüber hinaus werden durch die Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln der Schutz des Grundwassers und eine Reduktion der Emissionen in die Luft angestrebt.

Agrarumweltmaßnahme M 214 (ÖPUL) Untergruppenmaßnahme 28 zielt darauf ab, durch die Erhaltung und Entwicklung von landwirtschaftlich genutzten, naturschutzfachlich wertvollen Flächen und Strukturen vorhandene Biotopverbundstrukturen⁴⁸ zu erhalten bzw. aufzubauen. Ein besonderes Augenmerk wird auf das Stilllegen bzw. auf eine besonders gewässerschonende Bewirtschaftung von auswaschungs- oder austragsgefährdeten Acker- und Grünlandflächen gelegt.

In Österreich haben sich von 1995 bis 2012 die Flächen, für welche zumindest eine der beiden Maßnahmen umgesetzt wurde, mehr als verdoppelt (siehe auch BMLFUW 2012a und 2013a). Biologisch bewirtschaftete Flächen und Flächen mit speziellen Naturschutzmaßnahmen zeigten vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 einen sehr starken Anstieg (siehe Grafik 63 sowie für die getrennte Entwicklung Grafik 64). Der geringe Rückgang der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011/2012 ist überwiegend auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen. Das aktuelle 4. ÖPUL-Programm 2007 und alle Verpflichtungen daraus laufen bis Programmende 2013, die Mindestlaufzeit der Projekte beträgt 5 Jahre. Die letzte Möglichkeit, in das aktuelle ÖPUL einzusteigen, war im Herbst 2008. Mit

Grafik 63
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung oder Naturschutzmaßnahmen



Q: BMLFUW: Grüner Bericht.

45) <http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seea.asp>

46) Österreichisches Programm zur Förderung einer Umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/agrar-programm/OEPUL-Uebersicht.html

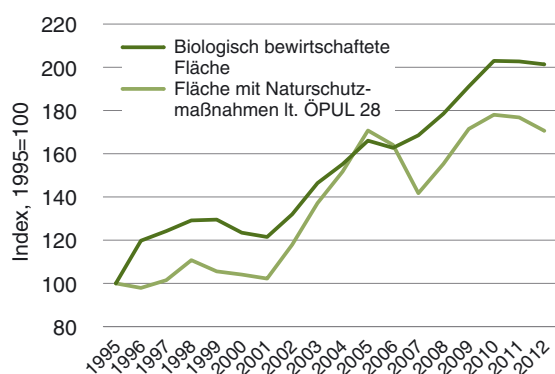
47) Zur ÖPUL Maßnahmen Erläuterung siehe: <http://www.ama.at/Portal.Node/ama/public?gentics.am=PCP&p.contentid=10007.25771>

48) Ein Biotopverbund sichert durch die Schaffung eines Netzes von (Einzel-)Biotopen das Überleben bestimmter Arten, die beispielsweise verschiedene miteinander verbundene Biotope als Aufenthalts-, Jagd- oder Nahrungsrevier benötigen.

dem Vorliegen des neuen 5. ÖPUL-Programms 2014 – 2020 wird – voraussichtlich ab dem Jahr 2015 – ein Einstieg wieder möglich⁴⁹.

2012 betrug der Anteil der Biofläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (ohne Almen) in Österreich knapp ein Fünftel (1995 rund 9%). Rund 21.800 Betriebe mit biologischer Landwirtschaft erreichten einen Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben von 17% (BMLFUW, 2012a und 2013a). Über 60% der biologisch bewirtschafteten Fläche entfielen auf Grünland. Dieses erfüllt neben der Bereitstellung von Grundfutter eine Vielzahl ökologischer Funktionen und hat – vor allem wenn extensiv bewirtschaftet – eine wesentliche Bedeutung für die Landschafts-, Habitat- und Artenvielfalt. Der Anteil der Flächen mit Naturschutzmaßnahmen erreichte 2012 knapp 4% (1995 rund 2%).

Grafik 64
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung oder Naturschutzmaßnahmen (getrennte Entwicklung)



Q: BMLFUW: Grüner Bericht.

Informationen über Flächenentwicklungen naturgemäß lassen keinen direkten Schluss auf den Zustand der biologischen Vielfalt oder des Bodens zu. Allerdings liegen aus der offiziellen Statistik keine adäquaten Daten zu den genannten Ressourcen vor. Der Indikator wurde daher ausgewählt, um zumindest näherungsweise die Ressourcen Boden(qualität) und Biodiversität abzubilden. Alternativ zum von Statistik Austria verwendeten Indikator werden üblicherweise Informationen zu weit verbreiteten Vogelartengruppen (siehe Eurostat Nachhaltigkeitsindikatoren⁵⁰), der FarmlandBirdIndex von Birdlife⁵¹ oder Daten über für Orchideen geeignete Flächen als Zeiger für Lebensraum-

qualität herangezogen. Solche Datensätze können wertvolle Informationen über Umweltveränderungen in Bezug auf Biodiversität liefern; sie entsprechen allerdings nicht dem für *WgÖ?* gewählten Ansatz, nur Daten aus der amtlichen Statistik heranzuziehen. Die genannten Informationen zu Vogelartengruppen und Orchideen sind im Indikatoren-Bericht MONE für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung (BMLFUW 2011b und 2013b) enthalten. Dieser enthält detaillierte Aussagen über die Ziele der Österreichischen Strategie Nachhaltiger Entwicklung⁵² auf einer breiten Datenbasis.

Das Umweltbundesamt hat für die Jahre 2007 und 2009 bis 2011 den Indikator „High Nature Value Farmland“ (HNVF) berechnet (Bartel & Süßenbacher 2012). Dieser Indikator soll den nationalen Bestand von landwirtschaftlichen Flächen mit hohem Naturwert beschreiben und geht dabei auf den Zusammenhang zwischen extensiven landwirtschaftlichen Nutzungsformen und biologischer Vielfalt ein. Bei entsprechender statistischer Validität und ausreichender Etablierung könnte dieser Indikator mittelfristig den Indikator für Bio- und Naturschutzflächen (ÖPUL) ersetzen.

4.2.3 Bau- und Verkehrsflächen

Die Bauflächen setzen sich aus versiegelten Flächen (z.B. Gebäude) und begrünten Flächen (z.B. Hausgärten) zusammen, die Großteils versiegelten Verkehrsflächen betreffen beispielsweise Straßen- oder Eisenbahnanlagen. Nicht-versiegelte Verkehrsflächen stellen etwa Straßenböschungen oder Abstandsflächen dar⁵³.

Expertenmeinung:



Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Ein kontinuierlicher Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen wird daher lang- und kurzfristig als sehr bedenklich angesehen.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen stellt die Entwicklung von Flächennutzungen dar. Flächen können im eigentlichen Sinn nicht verbraucht, sondern nur unterschiedlich genutzt werden. Flächen, die für Siedlungs- oder Verkehrszwecke erschlossen werden, stehen für andere Nutzungen

49) http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/agrar-programm/OEPUL-Uebersicht.html

50) <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators/theme8>

51) <http://www.birdlife.at/unsere-arbeit/artenschutz/monitoring/brutvogelmonitoring/index.html>

52) <http://www.nachhaltigkeit.at/article/archive/25541>

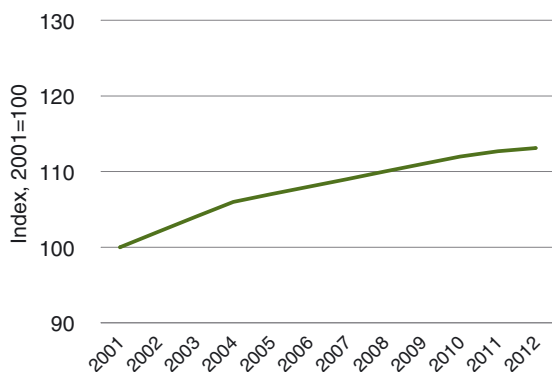
53) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/flaechen-inanspruch/definitionen/>

wie der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, als Erholungsgebiet oder auch als Gebiet ohne menschliche Inanspruchnahme (z.B. Schutzgebiete) nicht mehr zur Verfügung. Die Nutzung der Ressource Boden – speziell im Hinblick auf eine dauerhafte Bodenversiegelung – wird daher durch die Flächeninanspruchnahme für Bau- und Verkehrszwecke abgebildet.

Knapp 4.500 km² der österreichischen Bundesfläche wurden nach den Daten des Umweltbundesamts im Jahr 2012 als Bau- und Verkehrsflächen genutzt, was rund 14% des Dauersiedlungsraums entspricht. Davon waren mehr als 40% versiegelt. Der Dauersiedlungsraum umfasst den für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen verfügbaren Raum: Er besteht aus einem Siedlungsraum mit den Nutzungskategorien „städtisch geprägte Flächen“, „Industrie- und Gewerbeflächen“ und aus einem besiedelbaren Raum mit den Nutzungskategorien „Ackerflächen“, „Dauerkulturen“, „Grünland“, „heterogene landwirtschaftliche Flächen“, „Abbauflächen“ und den „künstlich angelegten nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen“ (z.B. städtische Grünflächen, Sport- und Freizeitflächen)⁵⁴.

Die Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen nahm in den Jahren 2001 bis 2012 um 13,1% zu (durchschnittlich 1,1% pro Jahr). Damit wuchsen die Bau- und Verkehrsflächen im Beobachtungszeitraum knapp dreimal schneller als die österreichische Bevölkerung (+4,8%). In den Jahren 2011 und 2012 lag die Zunahme mit 0,7% bzw. 0,4% unter diesem langjährigen Durchschnitt (Grafik 65).

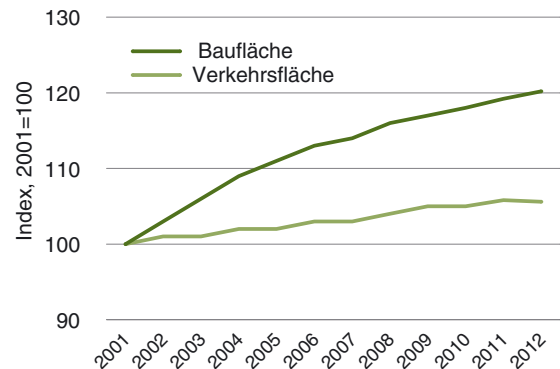
Grafik 65
Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen



Q: Umweltbundesamt, modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Stand jeweils am 1.1. des Jahres.

Bauflächen erfuhren von 2001 bis 2012 eine deutlich stärkere Steigerung (+20,2%) als Verkehrsflächen (+5,6%), was

Grafik 66
Flächeninanspruchnahme durch Bau- und Verkehrsflächen (getrennte Entwicklung)



Q: Umweltbundesamt, modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Stand jeweils am 1.1. des Jahres.

u.a. die gesteigerte Nachfrage nach Wohnraum widerspiegelt (siehe Grafik 66). Bei den Verkehrsflächen gab es im Jahr 2012 –erstmal innerhalb des Beobachtungszeitraums – einen Rückgang von 0,2% bei der Flächeninanspruchnahme im Vergleich zum Vorjahr.

Die Problematik der Bodenversiegelung liegt laut Umweltbundesamt⁵⁵ einerseits darin, dass Boden ein nicht vermehrbares und nicht erneuerbares Gut darstellt. Einmal versiegelt kann er nur mit großem technischen und finanziellen Aufwand wieder renaturiert werden. Entsprechende Rückbaumaßnahmen – wie von bebauten Flächen in Grünland – werden nur sehr selten durchgeführt. Durch die Bebauung werden andererseits die vielfältigen Funktionen der Ressource Boden auf eine einzige Funktion, als Standort für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen, reduziert. Dies entzieht der Land- und Forstwirtschaft produktive Flächen und führt auch zu Verlusten an Lebensraum für Pflanzen und Tiere und beeinträchtigt damit die biologische Vielfalt. Auch die Fähigkeit zur CO₂-Speicherung (Kohlenstoffdioxid) ist beim versiegelten Boden nicht mehr gegeben.

Aus diesem Grund sieht das ÖSTRAT Arbeitsprogramm (Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung 2011 S.19) vor, dass der Zuwachs dauerhaft versiegelter Flächen mittelfristig auf ein Zehntel des „heutigen Wertes“ reduziert werden soll, ohne dies zu konkretisieren. Das Umweltbundesamt weist aktuell darauf hin, dass der Verbrauch des Jahres 2012 für Siedlungs- und Verkehrstätigkeit (ca. 7 Hektar täglich) etwa um das Zehnfache über dem Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie liegt⁵⁶.

55) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/auswirkungen1/>.

56) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/flaechen-inanspruch/>

54) http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/dauersiedlungsraum/index.html

4.3

Klimawandel, Emissionen

Bei (Schadstoff-)Emissionen handelt es sich um Austräge aus Produktion, Distribution und Konsum, die an Umweltmedien wie Luft, Wasser oder Boden abgegeben werden. Beispiele sind gasförmige Schadstoffemissionen aus Verkehr und Hausbrand oder flüssige Emissionen aus Altlasten, aber auch der Straßenlärm. Emissionen verschiedener Gase wie Kohlenstoffdioxid (CO_2) oder Methan (CH_4) gelten als treibhauswirksam, d.h. sie haben Auswirkungen auf den Energiehaushalt der Atmosphäre. Dies bewirkt den anthropogen (= vom Menschen) verursachten Klimawandel, also einen Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde.

Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (BMLFUW 2012b, Teil 1 – Kontext, S. 5) stellt in ihrer Einleitung fest: „Der Klimawandel als globales Phänomen stellt eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass die Klimaänderung nicht mehr verhindert, sondern nur in ihrer Auswirkung gemindert werden kann. Für nahezu alle Regionen Europas werden Beeinträchtigungen erwartet, die für viele sozio-ökonomische und natürliche Systeme erhebliche Probleme darstellen werden.“ Treibende Kraft des Klimawandels sind die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen, da sie den Energiehaushalt der Atmosphäre durch die Absorption von Infrarot-Strahlung beeinflussen⁵⁷.

Ein wesentliches Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist es, schädliche Emissionen möglichst zu verhindern oder zumindest zu reduzieren, um so Luft-, Boden- oder Gewässerverschmutzung weitgehend zu vermeiden und die Folgen des Klimawandels möglichst gering zu halten.

Ein Subziel der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) betrifft den Klimawandel und sieht die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber 1990 vor (siehe auch Kapitel 1.1 sowie Kapitel 4.1).

Der Indikator Treibhausgasemissionen ist daher als wesentlich für den Bereich Klimawandel, Emissionen zu

sehen. Er betrifft das Umweltmedium Luft, umfassendes Datenmaterial dazu wird durch das Umweltbundesamt erstellt⁵⁸. Aggregierte Daten über Emissionen in Grund- und Oberflächengewässern sowie Boden in vergleichbarer Qualität zu den Treibhausgasen liegen derzeit aus offiziellen Statistikquellen nicht vor. Für das Medium Wasser werden deshalb die Phosphoremissionen im Abwasser, für Boden die Abfälle aus Haushalten als Indikatoren dargestellt. Weitere Umweltaspekte (beispielsweise Lärm⁵⁹) werden aus der bereits erwähnten Beschränkung auf drei Indikatoren pro Dimension nicht berücksichtigt.

Derzeit wird von Eurostat die Entwicklung einer geeigneten harmonisierten Datenerhebung zur Abbildung der Minderungskosten für bzw. Anpassungskosten an den Klimawandel im Rahmen der Environmental Transfers Task Force diskutiert. Entsprechende Daten können zukünftig in das Indikatorenset aufgenommen werden. Ab welchem Zeitpunkt diese vorhanden sein werden, kann aus heutiger Sicht aber noch nicht eingeschätzt werden.

4.3.1

Treibhausgasemissionen

Dieser Indikator beschreibt die Entwicklung der treibhauswirksamen Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO_2), Methan (CH_4), Distickstoffoxid (Lachgas N_2O) sowie fluorierten Treibhausgasen (F-Gase⁶⁰). Die Treibhausgase (THG) der aktuellen Berichtsperiode unterliegen derzeit noch den Vorgaben laut Kyoto-Verpflichtungsperiode 1⁶¹, also einer Reduktion des nationalen Ausstoßes auf 68,8 Mio. t CO_2 -Äquiv. für den Durchschnitt der Jahre 2008/2012. Im Rahmen von Europa 2020 verfolgt

57) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/klima/klimaschutz/>

58) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/luft/emissionsinventur/emiberichte/>

59) Für Umweltbelastungen der Wohnumgebung siehe auch Kapitel 3.10.

60) Vollfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKWs), teilfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKWs), Schwefelhexafluorid (SF_6).

61) Kyoto-Protokoll – Klimaschutzabkommen, das am 11.12.1997 beim Weltklimagipfel in Kyoto (Japan) von zunächst 158 Staaten beschlossen wurde mit dem Ziel, die globale Klimaerwärmung durch Reduktion der Treibhausgas-Emissionen abzubremesen.

die EU zukünftig das Ziel, die Treibhausgasemissionen der gesamten EU bis 2020 um 20% gegenüber 1990 zu verringern.

Expertenmeinung:



Die Emissionen der THG sind über die gesamte Periode 1995 - 2011 auf zu hohem Niveau¹, Österreich wird sein Kyoto Ziel der ersten Verpflichtungsperiode mit heimischen THG-Reduktionen nicht erreichen. Die Entwicklung wird daher sowohl langfristig als auch kurzfristig tendenziell negativ eingeschätzt.

- 1) Bei der Betrachtung der THG wird üblicherweise das Kyoto-Anfangsjahr 1990 als Beginn der Zeitreihe verwendet. Da bei „Wie geht's Österreich?“ das Ausgangsjahr aber generell 1995 darstellt, wurde von der üblichen Vorgehensweise abgesehen.

Das Kyoto-Ziel (erste Periode) schreibt Österreich für den Durchschnitt der Jahre 2008/2012 die Reduktion der THG auf 68,8 Mio. t CO₂-Äquiv. vor.

Bei der Betrachtung nach Europa 2020 wird zwischen dem Emissionshandelssektor und dem Nicht-Emissionshandelsbereich unterschieden. Der Rückgang von 20% muss EU-weit vorwiegend im Emissionshandelssektor erreicht werden, welcher Anlagen in der Stromerzeugung sowie der Industrie (z.B. Zementfabriken) mit hohem Energieverbrauch in 31 europäischen Ländern (27 EU-Staaten plus Liechtenstein, Island, Norwegen und Kroatien) umfasst. Derzeit sind rund 11.000 Anlagen einbezogen, auf die ca. 50% der gesamten CO₂-Emissionen der EU und ca. 40% der THG entfallen (Europäische Kommission 2009a).

Für Quellen außerhalb des Emissionshandels (Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, Teile der Industrie) ist die Verpflichtung zur Emissionssenkung im „Effort-Sharing“⁶² auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt (Europäische Kommission 2009b):

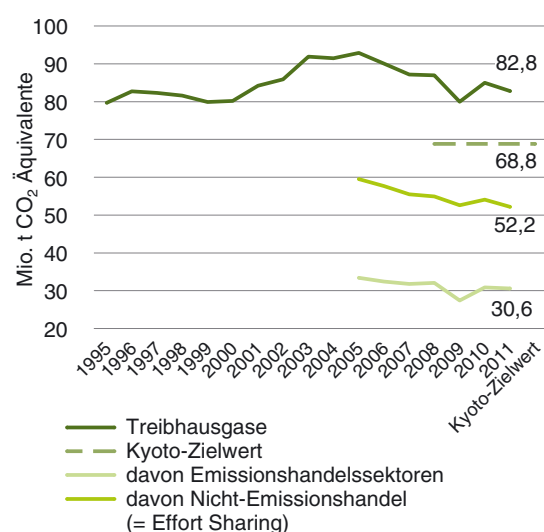
Als nationales Ziel im Rahmen von Europa 2020 ist für Österreich festgelegt, die Treibhausgasemissionen in den Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, um mindestens 16% gegenüber dem Jahr 2005 zu reduzieren.

Zur Umsetzung dieses nationalen Ziels trat im November 2011 das österreichische Klimaschutzgesetz 2011 (Bundesgesetz BGBl 106/2011) in Kraft. Dieses Gesetz umfasst die nationalen Emissionen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Es legt die Höchstmengen von THG-Emissionen nach Sektoren (Raumwärme, Energieaufbringung, Abfallwirtschaft, Verkehr, Industrie und produzierendes Gewerbe, F-Gase, Landwirtschaft) für den Verpflichtungszeitraum 2008 bis 2012 fest. Mit 17. Juli 2013 wurde eine Novelle des Klimaschutzgesetzes (BGBl I Nr. 94/2013) beschlossen, im Zuge derer in Anlage 2 jährliche Höchstmengen von Treibhausgasemissionen nach Sektoren für den Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020 festgeschrieben wurden.

Die THG-Emissionen stiegen von 1995 bis 2011 um 3,9% an, ab dem Jahr 2005 bis 2011 zeigte sich (mit Ausnahme des Jahres 2010) ein Rückgang der Emissionen. 2011 wurden insgesamt 82,8 Mio. t CO₂-Äquiv. emittiert, das ergibt -2,6% zum Vorjahr (Grafik 67). Das Kyoto-Ziel (erste Periode) schreibt wie erwähnt Österreich für den Durchschnitt der Jahre 2008/2012 die Reduktion der THG auf 68,8 Mio. t CO₂-Äquiv. vor. Die bislang im Inland umgesetzten Maßnahmen reichen nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Eine Einhaltung der Kyoto-Verpflichtung macht den Zukauf von zusätzlichen Emissionsreduktionseinheiten notwendig. In einer Änderung des Umweltförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 185/1993 i.d.F. 35/2012) wurde deshalb der geplante Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten auf maximal 80 Mio. erhöht. Entsprechende JI/CDM Programme müssen zur Anwendung kommen (siehe Grafik 68).

Grafik 67

Entwicklung der Treibhausgasemissionen



Q: Umweltbundesamt.

62) Die „Effort-Sharing-Decision“ legt verbindliche jährliche Treibhausgas-Emissionsziele für die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2013-2020 fest.

Von den Gesamtemissionen entfielen 2011 52,2 Mio. t CO₂-Äquiv. auf den Nicht-Emissionshandelbereich und 30,6 Mio. t CO₂-Äquiv. auf den Emissionshandelssektor.

Der krisenbedingte Einbruch der industriellen Produktion im Jahr 2009 spiegelt sich auch in der Treibhausgasbilanz wider. Der Emissionshandelssektor zeigte eine deutlich stärkere Verminderung von -14,7%, im Vergleich zu -4,2% des Nicht-Emissionshandelssektors (Grafik 67).

Ein Großteil der THG-Emissionen 2011 wird durch den Einsatz von Energie verursacht (74,8%), danach folgen Prozessemissionen (13,6%) sowie Emissionen der Landwirtschaft (9,1%) (Umweltbundesamt 2013a). Die beiden größten Emittenten stellen 2011 die Industrie (29,6%) und der Verkehrssektor (26,3%) dar, gefolgt von der Energieaufbringung (16,9%) sowie der Raumwärme und sonstigem Kleinverbrauch (13,0%). Die Österreichische Energiestrategie (2010) schlägt demgemäß eine Reihe von Maßnahmen, beispielsweise im Bereich Gebäude (u.a. Verbesserung der Baustandards zu „Fast-Null-Energiehäusern“) und Mobilität (u.a. alternative Antriebe – E-Mobilität) vor, durch welche deutliche positive Effekte auf die Emissionen in den Sektoren Verkehr und Raumwärme erwartet werden.

Die Treibhausgasemissionen unterliegen der Berichtspflicht des Umweltbundesamts, welches jährlich umfassende Emissionsberichte erstellt (siehe beispielsweise Umweltbundesamt 2013a). Weitere Informationen zu den Themen Energieverbrauch und Verkehr finden sich in den Dimensionen „Energie“ und „Verkehr“.

Durch die Berücksichtigung von Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM)-Projekten (Erläuterung siehe unten) und der Bilanz aus Neubewaldung/Entwaldung wurde für 2011 eine Erreichung des Kyoto-Ziels ermöglicht (Grafik 68). Die rechtlichen Vorkehrungen, die 2012 zur Erweiterung des JI/CDM-Pro-

Grafik 68
Treibhausgasaufkommen und Zielerreichung 2011



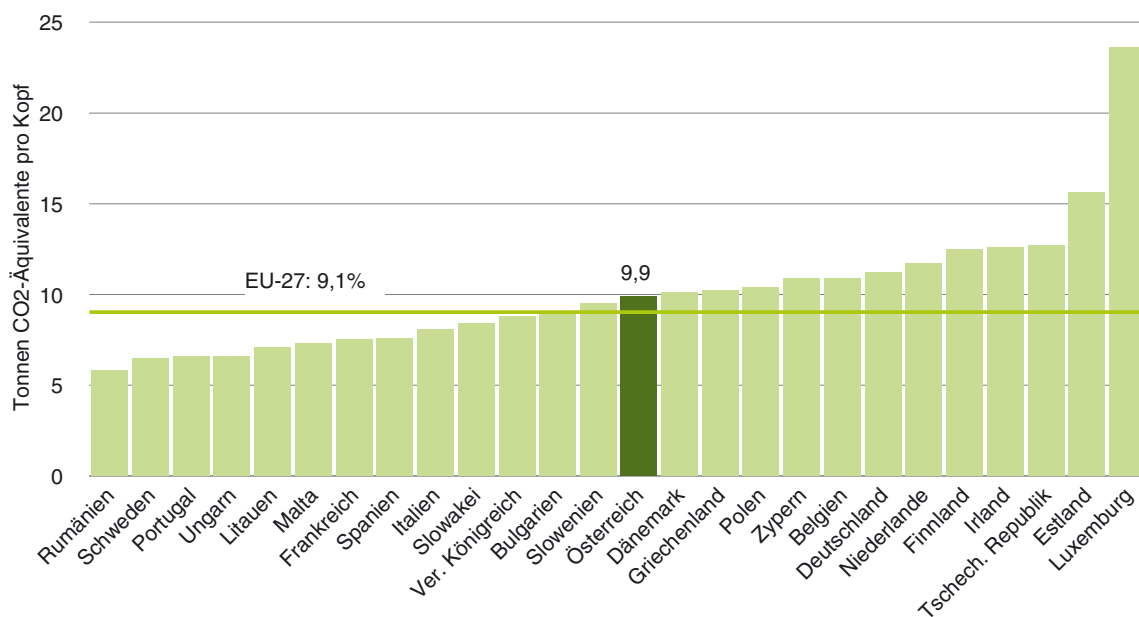
Q: Umweltbundesamt.

gramms getroffen wurden, decken auch die bisher offenen Beträge aus den Jahren 2008 – 2010 ab⁶³. In Österreich ist die KPC (Kommunalkredit Public Consulting) mit dem Ankauf von hochwertigen Emissionsreduktionseinheiten beauftragt. Seit dem Bestehen 2003 wurde im Rahmen des Programms ein Projektportfolio mit rund 80 Projekten aufgebaut. Die technologischen Schwerpunkte der Projekte liegen vor allem im Bereich des Einsatzes erneuerbarer Energieträger, Kraft-Wärme-Kopplungen, Fuel-Switch-Projekte, Energieeffizienz-Projekte sowie abfallwirtschaftliche Maßnahmen⁶⁴.

63) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/luft/treibhausgase/>

64) <http://www.publicconsulting.at/kpc/de/home/carbonmanagement/jicdmprogramm/portfolio/>.

Grafik 69
Treibhausgasaufkommen pro Kopf im EU-Vergleich (2011)



Q: Umweltbundesamt, Eurostat.

- Joint Implementation erlaubt es Projektbetreibern in Industrieländern Klimaschutzprojekte umzusetzen und die daraus resultierenden Emissionsreduktionseinheiten an Käufer in anderen Industriestaaten zur Erfüllung ihrer Kyoto-Verpflichtungen zu verkaufen.
- Clean Development Mechanism erlaubt es Projektbetreibern in Entwicklungsländern Klimaschutzprojekte umzusetzen und die daraus resultierenden Emissionsreduktionseinheiten an Käufer in den Industriestaaten zur Erfüllung ihrer Kyoto-Verpflichtungen zu verkaufen.

In Österreich lagen im Jahr 2011 die THG-Emissionen gemessen an der Bevölkerungszahl mit 9,9 Tonnen CO₂-Äquiv. über dem Durchschnitt der EU-27 mit 9,1 Tonnen CO₂-Äquiv. (ohne Berücksichtigung von JI/CDM Programmen). Am niedrigsten waren die Werte in Lettland und Rumänien mit knapp 6 Tonnen CO₂-Äquiv. pro Kopf. Am höchsten waren die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg (23,6 Tonnen CO₂-Äquiv.), mit etwas Abstand gefolgt von Estland (15,6 Tonnen CO₂-Äquiv.). Die Höhe der THG-Emissionen ist auch in der geografischen Lage und der Wirtschaftsstruktur eines Landes begründet – hat ein Land einen hohen Anteil an energieintensiver (Schwer-)Industrie und/oder Petrochemie oder große Viehbestände – hat es auch höhere Emissionen. Auch ein hoher Transitverkehr führt zu höheren Emissionen (siehe Grafik 69).

4.3.2 Phosphoremissionen im Abwasser

Emissionen ins Wasser sind gemeinsam mit den Luftemissionen die wichtigsten Komponenten des Outputindikators DPO (Abgabe an die Natur) der Materialflussrechnung der Statistik Austria. Phosphor stellt dabei den kritischsten Nährstoff für die heimische Gewässerqualität dar. Der Indikator zeigt die Entwicklung des Phosphoreintrags in heimischen Gewässern nach Behandlung des Abwassers in einer Kläranlage auf.

Expertenmeinung:



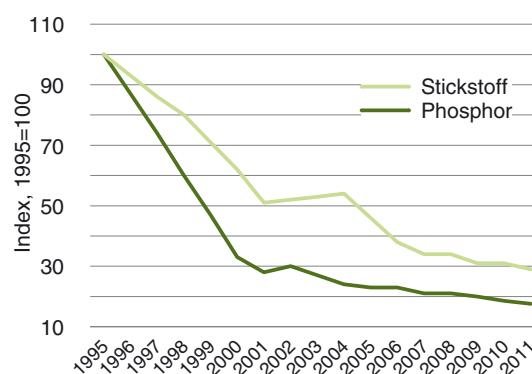
Der kontinuierliche Rückgang der Emissionen von Phosphor im geklärten Abwasser auf weniger als ein Fünftel des Ausgangswerts ist positiv zu sehen, auch wenn sich der Rückgang in den letzten Jahren verlangsamt, was auch durch die nahezu flächendeckende Implementierung der Phosphorentfernung auf kommunalen Kläranlagen zurückzuführen ist.

Die Daten zu den „Phosphoremissionen im Abwasser“ des Umweltbundesamts wurden gewählt, da die punktuellen

Einträge von Phosphor (und auch Stickstoff) aus kommunalen Kläranlagen und von industriellen Einleitern messtechnisch genau erfasst werden. Diffuse Einträge in die Oberflächengewässer (z.B. aus landwirtschaftlich genutzten Flächen) können dagegen derzeit nur mittels Modellrechnungen abgeschätzt werden⁶⁵. Dementsprechend liegen dafür noch keine validen aggregierten Daten aus offiziellen Statistikquellen vor⁶⁶. Phosphor ist zudem der kritischste Nährstoff für die Gewässerqualität in heimischen Seen und Flüssen, während Stickstoff eher beim übergeordneten Meeresschutz im Zusammenhang mit der großräumigen Flusseinzugsgebietsbetrachtung relevant ist (Überreiter et al. 2012).

Im Sinne eines schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen sollte der Schadstoffeintrag in heimische Gewässer – unabhängig von der Quelle – möglichst gering sein. Österreichweit sind 99% aller mittleren und großen Kläranlagen mit weitergehenden Abwasserbehandlungsstufen zur Phosphor- und/oder Stickstoffentfernung ausgestattet. Für die Parameter Phosphor und Stickstoff wurden im Jahr 2010 im gesamten Staatsgebiet die Mindestentfernungsraten aus dem Abwasser von jeweils 75% laut Kommunaler-Abwasser-Richtlinie 91/271/EWG⁶⁷ eingehalten: die Reinigungsleistung bei Phosphor lag bei 89%, bei Stickstoff wurden 80% erreicht (Überreiter et al. 2012).

Grafik 70
Phosphor- und Stickstoffemissionen im Abwasser



Q: Umweltbundesamt.

65) http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/industrie/daten_industrie/prtr/prtr_diff_emissionen/prtr_diff_emissionen/.

66) Für Berechnungen einer Stickstoffbilanz aus Inputquellen (Mineraldünger, Saatgut etc.) und natürlichen Stickstoffquellen siehe Kettner et al. (2012 S.590).

67) Die EU-Richtlinie 91/271/EWG schreibt für Abwasserbehandlungsanlagen vor, dass bei einem Gesamtgebietenachweis (bezogen auf eine Gebietseinheit unter Berücksichtigung aller Kläranlagen des Gebiets), eine Entfernung von Stickstoff und Phosphor aus dem gesamten geklärten Abwasser von mindestens 75% erfolgen muss.

Die Emissionen von Phosphor aus gereinigtem Abwasser in Gewässer verringerten sich von 1995 bis 2011 stark (Grafik 70). Besonders in den Jahren 1995 bis 2001 zeigten sich deutliche Rückgänge, die Phosphormenge des gereinigten Abwassers hatte sich in diesem Zeitraum auf ein knappes Drittel reduziert. In den letzten Jahren setzte sich dieser Abwärtstrend gemäßigt fort, im Jahr 2011 waren noch 17,6% der Emissionen von 1995 vorhanden. In absoluten Werten gesehen, haben sich die Phosphoremissionen von 4.060 Tonnen im Jahr 1995 auf 714 Tonnen im Jahr 2011 verringert. Die Stickstoffemissionen aus dem gereinigten Abwasser waren im beobachteten Zeitraum ebenfalls stark rückläufig.

4.3.3

Abfälle aus Haushalten

Der Indikator „Abfälle aus Haushalten“ bildet die Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen nach Daten des Umweltbundesamts ab. Diese Abfälle entsprechen im Wesentlichen dem Begriff der „Siedlungsabfälle“, d.h. sie stammen aus Haushalten, aus Verwaltungseinrichtungen, aus Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, aus dem Kleingewerbe und landwirtschaftlichen Betrieben und von sonstigen Stellen, sofern diese an die kommunale Müllabfuhr angeschlossen sind.

Expertenmeinung:



Der langfristige Verlauf des Abfallaufkommens mit seiner deutlichen Zunahme der Abfallmengen wird tendenziell negativ gesehen, das Ziel einer Abfallvermeidung wird damit nicht eingehalten. Die kurzfristige Entwicklung zeigt ein Einbremsen des Wachstums und wird daher etwas besser beurteilt.

„Abfälle sind bewegliche Sachen, deren sich der Besitzer entledigen will oder entledigt hat oder deren Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall erforderlich ist, um die öffentlichen Interessen nicht zu beeinträchtigen“ (Definition laut Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) 2002 nach Bundesgesetz BGBl. I Nr. 102, § 2 Abs. 1). Für die österreichische Abfallwirtschaft gilt laut AWG 2002 §1 Abs. 2 der Grundsatz „Abfallvermeidung vor Abfallverwertung vor Abfallbeseitigung“. Zur Abfallvermeidung sind die Abfallmengen und deren Schadstoffgehalte so gering wie möglich zu halten. Auch gemäß EU-Abfallrahmenrichtlinie (2008/98/EG) nimmt die Abfallvermeidung den obersten Rang der Grundsätze ein. Entsprechend diesen Vorgaben enthält der Bundes-Abfallwirtschaftsplan (BAWP) 2011 ein Abfallvermeidungsprogramm (siehe auch BMLFUW 2011c S. 207ff) für den Zeitraum bis 2017.

Das Ziel dieses Abfallvermeidungsprogramms ist,

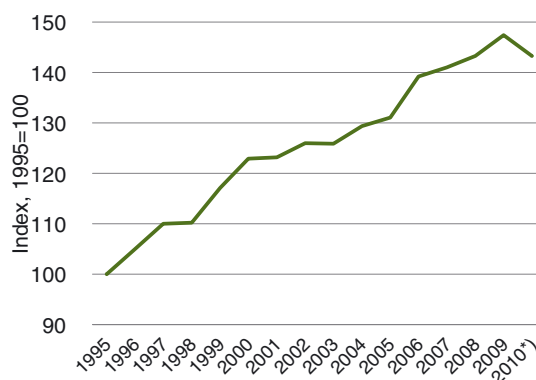
- durch die Reduktion der Schadstoffe in den Abfällen,
- durch die Verringerung der Abfallmassen und
- durch eine effiziente Förderung der Verwertung von Abfällen

zu einer gesunden Umwelt sowie zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden Gesamtsystem beizutragen⁶⁸.

Im Jahr 2010 fielen in Haushalten und ähnlichen Einrichtungen im ersten Behandlungsweg rund 3,8 Mio. Tonnen Abfälle an (erste Schätzung des Umweltbundesamtes). Das Abfallaufkommen von „Siedlungsabfällen“ hat damit seit 1995 um 47% zugenommen (siehe Grafik 71). Die österreichische Bevölkerung wuchs im selben Zeitraum um 5,1%. Der zehnte Umweltkontrollbericht (Umweltbundesamt 2013b) führt verschiedene Ursachen für das steigende Abfallaufkommen an, etwa den Anstieg der Wohnbevölkerung, die Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße oder abfallintensiveres Kaufverhalten der Konsumenten (z.B. Zunahme an Einwegprodukten, Fertiggerichten etc.). Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen kommt es im Jahr 2010 erstmals zu einem Rückgang der Abfallmenge von knapp 3%.

Grafik 71

Abfälle aus Haushalten, inklusive Abfälle aus hausähnlichen Einrichtungen



Q: Umweltbundesamt. - * Werte für 2010 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Für einen schonenden Umgang mit Umweltmedien wie Boden oder Wasser ist nicht nur die absolute Menge an anfallenden Abfällen, sondern auch die Art der Beseitigung bzw. Verwertung von Abfällen von Bedeutung. So ist ein hoher Anteil an stofflicher Verwertung (Recycling) positiv im Sinne einer Kreislaufwirtschaft und der Verhinderung von Emissionen. Dagegen führen große Men-

68) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/abfall/vermeidung/strategie/>

gen an unbehandelt auf Deponien abgelagertem Abfall zu einem erhöhten Flächenverbrauch, einer vermehrten Emissionsbelastung und wertvolle Sekundärrohstoffe – welche entsprechende Primärrohstoffe ersetzen könnten – gehen verloren. Abfälle sind gemäß AWG 2002 (§1 Abs. 2) zu verwerten, „soweit dies ökologisch zweckmäßig und technisch möglich ist und die dabei entstehenden Mehrkosten im Vergleich zu anderen Verfahren der Abfallbehandlung nicht unverhältnismäßig sind und ein Markt für die gewonnenen Stoffe oder die gewonnene Energie vorhanden ist oder geschaffen werden kann“.

Dementsprechend wurde in Österreich eine Deponieverordnung⁶⁹ erlassen, deren Ziel es ist, „durch die Festlegung betriebsbezogener und technischer Anforderungen in Bezug auf Deponien und Abfälle, Maßnahmen und Verfahren vorzusehen, mit denen während des gesamten Bestehens der Deponie negative Auswirkungen der Ablagerung von Abfällen auf die Umwelt, insbesondere die Verschmutzung von Oberflächenwasser, Grundwasser, Boden und Luft, und auf die globale Umwelt, einschließlich des Treibhauseffekts, und alle damit verbundenen Risiken für die menschliche Gesundheit weitest möglich vermieden oder vermindert werden.“

Die folgende Grafik 72 zeigt die Entwicklung der Verwertung und Beseitigung der Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen im ersten Behandlungsweg. Seit dem Jahr 2004 ist die direkte Deponierung von unbehandelten Abfällen in Österreich grundsätzlich nicht

mehr erlaubt (siehe Deponieverordnung 2008, §6 sowie Umweltbundesamt⁷⁰). Der Anteil der direkten Deponierung ging damit von 31,6% im Jahr 1995 auf 0,3% im Jahr 2010 zurück⁷¹.

Stark gestiegen ist dafür die thermische Behandlung der Haushaltsabfälle (1995 16,3%, 2010 rund 40%). Neben den reinen Abfallverbrennungsanlagen gibt es auch industrielle Feuerungsanlagen und kalorische Kraftwerke (z.B. Zementwerke), in denen aufbereitete Abfälle und bestimmte Abfallfraktionen mitverbrannt werden. Rund 9% der Siedlungsabfälle wurden im Jahr 2010 biotechnisch behandelt (1995: 7,2%). Dabei wird durch verschiedene mechanische Behandlungsschritte und eine nachfolgende biologische Behandlung ein reaktionsarmer Abfall erzeugt, der entsprechend den Anforderungen der Deponieverordnung 2008 abgelagert werden darf. 2,5% der Abfälle bestehen aus Problemstoffen sowie Elektro- und Elektronikaltgeräten aus der getrennten Sammlung, dieser Anteil lag 1995 bei 0,8% (ohne Elektro(nik)altgeräte).

Knapp die Hälfte des Abfallaufkommens wurde 2010 (48,8%) entweder als Altstoffe (z.B. Glas, Papier, Metall) oder als biogene Abfälle verwertet. Trotz des deutlich erhöhten Gesamtabfallaufkommens aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen konnte damit der Recyclinganteil von 1995 (44,1%) bis 2010 (48,8%) erkennbar erhöht

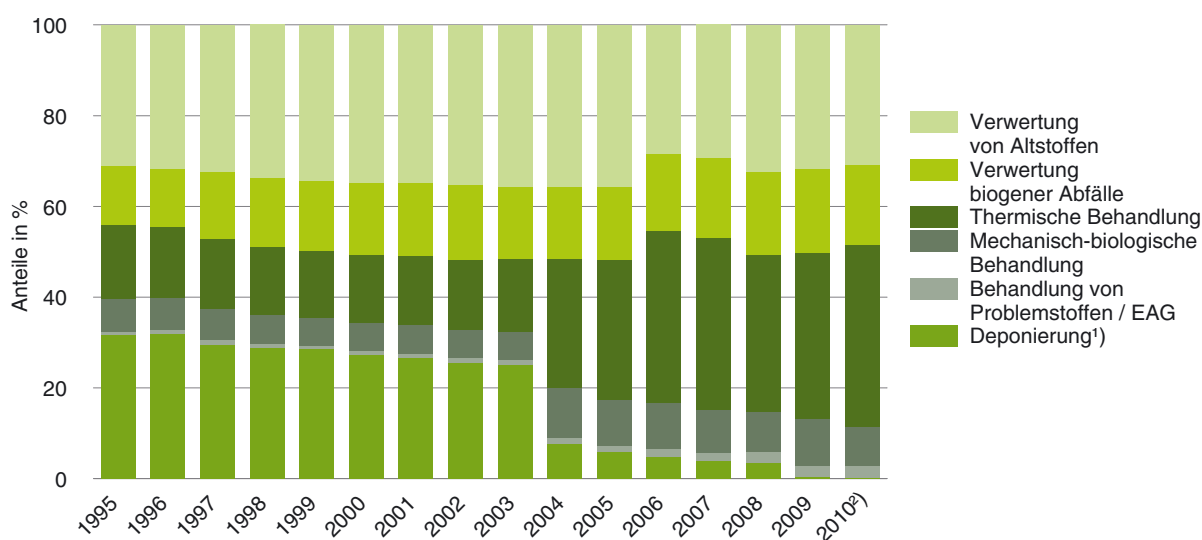
70) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/abfall/behandlung/thermisch/>

71) Die ausgewiesenen Werte für 2009 und 2010 betreffen nur mehr abgelagerte Rückstände aus der Sortierung von Fraktionen der Siedlungsabfälle.

69) Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Deponien BGBl. II Nr. 39/2008 (= Deponieverordnung 2008).

Grafik 72

Verwertung und Beseitigung von Abfällen aus Haushalten, inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen (erster Behandlungsweg)



Q: Umweltbundesamt. - 1) Direkte Deponierung bis 2008, nach Sortierung ab 2009. - 2) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

werden. Das bedeutet in absoluten Zahlen eine Steigerung von 1,2 Mio. Tonnen Altstoffen und biogenen Abfällen im Jahr 1995 auf 1,8 Mio. Tonnen im Jahr 2010.

Abfälle, welche aus Anlagen der ersten Behandlungsschritte (etwa mechanisch-biologische oder thermische Behandlung) kommen, werden als Sekundärabfälle bezeichnet. Davon wird ein Teil nochmals einer Verwertung unterzogen, beispielsweise werden diverse Metalle

aus der Abfallverbrennungsschlacke gewonnen. Ein Großteil dieser Sekundärabfälle wird jedoch deponiert. Dies ist in der vorhergehenden Grafik nicht dargestellt. Auch wenn durch das Abfallrecycling wertvolle Ressourceneinsparungen erreicht werden können, gehen durch Abfälle weiterhin Emissionen (i.e. Austräge aus Produktion, Distribution und Konsum) in Umweltmedien wie Boden, Wasser oder Luft ein. Der Indikator „Abfälle aus Haushalten“ ist daher in der Dimension Emissionen angesiedelt.

4.4 Energie

Fossile und erneuerbare Energien stellen einen wesentlichen Bereich der natürlichen Ressourcen dar. Während erneuerbare Energien wie Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft sich verhältnismäßig schnell erneuern bzw. praktisch unerschöpflich zur Verfügung stehen, unterliegen die fossilen Energieträger wie Öl, Gas und Kohle einer natürlichen Begrenzung. Erneuerbare Energiequellen gelten daher, neben dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie, als wichtigste Säule einer nachhaltigen Energiewirtschaft.

Die steigende Importabhängigkeit, der Druck Energieressourcen auszubeuten, die gesicherte Versorgung aller Konsumenten mit Energie zu erschwinglichen Preisen und der Klimawandel spielen auch auf EU-Ebene⁷² eine bedeutende Rolle. Energieeffizienz, Energiesicherheit und Umweltschutz waren die Hauptthemen des „World Energy Outlook 2012“ der International Energy Agency (IEA 2012a und b).

Die Energiestrategie Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010, S.25) definiert: Nachhaltig ist ein Energiesystem, wenn „nicht mehr Energie verbraucht wird, als auf lange Sicht sicher verfügbar ist, die Energiebeschaffung volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und gesellschaftlich tragbar ist und die Lebensbedingungen für die Menschen (auch für die nachkommenden Generationen) durch Umwelteinwirkungen und Klimaveränderungen nicht verschlechtert werden“.

Für den Bereich Energie liegen umfassende Daten aus den Energiebilanzen der Statistik Austria vor. Diese stehen jährlich im November für das Vorjahr zur Verfügung, heuer wurde zusätzlich erstmals bereits im Juli eine vorläufige Energiebilanz mit ersten Berechnungen der Hauptaggregate veröffentlicht. Alle Energiedaten für das Jahr 2012 stellen damit eine vorläufige Schätzung dar. Die in *WgÖ?* gezeigten Indikatoren konzentrieren sich auf den gesamten Endverbrauch an

Energie, auf die Entwicklung der erneuerbaren Energieträger sowie auf die Effizienz bzw. Energieintensität. Die Auswahl der Indikatoren folgt den Vorgaben der Europa 2020 Strategie sowie der Österreichischen Energiestrategie. Durch die Europa 2020 Strategie wird Österreich u.a. dazu verpflichtet, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energieträger auf 34% am Bruttoendenergieverbrauch zu steigern und gleichzeitig die Energieeffizienz zu erhöhen.

Die Energiestrategie Österreich (soll die Umsetzung der nationalen Ziele der Europa 2020 Strategie ermöglichen. Zur Erreichung der Ziele wurde als erster Schritt für das Jahr 2020 die Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf das Niveau des Basisjahres 2005 (1.118 Petajoule PJ) beschlossen. Der Zielwert für den Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 beträgt demnach 1.100 PJ. Die Zielerreichung soll durch eine Reihe von Maßnahmen, besonders im Bereich Bauten und Mobilität, ermöglicht werden. Vorgeschlagen werden u.a. die Forcierung der thermischen Sanierung, die weitere Verbesserung der thermischen Standards im Neubau oder die Erhöhung der Elektromobilität in Österreich. Damit werden deutliche Effekte auf den Energieverbrauch sowie die Emissionen besonders in den Sektoren Verkehr und Raumwärme erwartet.

Aktuell unterliegt das Energieeffizienzpaket (Bundesgesetz – Ministerialentwurf 2013) der Begutachtung, welches das Bundes-Energieeffizienzgesetzes mit folgenden Zielen – analog der Energiestrategie Österreich – beinhaltet: Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf 1.100 PJ oder Reduktion des Endenergieverbrauchs um 200 PJ durch die in Österreich seit 2011 gesetzten Energieeffizienzmaßnahmen.

4.4.1 Erneuerbare Energieträger

Der Indikator zeigt den Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger laut Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG am Bruttoendenergieverbrauch. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger ist Teil der Umstrukturierung einer Gesellschaft in Richtung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Energiesystems. Da diese zumeist regional anfallen (Biomasse, Wasserkraft), wird damit der nationale Selbstversorgungsgrad mit Energie erhöht und die Abhängigkeit von – hauptsächlich fossilen – Energieimporten reduziert.

72) http://europa.eu/legislation_summaries/energy/index_de.htm

Expertenmeinung:



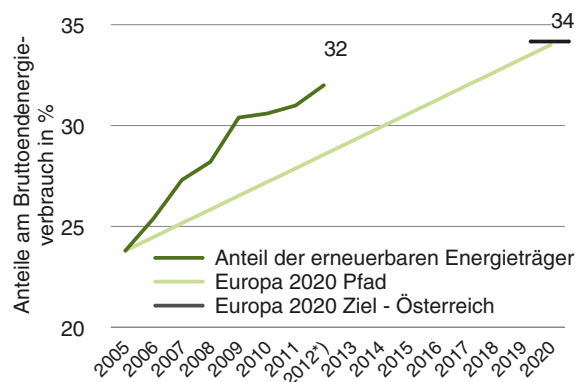
Die kurzfristige Betrachtung zeigt eine deutliche Überschreitung eines linearen Zielpfades. Zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils werden jedoch schwieriger umsetzbar sein, dennoch erscheint derzeit die Zielerreichung wahrscheinlich. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.

aus gepumptem Zufluss, Windkraft normalisiert sowie Photovoltaik⁷³.

Wie Grafik 73 zeigt hat sich der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich von 23,8% im Jahr 2005 auf 32% im Jahr 2012 (erste Schätzung) erhöht.

Grafik 73

Anteil der erneuerbaren Energieträger



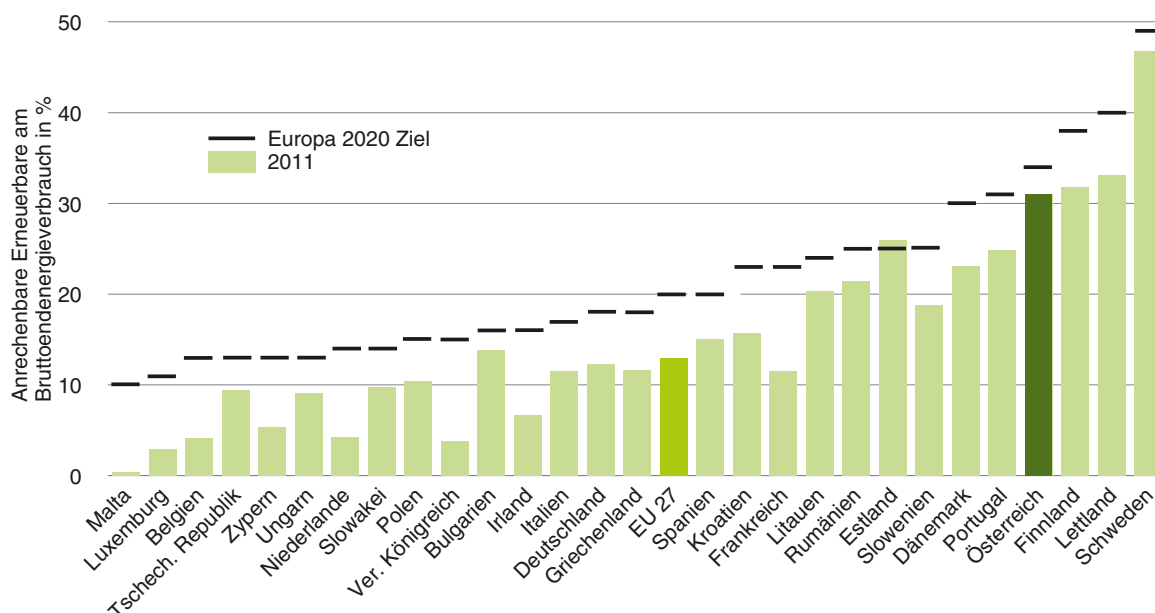
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. Anrechenbare erneuerbare Energieträger laut Richtlinie 2009/28/EG. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar

Im Rahmen des Europa 2020 Ziels und der nationalen Energiestrategie für Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010) ist eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energie entsprechend der Methodik der Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG auf 34% am Bruttoendenergieverbrauch vorgesehen.

73) Bei der Berechnung des Beitrags der Wasserkraft und der Windkraft für die Zwecke der Richtlinie 2009/28/EG sollten die Auswirkungen klimatischer Schwankungen durch die Verwendung einer im Anhang derselben angeführten Normalisierungsregel geglättet werden.

Grafik 74

Anteil der erneuerbaren Energieträger 2011 und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Dabei nahm der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen von 1995 bis 2012 um rund ein Drittel zu, während der Bruttoendenergieverbrauch nahezu konstant blieb. Der Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus der Summe von EEV + Eigenverbrauch von Strom und Fernwärme der Strom- und Fernwärmeproduzenten + Transportverlusten von Strom und Fernwärme + nichtenergetischem Einsatz im Hochofen⁷⁴.

Maßnahmen wie die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe (z.B. Biodiesel) oder die Förderung von Solarwärme, Photovoltaik und Windkraftanlagen führten zu einem deutlichen Ausbau der Erneuerbaren (Biermayr, 2013). Derzeit liegt die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils deutlich über dem linearen Zielpfad für das Europa 2020 Ziel von 34%.

Den höchsten Anteil an den anrechenbaren erneuerbaren Energien hatten 2011 (siehe Biermayr, 2013) traditionell die Wärmebereitstellung durch Biomasse (41,4%) sowie die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft (38,9%). Die energetische Nutzung von Ablaugen erreichte einen Anteil von 6,9% an erneuerbaren Energieträgern, gefolgt von den Biokraftstoffen (6,1%). Alle weiteren Erneuerbaren liegen anteilmäßig unter 2%.

Nur wenige EU-Staaten setzen in einem ähnlich hohen Ausmaß erneuerbare Energieträger ein, wie dies in Österreich geschieht (siehe Grafik 74). Dies begründet sich unter anderem in der günstigen topografischen Situation und dem Vorhandensein der Ressourcen Wasserkraft und Biomasse, die seit jeher maßgeblich zur Energiegewinnung herangezogen wurden. Während im Durchschnitt der EU-27 im Jahr 2011 gerade einmal 13% erneuerbare Energien genutzt wurden, lag der Anteil der Erneuerbaren in Österreich im Vergleichsjahr bei 31%. Österreich liegt auch mit seinem nationalen Ziel von 34% für 2020 deutlich über den Zielvorgaben der EU-27 mit 20%. Nur drei Länder (Finnland, Lettland und Schweden) haben einen höheren Anteil an erneuerbaren Energieträgern und streben noch höhere Ziele als Österreich an.

4.4.2

Energetischer Endverbrauch

Der Energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher (Haushalte, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Dienstleistungen) für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird, also Benzin/Diesel für das Autofahren, elektrische Energie für die Elektrogeräte, Gas und Fernwärme für die

Raumwärme etc. Er ist für den Bereich der umweltorientierten Nachhaltigkeit ein zentraler Indikator, da er Niveau und Entwicklung einer wichtigen Komponente des Energieverbrauchs beschreibt und sich zudem zu einem großen Teil aus fossilen und somit nicht erneuerbaren Energieträgern zusammensetzt.

Expertenmeinung:



Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau, der Zuwachs in den Jahren 1995 - 2006 wird daher tendenziell negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern eine Reduktion unter das Niveau von 1995. Die kurzfristige Entwicklung wird daher trotz Zieleinhaltung eher neutral gesehen.

Der EEV stellt neben dem Bruttoinlandsverbrauch eine Schlüsselposition in der Österreichischen Energiebilanz⁷⁵ dar und umfasst alle (sofern notwendig) umgewandelten Energieformen (z.B. Elektrizität aus Wasserkraft). Im Gegensatz dazu enthält der Bruttoinlandsverbrauch den gesamten Energiebedarf eines Landes vor der Umwandlung in Kraftwerken, Heizwerken, Raffinerien etc. (z.B. Wasserkraft).

Die österreichische Energiestrategie (BMWFJ & BMLFUW 2010) definiert eine Stabilisierung des energetischen Endverbrauchs auf dem Niveau des Basisjahres 2005 (rund 1.118 Petajoule PJ), der Zielwert für den Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 wurde demgemäß mit 1.100 PJ festgelegt.

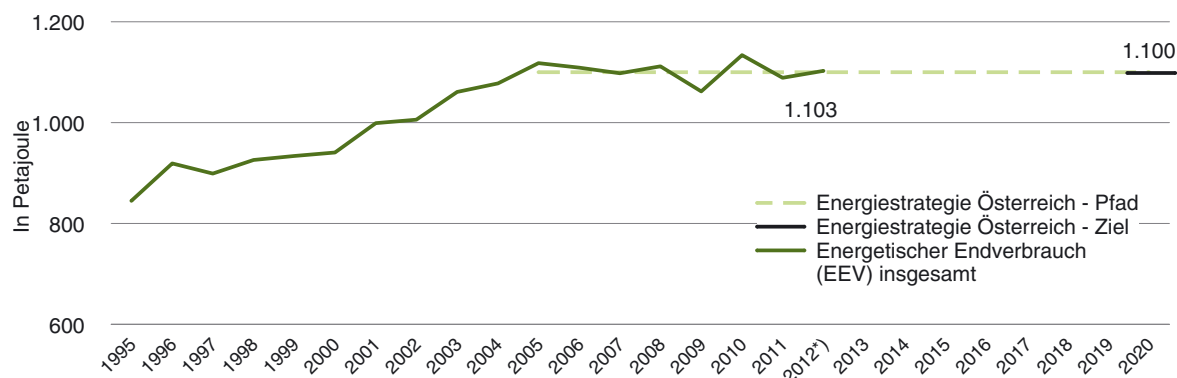
Für das Jahr 2012 liegt eine erste Schätzung von 1.103 PJ aus der vorläufigen Energiebilanz 2012 vor, die damit ein Einhalten des Zielpfades (1.100 PJ) anzeigt (Grafik 75). Im Vergleich zum realen BIP (+40,5%) wuchs der Energetische Endverbrauch von 1995 bis 2012 mit +30,6% etwas verhaltener. Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für ersteren eine Abschwächung des Wachstums. Nach einem deutlichen Rückgang im Krisenjahr 2009 (-4,5%) stieg der EEV 2010 wieder stark an (+6,7% auf 1.135 PJ), um im Jahr 2011 auf 1.089 (-3,9%) zu sinken. Die vorläufigen Daten für 2012 weisen einen geringfügigen Anstieg von 1,3% aus. Die

74) Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer 1970 (1988)-2009 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

75) http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Grafik 75

Entwicklung des Energetischen Endverbrauchs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

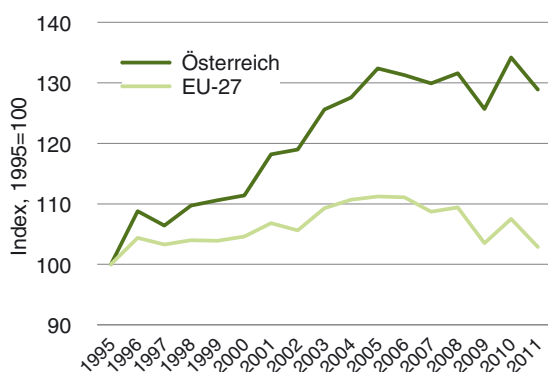
Zunahme 2012 wurde u.a. durch die im Vergleich zu 2011 etwas kälteren Temperaturen beeinflusst.

Der Sektor Verkehr⁷⁶ stellt mit 32,4% im Jahr 2012 den größten Energieverbraucher dar, gefolgt vom Produzierenden Bereich mit 28,8% und den privaten Haushalten (24,6%). Öffentliche und private Dienstleistungen benötigen anteilig 12,1%, die Landwirtschaft 2,1% des EEV.

Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-27 (+2,9%) nahm der österreichische Energetische Endverbrauch (+28,9%) in den Jahren 1995 bis 2011 einen ungünstigeren Verlauf. Vor allem im Zeitraum 2000 – 2005 stieg der nationale EEV sehr stark an, während die EU-27 ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnete (siehe Grafik 76).

Grafik 76

Energetischer Endverbrauch Österreich, EU-27



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

76) Der verkehrsbedingte Verbrauch von Energieträgern wird in der Energiebilanz nicht direkt den jeweiligen Verbrauchern (z.B. Industrie, Haushalte) zugerechnet, sondern einem funktional definierten „Verkehrssektor“.

4.4.3

Energieintensität

Als ein Maß für die effiziente Nutzung von Energie kann die Energieintensität herangezogen werden. Diese wird berechnet, indem der Energieverbrauch (Bruttoinlandsverbrauch oder Energetischer Endverbrauch) einer Volkswirtschaft in Bezug zur Gesamtwirtschaft gesetzt wird. Die Energieintensität wird verwendet, um darzustellen, inwieweit der Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum entkoppelt ist. Der für *WgÖ?* gewählte Indikator beschreibt die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt. Mittels Temperaturbereinigung werden jene Verbrauchseffekte geglättet, die sich aus den jährlich schwankenden klimatischen Bedingungen ergeben.

Expertenmeinung:



Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Die langfristig schwach sinkende Energieintensität wird nur als Mindestanforderung angesehen, es gab keine deutliche Verbesserung. Die kurzfristige Entwicklung wird daher trotz knapper Zieleinhaltung neutral bewertet.

Aus umweltpolitischer Sicht sollte eine deutliche Entkopplung von Energetischem Endverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung das Ziel sein. Mehrere Vorgaben zur Energieeffizienz wurden auf EU – sowie auf nationaler Ebene bereits ausgearbeitet:

- Die EU-Richtlinie über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen 2006/32/EG verpflichtet Österreich, im Jahr 2016 aufgrund von Energiedienstleistungen und anderen Energieeffizienzmaßnahmen eine Ein-

sparung in der Höhe von 80,4 Petajoule (PJ) vorzunehmen. Dieser Wert entspricht 9% des durchschnittlichen jährlichen Endenergieverbrauchs der Jahre 2001 - 2005 (ohne Berücksichtigung der Emissionshandelsunternehmen und des Bundesheeres).

- Am 25. Oktober 2012 wurde eine neue Richtlinie zur Energieeffizienz 2012/27/EG erlassen. Diese soll einen gemeinsamen Rahmen für Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz in der Union schaffen und damit sicherstellen, dass das übergeordnete Energieeffizienzziel der Union von 20% bis 2020 erreicht wird. Zudem sollen weitere Energieeffizienzverbesserungen für die Zeit danach vorbereitet werden⁷⁷. In dieser Richtlinie wurden Regeln festgelegt, mit denen Hemmnisse im Energiemarkt, die der Effizienz bei der Energieversorgung und -nutzung entgegenstehen, beseitigt werden sollen; ferner ist die Festlegung indikativer nationaler Energieeffizienzziele bis 2020 vorgesehen.
- Die nationale Energiestrategie für Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010) sieht vor, durch Effizienzsteigerungen im Jahr 2020 rund 200 PJ gegenüber dem Basisjahr 2005 einzusparen bzw. den Energetischen Endverbrauch auf 1.100 PJ zu stabilisieren.
- Im Juni 2013 wurde seitens des BMWFJ das Energieeffizienzpaket (Bundesgesetz – Ministerialentwurf 2013) zur Begutachtung ausgesandt. In diesem Paket ist die geplante Einführung des Bundes-Energieeffizienzgesetzes enthalten, das unter anderem die Energieeffizienzrichtlinie (2012/27/EU) umsetzen soll und sich an den Werten der nationalen Energiestrategie orientiert:

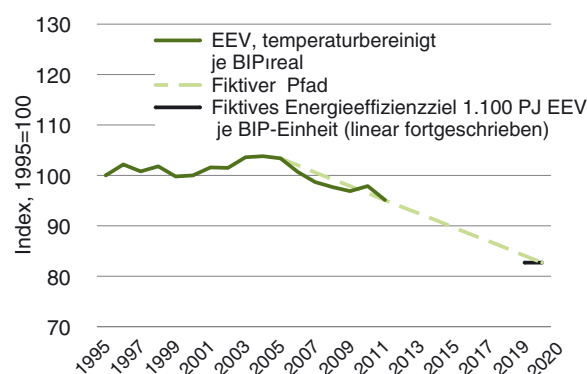
Wie Grafik 77 darstellt, zeigte die Energieintensität Österreichs – d.h. die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV relativ zur Entwicklung des realen BIP – ab dem Jahr 2005 eine fallende Tendenz (Ausnahme: 2010). Je stärker die Energieintensität sinkt, desto weniger Energie wird pro Wirtschaftsleistung eingesetzt (Energieeffizienz).

Der Vorschlag zum Energieeffizienzgesetz lautet, dass bis zum 31. Dezember 2020 die Endenergieeffizienz derart gesteigert werden soll, dass

- 1. bis zum Jahr 2020 der auf ein Regeljahr (Durchschnittsjahr) bezogene Endenergieverbrauch in Österreich 1.100 PJ nicht übersteigt oder**
- 2. die in Österreich seit 2011 gesetzten Energieeffizienzmaßnahmen eine Reduktion des Endenergieverbrauchs um 200 PJ bewirken.**

Die Energiestrategie Österreich führt, wie eingangs erwähnt, ein Bündel von Maßnahmen an, die eine Einsparung von 200 PJ erreichen sollen bzw. soll der EEV durch Einsparungsmaßnahmen bis 2020 1.100 PJ nicht übersteigen. Diese Stabilisierung des Energieverbrauchs ergäbe (siehe Grafik 77) – unter der Annahme eines seit 2005 gleichmäßig wachsenden BIP sowie eines linearen Zielpfads – einen fiktiven Indexwert von 82,7 für das Jahr 2020⁷⁸. Dieser fiktive Zielpfad wird – mit Ausnahme einer geringfügigen Überschreitung im Jahr 2010 – bisher laufend unterschritten. Diese Unterschreitung resultiert hauptsächlich aus dem ansteigenden realen BIP, während der temperaturbereinigte EEV seit 2005 nahezu konstant geblieben ist.

Grafik 77
Energieintensität (Energetischer Endverbrauch (EEV), temperaturbereinigt, je BIP, real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, Eurostat.

78) Der EEV des Jahres 2020 soll durch Effizienzmaßnahmen auf dem Niveau von rund 1.100 PJ stabilisiert werden. Diesen 1.100 PJ wird das reale BIP des Jahres 2020 (mit einer Fortschreibung des Durchschnittswachstums der Jahre 2005 - 2012 von jährlich 1,5%) gegenübergestellt um die hypothetische Energieintensität für 2020 zu errechnen (= EEV/BIP). Diese Berechnung ergibt einen fiktiven Indexwert von 82,7 für 2020 (1995 = 100), dem der – ebenfalls fiktive – lineare Zielpfad zugeordnet wird.

77) http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_de.htm

4.5

Verkehr, Mobilität

Der Verkehrssektor (Traktion) nimmt in vielfältiger Weise Einfluss auf den Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft. Einerseits sind Verkehr und Mobilität wichtige Grundvoraussetzungen für soziale Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft, andererseits werden dadurch erhebliche Umweltprobleme (z.B. Energieverbrauch, Emissionen) verursacht. Deshalb wurde für *WgÖ?* – auch in Abstimmung mit dem Expertenteam zur umweltorientierten Nachhaltigkeit – Verkehr als so wichtig angesehen, dass für ihn eine eigene Dimension festgelegt wurde.

Der Verkehr und seine Auswirkungen stellt auch im internationalen Kontext eine wichtige Größe der umweltorientierten Nachhaltigkeit dar. Beispielsweise sieht die EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung (Europäische Kommission 2001) den „Nachhaltigen Verkehr“ als eine Schlüsselherausforderung. Verkehrssysteme sollen den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ansprüchen bestmöglich genügen, bei gleichzeitiger Minimierung von nachteiligen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.

Wiewohl „Verkehr“ naturgemäß von den privaten Haushalten sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren verursacht wird, bilden Statistiken wie die Energiebilanz oder Treibhausgasinventur die Traktion funktional als eigenen Sektor ab. Dieser Verkehrssektor ist einer der bedeutendsten Verbraucher fossiler Energie und damit eine wichtige Einflussgröße auf den Klimawandel.

Der Abgasausstoß durch Verkehrsaktivitäten verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen. Obwohl durch Verbesserungen in der Fahrzeugtechnologie der Schadstoffausstoß der einzelnen Fahrzeuge durchaus reduziert wurde, nahm der Energieverbrauch durch das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer in den letzten Jahren gravierend zu. Weitere Auswirkungen des Verkehrs sind beispielsweise die Lärmbelastung durch das Verkehrsaufkommen, der Flächenverbrauch für Verkehrswege, die Zerschneidung zusammenhängender Lebensräume oder die Gefährdung durch Verkehrsunfälle.

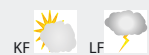
Der Energieverbrauch der Traktion – welcher im Jahr 2012 bereits knapp ein Drittel des gesamten Endenergieverbrauchs ausmacht – ermöglicht einen Blick auf die Entwicklung des gesamten Verkehrsbereichs (ohne internationale Luftfahrt). Die beiden weiteren Indikatoren fokussieren auf den Straßenverkehr: Einerseits wird die Fahrleistung des Lkw-Verkehrs abgebildet, welche in den letzten Jahren eine starke Steigerung erfahren hat, andererseits werden die CO₂-Emissionen von Pkw-Neuzulassungen gezeigt, für die eine EU-Verordnung (2009/443/EG) vorliegt.

4.5.1

Energieverbrauch des Verkehrs

Der Indikator bildet den Energetischen Endverbrauch (EEV)⁷⁹ des Verkehrssektors ab. Wie eingangs erwähnt wird der Verkehr „funktional“ als eigener Sektor dargestellt, die jeweiligen Verbräuche (z.B. Benzin, Diesel) werden also nicht den eigentlichen Verursachern (beispielsweise Haushalte oder Industriesektoren) zugeordnet⁸⁰.

Expertenmeinung:



Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs besonders in den Jahren 1995 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich mit einem geringen Rückgang des Energieverbrauchs ein etwas besseres Bild.

Bei der Erfassung des Energieverbrauchs des Verkehrs wird das Inlandsprinzip laut Österreichischer Energiebilanz angewandt, d.h. alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger werden berücksichtigt, unabhängig davon,

79) Siehe auch Indikator Energetischer Endverbrauch.

80) Eine Ausnahme bildet die Energiegesamtrechnung der Statistik Austria, welche Traktionsenergieträger dem jeweiligen Wirtschaftsbereich zurechnet, der diese verbraucht.

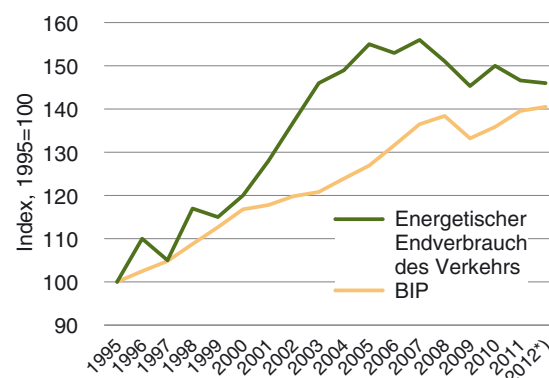
wer diese Energieträger erwirbt und einsetzt. Entscheidend ist beispielsweise der Absatz von Benzin und Diesel an österreichischen Tankstellen, unabhängig davon, wo diese verfahren werden. In Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist demgemäß in den Daten erfasst, während im Ausland getankter, aber in Österreich verfahrener Diesel und Benzin nicht enthalten ist.

Der Energieverbrauch des Verkehrs hat im Jahr 2012 (vorläufige Schätzung) einen Anteil von knapp einem Drittel (32,4%) am gesamten Energetischen Endverbrauch Österreichs und stellt damit eine wichtige Größe der umweltorientierten Nachhaltigkeit dar.

Der gesamte Energetische Endverbrauch (EEV) der Traktion stieg in den Jahren 1995 bis 2012 um 46,0% (vorläufige Schätzung), während das reale BIP im selben Zeitraum mit 40,5% schwächer wuchs (Grafik 78). In den Jahren 2000 bis 2005 kam es zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV im Vergleich zum BIP. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück. Die Verbrauchssteigerung im Jahr 2010 glich diesen Rückgang jedoch beinahe wieder aus. In den Jahren 2011 und 2012 verminderte sich der EEV des Verkehrs um 2,3% bzw. 0,5%. Der bisher höchste Verbrauch des Sektors Verkehr im Jahr 2007 (382 PJ) wurde seither nicht mehr erreicht.

Als funktional definierte Energieverbraucher im Sektor Verkehr werden die Bereiche Eisenbahn, Sonstiger Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, Binnenschifffahrt

Grafik 78
Energieverbrauch des Verkehrs

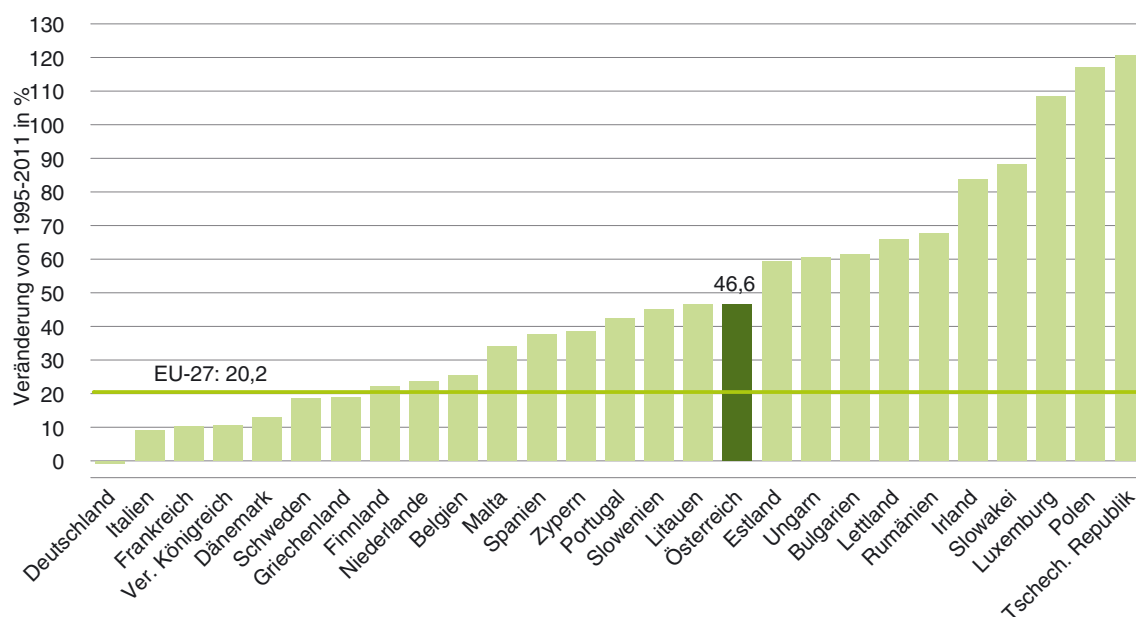


Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik.

und Flugverkehr (nur Inland) ausgewiesen. Ein Großteil (86,7%) des Energieverbrauchs des Verkehrs im Jahr 2011 entfällt auf die Straße (sonstiger Landverkehr). Der inländische Flugverkehr hat einen Anteil von 8,7%, danach folgen Eisenbahn (2,4%) sowie der Transport in Rohrfernleitungen (2,1%) und die Binnenschifffahrt mit 0,1%. Der Anteil des EEV der Eisenbahn am Verkehrssektor ging von 3,9% im Jahr 1995 auf 2,4% im Jahr 2011 zurück, der Anteil des Straßenverkehrs blieb im gleichen Zeitraum beinahe konstant (1995: 86,2%, 2011: 86,7%).

Wie eingangs erwähnt, ist der Verkehr einer der bedeutendsten Verbraucher fossiler Energie. Diesel ist 2011 mit einem Anteil von 60,5% der wichtigste Energieträger des Verkehrssektors, gefolgt von Benzin mit 19,6%. Die Ein-

Grafik 79
Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (Veränderung 1995-2011)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

führung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte dazu, dass im Jahr 2011 4,7% des EEV des Verkehrssektors durch Biodiesel oder Bioethanol gedeckt wurden (2005: 0,3%). Die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG schreibt vor, dass bis 2020 jeder Mitgliedstaat mindestens 10% der im Verkehr eingesetzten Energie durch erneuerbare Energien wie Biokraftstoffe oder auch Ökostrom aufzubringen hat.

Auch im internationalen Vergleich ist die Entwicklung des Energieverbrauchs des Verkehrs in Österreich mit 46,6% (1995 - 2011) überdurchschnittlich hoch (Grafik 79). Im Durchschnitt der EU-27 Länder betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum 20,2%. Zum Teil lässt sich diese Entwicklung durch den Tanktourismus (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Wie erwähnt werden alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger berücksichtigt, d.h. in Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist demgemäß in den Daten erfasst. Umgekehrt ist auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten. Dass der Erklärungsansatz „Tanktourismus“ nicht ausreicht, zeigt der folgende Indikator zur Fahrleistung des Lkw-Verkehrs, welcher die Entwicklung der Fahrleistung des Lkw-Verkehrs beschränkt auf das Verkehrsaufkommen in Österreich darstellt.

4.5.2

Fahrleistung des Lkw-Verkehrs

Der vorangehende Indikator zum Energieverbrauch des Verkehrs stellt strenggenommen den Absatz der verkehrsbezogenen Energie in Österreich dar, unabhängig davon, wo diese eingesetzt wird. Der Indikator zur Fahrleistung des Lkw-Verkehrs zeigt dagegen ausschließlich das Verkehrsaufkommen in Österreich. Dazu hat das Umweltbundesamt die Daten um den Effekt der sogenannten preisbedingten Kraftstoffexporte (Tanktourismus) bereinigt.

Expertenmeinung:



Das stark zunehmende Transportaufkommen des inländischen Lkw-Verkehrs und der damit verbundenen Umweltprobleme und Emissionen wird sowohl in der lang- als auch in der kurzfristigen Entwicklung sehr negativ gesehen.

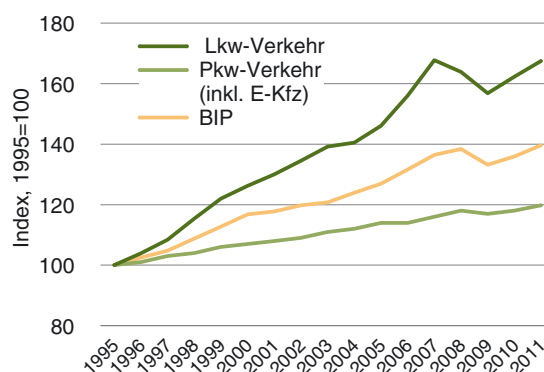
Die Entwicklung der Fahrleistung des Lkw-Verkehrs spiegelt sich im starken Anstieg des Absatzes von Diesel, welcher sich von 1995 bis 2011 mehr als verdoppelt hat,

sowie in der hohen Bedeutung des Straßenverkehrs für den Energieverbrauch im Verkehrssektor wider⁸¹.

Im Vergleich zum Wirtschaftswachstum stieg die Transportleistung des Lkw-Verkehrs auf österreichischem Territorium in den Jahren 1995 bis 2011 mit +67,5% überproportional, das reale BIP wuchs im selben Zeitraum mit 39,3% deutlich schwächer (Grafik 80). Die Spitze der Transportleistung wurde im Jahr 2007 erreicht. Nach einem Rückgang des Lkw-Verkehrs in den Jahren 2008 und 2009 war für die Jahre 2010 und 2011 wieder ein Anstieg von 3,5% bzw. 3,2% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Die Transportleistung des Lkw-Verkehrs im Inland erreichte damit beinahe wieder das Niveau des Jahres 2007. Der Personenverkehr (in Personen-km) nahm von 1995 bis 2011 mit 19,8% deutlich schwächer zu. Die Entwicklung der Fahrleistung des Lkw-Verkehrs stellt also den Indikator mit größerem Handlungsbedarf in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung dar.

Grafik 80

Fahrleistung des Lkw- und Pkw-Verkehrs (nach Tonnen-km bzw. Personen-km)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Umweltbundesamt.

Als wesentliche verkehrspolitische Maßnahme wurde im Jahr 2004 die Lkw-Maut (Lkw-Fahrleistungsmaut = „Roadpricing“) eingeführt. Im Rahmen der nationalen Energiestrategie für Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010) werden weitere Maßnahmen zur Reduktion des Lkw-Verkehrs vorgeschlagen, wie beispielsweise die Einführung eines generellen Roadpricing⁸² für Lkw im gesamten Straßennetz, eine Ökologisierung der Kfz-Steuer für Lkw⁸³, oder die Förderung des Umstiegs auf emissionsarme Fahr-

81) Wie erwähnt entfällt ein Großteil (86,7%) des Energieverbrauchs des Verkehrs 2011 auf die Straße (sonstiger Landverkehr).

82) Die streckenabhängige Benützungsg Gebühr für Kraftfahrzeuge über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht, Busse und LKW ist derzeit beschränkt auf Autobahnen und Schnellstraßen.

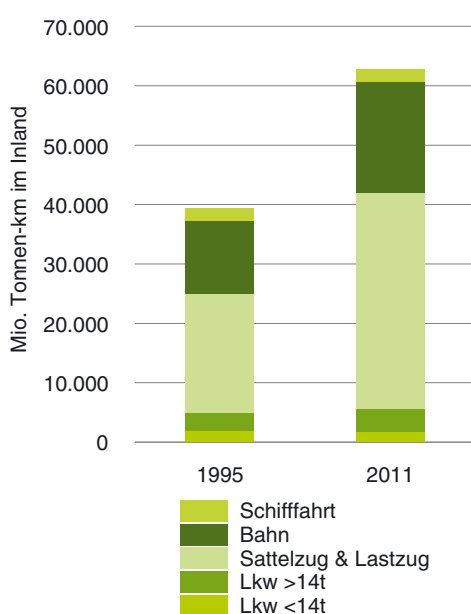
83) Emissionsarme LKWs werden geringer besteuert als LKWs mit einem hohen Schadstoffausstoß.

zeuge in Flotten von Betrieben und Kommunen. Die OECD (2013a) empfiehlt als Maßnahme im Verkehrssektor ebenfalls den Ausbau des Roadpricing.

Durch die Herausgabe des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum“ der Europäischen Kommission (2011c) soll vorrangig die Reduktion der Emissionen aus dem Verkehr erreicht werden. Einer der Strategievorschläge dazu betrifft die stärkere Nutzung energieeffizienterer Verkehrsträger. 30% des Straßengüterverkehrs über 300 km sollten bis 2030 auf andere Verkehrsträger wie Eisenbahn oder Schiff verlagert werden, mehr als 50% bis 2050.

Derzeit sind keine Verlagerungen der Transportleistung von der Straße zur Schiene sichtbar. Während 1995 66,9% aller Tonnenkilometer auf der Straße und 32,9% auf der Schiene transportiert wurden, sind 2011 die Anteile der Straße sogar auf 69,0% angestiegen, der Schienentransport sank auf 30,8%. Grafik 81 zeigt die Verteilung des inländischen Güterverkehrs in Tonnenkilometer für die Jahre 1995 und 2011 auf die verschiedenen Verkehrsträger (Modal Split). Der Güterverkehr auf der Straße stieg von 1995 (rund 25 Mrd. Tonnenkilometer) bis 2011 (knapp 42 Mrd. Tonnenkilometer) deutlich an.

Grafik 81
Modal Split des Güterverkehrs (Mio. Tonnen-km im Inland, ohne Flugtransport)



Q: Umweltbundesamt.

Eine Erhebung der Statistik Austria zum Straßengüterverkehr bildet seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union die Verkehrsleistung österreichischer Unternehmen mit in Österreich zugelassenen Straßengüterfahrzeugen im In- und Ausland ab. Die Verkehrsleistung aus-

ländischer Unternehmen in Österreich wird darin derzeit noch nicht abgebildet, soll aber zukünftig aus Daten von Eurostat berechnet werden. Zur Darstellung der gesamten in Österreich beförderten Tonnen-km des Lkw-Verkehrs wurde deshalb aktuell auf die Daten des Umweltbundesamts zurückgegriffen.

4.5.3

CO₂-Emissionen von Pkw-Neuzulassungen

Dargestellt wird die Entwicklung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen für neu zugelassene Personen-kraftwagen (Pkw) in g/km. Zur Verringerung der CO₂-Emissionen von neuen Pkw liegt seit 2009 eine EU-Verordnung vor.

Expertenmeinung:



Die langfristige Abnahme der durchschnittlichen CO₂-Emissionen ist positiv zu sehen. Der kurzfristige Trend zeigt dagegen eine Abflachung, der Zielpfad für 2020 wird damit erstmals nicht eingehalten, zukünftige Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen werden schwieriger umsetzbar sein.

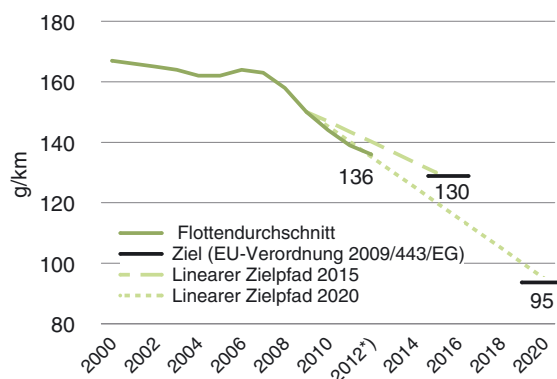
Die Senkung der Treibhausgasemissionen des Verkehrs ist ein wichtiges Ziel der EU-Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung (Europäische Kommission 2001). Die nachfolgend erläuterte EU-Verordnung stellt eine Maßnahme zur Zielerreichung dar.

Die EU-Verordnung (2009/443/EG) verpflichtet die Automobilindustrie bis 2015 für die gesamte Neuwagenflotte der EU im Durchschnitt einen Zielwert von maximal 130 g/km durch Verbesserungen bei der Motorentechnik sowie mit Hilfe innovativer Technologien zu erreichen. Eine weitere CO₂-Reduktion von 10 g/km auf maximal 120 g/km soll durch zusätzliche fahrzeugtechnische Maßnahmen (z. B. Leichtlaufreifen, effiziente Klimaanlage) erzielt werden. Ab 2020 darf der durchschnittliche CO₂-Wert für die gesamte Neuwagenflotte in der EU höchstens 95 g CO₂/km betragen.

Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen (gemäß Normverbrauch) von neu zugelassenen Pkw in Österreich sanken von 2000 bis 2012 (vorläufige Ergebnisse) deutlich,

Grafik 82

CO₂-Emissionen von Pkw-Neuzulassungen



Q: Umweltbundesamt; LEBENSministerium; STATISTIK AUSTRIA, Kfz-Statistik - * Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

der Flottendurchschnitt der Neuzulassungen ging von 167 g/km auf rund 136 g/km zurück (siehe Grafik 82). Die CO₂-Emissionen der Dieselfahrzeuge reduzierten sich von 162 g/km auf 138 g/km, jene der benzinbetriebenen Fahrzeuge von 176 g/km auf 134 g/km (inkl. Flex-Fuel). In den letzten Jahren zeigt sich eine Abflachung der Emissionsminderung, der Zielpfad zur Reduktion auf 95 g/km bis zum Jahr 2020 wird 2012 erstmals nicht eingehalten.

Die Anzahl der Neuzulassungen von Pkw – der mit Abstand wichtigsten Kfz-Art (77,1%) – lag 2012 bei insgesamt 336.010 Fahrzeugen. Betrachtet man die Zulassungen nach Kilowatt (kW)-Klassen, so stehen leistungstärkere Pkw anteilmäßig an der Spitze (ab 78 kW: 51,8%). 57,6% der Pkw-Neuzulassungen betrafen Diesel-Fahrzeuge, 41,7% Benzin-Fahrzeuge, der geringe Rest entfiel hauptsächlich auf Elektro- und Hybridantriebsarten.

4.6

Monetäre Umweltaspekte

In den „monetären Umweltaspekten“ sind die ökonomischen Konten der Umweltgesamtrechnung (Umweltschutzausgabenrechnung, Ökosteuern und umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) enthalten. Diese Umweltgesamtrechnungen sind mit der VGR kompatibel und ermöglichen somit eine integrierte Analyse der wechselseitigen Wirkungen von Ökonomie und Ökologie.

Die Umweltschutzausgaben bilden die Aufwendungen des öffentlichen und privaten Sektors sowie der privaten Haushalte für den Umweltschutz ab. Sie sind als Ergänzung zum Indikator Ökosteuern zu sehen, welcher auf die Besteuerung von Bemessungsgrundlagen abzielt, die nachgewiesene, negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Beide Indikatoren sind Kennzahlen für das Ausmaß, in dem externe soziale Kosten der Umweltverschmutzung durch institutionelle Einheiten übernommen und somit internalisiert werden. Die Umweltwirtschaft (umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) zeigt dagegen den Umsatz in Österreich mit umweltrelevanten Anlagen und Gütern sowie Bau- und Dienstleistungen.

Die Task Force „Environmental Sustainability“⁸⁴ der Sponsorship Group empfiehlt ihre Verwendung als Indikatoren zur Messung von Wohlstand und Fortschritt, da sie wichtige Aussagen zur umweltorientierten Nachhaltigkeit liefern. Die Bedeutsamkeit der Indikatoren auf internationaler Ebene bekundet sich auch darin, dass alle drei Bereiche Module der EU-Verordnung 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen sind (Ökosteuern) bzw. in naher Zukunft werden sollen (Umweltschutzausgabenrechnung, umweltorientierte Produktion und Dienstleistung). Die Europäische Kommission (2013b) hebt demgemäß auch die Relevanz der Umweltgesamtrechnungen im Prozess um die umweltorientierte Nachhaltigkeit im aktuellen Bericht zum Fortschritt zu „GDP and beyond“ hervor.

Auch das ÖSTRAT Arbeitsprogramm 2011⁸⁵ zeigt die Bedeutung der „Green Economy“ auf. Umweltschutzausgabenrechnung, Ökosteuern und umweltorientierte Produktion und Dienstleistung werden dementsprechend als Indikatoren dargestellt.

Da sich die Umweltschutzausgaben sowie die umweltorientierte Produktion und Dienstleistung in Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung ambivalent verhalten, wird hier auf eine Bewertung verzichtet. So ist beispielsweise die Entwicklung der Umweltschutzausgaben nicht eindeutig interpretierbar: Hohe Umweltschutzkosten können sowohl eine hohe Bereitschaft, für den Umweltschutz Maßnahmen zu tätigen, bedeuten, als auch auf eine stark verschmutzte Umwelt hinweisen, die hohe Reparaturkosten nötig macht. Die Ökosteuern werden nicht nach ihrer absoluten Höhe, sondern in Relation zum Anteil an den gesamten Steuereinnahmen (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) betrachtet und auch entsprechend bewertet.

4.6.1

Umweltschutzausgaben

Der Umweltschutz im Sinne der Umweltschutzausgabenrechnung umfasst alle Maßnahmen und Aktivitäten, die von privaten Haushalten, sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren zur Vermeidung, Verringerung und Beseitigung von Umweltbelastungen und allen anderen Formen von Umweltschädigungen getätigt werden (SERIEE Handbuch 1994, § 2006⁸⁶).

Expertenmeinung:

Da sich die Umweltschutzausgaben in Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung ambivalent verhalten, wird auf eine Bewertung verzichtet.

84) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/0_DOCS/estat/TF2_Final_report_Environmen_Sustainability.pdf

85) ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung, Arbeitsprogramm 2011.

86) SERIEE (Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Environnement) stellt ein EU-harmonisiertes System von Eurostat zur Sammlung umweltbezogener Wirtschaftsdaten dar. Es setzt sich aus einer Reihe von Satellitenkonten zusammen, die eine Verknüpfung der Umweltdaten mit der Wirtschaftsstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermöglichen sollen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Transaktionen zur Verringerung und Vermeidung von Umweltbelastungen sowie zur Nutzung der Umwelt (Eurostat, 1994).

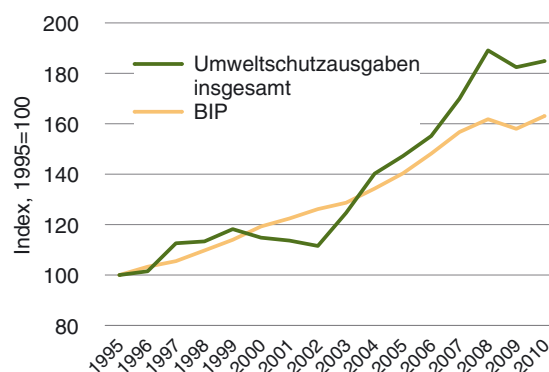
Die Entwicklung der Umweltschutzausgaben ist nicht eindeutig interpretierbar. Umweltschutzausgaben betreffen einerseits vorab getätigte Maßnahmen für den Umweltschutz, die Umweltverschmutzung oder Ressourcenverbrauch vermeiden oder vermindern. Eine Steigerung dieser Ausgaben wirkt sich positiv auf die natürliche Umwelt aus. Andererseits können hohe Umweltschutzausgaben auch auf eine stark verschmutzte Umwelt hinweisen, die entsprechend hohe Aufwendungen zur Reinigung erfordert, welche ebenfalls die Umweltschutzausgaben erhöhen. Umgekehrt betrachtet können niedrige Umweltschutzausgaben sowohl ein Hinweis auf geringe Maßnahmen für den Umweltschutz als auch auf eine sehr saubere Umwelt sein.

Die Höhe der nationalen Umweltschutzausgaben lässt also nicht unbedingt auf den Umweltzustand schließen. Sie ist jedoch ein wesentlicher Indikator für die relative wirtschaftliche Bedeutung des Umweltschutzes. Die Umweltschutzausgaben betreffen nicht nur nachsorgende Aktivitäten, um bereits entstandene Schäden in der Umwelt zu beseitigen (wie beispielsweise Kläranlagen oder Entstaubungsanlagen), sondern auch Maßnahmen um Schäden bereits im Vorfeld zu verhindern (etwa Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie, ressourceneffizientere Produktionsanlagen). Bei umweltfreundlichen Gütern werden nur die Mehrkosten im Vergleich zu nicht adaptierten Gütern mit ähnlichem Gebrauchswert abzüglich aller Gütersteuern und Subventionen als Umweltschutzausgaben gewertet, z.B. FCKW-freie Schaumstoffe in Kühlschränken. Aufwendungen des öffentlichen und privaten Sektors für den Umweltschutz stellen einen wichtigen Aspekt ökologisch relevanter Aktivitäten einer Volkswirtschaft dar (siehe Aichinger 2012).

Die nationalen Umweltschutzausgaben beliefen sich 2010 auf insgesamt 11,2 Mrd. € (inklusive EU-Transferleistungen und Förderungen). Im Vergleich zum nominellen BIP (+63,1%) sind die Umweltschutzausgaben von 1995 bis 2010 stärker angestiegen (+84,9%). Speziell in den Jahren 2002 bis 2008 war eine markante Wachstumsperiode sichtbar (Grafik 83). Das Jahr 2009 verzeichnete dagegen einen Rückgang zum Vorjahr (-3,5%), der im Jahr 2010 nur teilweise (+1,3%) wieder ausgeglichen wurde. Über die Hälfte der gesamten Umweltschutzausgaben floss in die beiden Kernbereiche Abfallwirtschaft (33,9%) und Gewässerschutz (20,5%).

Seit 2012 ist die Methode der Umweltschutzausgabenrechnung internationaler Standard (UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA). Eurostat und die OECD erheben mittels eines gemeinsamen Fragebogens auf freiwilliger Basis Daten über die Umweltschutzausgaben und -einnahmen (Joint Questionnaire on Environmental Protection Expenditure and Revenue). Durch die Verwendung von SERIEE⁸⁷ sind Kohärenz und interna-

Grafik 83
Umweltschutzausgaben



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltschutzausgaben, VGR.

tionale Vergleichbarkeit gewährleistet. Jedoch melden bisher noch nicht alle Mitgliedsländer von OECD und Eurostat die Daten.

4.6.2 Ökosteuern

Ökosteuern sind Steuern, deren Besteuerungsgrundlagen bei der Verwendung oder Abgabe an die Umwelt eine nachgewiesene negative Auswirkung auf die Umwelt haben. Die Besteuerung betrifft beispielsweise ein Produkt, das die Umwelt verschmutzt oder die Natur bedroht, oder aber nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht (z.B. Mineralöl, Kohle). Für den Indikator „Ökosteuern“ und dessen Bewertung wurde nicht die Entwicklung des gesamten Steueraufkommens, sondern der Anteil der betreffenden Steuern an den Steuereinnahmen insgesamt herangezogen.

Expertenmeinung:



Der Lenkungseffekt der derzeitigen Ökosteuern ist zu gering und hat in kaum einem Bereich (wie Energieverbrauch oder Verkehrsaufkommen) – abgesehen von den Krisenjahren – zu absoluten Reduktionen geführt. Im Vergleich zu den Berechnungen von Eurostat liegt Österreich 2011 mit 5,8% leicht unter dem Durchschnitt der EU-27 mit 6,2%. Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist.

87) Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Environnement (Eurostat, 1994).

Da die Höhe der Umweltsteuern per se noch nichts über ihre Umweltauswirkung aussagt³⁸, wurde der Indikator als Anteil der betreffenden Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (inklusive tatsächlicher Sozialbeiträge) dargestellt. Eine Bewertung des Ökosteueranteils an den gesamten Steuereinnahmen kann – im Hinblick auf eine ökologische Steuerreform – vorgenommen werden und wurde auch vom Expertengremium explizit angeregt. Das Konzept der ökologischen Steuerreform bedeutet, dass einerseits höhere Steuern auf umweltschädigende Vorgänge besonders im Bereich Verkehr und Energie entsprechende Lenkungseffekte durch höhere Preise der besteuerten Produkte erzielen und sich somit positiv auf die Umwelt auswirken (z.B. weniger Autofahren durch höhere Benzinkosten). Das so erzielte zusätzliche Steueraufkommen soll andererseits zu einer Senkung der Steuern auf Arbeit (Lohnnebenkosten) führen (siehe beispielsweise Kletzan-Slamanig et al. 2008).

Von Eurostat wurde eine einheitliche Definition der Umweltsteuern ausgearbeitet, die darauf abstellt, ob die Steuerbemessungsgrundlage einen umweltschädigenden Effekt hat.³⁸ Die Verwendung dieser Steuereinnahmen ist nicht zweckgebunden.

38) Europäische Union, 1998: „A tax whose tax base is a physical unit (or a proxy of it) that has a proven specific negative impact on the environment“.

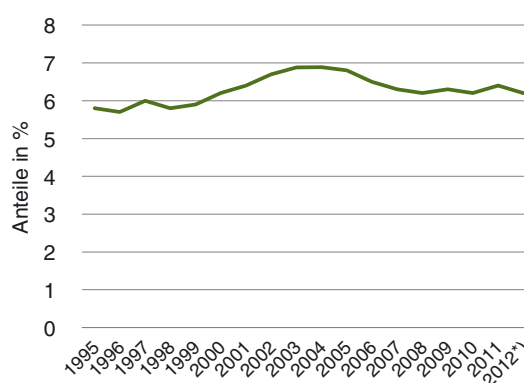
Der Grundgedanke hinter den Ökosteuern ist einerseits der Natur- und Klimaschutz, andererseits geht es aber auch darum, den Verbrauch begrenzter Ressourcen (z.B. nicht-erneuerbare Energieträger) zu reduzieren. Bei einem Großteil der Ökosteuern handelt es sich demgemäß um Verbrauchssteuern. Österreich weicht in seiner Kalkulation der Ökosteuern geringfügig von den EU-Berechnungen ab, da die Grundsteuer B (als Besteuerung des Flächenverbrauchs) zusätzlich als Ökosteuer definiert ist. Für den europäischen Vergleich werden Steuern auf Grund und Boden, auch wenn sie wie in Österreich auf den Flächenverbrauch abzielen, nicht als Ökosteuern berücksichtigt, da es in den meisten Ländern nur Kapitalsteuern auf Grund und Boden gibt und ein Vergleich der Grund-

steuern daher verzerrend wäre. Aus demselben Grund werden auf europäischer Ebene auch keine Steuern auf die Förderung von Erdöl und Erdgas betrachtet, da diese für wenige Länder von hoher, für die meisten EU Länder aber von geringer Bedeutung sind. National sind diese Steuern jedoch zu berücksichtigen.

Für die Ökosteuern kann eine erste Schätzung des Gesamtaufkommens 2012 vorgenommen werden, da ein Großteil (98%) der ökologischen Datensätze aus den Steuern und Sozialbeiträgen bereits vorliegen. Die Daten zu den Ökosteuerkomponenten KFZ-Zulassungssteuer (Behördenanteil), Jagd- und Fischereiabgabe, Wiener Baumschutzgesetz und Landschaftsschutz-, Naturschutzabgabe wurden anhand der Vorjahresdaten fortgeschrieben.

Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich nach dieser Vorausschätzung für 2012 auf 8,2 Mrd. Euro, im Jahr 2011 wurden 8,1 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) hat von 1995 (5,8%) bis 2012 (6,2%) nur leicht zugenommen (Grafik 84). Der höchste Öko-Anteil an den gesamten Steuereinnahmen war in den Jahren 2003 und 2004 mit 6,9% zu verzeichnen. Damals wurde der Mineralölsteuersatz erhöht. Im Jahr 2012 waren die Umweltsteuern um 1,5% höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg allerdings um +4,6%. Dies führte zu einem Rückgang des Ökosteueranteils von 0,2 Prozentpunkten.

Grafik 84
Ökosteueranteile an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



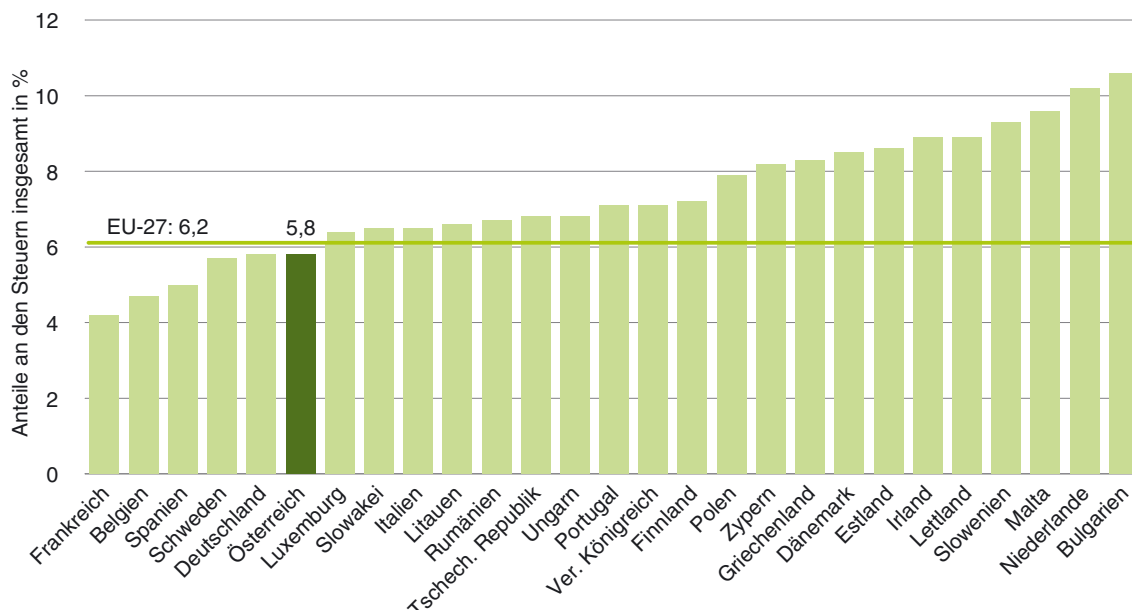
Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. - *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Die Ökosteuern werden in die Kategorien Energie-, Transport-, Umweltverschmutzungs- und Ressourcensteuern eingeteilt. Mehr als 60% des gesamten Umwelt-Steueraufkommens entfielen 2011 auf Energiesteuern (z.B. Mineralölsteuer, Energieabgabe), 31% auf Transportsteuern (z.B. Kfz-Steuer oder Normverbrauchsabgabe), mehr als 7% auf Ressourcensteuern und rund 1% auf Verschmut-

38) Ökosteuern können einerseits im Zeitverlauf ansteigen, weil die Bemessungsgrundlage (z.B. Mineralöl) vermehrt verbraucht wird. Andererseits kann der Anstieg natürlich auch in einer Erhöhung des Steuersatzes begründet sein. Zudem werden Umweltafgaben (überwiegend Mengensteuern) in der Regel nicht jährlich, sondern in größeren Abständen angepasst.

Grafik 85

Ökosteueranteile (EU-Definition) im EU-Vergleich 2011 (Anteile an den Steuern insgesamt, inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern; Eurostat. EU-Definition: ohne Grundsteuer B.

zungssteuern (im Wesentlichen der Altlastensanierungsbeitrag) (Petrović 2012b).

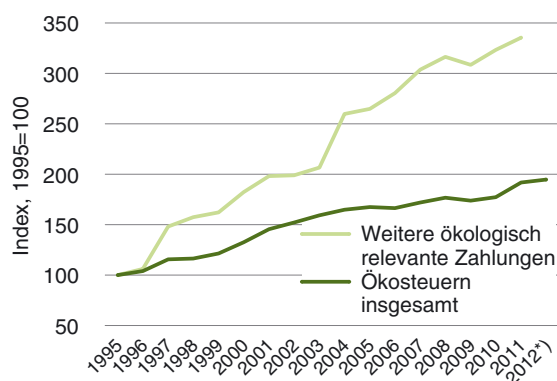
Der Anteil der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen lag für 2011 im Länderdurchschnitt der EU-27 bei 6,2% (siehe Grafik 85). Die höchsten Ökosteueranteile wiesen Bulgarien (10,6%) und die Niederlande (10,2%) aus, die niedrigsten Anteile zeigten Frankreich (4,2%) und Belgien (4,7%). Österreich lag nach EU-Definition (ohne Grundsteuer B) wie eingangs erwähnt mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,8% unter dem Durchschnitt der EU-27 Länder.

Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Mauten, Abfall- und Abwassergebühren), die aber, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der VGR (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien fallen. Da diese Gebühren zweckgebunden sind, ist die ökologische Treffsicherheit durchaus höher als bei den Steuern. In einem Nebenkonto wird deshalb das Aufkommen der ökologisch relevanten Zahlungen für Österreich ausgewiesen. Dieses verzeichnete von 1995 bis 2011 eine deutlich stärkere Zunahme (+235,6%) im Vergleich zu den Ökosteuern mit +92% (Grafik 28). Die Gebühren beliefen sich 2011 bereits auf 3,8 Mrd. Euro und erreichten damit knapp 50% der Ökosteuern.

Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung

Grafik 86

Index der Ökosteuern und weiteren umweltrelevanten Zahlungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern. *) Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies eher über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Im Jahr 2004 wurde beispielsweise anstelle der Straßenbenutzungsabgabe (Umweltsteuer) die Lkw-Maut (Mauten sind keine Umweltsteuern) eingeführt, zudem wurde die Kfz-Steuer (Umweltsteuer) gesenkt. Mit dieser Maßnahme wurde also das Umweltsteueraufkommen gesenkt, obwohl das Gesamtaufkommen an ökologisch relevanten Zahlungen erhöht wurde.

Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor.

4.6.3 Umweltwirtschaft

Die Umweltwirtschaft umfasst die Produktion von Gütern, Technologien und Dienstleistungen zur Reduktion oder Beseitigung von klassischen Umweltproblemen wie Luft- oder Wasserverunreinigung und zur Schonung natürlicher Ressourcen wie Naturgas oder Holz. Der Indikator zur „umweltorientierten Produktion und Dienstleistung“ bildet den Umweltumsatz in Österreich ab.

Expertenmeinung:

Da sich die Umweltwirtschaft in Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung ambivalent verhält, wird auf eine Bewertung verzichtet.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werden von Statistik Austria im Rahmen eines EU-Konzepts zu den „Environmental Goods and Services Sector“ (Eurostat 2009) Daten zur Umweltwirtschaft in Österreich umfassend erhoben (Wegscheider-Pichler 2009). Die EU-Vorgabe definiert wie folgt: Die „umweltorientierte Produktion und Dienstleistung“ setzt sich aus einer heterogenen Gruppe von Produzenten von Gütern, Technologien und Dienstleistungen zusammen, die

- der Vermeidung oder Verminderung, Behandlung, Messung oder Untersuchung von Umweltschäden (klassischer Umweltschutz) sowie
- der Vermeidung oder zumindest Verminderung, Messung, Kontrolle oder Untersuchung des Ressourcenabbaus (Ressourcenmanagement) dienen.

Hauptzweck der Güter, Technologien und Dienstleistungen muss der Umweltschutz sein, der primär über die „technical nature“ des Produkts definiert wird. Dies bedeutet, dass der Umweltzweck implizit durch die Art bzw. Technik des Produkts entsteht. So sind Recyclingtechnologien beispielsweise durch ihre Ressourceneinsparung für die Produktion eindeutig als Umwelttechnologien definiert, auch wenn für den Produzenten wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund stehen. Die Daten werden gemäß den Vorgaben der Eurostat-Definition ohne Abschätzung des Handels mit Umweltprodukten dargestellt.

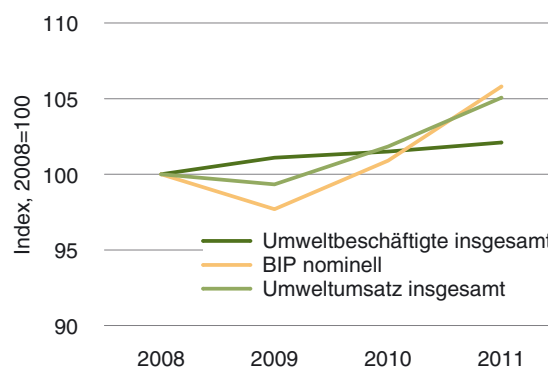
Im Bereich der umweltorientierten Produktion und Dienstleistung wurde in Österreich im Jahr 2011 ein Umweltum-

satz von 32,6 Mrd. Euro erwirtschaftet; 171.245 Beschäftigte waren in diesen Wirtschaftsbereichen tätig. Im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 konnte sich die Umweltwirtschaft mit einem Umsatzminus von knapp 0,7% deutlich besser behaupten als die Gesamtwirtschaft, wo das nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,3% zurückging (siehe Grafik 87). In den beiden folgenden Jahren wuchs der Umweltumsatz jedoch etwas verhaltener (2010 +2,5%, 2011 +3,2%) als das nominelle BIP (2010 +3,2%, 2011 +4,9%). Über den gesamten Zeitraum von 2008 bis 2011 ergibt dies einen schwächeren Anstieg des Umweltumsatzes (+5,1%) im Vergleich zum nominellen BIP (+5,8%). Die Umweltbeschäftigung zeigte dagegen einen besseren Verlauf als die Gesamtzahl der Erwerbstätigen: Während die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft von 2008 bis 2011 nur um 0,4% zunahm, wuchs sie in der Umweltwirtschaft um 2,1% (Baud 2012).

Betrachtet man die relative Bedeutung der Umweltwirtschaft im Verhältnis zum BIP und den Erwerbstätigen insgesamt, so erreichte der Umweltumsatz im Jahr 2011 vergleichsweise 10,9% des österreichischen BIP (nominell)⁸⁹. Der Anteil der Umweltbeschäftigten an den gesamten Erwerbstätigen in Vollzeitäquivalenten lag bei 4,8%.

36,5% des Umsatzes der Umweltwirtschaft entfielen 2011 auf klassische Umweltschutzaktivitäten wie Abwasserreinigung oder Abfallbeseitigung. Bereits 63,5% des Umweltumsatzes sind dem Ressourcenmanagement zuzurechnen, dazu gehören etwa die Produktion von Recyclingtechnologien oder die Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie. Der Umweltbereich Energie dominiert die Umweltwirtschaft: das „Management der Energieressourcen“ erbrachte 2011 mit knapp 37% der

Grafik 87
Entwicklung von Umweltumsatz und Umweltbeschäftigung



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung, VGR.

89) Strenggenommen müsste das BIP mit der Umweltwertschöpfung verglichen werden, die aber derzeit nicht berechnet wird. Für eine vergleichsweise Größenabschätzung der Umweltwirtschaft wird daher der Umweltumsatz dem BIP gegenübergestellt.

Beschäftigten (rund 63.500 Personen) fast 50% des Umsatzes (rund 16,3 Mrd. Euro) der Umweltwirtschaft.

Der vorliegende Indikator misst – wie erwähnt – die direkte Produktion von Produkten und Dienstleistungen, welche Umweltprobleme (z.B. Luftverunreinigung, Abfall) vermindern oder beseitigen sowie Ressourcen (z.B. Energieressourcen) schonen. Die Auswirkung der Umweltwirtschaft auf Nachhaltigkeitsaspekte ist aus den Daten nicht eindeutig erklärbar, von einer Bewer-

tung wird daher abgesehen. Informationen wie z.B. die indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft oder die Qualität der Umweltarbeitsplätze sind aus den Daten ebenfalls nicht abzuleiten.

Zukünftig ist auf EU-Ebene vorgesehen, die umweltorientierte Produktion und Dienstleistung als Modul in die EU-Verordnung 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen aufzunehmen und die Berechnung damit auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.



5

Zusammenhänge

5.1

Nachhaltigkeit als gemeinsame Klammer

Gesellschaft kann als die Summe der ökonomischen, ökologischen, sozialen und institutionellen Beziehungen begriffen werden. Wenn diese Erkenntnis auch nicht neu ist, so hat die Debatte um „GDP and beyond“ doch deutlich dazu beigetragen, sie im Bewusstsein der politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger wieder stärker zu verankern. Der Begriff der Nachhaltigkeit, der ursprünglich aus der ökologischen Literatur stammt, muss heute ebenso auf die Bereiche Wirtschaft und Soziales bezogen werden. Jeder dieser Bereiche ist von dynamischen Entwicklungen geprägt und stellt „eine sich selbst organisierende und evolvierte Entität in ihrem eigenen Recht“ dar (Spangenberg 2005, S.47).

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt aus den ökologischen Wissenschaften. Nachhaltigkeit wurde erstmals 1987 im „Brundtland-Bericht“ (United Nations Report of the World Commission on Environment and Development, 1987, Kapitel I, Absatz 3) umfassend formuliert: *„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“* Der Bericht betrachtet vorrangig die Umweltdimension, geht dabei aber bereits auf die nachhaltige Vernetzung der drei Bereiche Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ein. Im Jahr 1992 wurde im Zuge des ersten Gipfeltreffens „Earth Summit“ der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung erstmals als normatives, internationales Leitprinzip verankert. Dabei wurde auf die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern sowie auf die Neuausrichtung von Produktion und Konsum in Richtung Nachhaltigkeit in den Industrieländern fokussiert.

In der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte wird verstärkt die Einbeziehung umweltrelevanter Aspekte wie Energieverbrauch oder Treibhausgasemissionen in die Betrachtung von ökonomischer und sozialer Dimensionen gefordert. Durch das Einbringen dieser ökologischen Perspektive in die Analyse des vorherrschenden Wirtschafts- und Lebenssystems kann beispielsweise dargestellt werden, in welchem Ausmaß die Wirtschaftsleistung umweltschonend generiert wird und ob vorhandene Ressourcen in ausreichendem Maße an künftige Generationen weitergegeben werden können.

Die Wechselwirkungen verschiedener Phänomene können damit sichtbar gemacht und Interdependenzen identifiziert werden. Eine solche Gesamtbetrachtung wird immer mit Blick auf das implizite Ziel der gesamtgesellschaftli-

chen Entwicklung vollzogen. Anand und Sen (2000) sehen dieses beispielsweise in der Erweiterung menschlicher Entwicklungsräume, Nussbaum (2006) in der Verwirklichung eines holistischen Gerechtigkeitsbegriffs, für Aristoteles war es das gelungene Leben. War wirtschaftliches Wachstums um jeden Preis als adäquates Mittel für diese Ziele bis vor kurzem noch vorherrschendes Paradigma in der Ökonomie, sprechen heute führende Vertreterinnen und Vertreter dieser Disziplin vom Preis der Ungleichheit (Stiglitz 2012), von Prosperität ohne Wachstum (Jackson 2012) oder von einem Global Deal (Stern 2009), der Nachhaltigkeit und Wachstum verbindet. Ein Blick in die Literatur zeigt also, dass Wachstum auch in der Ökonomie vielfach aus einem neuen Blickwinkel betrachtet wird, nämlich verstärkt im Zusammenhang mit gesellschaftlich relevanten Fragestellungen.

Galt Wirtschaftswachstum bisher schon für sich genommen als Garant des gesellschaftlichen Fortschritts, wird es nunmehr kritischer betrachtet und nach seiner Fähigkeit befragt, in alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens hineinzuwirken. Implizit wird also vermehrt die Frage nach dem *Wofür?* des Wachstums gestellt. Selbst in orthodoxen ökonomischen Fachzeitschriften wie dem Journal of Economic Literature wird heute nach dem Guten des Marktes (Besley 2013), den kulturellen und biologischen Faktoren wirtschaftlicher Entwicklung (Spalore & Wacziarg 2013) und nach den historischen Lehren für die heutige Finanzkrise (Taylor 2012) gefragt. Ist mit solchen Fragestellungen bereits eine Verbindung zur Nachhaltigkeit ökonomischer Entwicklungen gegeben? Tendenziell scheint es in diese Richtung zu gehen. Man befasst sich schließlich nicht mehr nur mit den unmittelbaren Einflussfaktoren eines ökonomischen Aufschwungs, sondern sucht nach seinen langfristigen Ursachen und Wirkungen.

Diese Wirkungen betreffen insbesondere das soziale Gefüge. Aspekte der Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen haben direkten Einfluss auf die soziale Kohäsion und die Chancen innerhalb einer Gesellschaft (vgl. Rawls 1975, Wilkinson & Pickett 2009). Aber auch in Bezug auf die sozialen Beziehungen und die Lebensqualität muss nach deren Nachhaltigkeit gefragt werden. Mehrfach wurde in der Literatur darauf hingewiesen, dass gleiche Chancen in einer Gesellschaft der Grundstein für nachhaltige soziale Entwicklungen seien (z.B. Roemer 1996, Nussbaum & Sen 2002, Llavador et al. 2010, 2011 u.v.a.). Littig und Griebler (2005) leiteten aus diesen Überlegungen ein dreigliedriges Modell der sozialen Nachhaltigkeit ab bestehend aus (i) der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse und einer adäquaten Lebensqualität,

(ii) gleichen Möglichkeiten und (iii) sozialem Zusammenhalt. Freilich kann auch soziale Nachhaltigkeit nicht für sich alleine stehen, sondern muss als in ein nachhaltiges Gesamtsystem eingebunden gedacht werden.

In diesem Sinne sollen im folgenden Kapitel auf Basis der Schlüsselindikatoren des *WgÖ?*-Sets Verstreungen der

drei Bereiche aufgezeigt und widersprüchliche Entwicklungen offengelegt werden. Dies kann an dieser Stelle freilich nur exemplarisch geschehen. Dennoch soll hier ein Beitrag geleistet werden, einige Interdependenzen sichtbar zu machen und eventuelle künftige Fragestellungen in Bezug auf die Zusammenhänge der drei Bereiche zu identifizieren.

5.2

Sozio-ökonomische Zusammenhänge

Bei der Betrachtung sozio-ökonomischer Zusammenhänge vor dem Hintergrund der Überlegungen zur Nachhaltigkeit interessieren dreierlei Dinge: 1.) Konnte ökonomisches Wachstum in der Vergangenheit positive soziale Wirkungen erzielen? 2.) Haben diese Wirkungen – so vorhanden – mittel- bis langfristig Bestand und 3.) Worin liegen gegenläufige Entwicklungen begründet?

Die erste Frage untersucht die häufig unterstellte Annahme, dass ökonomischer Aufschwung für alle Teile der Gesellschaft Früchte abwirft, Frage 2 beleuchtet den Aspekt der sozio-ökonomischen Substanz und Frage 3 bezieht sich auf Determinanten der Nachhaltigkeit im Verhältnis zwischen Ökonomie und Gesellschaft. Dahinter steckt die tiefergehende analytische Fragestellung nach der Beschaffenheit ökonomischen Wachstums. So zeigen etwa die von der Wirtschafts- und Finanzkrise am stärksten gebeutelten EU-Volkswirtschaften Griechenland und Spanien, dass überdurchschnittliches BIP- und Konsum-Wachstum weder den Einbruch 2009 noch das anschließende Schlittern in die Rezession mit all ihren sozialen Folgen verhindern konnte. Die Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, liegen auf der Hand: Einerseits muss stets nach der Substanz des Wachstums gefragt werden. In Spanien lag diese in der Baubranche, die exorbitante Zuwächse von jährlich durchschnittlich 5% (preisbereinigt) zwischen 1997 und 2007 zeitigte (Carballo-Cruz 2011). In Griechenland bestand sie aus einer Mischung aus billigen Krediten, Finanzmittel aus EU-Strukturfonds, extensiver öffentlicher Verschuldung und einmaligen Events wie den Olympischen Spielen (Mitsopoulos & Pelagidis 2011). Andererseits muss die Frage gestellt werden, ob das institutionelle Fundament solide gebaut ist: Gibt es Probleme mit Korruption? Wie steht es um die Ausgestaltung und Effizienz der Bürokratie? Ist die Funktionsweise der öffentlichen Institutionen transparent?

Im vorliegenden Bericht ist eine erschöpfende Behandlung dieser Fragen nicht möglich. Stattdessen werden hier exemplarisch zeitliche Entwicklungen verschiedener Indikatoren gegenübergestellt und nach ihrem gemeinsamen Wirken befragt. Eine gemeinsame Betrachtung der ökonomischen Indikatoren mit jenen der materiellen Lebensbedingungen und den Maßzahlen zum Arbeitsmarkt kann Aufschluss über die Frage geben, welchen Einfluss die Produktionsseite auf andere Sphären des gesellschaftlichen Lebens hat. Um den Verlauf von Indikatoren aus unterschiedlichen Quellen vergleichbar zu machen, betrachten wir indizierte Entwicklungen.

Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich war zwischen 2005 und 2008 von einer kontinuierlichen Zunahme der realen Wirtschaftsleistung geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt ist um bis zu 5,9% pro Jahr gewachsen (zu laufenden Preisen = nicht inflationsbereinigt). Im Indikator *WgÖ?* wird das reale (also preisbereinigte) BIP pro Kopf herangezogen. Wird durch die pro-Kopf-Darstellung eine gleichmäßige Verteilung des Lebensstandards auf die Bevölkerung suggeriert, so wird insbesondere in der Gegenüberstellung mit der Entwicklung der Einkommen deutlich, dass es sich hierbei um eine Fiktion handelt.

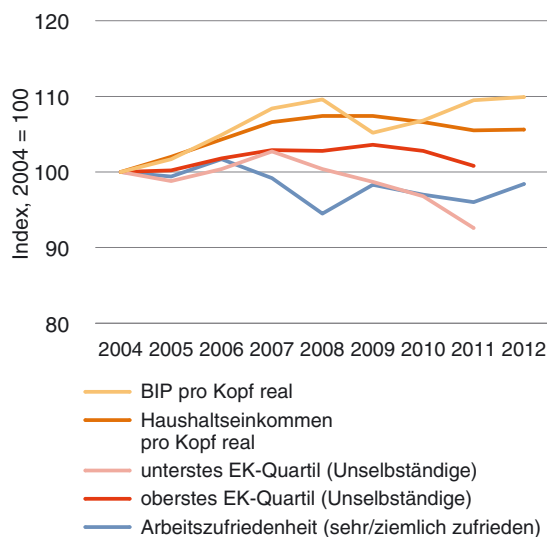
In Grafik 88 wird die reale Entwicklung hoher und niedriger Bruttolöhne der unselbständig Erwerbstätigen dem Indikator „reales verfügbares Haushaltseinkommen“ und dem realen BIP pro Kopf gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Arbeitszufriedenheit der erwerbstätigen Bevölkerung (20-64-Jährige) in die Betrachtung einbezogen⁹⁰. Die Zeitreihe startet 2004, um die gemeinsame Entwicklung aller Indikatoren betrachten zu können. Es zeigt sich, dass das BIP im Beobachtungszeitraum insgesamt stärker wächst, als alle Einkommensindikatoren. Zwar spiegelt sich der Anstieg zwischen 2005 und 2007 sowohl in den Haushaltseinkommen als auch in der Entwicklung der niedrigen und hohen Löhne wider, jedoch bleibt er in diesem Zeitraum bei allen Indikatoren hinter der BIP-Entwicklung zurück. Die niedrigen Lohneinkommen gehen bereits 2008 deutlich zurück, was auch mit einer sinkenden Arbeitszufriedenheit der Erwerbstätigen (Unselbständige und Selbständige) einhergeht. Diese erreichte 2008 ihren Tiefpunkt. Allerdings folgt die Entwicklung der Arbeitszufriedenheit keinem eindeutigen Muster. Im Krisenjahr 2009 stieg sie wieder an und blieb 2012 nach leichten Rückgängen in den Jahren zuvor etwa auf demselben Niveau.

Die verfügbaren Einkommen der Haushalte (inkl. sozialer Sachtransfers) sowie die Unselbständigen-Einkommen des obersten Quartils blieben trotz BIP-Einbruch 2009 stabil, während jene des untersten Quartils weiter zurückfielen. Dies lag Großteils an einer Zunahme der Teilzeit (Quote 2005: 21,8%, 2011: 25,1%) bzw. der nicht ganzjährigen Jobs. Der Aufschwung der Wirtschaftsleistung seit 2010 wird in keinem der Einkommensindikatoren reflektiert: Das verfügbare Haushaltseinkommen ging bis 2011 kontinuierlich zurück (was insbesondere auf einen Rückgang

⁹⁰⁾ Im Index wird der Verlauf der „hohen“ Arbeitszufriedenheit dargestellt – also nur die sehr/ziemlich Zufriedenen berücksichtigt.

Grafik 88

Einkommens- und Erwerbsbezogene Indikatoren + BIP



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, EU-SILC, Lohnsteuerdaten, HV-Daten,

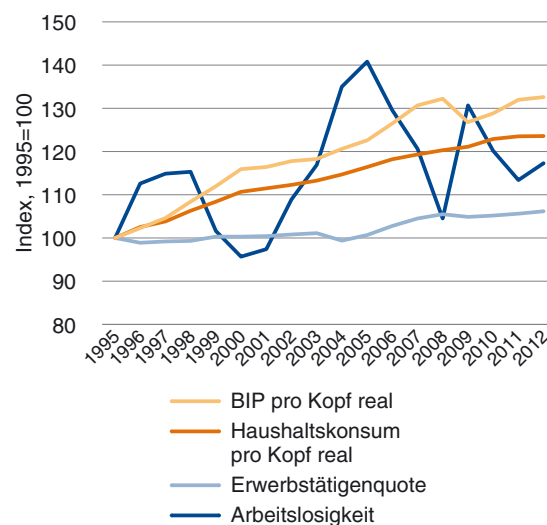
der Vermögenseinkünfte zurückzuführen ist), ebenso wie die Unselbständigen-Einkommen, wobei hier erneut die Einkommen des untersten Quartils stärker betroffen waren (aufgrund der genannten Struktureffekte wie höhere Teilzeitbeschäftigung oder mehr nicht-ganzjährige Jobs).

Grafik 89 zeigt den Verlauf des realen BIP pro Kopf gemeinsam mit der Erwerbstätigenquote, der Arbeitslosenquote und dem realen Konsum pro Kopf. Der kontinuierliche Anstieg des BIP zwischen 1995 und 2008 spiegelt sich in steigendem Konsum und einer gemächlich steigenden Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um rund 2% pro Jahr und erreichte mit knapp 4,1 Millionen im Jahr 2008 einen langjährigen Höchststand. Seit 2010 stieg die Zahl der Erwerbstätigen weiter an und lag 2012 bei 4,2 Mio.

Eine weit weniger stetige Entwicklung zeigt die Arbeitslosenquote. Insgesamt ist sie seit 1995 angestiegen. Zwischen 1998 und 2000 sank sie bei weiter wachsendem BIP. Danach stieg sie trotz wachsender Wirtschaft deutlich an und erreichte 2005 ihren Höhepunkt, um dann bis 2008 wieder deutlich abzusinken. Ab dem vierten Quartal 2008 erlebte die Wirtschaft einen heftigen Konjunktüreinbruch. Im sogenannten „Krisenjahr“ 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt um 3,2% (zu laufenden Prei-

Grafik 89

Entwicklung sozio-ökonomischer Indikatoren 2005-2012



Q: STATISTIK AUSTRIA

sen) gesunken. Dieser Abschwung machte sich auf dem Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar, konnte aber in Zaum gehalten werden: Die Zahl der Arbeitslosen hat sich 2009 zwar um rund 40.000 Personen erhöht, lag aber nach wie vor unter dem Niveau von 2005. Auch die Erwerbstätigenquote ist nur leicht zurückgegangen.

Zwischen 2010 und 2012 stieg die Wirtschaftsleistung erneut an, flachte aber zuletzt ab. Die Erwerbstätigenquote wuchs in diesem Zeitraum auf sehr niedrigem Niveau weiter an, während die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2010 und 2011 reduziert werden konnte, 2012 aber wieder leicht zunahm. Der Konsum der Haushalte stagnierte zuletzt.

Die gemeinsame Betrachtung des BIP mit anderen Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands und der Lebensqualität zeigt einmal mehr, dass der alleinige Fokus auf diese Maßzahl für eine Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht ausreicht. Wirtschaftliches Wachstum alleine bedeutet zwar tendenziell eine Verbesserung der Arbeitsmarktdaten und des Lebensstandards, allerdings bleibt diese häufig hinter den Wachstumsraten des BIP zurück. Insbesondere verlief im betrachteten Zeitraum die Entwicklung der Einkommen weniger dynamisch als jene des BIP.

5.3

Interdependenzen der Lebensqualität

Die verschiedenen Dimensionen der Lebensqualität sind eng miteinander verwoben und stehen in wechselseitigen Beziehungen zueinander. Dies soll im Folgenden anhand der Analyse einiger Schlüsselindikatoren belegt werden. Bivariate Darstellungen lassen keine Aussagen über kausale Zusammenhänge zu, können aber kontextuelle Muster veranschaulichen. Eine Regression soll exemplarisch Verstrebungen zwischen dem Schlüsselindikator zur Gesundheit und anderen Schlüsselindikatoren beleuchten.

Grafik 90 zeigt Profile, die jeweils in Bezug auf einen Schlüsselindikator die Betroffenheit bei den anderen Indikatoren zum Ausdruck bringen, d.h. es werden jeweils zwei Ausprägungen eines Schlüsselindikators (z.B. Ausgrenzungsgefährdete/ Nicht-Ausgrenzungsgefährdete) miteinander verglichen: Beispielsweise wird die Gruppe der Personen mit einem sehr guten oder ziemlich guten subjektiven Gesundheitszustand jener mit einem schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand gegenübergestellt und gezeigt wie hoch etwa der Anteil in der jeweiligen Gruppe ist, der einen Tertiärabschluss hat, von Umweltproblemen betroffen ist oder physische Unsicherheit empfindet.

Einige Unterschiede sind sofort augenscheinlich: Ausgrenzungsgefährdete Personen schätzen ihre Gesundheit anteilmäßig deutlich schlechter ein (19% schlecht/sehr schlecht), als die Vergleichsgruppe (7%). Nicht-ausgrenzungsgefährdete Personen weisen hingegen eine höhere Lebenszufriedenheit auf (siehe ausführlicher Wie geht's Österreich? – Sonderkapitel Lebensqualität.). Die Tertiärquote in der Gruppe der 30-34-Jährigen lag bei den nicht ausgrenzungsgefährdeten Personen bei 29%, bei den Ausgrenzungsgefährdeten hingegen bei nur 8%.

Personen, die ihre Gesundheit als sehr gut oder ziemlich gut einstufen, haben in der Altersgruppe der 30-34-Jährigen häufiger tertiäre Bildungsabschlüsse als Personen mit schlechter oder sehr schlechter subjektiver Gesundheit (19% vs. 8%).

Personen, die sich durch Kriminalität, Vandalismus oder Gewalt bedroht fühlen (physisches Unsicherheit empfinden) unterscheiden sich hinsichtlich der meisten anderen Lebensqualität-Indikatoren kaum von der Vergleichsgruppe. Allerdings zeigt sich, dass diese Gruppe (der von Kriminalität etc. in der Wohnumgebung Betroffenen) deutlich höhere Betroffenheit bei Umweltproblemen in der Wohnumgebung (45%) gegenüber den nicht von diesen Problemen Betroffenen (21%) aufweist. Daraus lässt

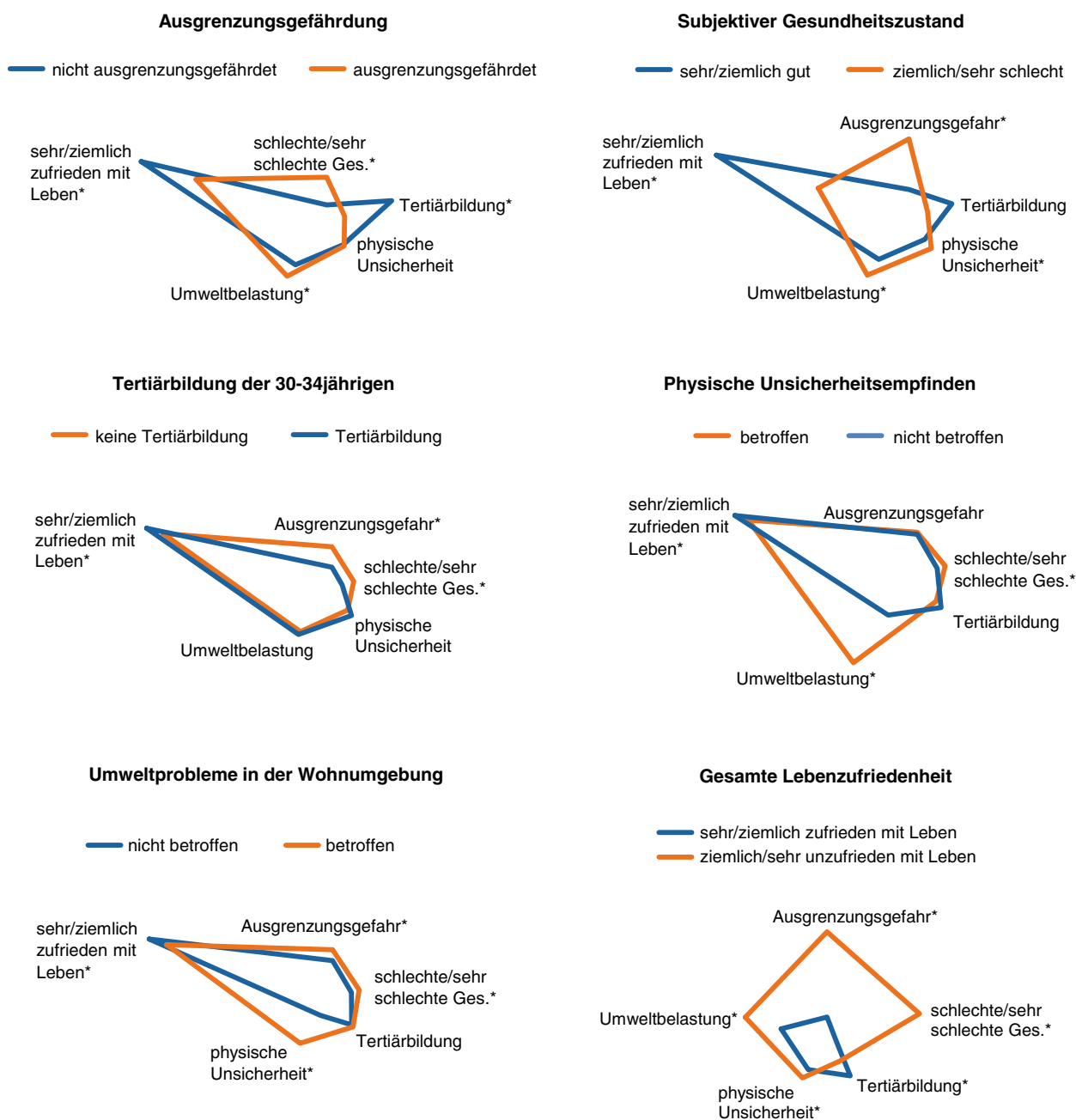
sich folgern, dass physische Unsicherheit tendenziell in schlechteren Wohnlagen vermehrt auftritt. Umgekehrt gilt dasselbe für Personen, die von Umweltproblemen in der Wohnumgebung betroffen sind: Auch sie unterscheiden sich von der Vergleichsgruppe lediglich in Bezug auf ihr physisches Unsicherheit empfinden. Jedoch empfinden nur 23% der Personen, die von Umweltbelastungen betroffen sind, auch physische Unsicherheit (gegenüber 8% der Personen, die keine Umweltprobleme berichten).

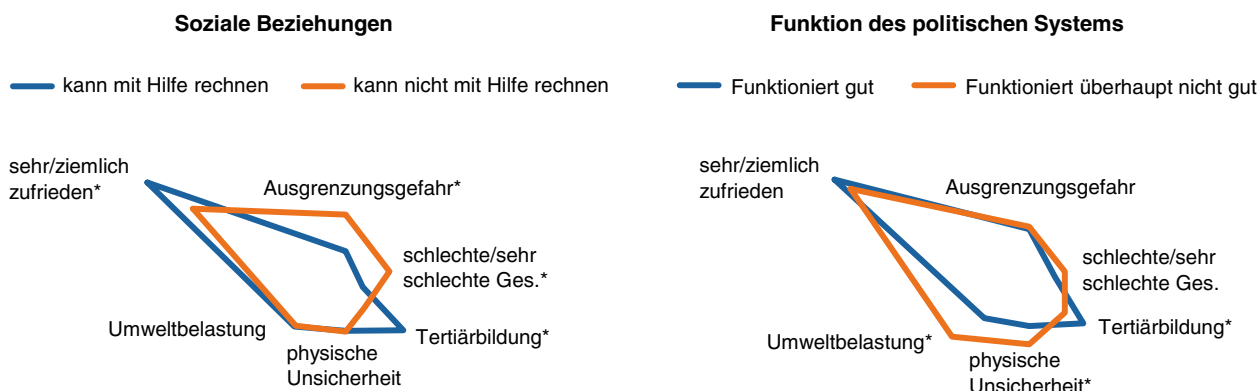
Die größten Unterschiede bestehen zwischen Personen, die mit ihrem Leben sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden sind, und jenen, die ziemlich oder sehr unzufrieden sind (siehe Sonderkapitel). Allerdings ist die Gruppe der ziemlich oder sehr unzufriedenen Personen sehr klein. Nur rund 2% der Personen ab 16 Jahren fallen in diese Kategorie.

Grafik 91 gibt einen Blick auf die Indikatoren „Tragfähigkeit sozialer Beziehungen“ (EU-SILC Sondermodul 2006) und „Beurteilung des politischen Systems“ (EU-SILC 2009). Personen, die in Notsituationen nicht mit Hilfe von Freunden oder Verwandten rechnen können, sind häufiger oft von Ausgrenzung bedroht (29% vs. 16%), haben in der Altersgruppe 30-34 seltener tertiäre Bildungsabschlüsse (8% vs. 24%) und berichten darüber hinaus im Durchschnitt eine niedrigere Lebenszufriedenheit (62% vs. 83% sehr oder ziemlich Zufriedene). Bei der Beurteilung des politischen Systems zeigen sich zwischen den beiden Gruppen hingegen Unterschiede bei der Umweltbelastung: 31% der Personen, die der Ansicht sind, das politische System funktioniere überhaupt nicht gut, sind von Umweltbelastungen in der Wohnumgebung betroffen. Bei der Vergleichsgruppe der mit dem System Zufriedenen trifft dies nur auf 18% zu. Ebenso empfinden die Skeptiker und Skeptikerinnen des politischen Systems häufiger physische Unsicherheit (18%). Bei den mit dem System zufriedenen Personen sind es nur 12%.

Grafik 90

Profile der Lebensqualität: Schlüsselindikatoren in Relation

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Unterschiede signifikant ($p < .05$).

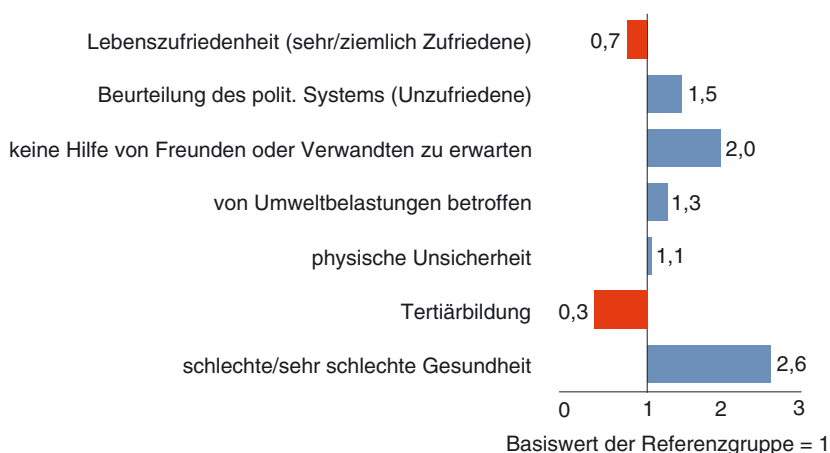


Statistik Austria, EU-SILC 2011. - *) Unterschiede signifikant ($p < .05$).

Über die bivariate Betrachtung hinaus, lassen sich Indexwerte bilden, die auf einfache Art und Weise die Zusammenhänge unterschiedlicher Indikatoren zum Ausdruck bringen. Der Indexwert gibt für die jeweils dargestellte Gruppe über das Risiko bzw. die Chance Auskunft, im Verhältnis zu einer Referenzgruppe (Basiswert=100) in eine bestimmte Kategorie zu fallen. Grafik 92 zeigt exemplarisch Indexwerte für Ausgrenzungsgefährdete. Dargestellt werden hier Werte der Betroffenen gegenüber der Referenzgruppe der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten. So haben beispielsweise Ausgrenzungsbetroffene ein doppelt so hohes Risiko, keine Hilfe von Familie oder Freunden erwarten zu können. Ausgrenzungsgefährdete neigen eher als die Referenzgruppe dazu, dass politische System komplett abzulehnen (1,5x häufiger). Die Wahrscheinlichkeit, dass Ausgrenzungsgefährdete eine schlechte oder

sehr schlechte Gesundheit berichten, ist sogar 2,6mal höher. Andererseits ist die Wahrscheinlichkeit, dass Ausgrenzungsgefährdete einen tertiären Bildungsabschluss aufweisen, wesentlich geringer als bei nicht von Ausgrenzung betroffenen Personen (0,3x). Ausgrenzungsgefährdete haben eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit von Umweltbelastungen betroffen zu sein (1,3x so hoch) als die Referenzgruppe, während ihr Risiko, sich von physischer Unsicherheit bedroht zu fühlen in etwa gleich hoch ist, wie jenes der Nichtausgrenzungsgefährdeten.

In einem einfachen Regressionsmodell kann schließlich auch die Einflussstärke unterschiedlicher unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable untersucht werden. Regressionsanalysen, die auf Querschnittsdaten beruhen, können freilich keine Auskunft darüber geben,



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Lesehilfe: Beispielsweise bedeutet der Indexwert von 1,5, dass ausgrenzungsgefährdete Personen gegenüber Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten eine 1,5x höhere Wahrscheinlichkeit haben, mit dem politischen System unzufrieden zu sein. Der Indexwert von 0,7 besagt, dass Ausgrenzungsgefährdete eine 0,7x geringere Wahrscheinlichkeit haben, über einen tertiären Bildungsabschluss zu verfügen als die Referenzgruppe der nicht von Ausgrenzung Betroffenen.

ob die Beziehungen, die zwischen abhängiger Variable und unabhängigen Variablen gefunden werden, kausal ausgerichtet sind.

Exemplarisch wurde hier der Einfluss verschiedener Schlüsselindikatoren (auf EU-SILC Basis) sowie von Alter und Geschlecht auf den Schlüsselindikator „subjektiver Gesundheitszustand“ (abhängige Variable) untersucht. Im Sonderkapitel zur Lebensqualität werden darüber hinaus ausführlich die Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit thematisiert. Die in das Modell zum subjektiven Gesundheitszustand einbezogenen Variablen erklären 37,4% der Varianz. Der Schlüsselindikator Ausgrenzungsgefährdung wurde für die Analyse in die Variablen „Haushaltseinkommen“, „Erwerbsintensität des Haushalts“ und „erheblich materielle Deprivation des Haushalts“ unterteilt. Der Ergebnisse dieser einfachen linearen Regression sind in Übersicht 5 dargestellt.

In Bezug auf das Geschlecht zeigt sich kein signifikanter Unterschied zwischen Männern und Frauen. Mit jedem Lebensjahr sinkt der subjektive Gesundheitszustand im Mittel um 0,02 Punkte ab⁹¹. Ein höheres Haushaltseinkommen hat hingegen eine positive Wirkung auf die Selbsteinschätzung der Gesundheit.

Einen deutlichen Einfluss zeigt unter Kontrolle anderer Einflüsse der Faktor „geringe Erwerbsintensität des Haushalts“. Personen, die in einem solchen Haushalt leben, bewerten ihre Gesundheit im Durchschnitt um 0,31 Punkte schlechter als die Vergleichsgruppe. Ebenso bewerten Personen, die in Haushalten mit erheblicher Deprivation leben, ihre Gesundheit um 0,16 Punkte schlechter, als Personen in nicht-deprivierten Haushalten.

Formale Bildung erweist sich – wiederum unter Kontrolle anderer Faktoren – ebenfalls als signifikanter Prädiktor für die Gesundheitseinschätzung. Gegenüber Personen mit Universitätsabschluss bewerten Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss aufweisen, ihre Gesundheit deutlich schlechter. Die größten Unterschiede in Bezug auf die Gesundheit zeigen sich zwischen unzufriedenen und mit ihrem Leben sehr zufriedenen Personen. Gegenüber

Übersicht 5

Schätzwerte für subjektiven Gesundheitszustand (von 1 sehr gut – 6 sehr schlecht)

	Regressionskoeffizient
Intercept	0,041
Männer	-0,009
Alter	0,021*
Haushaltseinkommen	-0,000*
geringe Erwerbsintensität	0,312*
erheblich materiell depriviert	0,161*
Max. Pflichtschule	0,404*
Lehre / mittlere Schule	0,250*
Matura	0,071
<i>Universitätsabschluss (Referenz)</i>	
Umweltbelastungen	0,078*
physische Unsicherheit	0,090*
sehr zufrieden	1,224*
ziemlich zufrieden	1,224*
eher zufrieden	1,168*
eher unzufrieden	0,630*
ziemlich unzufrieden	0,345*
<i>sehr unzufrieden (Referenz)</i>	
R²	37,42%

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Signifikant auf einem Niveau von 0,05.

diesen bewerten die sehr Unzufriedenen ihren Gesundheitszustand im Durchschnitt um 1,3 Punkte schlechter (siehe dazu Sonderkapitel).

Die Analyse bestätigt frühere Forschungsergebnisse: Schlechte Gesundheit hängt – neben intuitiv nachvollziehbaren Faktoren wie dem Alter – mit niedriger formaler Bildung und in Folge mit niedrigem Einkommen, Deprivation und einer schlechten Einbindung in den Arbeitsmarkt zusammen (Marmot & Wilkinson 2009). Als latente Faktoren werden häufig sozio-kulturell bedingte Verhaltensmuster und strukturelle Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung genannt (z.B. Marmot 2005).

91) Voraussetzung für diese Interpretation ist die Annahme, dass das Merkmal „subjektiver Gesundheitszustand“ intervallskaliert ist.

5.4

Ökologische Perspektive

In der Diskussion um Nachhaltigkeit spielt die begrenzte Kapazität der Natur eine wesentliche Rolle. Einerseits sind natürliche Ressourcen nicht schnell genug bzw. ausreichend erneuerbar, andererseits sind Kapazitäten zur Schadstoffaufnahme bzw. -verarbeitung beschränkt vorhanden. Erst durch die Einbeziehung der ökologischen Perspektive lassen sich Wohlstand und Fortschritt umfassend beurteilen. Eine Gegenüberstellung von BIP und Materialverbrauch zeigt beispielsweise, ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum nachhaltig oder zu Lasten zukünftiger Generationen generiert. Dem folgend wird auf das Konzept der Entkopplung zurückgegriffen.

Ein Bericht der UNEP (United Nations Environment Programm 2011, S.71ff) zur weltweiten Ressourcennutzung und Entkopplung nennt als wichtigste Einflussfaktoren für den Ressourcenverbrauch die ökonomische Entwicklung, Einkommen, Preise und das Bevölkerungswachstum. Eine wichtige Schlussfolgerung des UNEP-Berichts ist, dass mehr (physischer) Ressourcenverbrauch immer auch höhere Umweltauswirkungen bedeutet. Eine Reduktion negativer Folgen auf die Umwelt ist also nur durch eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs zu erreichen. Damit ist zukünftig eine absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs von der Wirtschaftsleistung in den Industrieländern notwendig.

Entkopplung im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte bezeichnet eine Veränderung eines Verhältnisses zwischen einer ökonomischen und einer ökologischen Größe, beispielsweise zwischen BIP und Energieverbrauch, unter Berücksichtigung einer gewünschten (nachhaltigen) Richtung. Diese Entkopplung kann entweder absolut oder relativ sein.

Von absoluter Entkopplung spricht man dann, wenn die betreffende Umweltauswirkung (Energieverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während etwa die Wirtschaftsleistung zunimmt. Die Entkopplung ist relativ, wenn beispielsweise die Wachstumsrate der umweltrelevanten Variablen positiv ist, jedoch geringer als die Wachstumsrate der wirtschaftlichen Variablen. Dies bedeutet aus ökologischer Perspektive eine Effizienzsteigerung, da eine Einheit der Wirtschaftsleistung mit einem geringeren Einsatz der Umweltressource produziert werden kann.

Im Zuge der Debatte zu Nachhaltigkeit und Entkopplung wird stellvertretend für die „ökonomische Größe“ gemeinhin das BIP herangezogen. Selbstverständlich haben auch die Höhe des Einkommens der Haushalte oder die Konsumausgaben einen Einfluss darauf, wie ökologische Ressourcen genutzt werden. Eine Untersuchung der Determinanten der Energienachfrage der privaten Haushalte (Köppl & Wüger 2007) weist beispielsweise nach, dass mit steigendem Einkommen die Ausgaben der Haushalte für Energieträger wie Strom und Gas ansteigen. Eine Analyse der Nutzung von Umweltressourcen durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte (Schoer et al. 2007) kommt zu dem Ergebnis, dass die Höhe und Zusammensetzung der Konsumausgaben einen wesentlichen Einfluss auf Umweltbelastungen wie beispielsweise Flächen, Energieverbrauch oder CO₂-Emissionen hat.

Nachfolgend wird der Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und der umweltorientierten Nachhaltigkeit betrachtet. Dazu werden den ökonomischen Variablen BIP (real), Haushaltseinkommen (real) und -konsum (real) die absoluten Werte der Umweltindikatoren von *WgÖ?* gegenübergestellt. In Übersicht 6 sind die Korrelationen der Umweltvariablen mit den materiellen Werten dargestellt, unabhängig von ihrer inhaltlichen Interpretierbarkeit als Einflussfaktoren.⁹² Ausgenommen sind lediglich die Energieintensität und der Umweltumsatz: In der Energieintensität ist das BIP bereits enthalten⁹³, die Zeitreihe zum Umweltumsatz (Entwicklung der Umweltwirtschaft) ist mit nur vier verfügbaren Werten zu kurz für eine Korrelation. Die Indikatoren Ökosteuern (Anteile an den gesamten Steuern) und Erneuerbare Energieträger (Anteile am Bruttoendenergieverbrauch) wurden mit ihren jeweiligen absoluten Werten verwendet.

Analysiert und grafisch dargestellt werden die Beziehungen von BIP, Haushaltseinkommen und Haushaltskonsum mit den ökologischen Variablen inländischer Materialverbrauch (DMC, Domestic Material Consumption), Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) und Ener-

92) Um fundierte Aussagen zu allen ausgewiesenen Korrelationen darlegen zu können, wären detaillierte Daten- und Literaturstudien notwendig, welche den Rahmen dieses Berichts überschreiten würden. Dennoch zeigen die engen Korrelationen interessante Perspektiven des Zusammenhangs zwischen den ökonomischen und ökologischen Indikatoren auf.

93) Die Energieintensität ist definiert als die Entwicklung des temperaturbereinigten Energetischen Endverbrauchs (EEV) relativ zur Entwicklung des realen BIP (EEV/BIP).

Übersicht 6

Zusammenhänge zwischen ökonomischen und ökologischen Indikatoren

	BIP (real)	Haushalts- einkommen (real)	Haushalts- konsum (real)	Anzahl der Nennungen
Korrelationskoeffizient nach Pearson				
Inländischer Materialverbrauch (DMC)	0,452	0,395	0,484*	17
Bio- und Naturschutzflächen (laut ÖPUL)	0,927**	0,953**	0,903**	18
Bau- und Verkehrsflächen	0,950**	0,996**	0,911**	12
Treibhausgasemissionen (THG)	0,422	0,416	0,460	17
Phosphoremissionen im Abwasser	-0,896**	-0,895**	-0,905**	17
Abfälle aus Haushalten	0,986**	0,988**	0,980**	16
Erneuerbare Energieträger	0,808*	0,986**	0,592	8
Energetischer Endverbrauch (EEV)	0,929**	0,933**	0,944**	18
Energieverbrauch des Verkehrs	0,906**	0,905**	0,928**	18
Fahrleistung des Lkw-Verkehrs	0,997**	0,986**	0,995**	17
CO ₂ -Emissionen Pkw-Neuzulassungen	-0,759**	-0,845**	-0,653*	13
Umweltschutzausgaben	0,923**	0,923**	0,912**	16
Ökosteuern	0,975**	0,981**	0,966**	18

Q: STATISTIK AUSTRIA, UMWELTBUNDESAMT, BMLFUW. - ** Die Korrelation ist signifikant auf einem Niveau von 0,01. - * Die Korrelation ist signifikant auf einem Niveau von 0,05. Der Korrelationskoeffizient ist ein Maß für den Zusammenhang zwischen Variablen. Ein Wert nahe Null bedeutet geringe oder keine Relation, ein Wert nahe 1 bedeutet eine positive Übereinstimmung (je höher der Wert der Variablen A, desto höher ist meist auch der Wert der Variablen B), ein Wert nahe -1 bedeutet eine negative Korrelation (je höher Variable A, desto niedriger Variable B).

getischer Endverbrauch (EEV). Diese Umweltindikatoren wurden ausgewählt, da es sich jeweils um Größen handelt, welche sowohl in der nationalen als auch in der internationalen Debatte zur Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle spielen. Der DMC ist beispielweise einer der Indikatoren im Rahmen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung⁹⁴. Ein Ziel der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission (2010) ist gerichtet auf den Klimawandel und die nachhaltige Energiewirtschaft und geht damit auf THG und EEV bzw. Energieeffizienz ein (siehe Kapitel 4).

Zusätzlich wird kurz auf die am höchsten mit den ökonomischen Indikatoren korrelierten Umweltindikatoren eingegangen.

5.4.1

Bruttoinlandsprodukt und Umweltfaktoren

Ressourcen- und Energieverbrauch sowie Treibhausgasemissionen sind langfristig betrachtet eng mit dem materiellen Wohlstand verknüpft. Laut UNEP (2011) hat sich beispielsweise der globale Ressourcenverbrauch in den letzten 100 Jahren um das Achtfache erhöht. Im gleichen Zeitraum ist das weltweite BIP um das 23-fache angestiegen, was eine relative Entkopplung von Wirt-

schaftswachstum und Ressourcenverbrauch bedeutet. Für einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs wäre eine absolute Entkopplung notwendig, die in Österreich erst in einzelnen Jahren erreicht wurde.

Die nachfolgende Grafik 93 zeigt, dass der inländische Materialverbrauch (DMC) im Zeitraum 1995 bis 2011 um 6,3% anstieg. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 39,3%. Der DMC ging nach einer starken Wachstumsperiode von 2003 bis 2007, in der er parallel zum BIP verlief, in den Jahren 2008 bis 2010 konstant zurück. Die angestrebte absolute Entkopplung wurde damit in einzelnen Jahren umgesetzt (siehe auch Kapitel 4.2). So sank etwa der inländische Materialverbrauch von 2007 auf 2008 um 7,3%, während das reale BIP zeitgleich um 1,4% anstieg. Bemerkenswert ist, dass der DMC auch im Jahr nach der Krise 2010 geringfügig zurückging, während das reale BIP 2010 um 1,8% zulegte, was ebenfalls einer absoluten Entkopplung entspricht. Von 2010 auf 2011 erhöhte sich der DMC allerdings wieder deutlich um 3,9%, was sogar über dem Wachstum des realen BIP (+2,8%) angesiedelt war. Im letztverfügbaren Datenjahr wurde also die gewünschte Entkopplung von Materialverbrauch und BIP nicht erreicht.

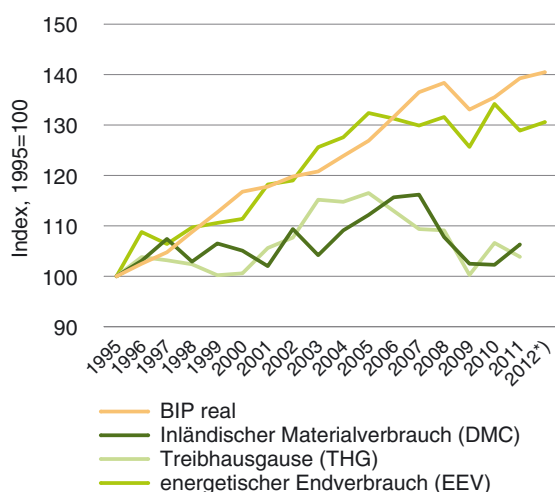
Die THG-Emissionen (+3,9% bis 2011) stiegen im beobachteten Zeitverlauf nur moderat (BIP +39,3% bis 2011). Bis zum Jahr 2005 entwickelten sich auch die THG meist entsprechend dem BIP, wenn auch mit geringeren Wachstumsraten (relative Entkopplung). Ab dem Jahr 2005 bis 2011 war (mit Ausnahme des Jahres 2010) ein Rückgang der Emissionen bei zumeist steigendem BIP (absolute Entkopplung) festzustellen. Im Jahr 2010 kam es jedoch zu einem gravierenden Anstieg der THG von 6,3%, wel-

94) <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators/theme2>

cher auch deutlich über dem (realen) BIP-Wachstum von 1,8% lag (siehe auch Kapitel 4.3). Eine Reduktion der Treibhausgase auf das Niveau von 1995 wurde 1999 und 2009 beinahe erreicht⁹⁵.

Für den EEV⁹⁶ und das reale BIP zeigte sich für den Zeitraum 1995 bis 2012 insgesamt ein sehr ähnlicher Verlauf (siehe auch Kapitel 4.4), wenn auch der EEV mit +30,6% etwas verhaltener wuchs als das BIP (+40,5%). Speziell in der Periode 1995 – 2005 entwickelten sich der EEV und das BIP beinahe parallel. Danach konnte der EEV im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2012 (vorläufiger Wert) auf dem in der Energiestrategie Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010) angestrebten Niveau von 1.100 PJ stabilisiert werden, während das reale BIP seit 2005 um 10,7% anstieg (Grafik 93).

Grafik 93
Vergleich BIP (real) und ausgewählte Umweltindikatoren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik, VGR. Umweltbundesamt.
* EEV Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Ob es zwischen der Entwicklung des realen BIP und den Umweltindikatoren einen signifikanten linearen Zusammenhang gibt, kann durch eine Korrelationsanalyse untersucht werden. Übersicht 6 zeigt die Korrelationskoeffizienten zwischen dem BIP und den Umweltindikatoren sowie das jeweilige Signifikanzniveau. Für BIP (real) und Energieverbrauch verzeichnen die Daten trotz der geringen Fallzahl mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,929 eine sehr starke Beziehung auf signifikantem Niveau.

95) Bei der Betrachtung der THG wird üblicherweise das Kyoto-Anfangsjahr 1990 als Beginn der Zeitreihe verwendet. Da bei „Wie geht's Österreich“ das Ausgangsjahr aber generell 1995 darstellt, wurde von dieser Vorgehensweise abgesehen.

96) Werte für 2012 stellen erste Schätzungen aus der vorläufigen Energiebilanz 2012 dar.

Für die THG-Emissionen und den inländischen Materialverbrauch kann bei einem Korrelationskoeffizienten von 0,422 bzw. 0,452 kein signifikanter Zusammenhang festgestellt werden. Speziell für die THG ist dieses Ergebnis interessant, da ein Großteil der THG-Emissionen 2011 durch den Einsatz von Energie (74,8%) verursacht wurde. Deshalb wäre ein engerer Zusammenhang zwischen THG-Entwicklung und BIP zu erwarten gewesen. Allerdings waren die THG-Emissionen, wie erwähnt, ab 2005 deutlich rückläufig (mit Ausnahme von 2010). Dies ist vor allem auf die wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien, die Substitution von festen und flüssigen Brennstoffen durch Erdgas und Biomasse sowie Effizienzverbesserungen zurückzuführen ist (Umweltbundesamt 2013). Dementsprechend haben sich zwar nicht der Energieverbrauch, aber die THG vom Wirtschaftswachstum zunehmend entkoppelt.

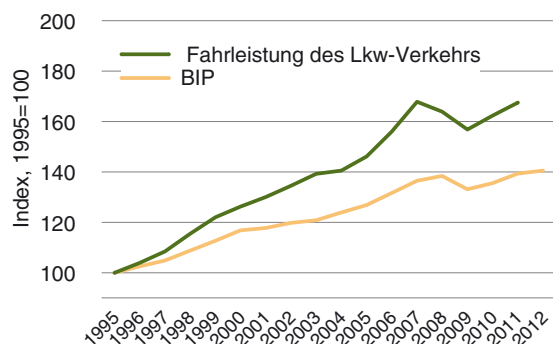
Bis zum Jahr 2007 stehen der DMC und das reale BIP in einem sehr starken signifikanten Zusammenhang (Korrelationskoeffizient 0,832). Durch die absolute Entkopplung von DMC und BIP in den Jahren 2008 und 2010 ist der statistische Zusammenhang für die gesamte Zeitreihe 1995 - 2011 nur noch gering ausgeprägt. Die seit 2008 auseinandergehenden Entwicklungsverläufe spiegeln sich also auch der Korrelationsanalyse wider (Übersicht 6).

Das reale BIP ist am stärksten mit der Umweltvariable „Fahrleistung des Lkw-Verkehrs nach Tonnenkilometern im Inland“ korreliert (Korrelationskoeffizient 0,997). Dabei zeigt der Indikator zur Fahrleistung ausschließlich das Verkehrsaufkommen in Österreich, d.h. die Daten sind um den sogenannten „Tanktourismus“ bereinigt. Die folgende Grafik 94 dokumentiert den ähnlichen Verlauf der beiden Indikatoren. Mit Ausnahme des Jahres 2008, in dem die Fahrleistung etwas zurückging, während das reale BIP anstieg, erfolgte die Entwicklung weitgehend parallel, wenn auch mit einem stärkeren Wachstum der Umweltkomponente. Dabei erhöhte sich die Transportleistung des Lkw-Verkehrs auf österreichischem Territorium mit +67,5% von 1995 bis 2011 im Vergleich zum Wirtschaftswachstum (+39,3%) deutlich überproportional (siehe Kapitel 4.5). Die angestrebte Entkopplung von Fahrleistung und realem BIP (siehe beispielsweise Europäische Kommission 2011c) wurde daher bisher noch nicht erreicht (Ausnahme 2008).

Die nationale Energiestrategie für Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010) schlägt – wie in Kapitel 4.5 erwähnt – eine Reihe von Maßnahmen zur Reduktion des Lkw-Verkehrs vor. Angeführt wird beispielsweise die Einführung eines generellen Roadpricing⁹⁷ für Lkw im gesamten Straßennetz, eine Ökologisierung der Kfz-Steuer für Lkw, oder die Förderung des Umstiegs auf emissionsarme Fahrzeuge in Flotten von Betrieben und Kommunen. Die OECD (2013a)

97) Die streckenabhängige Benützungsg Gebühr für Kraftfahrzeuge über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht (hzG) – Busse und LKW ist derzeit beschränkt auf Autobahnen und Schnellstraßen.

Grafik 94
Vergleich BIP (real) und Fahrleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik, VGR. Umweltbundesamt.

weist in ihrem aktuellen Wirtschaftsbericht zu Österreich ebenfalls darauf hin, dass den negativen externen Effekten aus dem Straßenverkehr stärker begegnet werden sollte. Sie empfiehlt zur (preislichen) Internalisierung der negativen Umweltauswirkungen den Ausbau des Roadpricing, die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Diesel oder die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Dienstwagen. Die dadurch entstehenden höheren Preise für den Straßenverkehr könnten laut OECD zur gewünschten Strukturverschiebung auf die Schiene beitragen.

5.4.2

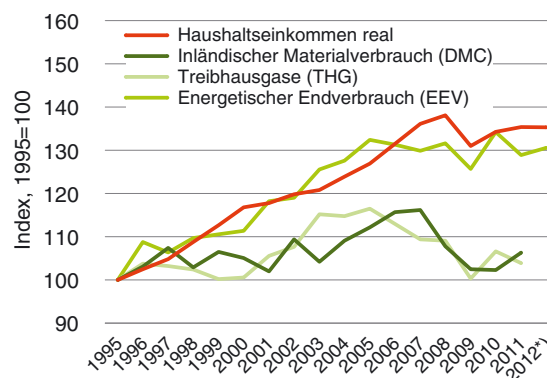
Haushaltseinkommen und Umweltfaktoren

Die Höhe der Einkommen der privaten Haushalte beeinflusst die Nutzung ökologischer Ressourcen. Beispielsweise zeigt eine Analyse des WIFO (Köppel & Wüger 2007), dass mit steigendem Einkommen die Ausgaben der Haushalte für Energieträger wie Strom und Gas ansteigen. Nachfolgend wird daher die Relation zwischen der Entwicklung des (realen) Einkommens der privaten Haushalte und den Entwicklungen entsprechender Umweltgrößen beleuchtet.

Im gesamten betrachteten Zeitverlauf von 1995 bis 2012 zeigt sich eine analoge Entwicklung von realem Haushaltseinkommen (+35,3%) und Energetischem Endverbrauch, auch wenn letzterer etwas schwächer zunahm (+30,6%). Grafik 95 vergleicht dabei aufgrund der Verfügbarkeit im WgÖ?-Indikatorenset in einer ersten Annäherung das Haushaltseinkommen mit dem gesamten EEV und nicht nur dem Energieverbrauch des Sektors Haushalte. Diese Vorgehensweise gilt für alle Umweltindikatoren.

Bis zum Jahr 2007 verliefen der inländische Materialverbrauch und das Haushaltseinkommen ähnlich, danach nahm der DMC deutlich ab, während das Haushaltseinkommen nur marginal zurückging. Die Treibhausgase entwickelten sich von Beginn an in einzelnen Jahren gegensätzlich zum Einkommen; ab dem Jahr 2005 sind gar keine Zusammenhänge mehr ersichtlich.

Grafik 95
Vergleich Haushaltseinkommen (real) und ausgewählte Umweltindikatoren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik, VGR. Umweltbundesamt. -
 * EEV Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Die Korrelationsanalyse weist wiederum dem Energieverbrauch und dem Einkommen der privaten Haushalte mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,933 eine starke Beziehung auf einem signifikanten Niveau aus (siehe Übersicht 6). Der inländische Materialverbrauch und das Einkommen sind hingegen nicht signifikant korreliert. Auch zwischen der Entwicklung der Treibhausgase und dem Haushaltseinkommen wird kein signifikanter Zusammenhang testiert.

Übersicht 6 zeigt die hohe Korrelation verschiedener Umweltindikatoren mit dem Haushaltseinkommen. Die Entwicklung der Bau- und Verkehrsflächen, das Abfallaufkommen der privaten Haushalte (und ähnlichen Einrichtungen) oder die Fahrleistung des Lkw-Verkehrs stehen beispielsweise in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Größe Einkommen der privaten Haushalte. Dabei ist der Zuwachs einiger Umweltindikatoren deutlich stärker ausgeprägt als jener des Haushaltseinkommens. Das Abfallaufkommen der privaten Haushalte wuchs etwa von 1995 bis 2010 um 43,3%, das Haushaltseinkommen lag mit 34,3% Wachstum bis 2010 deutlich darunter. Noch ausgeprägter ist der Wachstumsvorsprung des Indikators zur Fahrleistung, dieser nahm von 1995 bis 2011 (67,5%) beinahe doppelt so stark zu wie das Haushaltseinkommen.

5.4.3

Haushaltskonsum und Umweltfaktoren

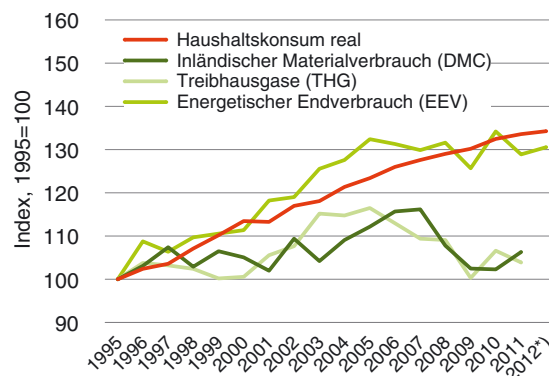
Die privaten Haushalte tragen durch ihre Konsumaktivitäten in erheblichem Umfang zum Ressourcenverbrauch und den Treibhausgasemissionen bei. Neben sozialen Faktoren, wie der Entwicklung der Zahl der Haushaltsmitglieder oder der Haushaltsstruktur, beeinflusst die Höhe und Zusammensetzung der Konsumausgaben laut Schoer et al. (2007) die Umweltnutzung. Nachstehend werden in einer ersten Betrachtung einige ausgewählte Umweltmerkmale der Entwicklung des realen Konsums der privaten Haushalte gegenübergestellt.

Aus Grafik 96 geht hervor, dass der reale Haushaltskonsum stark mit dem Energetischen Endverbrauch korreliert (Korrelationskoeffizient 0,944, Übersicht 6). Der Konsum der privaten Haushalte nahm von 1995 bis 2012 um 34,3% zu, der EEV wuchs im gleichen Zeitraum ähnlich stark (+30,6%). Verglichen wird der Haushaltskonsum aufgrund der Verfügbarkeit im Indikatorenset von *WgÖ?* mit dem gesamten EEV und nicht nur der Energieverbrauch des Sektors Haushalte. Dies gilt auch für Treibhausgase, DMC und die weiteren Umweltindikatoren.

Während der Konsum in den letzten Jahren der Betrachtung ein stetiges Wachstum aufwies, zeigte sich der Verlauf des inländischen Materialverbrauchs seit 2008 zunehmend davon entkoppelt. Dementsprechend ist der DMC trotz des Korrelationskoeffizienten von 0,484 nur schwach signifikant mit dem Konsum korreliert (Übersicht 6). Die seit 2005 stetig sinkenden Treibhausgase (Ausnahme 2010) sind ebenfalls vom Haushaltskonsum statistisch entkoppelt, die Korrelation ist nicht signifikant. Das Wachstum des DMC (+6,3%) und der THG-Emissionen (+ 3,9%) fiel im betrachteten Zeitraum 1995 bis 2011 auch deutlich geringer aus als jenes des Haushaltskonsums (+33,6%).

Grafik 96

Vergleich Haushaltskonsum (real) und ausgewählte Umweltindikatoren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik, VGR. Umweltbundesamt. -
* EEV Werte für 2012 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Die Umweltvariablen „Fahrleistung des Lkw-Verkehrs“ sowie „Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen“ sind am stärksten mit dem Konsum der privaten Haushalte korreliert (Korrelationskoeffizient 0,995 bzw. 0,980, Übersicht 6). Die Fahrleistung des Lkw-Verkehrs überstieg mit einem Zuwachs von 67,5% bis 2011 deutlich das Konsumwachstum von 33,6%.

Das Abfallaufkommen und der Haushaltskonsum stiegen bis zum Jahr 2009 kontinuierlich an; erst im Jahr 2010 kam es nach einer ersten Schätzung des Umweltbundesamts zu einem Rückgang des Abfallaufkommens (-2,7%), während der Haushaltskonsum in diesem Jahr um 1,7% wuchs. Es erscheint naheliegend, dass steigende Konsumausgaben – zudem kombiniert mit einem abfallintensiveren Kaufverhalten der Konsumenten (wie beispielsweise eine Zunahme an Fertigerichten etc., siehe Umweltbundesamt 2013) – zu einem erhöhten Abfallaufkommen der Haushalte führen.



6

Ausblick

Rahmenbedingungen

Statistik Austria musste bei der Erstellung des Indikatorensets pragmatisch vorgehen und griff daher ausschließlich auf vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistikquellen zurück. Dieser Ansatz lässt freilich einige Felder offen, für die in Zukunft dringend Informationen benötigt werden. Aspekte der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Fragen der Job-Qualität oder Daten zum Wasserverbrauch sind nur einige Beispiele. In Einklang mit Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene sollen diese Datenlücken aber mittelfristig befüllt werden.

Die Schließung der Datenlücken ist eine der wichtigen Herausforderungen in der Weiterentwicklung des Indikatorensets. Es sei aber darauf hingewiesen, dass Statistik Austria aus rechtlichen und finanziellen Gründen nicht von sich aus tätig werden kann, sondern auf eine Beauftragung für neuen Statistiken oder Erhebungen von außen angewiesen ist.

Gegliedert nach den drei Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und umweltorientierte Nachhaltigkeit werden nachfolgend wesentliche Datenlücken angeführt und entsprechende Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene thematisiert.

Datenlücken und Weiterentwicklung

Materieller Wohlstand

Verteilungsfragen

Verteilungsfragen wird sowohl im Stiglitz-Sen-Fitoussi Berichts (Stiglitz et al. 2009) als auch im Bericht der Sponsorship Group (Eurostat 2011) größte Bedeutung zuerkannt. Die derzeitigen zur Verteilung vorhandenen Daten können nicht alle Aspekte der Verteilung ausreichend abbilden. Die Dimension Verteilung im Bereich materieller Wohlstand enthält als Schlüsselindikator den aus der Lohnsteuerstatistik stammenden Indikator „Entwicklung hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen“. Als Subindikatoren wurden der Gender Pay Gap aus der Verdienststrukturserhebung und das Einkommensquintils-Verhältnis der verfügbaren äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen (S80/S20) aus EU-SILC dargestellt. Diese Indikatoren bilden die Verteilungsfragen aus verschiedenen Blickwinkeln ab, auf die Grenzen ihrer Interpretierbarkeit wird in Kapitel 2.5 jedoch deutlich hingewiesen.

Im Zusammenhang mit Wohlstand und Fortschritt ist es notwendig, die Muster der Einkommensverteilung wie auch jener von Konsum und Vermögen zu verstehen und zu hinterfragen, wie diese zur gesellschaftlichen Organisation in Beziehung gebracht werden (Canberra 2011). Für die Analyse der Lebensbedingungen einer Gesell-

schaft ist es also wichtig, Erkenntnisse über die Verteilung von Einkommen, Vermögen und weiterer materieller Ressourcen auf unterschiedliche soziale Gruppen zu gewinnen. Damit in Verbindung steht die Frage, wie die verschiedenen Muster dieser Verteilung das Wohlbefinden der Haushalte beeinflussen, aber auch die Fähigkeit der Individuen begünstigen, Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse notwendig sind.

Um hierzu valide Informationen zu gewinnen wäre es notwendig, die Aggregate der VGR nach unterschiedlichen Haushaltskategorien aufzugliedern. Die Herausforderung dabei liegt in der Verknüpfung von Mikrodaten der Sozialstatistik mit den Makrodaten aus den Konten der VGR. Eine Eurostat-/OECD-Expertengruppe unter Beteiligung von Statistik Austria arbeitet an der methodischen Umsetzbarkeit dieser Forderung. Die sehr komplexe Umsetzung dieses Vorhabens wird erst mittelfristig zu befriedigenden Ergebnissen führen. Die OECD (2013c) veröffentlichte bereits einen ersten Bericht, der sich insbesondere mit den Herausforderungen für Haushaltsstatistiken hinsichtlich der Darstellung von Verteilung auseinandersetzt. Methodenpapiere zur Verbindung zwischen den Makrostatistiken der VGR und den Haushaltsstatistiken werden für Ende 2013 erwartet.

Vermögen

Aus offiziellen Datenquellen standen bis vor kurzem keine validen Informationen zum Vermögen privater Haushalte zur Verfügung. Künftig ist jedoch besseres Datenmaterial zu erwarten. Auf der Grundlage eines Beschlusses des EZB-Rats vom September 2008 führte das „Household Finance and Consumption Network“ (HFCN) eine gemeinsame Erhebung zu den Finanzen und dem Konsum privater Haushalte im Euroraum durch. Das Projekt wurde in Österreich von der Österreichischen Nationalbank (OeNB) in enger Zusammenarbeit mit den anderen nationalen Zentralbanken des Eurosystems und der EZB realisiert. Das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) wurde von der OeNB mit der Befragung der privaten Haushalte beauftragt. Die Ergebnisse wurden 2012 veröffentlicht (OeNB 2012). Der HFCS ist die erste umfassende Erhebung auf Haushaltsebene, die Geldvermögen, Immobilienvermögen und Schulden der Haushalte gemeinsam erfasst und dadurch Analysen der Nettovermögen und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit von Haushalten ermöglicht (Fessler et al. 2012, S.26). Davor gab es zwei Erhebungen auf Haushaltsebene, die zumindest Teilaspekte der Finanzen und des Anlageverhaltens der Haushalte erfragten: die Geldvermögenserhebung 2004 und die Immobilienvermögenserhebung 2008 der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Die künftige Einbeziehung von HFCS-Daten in das *WgÖ?*-Set wird Gegenstand von Diskussionen mit den Stakeholdern sein.

Von Eurostat wurde zum Thema Vermögen in der VGR die Task Force on Land and non-financial Assets ins Leben gerufen, die im Jahr 2012 gestartet ist. Als wesentliches

Ziel wurde die Bewertung von Grund und Boden sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch nach institutionellen Sektoren genannt. Mit Ende der Task Force (2014) soll ein Guide erstellt werden, der Informationen über Datenquellen, Methoden, Erfahrungsberichte und praktische Problemlösungen bereitstellt.

Die OECD veröffentlichte erst kürzlich (2013d) Leitlinien zur Erstellung von Mikrostatistiken zum Haushaltsvermögen. Erklärte Absicht dieser Publikation ist es, internationale Standards für die Produktion solcher Statistiken zusammenzustellen, die als Grundlage künftiger Erhebungen dienen sollen.

NPO-Informationen zur Herausrechnung aus dem Sektor private Haushalte

Derzeit werden Privathaushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck in der VGR teilweise zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Verzerrung der diesbezüglichen Indikatoren. Dies betrifft etwa das im *WgÖ?*-Set enthaltende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte bzw. den Haushaltskonsum. Für den Sektor private Organisationen ohne Erwerbszweck (S.15) ist daher in naher Zukunft eine weitere gemeinsame Erhebung von Statistik Austria und dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien geplant. Ziel dieser auf freiwilliger Basis beruhenden wiederholten Befragung von NPOs ist es, sowohl die zentralen Indikatoren zu aktualisieren, die im Rahmen einer bereits im Jahr 2006 durchgeführten Erhebung ermittelt wurden, als auch durch den Einbau von neuen Fragen die allgemeine Datengrundlage für diesen Bereich zu erweitern und eine schärfere Abgrenzung vom Sektor der privaten Haushalte (S.14) zu ermöglichen.

Lebensqualität

Job-Qualität

Was genau unter Job-Qualität zu verstehen ist, wird auf internationaler Ebene heftig diskutiert. Auch im Bericht der Sponsorship Group gibt es zu diesem Thema nur vage Vorschläge. Aus den offiziellen Daten (v. a. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und EU-SILC) stehen eine Reihe arbeitsqualitätsbezogener Informationen zur Verfügung. Im *WgÖ?*-Indikatorenset ist beispielsweise die Zufriedenheit mit der Haupttätigkeit von Erwerbspersonen enthalten. Der Mikrozensus enthält Daten zu unfreiwilliger Teilzeit oder befristeten Verträgen. Ein Konsens darüber, welche Merkmale Job-Qualität ausmachen und wie sie erhoben werden können, müssen auf EU-Ebene in nächster Zeit allerdings noch erarbeitet werden. Verschiedene Indikatoren, die unter dem Banner der Job-Qualität angeführt sind, werden aber schon jetzt bei den Lebensqualitätsindikatoren auf der Eurostat-Webpage⁹⁸ publiziert.

Nachholbedarf besteht insbesondere in den Bereichen Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsethik, Beziehung zum Arbeitsplatz und Arbeitsmotivation u.a.

Derzeit stehen detaillierte Daten zu Arbeitsbedingungen nur aus dem European Working Conditions Survey (EWCS) zu Verfügung, der im Vierjahres-Rhythmus durchgeführt wird. Der EWCS liefert diesbezüglich wichtige Anhaltspunkte für die gesamte Union. Der Bericht zum 5. EWCS erschien 2012 (Eurofound 2012b). *WgÖ?* verwendet jedoch grundsätzlich Daten aus Quellen der offiziellen Statistik und greift daher derzeit nicht auf EWCS-Daten zurück.

Im EU-SILC Modul 2013 wird eine Frage zum Vertrauen in die Institutionen des Landes inkludiert, die ab 2014/15 für EU-Vergleiche zur Verfügung steht. Die UNECE veröffentlichte 2010 Länder-Pilotberichte zur Messung der Job-Qualität (UNECE 2010). EU-weit vergleichbare Daten zur Job-Zufriedenheit werden im Zuge des EU-SILC Moduls 2013 zu subjective well-being erhoben.

Soziale Beziehungen

Die zuletzt verfügbaren Zahlen zu sozialen Beziehungen stammen aus dem EU-SILC Sondermodul 2006. Diese Zahlen werden im Indikatorenset herangezogen. Ein 2013 geplantes Modul zu dem Thema wurde von Eurostat vorerst auf 2015 verschoben.

Zeitverwendung

Der Schlüsselindikator „Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit“ stammt aus der Zeitverwendungserhebung 2008/09, die jedoch bisher sehr unregelmäßig stattfindet. Die Datenverfügbarkeit in den verschiedenen EU-Ländern ist sehr unterschiedlich.

Wie im Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht oder von anderen internationalen Institutionen (OECD, UNECE) angeführt, bildet die Zeitverwendungserhebung die Datengrundlage für verschiedenste weiterführende Berechnungen, wie z.B. die monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit, einem erweiterten Bruttoinlandsprodukt oder die Langzeitbeobachtung des Zeitaufwandes zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen für diverse Tätigkeiten. Derzeit werden Anstrengungen auf EU-Ebene unternommen, die Erhebungen und deren Ergebnisse besser zu harmonisieren und in regelmäßigen Intervallen abzuhalten. Eurostat (2008) veröffentlichte zu diesem Zweck Leitlinien, die „HETUS-Guidelines“.

Qualität der gesellschaftlichen Organisation - Governance und Grundrechte

Aus den offiziellen Datenquellen stehen derzeit wenige Informationen über soziale Rechte sowie über die Zufriedenheit mit und das Vertrauen in öffentliche Institutionen oder die Regierungsarbeit zur Verfügung. In Österreich wurde 2008 und 2009 die Frage über das Funktionieren des politischen Systems in EU-SILC aufgenommen, ab

98) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality_life/data/productive_main_activity

2010 aus Kostengründen allerdings wieder entfernt. Im aktuellen Indikatorenset zu *WgÖ?* wurde diese Information zu einem Schlüsselindikator verdichtet. Der Bericht der Sponsorship Group schlägt künftig u.a. die Einbeziehung von Verwaltungsdaten und Daten aus dem European Quality of Life Survey (EQLS)⁹⁹ vor, die nicht zur offiziellen Statistik zählen. Die Eurostat Expert Group on Quality of Life schlägt auf ihrer Webseite¹⁰⁰ außerdem einige Indikatoren vor, für die derzeit noch kein Datenmaterial zur Verfügung steht. Darunter fallen die Indikatoren „active citizenship“ und „experienced discrimination“. Vorschläge zur Operationalisierung sind in Ausarbeitung. Außerdem wird hier auch der Gender Pay Gap genannt, den *WgÖ?* als Verteilungsindikator führt.

Umweltorientierte Nachhaltigkeit

Biodiversität

Aggregierte Daten zur Biodiversität in Österreich liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor. Derzeit ist vom Umweltbundesamt ein Indikator „High Nature Value Farmland“ (HNVF) in Entwicklung mit Daten für 2007 und 2009 bis 2011 (Bartel et al. 2011 und Bartel & Süßenbacher 2012). Dieser Indikator beschreibt die Ausdehnung von Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert, die sich durch eine hohe Biodiversität bzw. durch das Auftreten von Arten mit hohem Schutzinteresse charakterisieren. Abgebildet werden laut Bartel & Süßenbacher (2012, Zwischenbericht S.3) „HNVF Typen 1 (*extensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen mit naturnaher Vegetation*) und Typ 2 (*Mosaiklandschaften mit einer räumlich eng verzahnten Mischung unterschiedlicher Nutzungen, die teilweise auch extensiven Charakter haben sollen*)“. Dabei wird speziell der Zusammenhang zwischen extensiven landwirtschaftlichen Nutzungsformen und biologischer Vielfalt postuliert. Bei entsprechender statistischer Validität und ausreichender Etablierung könnte mittelfristig eine Aufnahme in das Indikatorenset erfolgen.

Bodenqualität (Emissionen)

Das Umweltbundesamt¹⁰¹ liefert mit dem Bodeninformationssystem „BORIS“ österreichweite Informationen über den Zustand der Böden und deren Belastung mit Schad-

stoffen auf dezentraler Ebene. Aggregierte Daten über die Schadstoffbelastung der Böden - analog den Luftemissionen - liegen derzeit in Österreich aus offiziellen Statistiken nicht vor.

Verbrauch natürlicher Ressourcen

Auf europäischer Ebene wird die Entwicklung eines Indikators für den Rohmaterialeinsatz von der Task Force „Environmental Sustainability“ diskutiert. Dieser Indikator würde die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte berücksichtigen und damit auch Auslagerungseffekte erfassen. Generell wird derzeit den Aspekten der materiellen Vorleistungen, welche auch Energieverbrauch und CO₂-Emissionen betreffen, in den offiziellen Statistiken noch zu wenig Beachtung geschenkt. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dadurch werden materialintensive Produktionsschritte zunehmend ausgelagert. Eine Abschätzung für das Jahr 2005 durch Schaffartzik et al. (2011) zeigt, dass zusätzlich 35 Millionen Tonnen Material im Ausland als Vorleistungen eingesetzt werden, um die Deckung des österreichischen Ressourcenverbrauches pro Jahr gewährleisten zu können.

Wasserentnahme und -verbrauch

Aktuelle Daten zur (Trink-)Wasserentnahme und -verwendung sind derzeit nicht vorhanden. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung im Rahmen der Umweltgesamtrechnungen geplant, welche beispielsweise den Wasserverbrauch nach Wirtschaftsaktivitäten abbilden soll.

Minderungskosten für den Klimawandel bzw. Klimawandelanpassungskosten

Derzeit wird von Eurostat die Entwicklung einer geeigneten harmonisierten Datenerhebung zur Abbildung der Minderungskosten für bzw. der Anpassungskosten an den Klimawandel diskutiert. Entsprechende Daten können zukünftig in das Indikatorenset aufgenommen werden. Ab welchem Zeitpunkt diese vorhanden sein werden, kann aus heutiger Sicht aber noch nicht eingeschätzt werden.

99) EQLS wird von der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions durchgeführt und ist keine offizielle Quelle des ESS.

100) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality_life/data/governance_basic_rights

101) <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/boden/boris/>



Literaturverzeichnis

Aichinger, A. (2012). *Umweltschutzausgaben Österreichs 2010*. Projektbericht im Auftrag des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Alpert, P. (1958). The Inefficiency of Leisure. *Challenge*, 7(2), 24-28.

Altzinger, W., Lamei, N., Rumplmaier, B. & Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. *Statistische Nachrichten*, 1/2013, 48-62.

Anand, S. & Sen, A. (2000). Human Development and Economic Sustainability. *World Development*, 28(12), 2029-2049.

Atkinson, A. B. (1970). On the measurement of inequality. *Journal of economic theory*, 2(3), 244-263.

Bartel, A. & Süßenbacher, E. (2012). „High Nature Value Farmland“ in Österreich 2007 und 2009 – 2011. Umweltbundesamt, Zwischenbericht 2012. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Bartel, A., Süßenbacher, E. & Sedy, K. (2011). *Weiterentwicklung des Agrarumweltindikators „High Nature Value Farmland“ für Österreich*. Reports des Umweltbundesamt, Band 0348. Wien: Umweltbundesamt. http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/publikationen/publikationssuche/publikationsdetail/?pub_id=1926.

Baud, S., (2012) *Umweltgesamtrechnungen, Modul Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung – (EGSS) 2011*. Projektbericht im Auftrag des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltorientierte_production_und_dienstleistung/index.html.

Besley, T. (2013). What's the Good of the Market? An Essay on Michael Sandel's What Money Can't Buy. *Journal of Economic Literature*, 51(2), 478–495.

Biermayr, P. (2013). *Erneuerbare Energie in Zahlen. Die Entwicklung erneuerbarer Energie in Österreich im Jahr 2011*. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Technische Universität.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2011a). *Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP), Wegweiser zur Schonung natürlicher Ressourcen*. Wien: BMLFUW. http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/aktionsplan_ressourceneffizienz/aktionsplan.html

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2011b). *Indikatoren-Bericht MONE. Indikatoren-Bericht für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung 2011*. Wien: BMLFUW. http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/monitoring_bewertung/Monitoring.html

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2011c). *Bundes-Abfallwirtschaftsplan (BAWP) 2011*. Wien: BMLFUW. <http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/>

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012a). *Grüner Bericht 2012 gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft*. Wien: BMLFUW. www.gruenerbericht.at

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012b). *Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Teil 1 – Kontext*. http://www.lebensministerium.at/umwelt/klimaschutz/klimapolitik_national/anpassungsstrategie.html.

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2013a). *Grüner Bericht 2013 gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft*. Wien: BMLFUW. www.gruenerbericht.at

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2013b). *Indikatoren-Bericht MONE, Indikatoren-Bericht für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung*. Wien: BMLFUW. http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/monitoring_bewertung/Monitoring.html

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend & BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010). *Energie Strategie Österreich – Maßnahmenvorschläge*. Wien. <http://www.energiestrategie.at/>, http://www.energiestrategie.at/images/stories/pdf/longversion/energiestrategie_oesterreich.pdf.

Bowling, A. (2005). *Ageing well*. Birkshire: McGraw-Hill.

Braunmiller, H. (2012). *Auf Dauer macht der Lärm uns krank*. SRF Schweizer Fernsehen.

Bundesgesetz BGBl. Nr. 185/1993 i.d.F. 35/2012 (Umweltförderungsgesetz – UFG)

Bundesgesetz über eine nachhaltige Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002), BGBl. I Nr. 102, 16. Juli 2002.

Bundesgesetz BGBl. 106/2011 zur Einhaltung von Höchstmengen von Treibhausgasemissionen und zur Erarbeitung von wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz (Klimaschutzgesetz 2011).

Bundesgesetz - Ministerialentwurf (2013), mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen bei kleinen und mittleren energieverbrauchenden Unternehmen bereitgestellt werden, erlassen werden und das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz, das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010, das Gaswirtschaftsgesetz 2011, das Energie-Control-Gesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes), 442/ME XXIV. GP, http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00442/imfname_281331.pdf.

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2013, mit dem das Klimaschutzgesetz BGBl. I Nr. 106/2011 geändert wird.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2010). *Frauenbericht 2010 – Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008*. Wien: Bundesministerium für Frauen und Öffentlicher Dienst.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2012). *Nationales Reformprogramm Österreich*. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=47619>.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2013). *Nationales Reformprogramm Österreich*. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=51122>.

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011). *Krisenmonitoring – 7. Bericht*. Wien: BMASK.

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012a). *Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011*. Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK. Wien: BMASK. http://www.statistik.at/web_de/static/eu-silc_2011armuts-_und_ausgrenzungsgefaehrderung_in_oesterreich_hrsg._bmask_070577.pdf

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012b). *Sozialbericht 2011-2012 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen*. Wien: BMASK.

BMGFJ, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend & Statistik Austria (2007). *Sozio-demographische und sozio-ökonomische Determinanten von Gesundheit*. Wien: BMGFJ.

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2010). *Wirtschaftsbericht Österreich 2009*. Wien: BMWFJ.

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2013). *Wirtschaftsbericht Österreich 2013*. Wien: BMWFJ.

Carballo-Cruz, F. (2011). Causes and consequences of the Spanish economic crisis: Why the recovery is taken so long? *Panoeconomicus*, 58(3), 309-328.

Donald, M. N. & Havighurst, R. J. (1959). The meanings of leisure. *Social Forces*, 37(4), 355-360.

Doyal, L., & Gough, I. (1991). *A theory of human need*. New York: Palgrave Macmillan.

Eiffe, F., Till, M., Heuberger, R., Glaser, T., Kafka, E., Lamei, N., Skina-Tabue, M. & Till-Tentschert, U. (2012). *Soziale Lage älterer Menschen. Sozialpolitische Studienreihe Band 11*. Wien: BMASK.

Eisenmenger, N., Krausmann F., Milota, E. & Schaffartzik, A. (2011). *Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2011*. Wien: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Eurofound (2012a). *Third European Quality of Life Survey – Quality of life in Europe: Impacts of the crisis*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Eurofound (2012b). *Fifth European Working Conditions Survey*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission (2001). Communication from the Commission. A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development. Brussels. http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2001/com2001_0264en01.pdf

Europäische Kommission (2009a). EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel, Das Emissionshandelssystem der EU. http://ec.europa.eu/clima/publications/docs/ets_de.pdf

Europäische Kommission (2009b). „Effort-Sharing“-Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (406/2009/EG). http://ec.europa.eu/clima/policies/effort/index_en.htm

Europäische Kommission (2010). Mitteilung der Kommission – Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel. http://www.statistik.at/web_de/static/mitteilung_der_kommission_europa_2020_070151.pdf; http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

Europäische Kommission (2011a). EU-Sixpack zur wirtschaftspolitischen Steuerung tritt in Kraft. Reference: MEMO/11/898 Event Date: 12/12/2011. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-898_de.htm

Europäische Kommission (2011b). Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 571 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011c). Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ der Europäischen Kommission, KOM(2011) 144, Brüssel.

Europäische Kommission (2012a). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2012) 531 final, Brüssel. http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fw1420/COM_2012_531_de.pdf

Europäische Kommission (2012b). Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, COM(2012) 729 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2012c). Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum Nationalen Reformprogramm Österreichs und Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm Österreichs für die Jahre 2011-2016, COM(2012) 306 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013a). Standard Eurobarometer 79 Frühjahr 2013 - DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION. Erste Ergebnisse, Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation Koordiniert von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf

Europäische Kommission (2013b). Commission Staff Working Document, Progress on “GDP and beyond” actions, SWD(2013) 303 final, Volume 1, Brüssel.

Europäische Union (1998). Doc. Eco-taxes/98/1, Arbeitspapier, Luxemburg.

European Commission (2012). Communication from the Commission - Annual Growth Survey 2013, COM(2012) 750 final, Brüssel. http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/ags2013_en.pdf

Eurostat Task Force "Environmental sustainability" of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development (2011). *Report of the Task Force*. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/0_DOCS/estat/TF2_Final_report_Environmen_Sustainability.pdf

Eurostat (1994). *SERIEE Système Européen de Rassemblement de l'Information Économique sur l'Environnement, Handbuch Version 1994*, Luxembourg.

Eurostat (2008). *Harmonised European time use surveys - 2008 Guidelines*. Methodologies and Working Papers, Eurostat, Office for Official Publications of the European Communities, Brüssel.

Eurostat, (2009). *The environmental goods and services sector, a data collection handbook*, (Methodenhandbuch EGSS) Luxembourg. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-RA-09-012/EN/KS-RA-09-012-EN.PDF.

Eurostat (2010). *Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010*. Luxemburg: Eurostat.

Eurostat (2011). *Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development – Final Report adopted by the European Statistical System Committee*. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/about_ess/measuring_progress

EU-Verordnung Nr. 443/2009 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen.

EU-Verordnung Nr. 691/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umwelt-ökonomische Gesamtrechnungen.

Fessler, P., Mooslechner, P. & Schürz, M. (2012). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. *Geldpolitik & Wirtschaft*, Q3, 26-67.

Geisberger, T. (2011). *The gender pay gap: evidence from Austria*. Presented at the Conference of European Statisticians, United Nations, Economic and Social Council, 12-14 March 2012. Geneva/CH.

Geisberger, T., & Glaser, T. (2010). Analyse der Lohn-und Gehaltsunterschiede von Frauen und Männern. In: BKA, Bundeskanzleramt Österreich (Hrsg.), *Frauenbericht 2010 – Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008*. Wien: Bundesministerium für Frauen und Öffentlicher Dienst. <http://www.bka.gv.at/site/7207/default.aspx>.

Glatzer, W. (2001). Lebensstandard und Lebensqualität. In *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (S. 436-446), VS Verlag für Sozialwissenschaften. Heidelberg/D.

Hák, T., Janousková, S., Abdallah, S., Seaford, C. & Mahony, S. (2012). *Review report on Beyond GDP Indicators: categorisation, intensions and impacts*. Final version of BRAINPOoL deliverable 1.1, A collaborative project funded by the European Commission under the FP7 programme (contract no. 283024). CUEC Prague, 18 October 2012.

Hertz, T., Jayasundera, T., Piraino, P., Selcuk, S., Smith, N. & Verashchagina, A. (2007). The inheritance of educational inequality: International comparisons and fiftyyear trends. *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 7, Article 10.

IEA, International Energy Agency (2012a). *World Energy Outlook 2012*. <http://www.worldenergyoutlook.org/>.

IEA, International Energy Agency (2012b). *IEA Annual Report*. http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/IEA_Annual_Report_publicversion.pdf

Jackson, T. (2011). *Prosperity without growth: Economics for a finite planet*. London: Routledge.

Kalleberg, Arne L. & Ivar Berg (1987). *Work and Industry*. New York: Plenum.

- Kettner, C., Köppl, A., Kratena, K., Meyer, I. & Sinabell, F. (2012). *Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft und der „Energiefahrplan 2050“ der EU*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A. & Kratena, K. (2008). *Ziele und Optionen der Steuerreform: Optionen für eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Köppl, A. & Wüger, M. (2007). *Determinanten der Energienachfrage der privaten Haushalte unter Berücksichtigung von Lebensstilen*. WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien.
- Kuhlmann, E. & Kolip, P. (2005). *Gender und Public Health*. Juventa: Weinheim.
- Kyoto-Protokoll – Klimaschutzabkommen, am 11.12.1997 beim Weltklimagipfel in Kyoto (Japan) beschlossen, http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php.
- Lamei, N. & Skina-Tabue, M. (2011). Lebensstandard aus Geschlechterperspektive - Indikatoren zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebenslagen von Frauen und Männern, *Statistische Nachrichten* 12/2011, 1205-1215.
- Littig, B. & Griessler, E. (2005). Social sustainability: a catchword between political pragmatism and social theory. *International Journal of Sustainable Development*, 8(1), 65-79.
- Llavorador, H., Roemer, J. E. & Silvestre, J. (2010). Intergenerational justice when future worlds are uncertain. *Journal of Mathematical Economics*, 46(5), 728-761.
- Llavorador, H., Roemer, J. E. & Silvestre, J. (2011). A dynamic analysis of human welfare in a warming planet. *Journal of Public Economics*, 95(11), 1607-1620.
- Marmot, M. & Wilkinson, R. (2009). *The social determinants of health*. University Press: Oxford.
- Marmot, M. (2005). Social determinants of health inequalities. *Public Health*, 365, 1099-104.
- Mitsopoulos, M. & Pelagidid, T. (2011). *Understanding the Crisis in Greece. From Boost to Bust*. New York: Palgrave.
- Nordhaus, W. D. & Tobin, J. (1972). Is growth obsolete? In W.D. Nordhaus & J.Tobin (1972), *Economic Research: Retrospect and Prospect Vol. 5: Economic Growth* (pp. 1-80). Cambridge MA: NBER.
- Nussbaum, M. (2006). *The Frontiers of Justice*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Nussbaum, M. & Sen, A. (2002). *The Quality of Life*. Oxford: Clarendon.
- OECD (2013a). *OECD Economic Surveys: Austria 2013*. Paris: OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2013-en
- OECD (2013b). *OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being*. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2013c). *OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth*. Paris: OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264194830-en>.
- OECD (2013d). *OECD Guidelines for Micro Statistics on Household Wealth*. Paris: OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264194878-en>
- ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung (2011). *Arbeitsprogramm 2011*. <http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/90201/1/31228>
- Pesendorfer, K., Eiffe, F. & Wegscheider-Pichler, A. (2012). *Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt - Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen*. Wien: Statistik Austria. https://www.statistik.at/web_de/static/hintergrundbericht_wie_gehts_oesterreich_070146.pdf
- Petrović, B. (2012a). *Umweltgesamtrechnungen Modul Materialflussrechnung (Zeitreihe 1995 bis 2010)*. Projektbericht im Auftrag des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien: Statistik Austria.

- Petrović, B. (2012b). *Umweltgesamtrechnungen Modul Öko-Steuern (Zeitreihe 1995 bis 2011)*, Statistik Austria, Projektbericht im Auftrag des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2012.
- Rat der Europäischen Union (2011). Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“, *Amtsblatt der Europäischen Union* 2011/C 70/01
- Rawls, J. (1975). *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Suhrkamp: Frankfurt/Main.
- Rechnungshof (2012). *Allgemeiner Einkommensbericht 2012*. Wien: Rechnungshof. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2012/berichte/einkommensbericht/Einkommensbericht_2012.pdf
- Reinhart, M. & Kenneth S. (2012). Rogoff's This Time Is Different: Eight Centuries of Financial Folly. *Journal of Economic Literature*, 50(4), 1092–1105.
- Richtlinie des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (91/271/EWG) (Kommunaler-Abwasser-Richtlinie).
- Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (Biokraftstoffrichtlinie).
- Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates.
- Richtlinie 2008/98/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (Abfallrahmenrichtlinie).
- Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).
- Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.
- Roemer, J. (1996). *Theories of Distributive Justice*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Schaffartzik, A., Krausmann, F. & Eisenmenger, N. (2011). *Der Rohmaterialbedarf des österreichischen Außenhandels*. Social Ecology Working Paper 125, IFF Social Ecology, Wien.
- Schoer, K., Buyny, S., Flachmann, Ch. & Mayer, H. (2007). Nutzung von Umweltressourcen durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte. *Wirtschaft und Statistik*, 1/2007, 97-112.
- Sen, A. K. (2009). *Ökonomische Ungleichheit*. Marburg: Metropolis.
- Sevilla, A., Gimenez-Nadal, J. & Gershuny, J. (2012). Leisure Inequality in the United States: 1965—2003. *Demography*, 49(3), 939-964.
- Song-Klein, Y. (2012). *Gesundheit und Umwelt*. <http://www.gesundheit.de/medizin>
- Spangenberg, J.H.(2005). *Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft. Theorien, Kriterien und Indikatoren*. Berlin: Sigma.
- Spolaore, E., Wacziarg, R. (2013). How Deep Are the Roots of Economic Development. *Journal of Economic Literature* 2013, 51(2), 325-369.
- Statistik Austria (2009). Energiegesamtrechnung (Energy Accounts) 1999 – 2008. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiegesamtrechnung/index.html
- Statistik Austria (2011). Standard-Dokumentation - Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer 1970 (1988)-2009 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Statistik Austria (2012). Umweltschutzausgabenrechnung 1995 – 2010, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltschutzausgaben/index.html

Statistik Austria (2012). Materialflussrechnung 1995 – 2010. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/materialflussrechnung/index.html

Statistik Austria, Öko-Steuern (2013). 1995 – 2011, erste Schätzungen für 2012 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/oeko-steuern/index.html

Statistik Austria (2013). Österreichische Energiebilanzen 1970 – 2011 (2012 vorläufig), http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Statistik Austria, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (2013). 2008 – 2011, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltorientierte Produktion_und_dienstleistung/index.html

Stern, N. (2009). *The global deal: Climate change and the creation of a new era of progress and prosperity*. New York: PublicAffairs.

Stiglitz, J. (2012). *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*. München: Siedler.

Stiglitz, J., Sen, A. & Fittoussi, J. (2009). *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf

Taylor, A. (2012). Global Financial Stability and the Lessons of History: A Review of Carmen M. Reinhart and Kenneth S. Rogoff's *This Time Is Different: Eight Centuries of Financial Folly*. *Journal of Economic Literature*, 50(4), 1092-1105.

Till, M.; Baldaszti, E. & Eiffe, F. (2012). *Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich – Endbericht*. Wien: Statistik Austria.

Überreiter, E., Lenz, K., Windhofer, G. & Zieritz, I. (2012). *Kommunale Abwasserrichtlinie der EU – 91/271/EWG, Österreichischer Bericht 2012*. Wien: Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Umweltbundesamt (2013a). *Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990–2011 – Emission Trends*. <http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0407.pdf>

Umweltbundesamt (2013b). *Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich*. Reports Bd. REP-0410. Wien: Umweltbundesamt.

UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA. <http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seea.asp>

UNECE (2010). *Measuring Quality of Employment*. Geneva: United Nations.

UNEP, United Nations Environment Programm (2011). *Decoupling natural resource use and environment impacts from economic growth, a Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel*. http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/ressourcennutzung_zahlen-und-fakten/decoupling.html

United Nations (1987) *United Nations Report of the World Commission on Environment and Development; "Brundtland-Bericht". Our Common Future*.

Van den Bergh, J. (2007). Abolishing GDP. Tinbergen Institute Discussion Paper, 019-3.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Deponien (Deponieverordnung 2008) BGBl. II Nr. 39/2008, geändert durch BGBl. II Nr. 185/2009, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 178/2010

Wegscheider-Pichler, A. (2009). *Umweltgesamtrechnungen, Modul Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (EGSS) - Pilotbericht 2008*. Projektbericht im Auftrag des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltorientierte Produktion_und_dienstleistung/index.html

WHO (2013). *Health and human rights*. <http://www.who.int/hhr/en/>

Wilkinson, R. & Pickett, K. (2009). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin: Haffmans & Tolkemitt.

Yitzhaki, S. (1979). Relative deprivation and the Gini coefficient. *The Quarterly Journal of Economics*, 321-324.



Wie geht's Österreich? – Sonderkapitel Lebensqualität:

Die Determinanten des subjektiven Wohlbefindens*

* Begutachteter Beitrag verfasst von Franz Ferdinand Eiffe, Kathrin Gärtner, Anneliese Oismüller, Marc Plate.

Inhalt

1.1	
Einleitung und Hintergrund	154
1.2	
Wie verteilt sich Lebenszufriedenheit?	156
Geschlecht	156
Alter	156
Lebensform/Familienstand	157
Einkommen	158
Geburtsland/Staatsbürgerschaft	158
1.3	
Zufriedenheitsmuster	161
1.4	
Zusammenhänge zwischen Lebenszufriedenheit und anderen Dimensionen	164
Materielle Lebensbedingungen: Ausgrenzungsgefährdung	165
Produktive Aktivitäten und Arbeit: Arbeitslosigkeit und Arbeitszufriedenheit	167
Gesundheit	168
Bildung	169
Soziale Teilhabe	170
Physische Unsicherheit	170
Qualität der gesellschaftlichen Organisation	171
Natürliche Wohnumgebung	171
1.5	
Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf	173
Trendanalyse der Lebenszufriedenheit	173
Lebenszufriedenheit im Längsschnitt	173
Analyse einschneidender Ereignisse im Lebenslauf	174
Veränderungen in der Gesundheit	175
Veränderungen in der Armutsgefährdung	176
Veränderungen in der Partnerschaft	177
1.6	
Conclusio	178
1.7	
Methodische Erläuterungen	179
EU-SILC	179
Verwendete Items	179
Skala	180
Trends und längsschnittliche Betrachtung (Panelanalyse)	180
Statistische Verfahren	181
Quellen	182

Grafiken

Grafik 1	Verteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit	156
Grafik 2	Lebenszufriedenheit nach Alter	157
Grafik 3	Lebenszufriedenheit nach Familienstand	157
Grafik 4	Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen	158
Grafik 5	Lebenszufriedenheit nach Geburtsland	159
Grafik 6	Lebenszufriedenheit nach Staatsbürgerschaft	159
Grafik 7	Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nach demografischen Merkmalen	160
Grafik 8	Beschäftigungsstatus nach Zufriedenheitstypen	161
Grafik 9	Familienstand nach Zufriedenheitstypen	162
Grafik 10	Risikofaktoren: Sehr-Zufriedene vs. Unzufriedene	163
Grafik 11	Lebenszufriedenheit nach Ausgrenzungsgefährdung	166
Grafik 12	Lebenszufriedenheit nach Teilindikatoren der Ausgrenzungsgefährdung	166
Grafik 13	Lebenszufriedenheit nach Zufriedenheit mit der Hauptbeschäftigung	168
Grafik 14	Lebenszufriedenheit nach subjektivem Gesundheitszustand	168
Grafik 15	Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nach Bildung	170
Grafik 16	Lebenszufriedenheit nach „physischer Unsicherheit“	170
Grafik 17	Lebenszufriedenheit nach Bewertung des politischen Systems	171
Grafik 18	Zufriedenheit nach verschiedenen Umweltbelastungen	171
Grafik 19	Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf	173
Grafik 20	Häufigkeit der Unzufriedenheit innerhalb von vier Jahren	174

Übersichten

Übersicht 1	Eigenschaften verschiedener Zufriedenheitsmuster	167
Übersicht 2	Ergebnisse der Gesamtregression: Demografie	170
Übersicht 3	Einflussgröße der Ausgrenzungsgefährdung auf die Lebenszufriedenheit	172
Übersicht 4	Teilindikatoren-Matrix der Ausgrenzungsgefährdung in % (Zeilen)	173
Übersicht 5	Einfluss unterschiedlicher Hauptaktivitäten auf die Lebenszufriedenheit	173
Übersicht 6	Einfluss der subjektiven Gesundheitseinschätzung auf die Lebenszufriedenheit	175
Übersicht 7	Einflüsse von Umweltbelastungen auf die Lebenszufriedenheit	178
Übersicht 8	Lebenszufriedenheit nach Veränderungen im Gesundheitsstatus	181
Übersicht 9	Lebenszufriedenheit nach Veränderungen in der Armutsgefährdung	182
Übersicht 10	Lebenszufriedenheit nach Veränderungen in der Partnerschaft	183
Übersicht 11	Darstellung des Zufriedenheits-Items	186
Übersicht 12	Item-Non-Response „Lebenszufriedenheit“ 2004 - 2011	186

1.1

Einleitung und Hintergrund

Ist die Betrachtung subjektiver Zufriedenheit in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs von gesellschaftspolitischer Relevanz? Misst sich der Erfolg des politischen Betriebs nicht vielmehr an harten Fakten wie den Arbeitslosenzahlen und dem Wirtschaftswachstum? Sicher wäre es kritisch zu sehen, wenn der alleinige Fokus der Politik nur mehr auf der Erhöhung der Zufriedenheit der Bevölkerung läge. Allerdings kann das subjektive Wohlbefinden, als ein Indikator von vielen, durchaus als Gradmesser für individuelle und sozio-ökonomische Umstände dienen, in denen sich Personen befinden. Konkret spricht eine Reihe von Gründen dafür, der Lebenszufriedenheit einen größeren Stellenwert in der öffentlichen und politischen Debatte einzuräumen. Zum einen können Zufriedenheitswerte wichtige Hinweise liefern, welche Bevölkerungsgruppen besonders belastenden Lebensbedingungen ausgesetzt sind, und wo damit eventuell besonderer politischer Handlungsbedarf besteht. Des Weiteren kann eine entsprechende Analyse auch Bevölkerungsgruppen identifizieren, deren Zufriedenheit höher ist als vermutet. In Zeiten knapper Ressourcen könnten diese Erkenntnisse genutzt werden, um politische Maßnahmen gezielt auf belastete Bevölkerungsgruppen abzustimmen. Und schließlich können die Auswirkungen verschiedener Einflussfaktoren auf unterschiedliche Aspekte der subjektiven Lebensqualität quantifiziert und verglichen werden. Analysen dieser Art stellen eine wichtige Grundlage für Debatten über politische Trade-offs dar. In Zeiten geringen Wachstums und engen fiskalischen Spielraums kann das Wissen, welche Faktoren das Wohlbefinden am meisten beeinflussen, für die politische Entscheidungsfindung von zentraler Bedeutung sein.

Lange Zeit bestand von Seiten der offiziellen Statistik ein starkes Misstrauen gegenüber subjektiven Daten, was u.a. mit methodischen Problemen zu tun hatte, die mit diesem Themenfeld verbunden sind. Wohlbefinden als mentaler Zustand ist nur durch Introspektion zugänglich¹ und somit nicht direkt intersubjektiv vergleichbar, wie beispielsweise das Einkommen einer Person (Robbins 1932). Zufriedenheit ist darüber hinaus kein Merkmal, das eine Person einfach so abfragen bzw. messen könnte, wie etwa die eigene Körpertemperatur. Die Antwort auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt“ finden Personen nicht fertig in sich

vor, sie ist vielmehr das Produkt eines aktiven Konstruktionsprozesses, der als solcher von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst wird: der momentanen Stimmung der Person; der Reihenfolge der Fragen, die der Person zuvor gestellt wurden; der sozialen Erwünschtheit bestimmter Antworten und normativen Vorstellungen (z.B. wer mit seinem Leben nicht zufrieden ist, der hat bei der Lebensgestaltung versagt), von generellen Antworttendenzen (z.B. Neigung keine extremen Antwortalternativen auszuwählen) und nicht zuletzt von gesellschaftlichen und subjektiven Auffassungen dazu, was „mit dem eigenen Leben zufrieden sein“ eigentlich genau bedeutet (siehe z.B. Diener & Tov 2011, Tinkler & Hicks 2011, Oguz et al. 2013 u.v.a.). Die Zufriedenheit eines Menschen ist darüber hinaus auch von seinen Erwartungen hinsichtlich eines geglückten Lebens (bzw. eines guten Jobs) sowie von dem Ausmaß, in dem diese Erwartungen erfüllt sind, beeinflusst (siehe z.B. Brown et al. 2012).

Inzwischen hat sich aber auch in der offiziellen Statistik die Auffassung durchgesetzt, dass es sich erstens bei subjektivem Wohlbefinden, wie die wachsende Anzahl der Forschungspublikationen gezeigt hat, durchaus um einen seriösen und grundsätzlich handhabbaren Forschungsgegenstand handelt, und dass es zweitens zulässig erschiene wäre, subjektive Einschätzungen zu ignorieren wenn die Frage nach Fortschritt und Wohlbefinden beantwortet werden soll. Zusammenfassend kann man also sagen, dass es trotz aller methodischen Probleme möglich und angezeigt ist, auch subjektive Maße zu berücksichtigen.

In den letzten Jahren wurden unterschiedliche Methoden entwickelt, subjektives Wohlbefinden systematisch zu quantifizieren (z.B. Kahneman et al. 1999). Die OECD (2013) veröffentlichte erst kürzlich Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens, insbesondere mit dem Ziel, der offiziellen Statistik konsistente Standards an die Hand zu geben. In letzter Zeit konnte auch Konsens darüber erzielt werden, dass der Überbegriff subjektives Wohlbefinden in drei komplementäre Ansätze aufgegliedert werden kann, die gemeinsam betrachtet ein Gesamtbild ergeben (z.B. Tinkler & Hicks 2011, Eurostat 2011)

1. Evaluatives Wohlbefinden: ein kognitiv basiertes Urteil über das eigene Leben oder spezifische Aspekte davon (z.B. Michalos 1985): z.B. Lebenszufriedenheit, Jobzufriedenheit
2. Affekte: Gefühle und emotionale Zustände einer Person; üblicherweise in Bezug auf einen bestimmten Zeitpunkt erhoben (z.B. Diener et al. 1985, Krueger et al. 2009)

1) Zwar besteht theoretisch auch die Möglichkeit objektive Marker für Zufriedenheit heranzuziehen (siehe Noelle –Neumann 1997), wie etwa den mimischen Ausdruck oder andere physiologische Parameter, allerdings können diese wieder nur durch Introspektion validiert werden.

3. Eudaimonia: Lebenssinn; Aspekte und Begriffe, die für das Wohlbefinden als wichtig erachtet werden (wie etwa Autonomie, Beziehungen, Sinn, Selbstwert etc.) (z.B. Deci & Ryan 1980, Seligman 2011)

In diesem Kapitel fokussieren wir insbesondere auf den evaluativen Ansatz des subjektiven Wohlbefindens: Die gesamte Lebenszufriedenheit, die die zehnte Dimension der Lebensqualität des *WgÖ?*-Sets darstellt, kann gewissermaßen als die Klammer interpretiert werden, welche die neun anderen Dimensionen umfasst. Sie soll daher auch im Zusammenhang mit diesen analysiert werden. Auf diese Weise können spezifische Merkmale identifiziert werden, die mit hoher oder niedriger Lebenszufriedenheit im Zusammenhang stehen.

Im vorliegenden Sonderkapitel werden eingangs einige methodische Aspekte erläutert. Abschnitt 1.3 setzt sich mit der Verteilung der Lebenszufriedenheit auf unterschiedliche soziodemografische Gruppen auseinander. Abschnitt 1.4 fokussiert auf unterschiedliche Muster der Zufriedenheit. Hier wird u.a. die Frage gestellt, wie sich die unzufriedenen von den sehr zufriedenen Personen strukturell unterscheiden. In Abschnitt 1.5 werden Zusammenhänge zwischen der Lebenszufriedenheit und den anderen Dimensionen der Lebensqualität regressionsanalytisch beleuchtet. Das Kapitel schließt mit einer längsschnittanalytischen Betrachtung. Hier wird exemplarisch anhand dreier Aspekte untersucht, wie Übertritte bzw. spezifische Ereignisse im Zeitverlauf auf die Lebenszufriedenheit wirken.

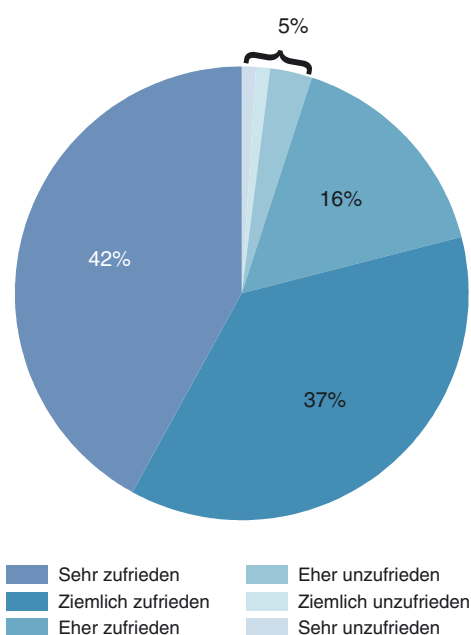
1.2

Wie verteilt sich Lebenszufriedenheit?

Anfangs soll ein Blick auf die Verteilung der Lebenszufriedenheit geworfen werden. Dabei werden Zufriedenheitswerte nach unterschiedlichen demografischen Kategorien ausgewiesen und verglichen. Bei der Interpretation ist darauf zu achten, keine kausalen Zusammenhänge zu postulieren. Bivariate Darstellungen sind lediglich deskriptive Befunde, d.h. sie zeigen den Status Quo der Lebenszufriedenheit einer bestimmten Gruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Zufriedenheit der einen kann höher oder niedriger als die einer anderen Gruppe ausfallen. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass der Unterschied durch das spezifische Gruppenmerkmal bedingt ist. Beispielsweise können Personen in höheren Altersgruppen unzufriedener als jene in jüngeren Altersgruppen sein. Der Grund dafür kann aber auch in ganz anderen Faktoren als jenem des Alters liegen (z.B. Kohorteneffekte).

Wie verteilt sich die Lebenszufriedenheit? Grafik 1 zeigt, dass 2011 42% der Personen ab 16 Jahren mit ihrem Leben sehr zufrieden und 37% ziemlich zufrieden waren. Der Anteil der Unzufriedenen („eher unzufrieden“ bis „sehr unzufrieden“) machte nur 5% aus.

Grafik 1
Verteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Unter der Annahme, dass es sich bei der subjektiven Lebenszufriedenheit um ein intervallskaliertes Merkmal handelt, betrug die mittlere Lebenszufriedenheit (arithmetisches Mittel) 5,1, wobei 1 für „sehr unzufrieden“ und 6 für „sehr zufrieden“ steht.

Geschlecht

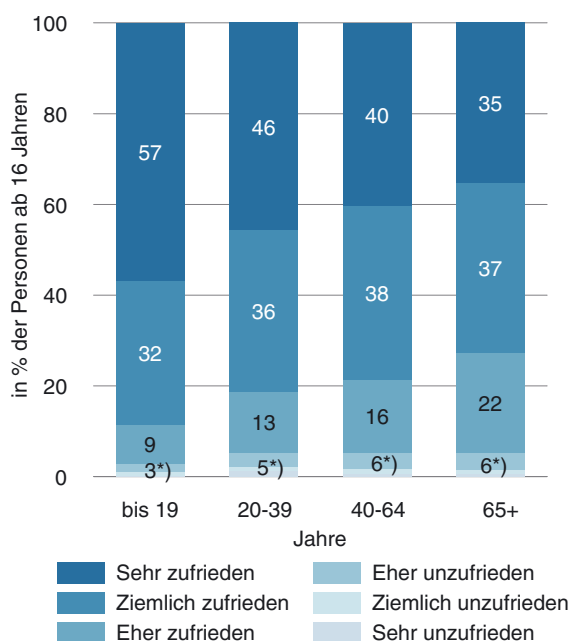
Zwischen Männern und Frauen zeigen sich auf EU-SILC Basis kaum Unterschiede. Beide Gruppen weisen einen Mittelwert der Lebenszufriedenheit von 5,1 auf. Auch in Bezug auf die Anteile zeigen sich kaum Differenzen: 41% sehr zufriedene Männer stehen 42% sehr zufriedenen Frauen gegenüber. Auch in der Forschung gibt es keine eindeutigen Ergebnisse in Bezug auf das Geschlecht. Beispielsweise zeigt Inglehart (1990), dass Frauen und Männer gleich „zufrieden“, Frauen aber häufiger „sehr glücklich“ sind. Aus anderen Studien ging hervor, dass Frauen intensivere positive Emotionen erleben (Seidlitz & Dierner 1998).

Alter

56% der jüngsten Altersgruppe sind mit ihrem Leben sehr, 32% ziemlich zufrieden (siehe Grafik 2). Dem stehen 35% sehr und 37% ziemlich zufriedener Menschen in der Altersgruppe 65+ gegenüber. Der Anteil an Unzufriedenen variiert über alle Altersgruppen nur minimal. Damit zeigt sich, dass ältere Menschen im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen also nicht unzufriedener im eigentlichen Sinne, sondern vor allem etwas „weniger zufrieden“ sind. Dieser Befund spiegelt sich auch in den Mittelwerten wieder. Während 16-19-Jährige 2011 einen mittleren Zufriedenheitswert von 5,4 aufwiesen, betrug derselbe Wert bei den 65+ nur 5,0. Dieser Unterschied ist signifikant, wie auch alle anderen Unterschiede zwischen den Altersgruppen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, bei der Interpretation solcher Unterschiede Vorsicht walten zu lassen. Bei einer Querschnittsbetrachtung, wie sie hier vorliegt, könnte der beobachtete Trend/Zusammenhang auch auf einen Kohorteneffekt zurückzuführen sein (siehe z.B. Eiffe et al. 2012). Personen, die jetzt über 60 Jahre alt sind, sind in anderen Zeiten aufgewachsen und waren anderen Sozialisierungsbedingungen ausgesetzt als Personen, die heute zwischen 16 und 19 Jahren alt sind. Restriktivere Erzie-

Grafik 2
Lebenszufriedenheit nach Alter



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

hungsmethoden, schlechtere Ausbildungschancen und ein damit einhergehendes niedrigeres Bildungsniveau oder geringere soziale Aufstiegschancen sind nur einige Beispiele, die erhebliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen aber auch auf persönliche Entwicklung und das allgemeine Lebensgefühl der heute über 65-Jährigen haben können. Welche Einflussfaktoren hier tatsächlich

wirksam werden, kann nur eine längsschnittliche Betrachtung über die Zeit klären (z.B. Berthoud et al. 2006).

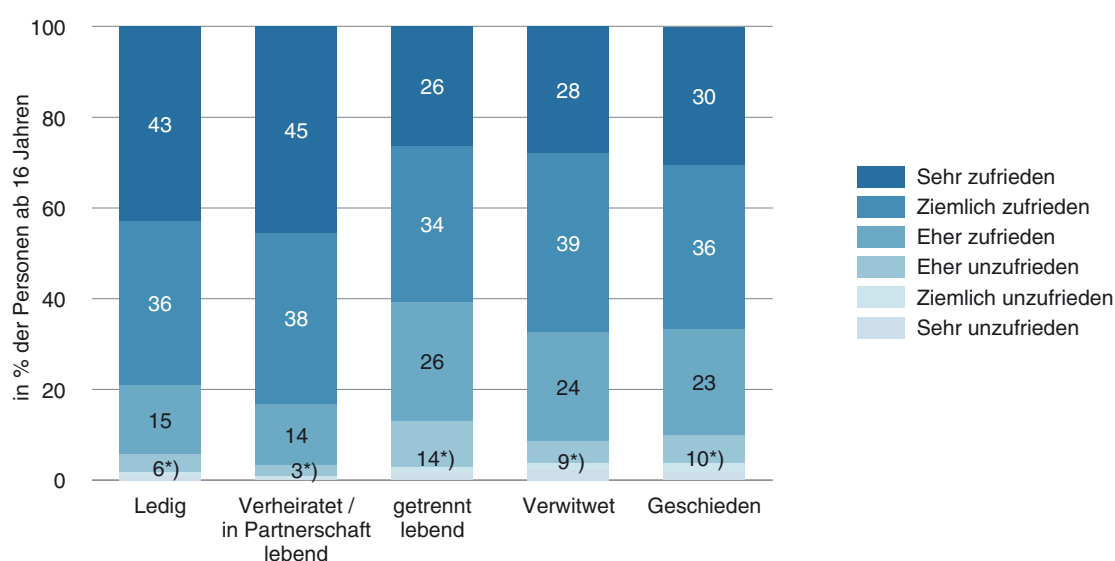
Lebensform/Familienstand

In der Literatur gibt es rege Diskussionen darüber, ob Ehe bzw. Partnerschaft glücklich macht oder ob glücklichere Menschen eher bereit sind, das Risiko Ehe auf sich zu nehmen, bzw. eher einen Partner oder eine Partnerin finden (siehe z.B. Waite 1995, Thurmain et al. 1999, Bucher 2009, 92ff. u.v.a.) Welcher Zusammenhang nun auch immer angenommen wird: ausschlaggebend ist der Befund, dass Verheiratete im Durchschnitt glücklicher oder zufriedener sind als getrennt lebende oder geschiedene Personen. EU-SILC ermöglicht neben Auswertungen nach Familienstand auch Aussagen über Personen, die in sonstigen Partnerschaften leben.

Vergleicht man Personen, die in Partnerschaft leben mit Personen, die getrennt oder in Scheidung leben bzw. verwitwet sind, so zeigt sich, dass die erste Gruppe nicht nur weniger häufig unzufrieden ist, sondern auch deutlich zufriedener (siehe Grafik 3). Interessanterweise zeigen ledige Personen ähnlich hohe Zufriedenheitsanteile, jedoch sind sie auch häufiger unzufrieden als in Partnerschaft lebende Personen. Den höchsten Anteil an unzufriedenen Personen weist mit 13% die Gruppe der getrennt Lebenden auf, während verwitwete Personen den mit 39% höchsten Anteil in der Kategorie „ziemlich zufrieden“ haben.

Personen mit Partner/Partnerin weisen eine mittlere Lebenszufriedenheit von 5,2, ledige Personen einen Wert

Grafik 3
Lebenszufriedenheit nach Familienstand



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

von 5,1 auf. Die Gruppe der getrennt lebenden, geschiedenen und verwitweten Personen rangierte zwischen 4,7 und 4,8. Die Unterschiede zwischen den drei Gruppen (verheiratet/verpartnert, ledig, getrennt/geschieden/verwitwet) sind statistisch signifikant.

Doch wie steht es nun um die Zufriedenheit der Verheirateten? Vergleicht man zusammenlebende verheiratete Paare mit zusammenlebenden Paaren ohne Trauschein, zeigt sich zwar, dass Personen in „wilder Ehe“ etwas häufiger sehr zufrieden waren, jedoch wiesen sie auch höhere Unzufriedenheitswerte auf. Die mittleren Zufriedenheitswerte unterschieden sich nicht und liegen in beiden Fällen bei 5,2. Hier muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass die Gruppen nicht direkt vergleichbar sind, beispielsweise weil Personen in „wilder Ehe“ durchschnittlich jünger sind.

Einkommen

Die Beziehung zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit ist ein Feld extensiven Forschungsinteresses. Untersuchungen dazu gehen schon in die frühen 1970er Jahre zurück. Heute besteht bezüglich der empirischen Beziehung zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit weitgehend Konsens, sowohl bezüglich der individuellen als auch der Ländervergleichsebene (Boarini et al. 2012, S.10). Höheres Einkommen geht mit höherer Lebenszufriedenheit einher, jedoch gibt es mit steigenden Einkommen einen abnehmenden Grenznutzen (vgl. Sacks et al. 2010). Dabei wurde in der Literatur gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen materiellen Lebensbedingungen und Zufriedenheit stärker ist

als jener zwischen materiellen Lebensbedingungen und Glück (Kahneman & Deaton 2010). Ebenfalls in der Literatur vielfach diskutiert wird in diesem Zusammenhang der Einfluss von Referenzgruppen auf die Lebens- bzw. andere Aspekte der Zufriedenheit (z.B. Ferrer-i-Carbonell 2005). Die Lebenszufriedenheit wird demnach nicht nur durch das Wohlstandsniveau beeinflusst (also etwa durch das Einkommensniveau), sondern auch durch das Vergleichseinkommen (wie viel Geld habe ich im Vergleich zu anderen, mit denen ich mich vergleiche?).

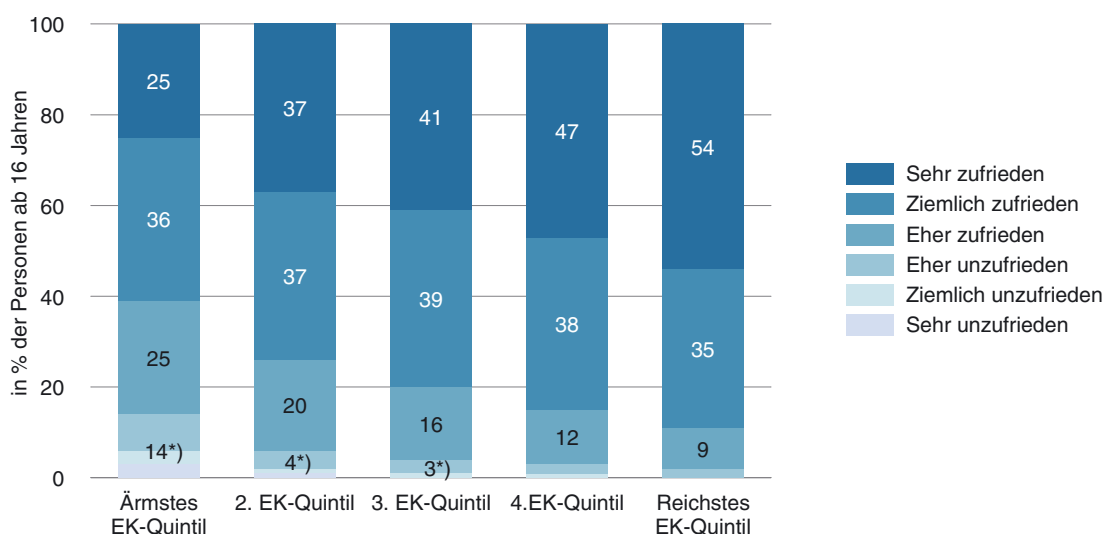
Ein höheres Einkommen geht auch in den untersuchten Daten durchschnittlich mit einer höheren Lebenszufriedenheit einher. Wie in Grafik 4 zu sehen, sind Personen im ärmsten Einkommensquintil nicht nur im Durchschnitt unzufriedener, sondern weisen mit insgesamt 14% auch bei weitem den größten Anteil an Unzufriedenen auf. Nur ein Viertel dieser Personen ist mit ihrem Leben sehr zufrieden. Der Anteil sehr zufriedener Personen liegt demgegenüber im reichsten Einkommensquintil bei 54%.

Geburtsland/Staatsbürgerschaft

Eine ebenfalls in der Literatur viel erforschte Beziehung ist jene zwischen Lebenszufriedenheit und Migration (z.B. Abdallah & Shah 2012, S.13ff). Zeigen sich unterschiedliche Muster der Lebenszufriedenheit zwischen Personen, die bereits im jeweiligen Land geboren wurden und solchen, die zugezogen sind?

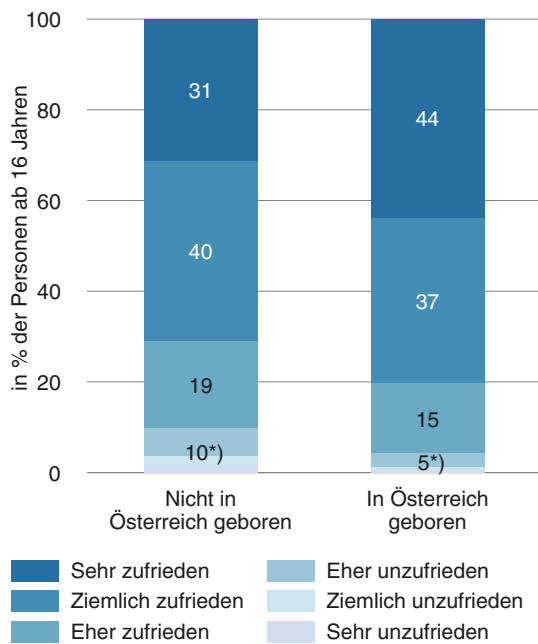
Hinsichtlich des Geburtslandes zeigt Grafik 5, dass zugewanderte Personen im Durchschnitt unzufriedener sind

Grafik 4
Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr inkl. Transferleistungen. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

Grafik 5
Lebenszufriedenheit nach Geburtsland



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

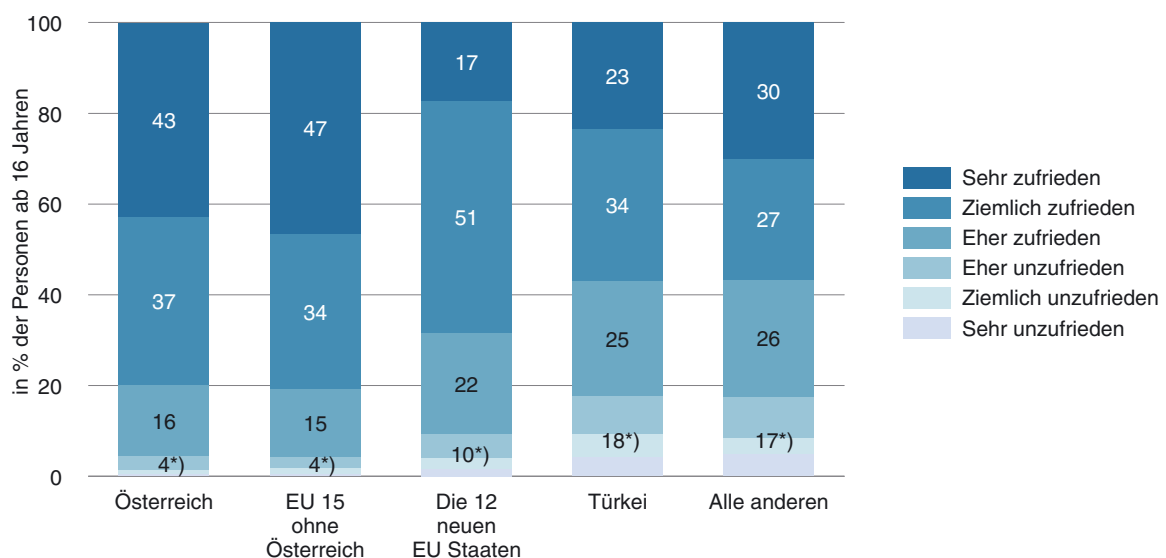
mit ihrem Leben als Personen, die in Österreich geboren wurden. 10% der Personen, die nicht in Österreich geboren wurden, sind eher, ziemlich oder sehr unzufrieden. Dies trifft nur auf 5% der in Österreich geborenen Menschen zu. Diese Gruppe weist mit 44% einen deutlich höheren Anteil an sehr zufriedenen Personen auf als die nicht in

Österreich Geborenen (31%). Die Mittelwerte zwischen den Gruppen unterscheiden sich signifikant voneinander.

Ein zweites wichtiges – damit zusammenhängendes – Merkmal ist die Staatsbürgerschaft. Hier zeigt sich, dass Österreicherinnen und Österreicher 2011 mit ihrem Leben zufriedener waren als ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Die Unterschiede sind dabei allerdings nicht ganz so groß wie zwischen in Österreich geborenen und nicht in Österreich geborenen Personen. Dabei lohnt sich ein zweiter Blick, da sich in Österreich lebende Ausländer und Ausländerinnen je nach Heimatland ganz unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen gegenüber sehen (Statistik Austria 2012). Wie Grafik 6 zu entnehmen ist, sind Personen aus anderen EU15-Ländern tendenziell sogar etwas zufriedener als Österreicherinnen und Österreicher. Besonders hoch ist die Gruppe der Unzufriedenen bei den Personen aus „sonstigen“ Ländern. Auffällig ist auch, dass die Gruppe der Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern mit 17% den geringsten Anteil an sehr zufriedenen Personen aufweist. Statistisch signifikante Unterschiede der Mittelwerte gibt es jedoch nur zwischen der Gruppe der EU-15 (inkl. Österreich) und allen anderen Gruppen.

Hier liegt eventuell auch die Erklärung für die insgesamt geringeren Unterschiede bei der Staatsbürgerschaft. Beim Geburtsland außerhalb Österreichs sind auch jene Personen inkludiert, die eingebürgert wurden. Einbürgerung bringt aber bestimmten Personengruppen (z.B. Personen aus Drittländern) deutlich mehr Vorteile als anderen, die z.B. auch ohne Einbürgerung fast alle Rechte haben (wie z.B. EU-Bürgerinnen und Bürger). So sind in der Gruppe der im Ausland geborenen mehr in Drittländern geborene Personen als in der Gruppe der Nicht-Österreicher. Diese führen in Österreich mit einer geringeren Wahr-

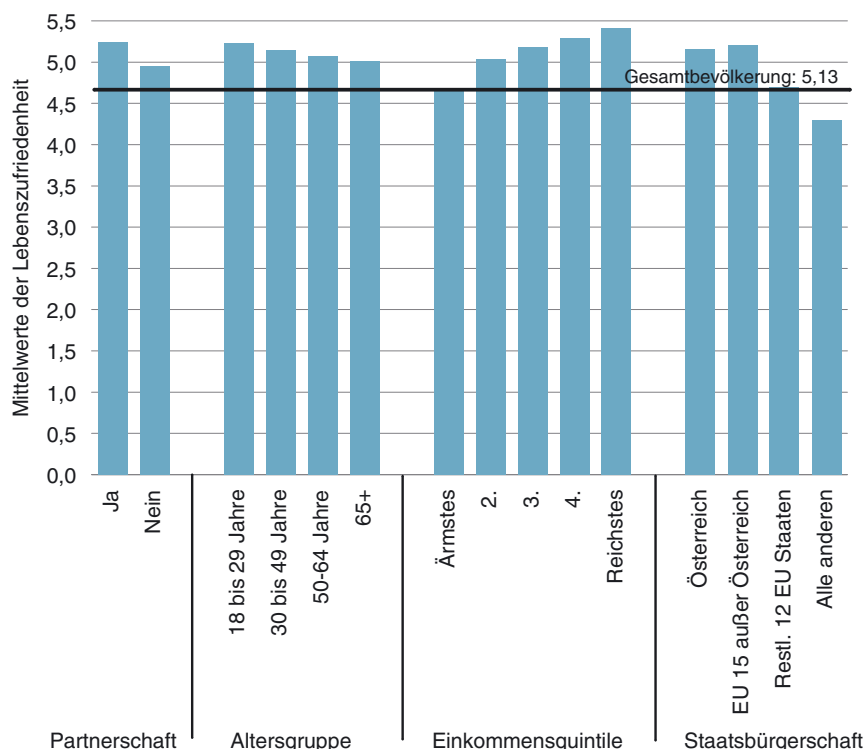
Grafik 6
Lebenszufriedenheit nach Staatsbürgerschaft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

Grafik 7

Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nach demografischen Merkmalen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

scheinlichkeit, ein sehr zufriedenes Leben führen. Woran das liegt, kann anhand der vorliegenden Daten jedoch nicht beurteilt werden

Bei Vergleichen dieser Art müssen aber immer auch methodische Überlegungen einbezogen werden. So muss etwa erwogen werden, dass in unterschiedlichen Kulturen unterschiedliches Antwortverhalten insbesondere auf sensible subjektive Fragestellungen vorherrscht (Suh et al. 1998). Andere Faktoren, die zu Verzerrungen beitragen können, betreffen etwa unterschiedliche Konnotationen der Begriffe in verschiedenen Sprachen oder auch Übersetzungen.

Schließlich ist bei Vergleichen dieser Art, wie bereits oben erwähnt, zu berücksichtigen, dass Lebenszufriedenheit immer auch damit zusammenhängt mit wem man sich vergleicht. Sollten sich Zugewanderte vor allem mit anderen Zugewanderten aus denselben Ursprungsländern vergleichen, so ist es durchaus möglich, dass sie deutlich zufriedener sind, als ihre objektiven Lebensbedingungen eigentlich erwarten ließen (siehe z.B. Kosic et al. 2004).

Grafik 7 zeigt zusammenfassend die Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nach den unterschiedlichen oben beschriebenen demografischen Ausprägungen.

1.3

Zufriedenheitsmuster

Während bisher im Fokus stand, inwiefern unterschiedliche Gruppen verschiedene Niveaus an Lebenszufriedenheit aufweisen, soll hier die Perspektive vertauscht werden. In den Vordergrund rückt die Frage, welche Eigenschaften die Gruppe der mit ihrem Leben sehr zufriedenen Personen und jene der eher, ziemlich oder sehr unzufriedenen Personen aufweisen.

Übersicht 1 listet eine Reihe von Faktoren auf und hebt jene Gruppen hervor, die (statistisch signifikant²) mit einer größeren Wahrscheinlichkeit unter jenen zu finden sind, die mit ihrem Leben sehr zufrieden bzw. unzufrieden sind. Wir gehen hier über den Bereich der rein demografischen Faktoren hinaus und streifen bereits einige der dimensionsspezifischen Aspekte, die im nächsten Kapitel im Detail analysiert werden.

Grafik 8 vergleicht die Gruppe der sehr Zufriedenen und jene der insgesamt Unzufriedenen (eher/ziemlich/sehr) nach ihrer Haupttätigkeit. Es zeigt sich, dass eine Mehrheit der sehr zufriedenen Personen erwerbstätig oder pensi-

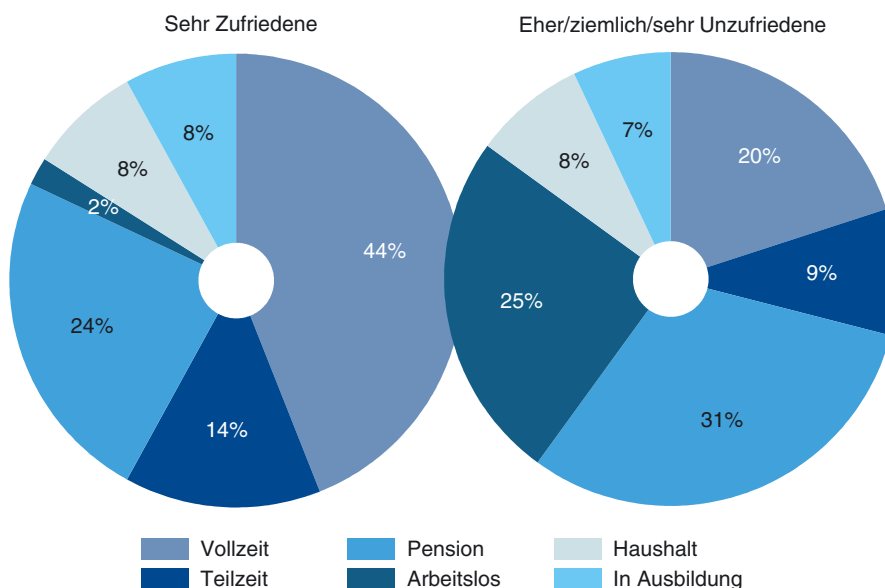
Übersicht 1
Eigenschaften verschiedener Zufriedenheitsmuster

Typ des Faktors	Eigenschaften mit	
	hoher Lebenszufriedenheit assoziiert	niedriger Lebenszufriedenheit assoziiert
Erwerbsstatus	Erwerbstätig	Pension / arbeitslos
Familienstand	in Partnerschaft lebend	getrennt lebend
Migrationshintergrund	österreichische Staatsbürgerschaft	keine österreichische Staatsbürgerschaft
Bildungsniveau	höhere formale Bildung	maximal Pflichtschule
Einkommen	viertes und reichstes Quintil	ärmstes Quintil
Wohnen	Eigentümer	Mieter / Gemeindebau
Gesundheit	überwiegend sehr gut / gut	überwiegend schlecht / sehr schlecht

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011

2) Es wurden χ^2 -Test ausgeführt (SAS Prozedur PROC Surveyfreq mit gewichteten Daten)

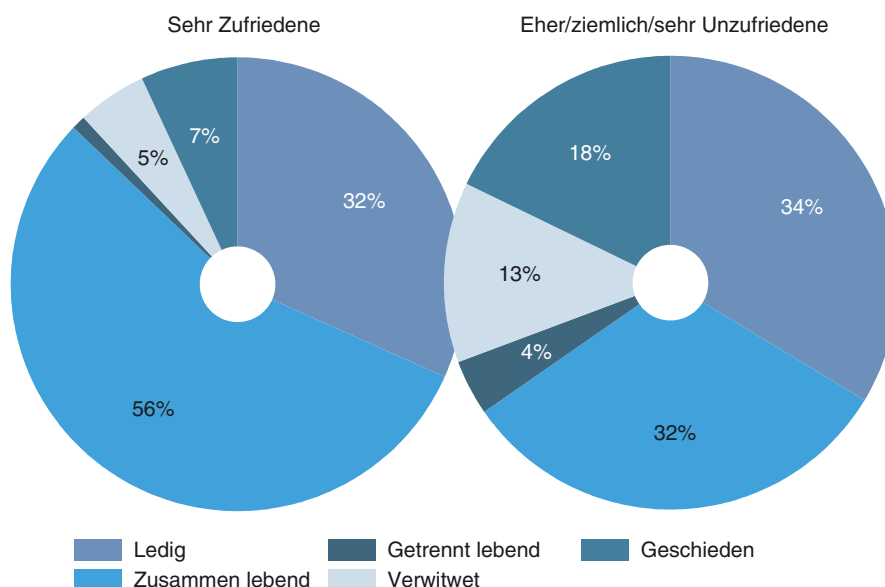
Grafik 8
Beschäftigungsstatus nach Zufriedenheitstypen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Grafik 9

Familienstand nach Zufriedenheitstypen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

oniert ist. Der größte Teil der unzufriedenen Gruppe ist hingegen entweder pensioniert oder arbeitslos (zusammen 56%), nur 30% dieser Gruppe sind erwerbstätig.

Eine Betrachtung der Zufriedenheitstypen nach dem Familienstand (siehe Grafik 9) ergibt, dass mehr als die Hälfte der sehr zufriedenen Personen (56%) mit dem Partner/der Partnerin in einem gemeinsamen Haushalt lebt (entweder verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft). Immerhin 32% dieser Gruppe sind ledig. Auf der anderen Seite sind auch 34% der Unzufriedenen ledig. Der Unterschied der Ledigen in den beiden Gruppen liegt in der Altersstruktur: Während die ledigen Personen in der Gruppe der sehr Zufriedenen im Durchschnitt 29 Jahre alt sind, ist das Durchschnittsalter der Ledigen in der Gruppe der Unzufriedenen mit 39 deutlich höher. Bei den Unzufriedenen ist aber insbesondere der Anteil der geschiedenen (18%) und verwitweten Personen (13%) weit größer als in der Gruppe der sehr Zufriedenen.

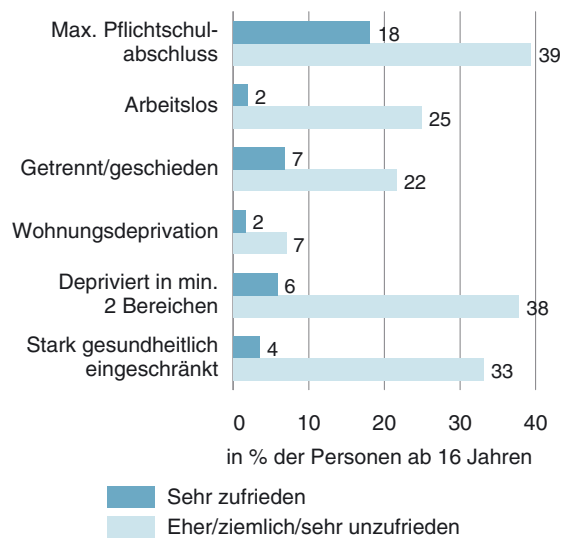
- **Bildung:** 34% der Personen, die mit ihrem Leben sehr zufrieden sind, haben entweder einen Matura- oder einen Universitätsabschluss. Dies trifft nur auf 19% der Personen zu, die mit ihrem Leben unzufrieden sind.
- **Einkommen:** 28% der mit ihrem Leben sehr zufriedenen Personen befinden sich im reichsten Einkommensquintil, während dies nur auf 7% der Unzufriedenen zutrifft. Umgekehrt finden sich 48% dieser Gruppe im ärmsten Einkommensquintil wieder, während dort nur 12% der sehr zufriedenen Personen anzutreffen sind.
- **Gesundheit:** 85% der mit ihrem Leben sehr zufriedenen Personen berichten einen sehr guten oder guten

allgemeinen Gesundheitszustand. Dies tun andererseits nur 24% der mit ihrem Leben Unzufriedenen. In dieser Gruppe herrscht mehrheitlich eine schlechte oder sehr schlechte Gesundheit nach subjektiver Wahrnehmung vor (41%).

- **Wohnen:** 65% der sehr Zufriedenen leben in Häusern oder Wohnungen, die sich in ihrem Besitz befinden gegenüber 31% der unzufriedenen Personen. Die unzufriedenen Personen leben mehrheitlich in Gemeindebauten oder in privaten Mietverhältnissen (48%), ein Umstand der nur auf 19% der mit ihrem Leben sehr zufriedenen Personen zutrifft.

Aus diesen deskriptiven Befunden lassen sich bereits Risikofaktoren einer höheren Lebensunzufriedenheit erkennen. Demografische und sozioökonomische Faktoren trennen deutlich die Gruppe der Personen mit hohem von jener mit niedrigem subjektiven Wohlbefinden voneinander. Eine Identifikation solcher Risikofaktoren kann Indikation für unterschiedliche Ansätze liefern: Ist die Gruppe der Unzufriedenen homogen in Bezug auf bestimmte Merkmale? Wo kann angesetzt werden, um hohe Unzufriedenheit zu vermeiden? etc. In Grafik 10 betrachten wir einige Risiko-Schlüsselfaktoren und zeigen den Anteil der Betroffenen mit ihrem Leben (eher/ziemlich/sehr) unzufriedener Personen gegenüber den sehr Zufriedenen. Unter den betrachteten Faktoren sind insbesondere gesundheitliche Einschränkungen und materielle Deprivation von großer Bedeutung für die Lebenszufriedenheit: 38% sind in mindestens in zwei Bereichen depriviert und 33% geben an, bei alltäglichen Handlungen stark durch gesundheitliche Probleme eingeschränkt zu sein. 39% der mit ihrem Leben unzufriedenen Perso-

Grafik 10

Risikofaktoren: Sehr-Zufriedene vs. Unzufriedene

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

nen verfügen maximal über einen Pflichtschulabschluss, gegenüber 18% der sehr zufriedenen Personen.

Im folgenden Kapitel werden verschiedene dieser Faktoren regressionsanalytisch untersucht. Dabei verläuft die Analyse entlang der Dimensionen der Lebensqualität, wie sie im *WgÖ?*-Indikatorenset abgebildet sind.

1.4

Zusammenhänge zwischen Lebenszufriedenheit und anderen Dimensionen

Unter den 10 Dimensionen der Lebensqualität, wie sie in Kapitel 3 Lebensqualität berichtet wurden, nimmt die Lebenszufriedenheit eine Sonderstellung ein, stellt sie doch konzeptionell eine subjektive Gesamtbewertung der einzelnen (subjektiven und objektiven) Komponenten der Lebensqualität dar (Pavot 2008, S.125). Entsprechend stellt sich die Frage, inwieweit sich die allgemeine subjektive Lebenszufriedenheit als ein Spiegel der in WgÖ² erfassten Lebensbedingungen darstellt. Im folgenden Kapitel sollen daher, soweit anhand der EU-SILC-Daten möglich, Zusammenhänge zwischen der Lebenszufriedenheit und anderen Indikatoren der Lebensqualität untersucht werden. Dabei soll die generelle Hypothese geprüft werden, dass jeder dieser Faktoren über die anderen Faktoren hinweg einen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit ausübt (vereinfacht ausgedrückt, freilich kann auch hier keine Aussage über die Kausalrichtung getroffen werden). Diese Hypothese wird durch eine Regressionsanalyse geprüft, die neben relevanten demografischen Variablen zu jeder

Dimension soweit möglich zumindest eine weitere Variable enthält³⁾

In Anbetracht der Natur der geprüften Items müssten – wenn alle sonstigen Voraussetzungen dafür gegeben sind – eher ordinale logistische Regressionen durchgeführt werden. In der einschlägigen Forschung herrscht jedoch Konsens darüber, dass für die Analyse subjektiver Items (Skalen) auch einfache lineare Regressionsmodelle herangezogen werden können. Ergebnisse aus Probit-Modellen sind einer breiteren Öffentlichkeit einerseits schwer zugänglich und nicht eindeutig interpretierbar, andererseits haben verschiedene Studien gezeigt, dass sich die Ergebnisse aus linearen Regressionen und komplexeren Modellen in Bezug auf Wohlbefinden nicht relevant unter-

3) Einen Sonderfall stellt hier die Ausgrenzungsgefährdung dar, wo die Deprivation anstatt der Gesamtgruppe der Ausgrenzungsgefährdeten ins Modell aufgenommen wird, da sonst die (logischen) Interkorrelationen mit den Variablen Arbeitslosigkeit und Einkommen zu groß wären.

Übersicht 2

Ergebnisse der Gesamtregression: Demografie

Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten		
	Regressionskoeffizient	Standardfehler	Pr > t
Intercept	4,615	0,152	<.0001
Demografie			
Referenz: Frauen			
Männer	-0,050	0,019	0,007
Alter			
Alter in Jahren	-0,015	0,004	<.0001
Alter*Alter	0,000	0,000	<.0001
Referenz: in Partnerschaft lebend			
nicht in Partnerschaft lebend	-0,272	0,023	<.0001
Referenz: in Österreich geboren			
nicht in Österreich geboren	-0,127	0,034	0,000
Referenz: Reichstes Einkommensquintil			
ärmstes Quintil	-0,299	0,038	<.0001
2. Quintil	-0,135	0,033	<.0001
3. Quintil	-0,092	0,030	0,0023
4. Quintil	-0,049	0,031	0,1094

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Lineare Regressionsanalyse mit gewichteten Daten (SAS Prozedur PROQ SURVEYREG), R²=27,26.

scheiden (z.B. Ferrer-i-Carbonell & Frijters 2004, Stevenson & Wolfers 2008, Oguz et al. 2013, Fleche et al. 2011)

Die Varianzaufklärung des Gesamtmodells mit allen relevanten demografischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, quadriertes Alter, Partnerschaft, Geburtsland, Einkommen) und allen verfügbaren Merkmalen der übrigen *WgÖ*-Dimensionen beträgt 27,3%. Übersicht 2 zeigt die Ergebnisse für die demografischen Variablen. Genauere Analysen zu den einzelnen Dimensionen sind in den folgenden Abschnitten zu finden.

Gemäß der Ergebnisse der deskriptiven Analysen aus Abschnitt 1.3 wurden die Variablen Geschlecht, Alter, Paar (mit Partner im Haushalt lebend), Geburtsland und das äquivalisierte Haushaltseinkommen (Einkommensquintile) in das Modell aufgenommen. Alle fünf Variablen sind über die sonstigen Einflussfaktoren hinaus signifikant. Nach Vorbild anderer Studien (z.B. Abdallah et al. im Erscheinen, Oguz et al. 2013) wird neben dem Alter auch das quadrierte Alter mit aufgenommen. Hierdurch können nichtlineare Effekte, die beispielsweise dadurch entstehen, dass sich die Zunahme der Unzufriedenheit mit dem Alter im höheren Alter abschwächt oder die Zufriedenheit sogar wieder ansteigt, abgebildet werden.

Obwohl in der deskriptiven Analyse kein Unterschied zwischen Männern und Frauen festgestellt werden konnte, zeigt sich in der Regressionsanalyse, dass Männer eine signifikant niedrigere Lebenszufriedenheit haben als Frauen. Allerdings ist der Unterschied verschwindend klein. Für weitere Analysen zu Gender und Lebenszufriedenheit wäre zu überlegen, ob sich die Determinanten der Lebenszufriedenheit zwischen Frauen und Männern unterscheiden. So wurde beispielsweise argumentiert, dass es für die Zufriedenheit von Frauen wichtiger ist, soziale Beziehungen zu haben als für Männer (Kaiser 2007).

Darüber hinaus ist aus dem Regressionsmodell ersichtlich, dass der lineare Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und Alter statistisch signifikant ist. Berücksichtigt man nur den linearen Effekt, gilt: je jünger eine Person, desto zufriedener ist sie im Mittel. Gemäß Regressionsgleichung wird dann für einen Alterszuwachs von 25 Jahren ein Rückgang der Lebenszufriedenheit um 0.375 prognostiziert. In der Wohlbefindens-Forschung wird allerdings von einer U-Kurve zwischen den Altersgruppen ausgegangen (z.B. Dolan et al 2008). Dieser Befund wird auch hier bestätigt, wenn man neben dem linearen auch den signifikanten Effekt des quadrierten Alters berücksichtigt: Dann ergibt sich in der Regressionsgleichung bei Kontrolle der anderen relevanten Variablen für die Lebenszufriedenheit nach Alter ein U-förmiger Verlauf, da der entsprechende Korrelationskoeffizient für das quadrierte Alter in die entgegengesetzte Richtung zeigt.

Die Analyse betrachtet auch den derzeitigen Familienstand und vergleicht in Partnerschaft oder Ehe lebende mit alleinstehenden oder getrenntlebenden Personen. Aus früheren Untersuchungen ist bekannt, dass Partnerschaft

und Lebenszufriedenheit positiv korreliert sind (z.B. Kahneman et al. 1993, Dolan et al. 2008, Boarini 2012). Dieser Befund zeigt sich auch in der vorliegenden Analyse. Unter Kontrolle anderer Faktoren haben alle alleinlebenden, geschiedenen, getrennten oder verwitweten Personen durchschnittlich deutlich geringere Lebenszufriedenheit als verheiratete oder in Partnerschaft lebende. Dieses Ergebnis bestätigt, dass Beziehungen eine wichtige Ingredienz des subjektiven Wohlbefindens darstellen. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass Faktoren, die hier nicht gemessen werden, ebenfalls einen erheblichen Einfluss haben können. Beispielsweise finden Personen, die glücklicher sind und Zuversicht ausstrahlen, leichter einen Partner als depressive oder melancholische Menschen (Bucher 2009, S.92ff). Daher können die Unterschiede, die zwischen Personen in Partnerschaft und solchen die getrennt oder alleine leben auch latente Unterschiede der Persönlichkeitsstruktur widerspiegeln (z.B. Diener 2000).

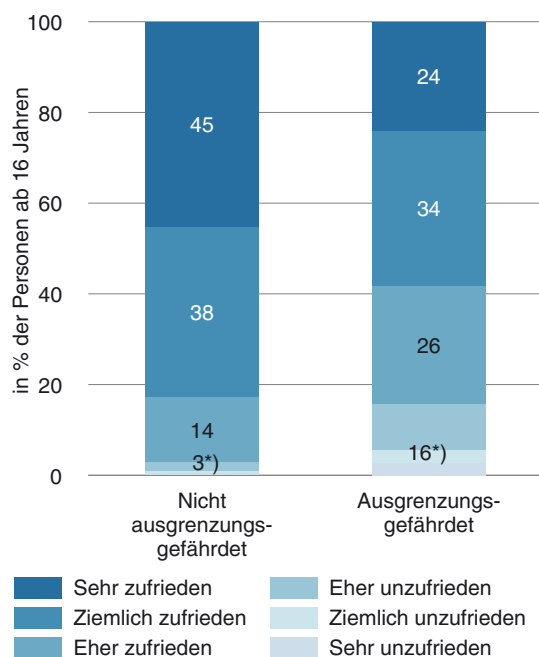
Materielle Lebensbedingungen: Ausgrenzungsgefährdung

Die Bedeutsamkeit der materiellen Lebensbedingungen für die Lebenszufriedenheit konnte anhand des äquivalisierten Haushaltseinkommens bereits gezeigt werde. *WgÖ*-Schlüsselindikator für die materiellen Lebensbedingungen ist die Quote der Ausgrenzungsgefährdeten⁴.

Grafik 11 zeigt die Zufriedenheitsanteile von Ausgrenzungsgefährdeten und nicht-gefährdeten Personen. Es zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit von ausgrenzungsgefährdeten Personen, mit ihrem Leben sehr unzufrieden zu sein rund siebenmal so hoch ist, wie jene der Vergleichsgruppe. Andererseits haben ausgrenzungsgefährdete Gruppen eine deutlich geringere Chance, mit ihrem Leben sehr zufrieden zu sein (24% vs 45%).

-
- 4) Als ausgrenzungsgefährdet gelten: (i) Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das 60% des nationalen Medianeinkommens nicht übersteigt, (ii) Personen, deren Haushalt nach EU-Definition erheblich materiell depriviert ist, also vier oder mehr der folgenden neun Merkmale aufweist:
- a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten
 - b. Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:
 - c. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
 - d. unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.000 EUR (SILC 2012) zu tätigen
 - e. die Wohnung angemessen warm zu halten
 - f. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
 - g. ein PKW
 - h. eine Waschmaschine
 - i. ein Farbfernseher
 - j. ein Telefon oder Handy
- und/oder (iii) Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind und in einem (nahezu) erwerbslosen Haushalt leben.

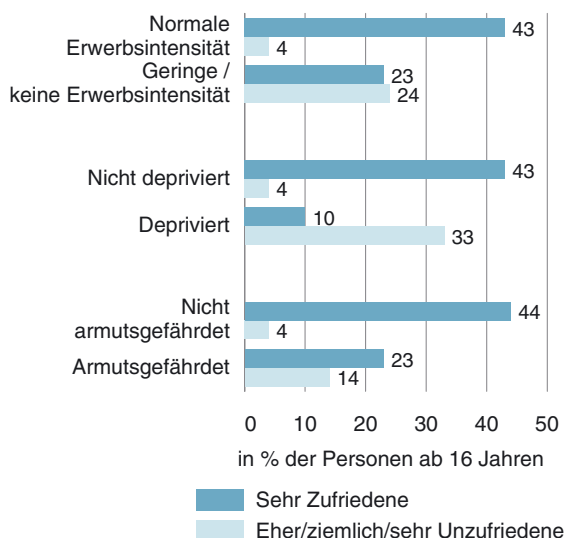
Grafik 11
Lebenszufriedenheit nach Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

Wie in Kapitel 3.2 bereits beschrieben, besteht die Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten aus den Armutsgefährdeten (weniger als 60% des Medianeinkommens), den Deprivierten und Personen in Haushalten ohne oder mit geringer Erwerbsbeteiligung. Grafik 12 zeigt, dass auch in jeder dieser Gruppen die Zufriedenheitswerte deutlich niedriger ausfallen als bei den nicht-betroffenen Personen.

Grafik 12
Lebenszufriedenheit nach Teilindikatoren der Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Einen besonders niedrigen Anteil an sehr zufriedenen Personen (10%) und einen besonders hohen Anteil Unzufriedener (33%) weist die Gruppe der Deprivierten auf (siehe Grafik 12). Ihr steht die Gruppe der Nicht-deprivierten mit 43% sehr zufriedenen und 4% unzufriedenen Personen gegenüber. Auch Personen in einem Haushalt mit geringer oder ohne Erwerbsbeteiligung sind häufiger unzufrieden (24%) als sehr zufrieden (23%). Die Vergleichsgruppe weist hingegen nur einen Anteil an Unzufriedenheit von 4% auf. Von den armutsgefährdeten Personen sind 14% mit ihrem Leben unzufrieden, 23% hingegen sehr zufrieden.

Es stellt sich nun die Frage, welche Teilgruppe der Ausgrenzungsgefährdeten besondere Einbußen bezüglich der Lebensqualität erleidet. Das Regressionsmodell wurde für diesen Zweck variiert: Einbezogen wurden abwechselnd die Teilindikatoren der Ausgrenzungsgefährdung „erhebliche materielle Deprivation“ (4 von 9 Merkmalen), „Personen in Haushalten mit geringer/ohne Erwerbsbeteiligung“ und Armutsgefährdung. Um die Erklärungskraft der verschiedenen unabhängigen Variablen vergleichbar zu machen, wurden die Variablen „Einkommen“ und „Arbeitslosigkeit“ zur Vermeidung von Multikollinearitäten⁵ aus dem Modell eliminiert.

Die in Übersicht 3 zusammengefassten Ergebnisse zeigen die Einflussgrößen des Schlüsselindikators Ausgrenzungsgefährdung und der Teilindikatoren jeweils in Bezug zur Referenzgruppe der nicht vom jeweiligen Merkmal Betroffenen. Personen, die von Ausgrenzung bedroht sind, bewerten ihre Lebenszufriedenheit im Durchschnitt um 0,36 Punkte schlechter als nicht bedrohte Personen. Bei den Armutsgefährdeten liegt dieser Wert 0,33 Punkte unter dem der Vergleichsgruppe. Den am stärksten negativen Einfluss auf die Bewertung der Lebenszufriedenheit haben aber die Merkmale „geringe Erwerbstätigkeit“ und „Deprivation“. Personen, die in Haushalten ohne oder mit geringer Erwerbsintensität leben, bewerten die Lebenszufriedenheit um 0,46 Punkte niedriger als die Vergleichsgruppe. Bei von erheblicher materiel-

Übersicht 3
Einflussgröße der Ausgrenzungsgefährdung auf die Lebenszufriedenheit

	Regressionskoeffizient	R ²
Ausgrenzungsgefährdung	-0,356	23,88
Armutsgefährdung	-0,326	23,31
erhebliche materielle Deprivation	-0,848	24,78
geringe Erwerbsintensität	-0,462	23,41

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.
Lineare Regression mit gewichteten Daten. Alle dargestellten Ergebnisse sind signifikant (0,05 Niveau)

5) Die Multikollinearität ist ein Begriff aus der Statistik und beschreibt die Korrelation einer Funktion mit sich selbst.

Übersicht 4

Teilindikatoren-Matrix der Ausgrenzungsgefährdung in % (Zeilen)

	Armutsgefährdung	erhebliche materielle Deprivation	geringe Erwerbsintensität
Armutsgefährdung	100	16,8	26,4
erhebliche materielle Deprivation	55,1	100	36,6
geringe Erwerbsintensität	51,8	22,0	100

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.
Personen ab 16 Jahren.

ler Deprivation betroffenen Personen liegt dieser Wert im Durchschnitt sogar um 0,85 Punkte unter jenem der nicht deprivierten Personen. Die abhängige Variable Deprivation klärt im Vergleich zu den anderen Merkmalen (unter Kontrolle der weiteren abhängigen Variablen) den größten Teil der Varianz auf.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Der tatsächliche Lebensstandard bzw. die Möglichkeit, sich grundlegende Dinge des täglichen Lebens zu leisten, spielen für die Lebenszufriedenheit eine größere Rolle als die Arbeitsmarktpartizipation oder ein bestimmtes Einkommensniveau. Allerdings muss berücksichtigt werden, wie aus Übersicht 4 zu entnehmen, dass 55% der von materieller Deprivation betroffenen Personen auch armutsgefährdet sind und 37% in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität leben. Umgekehrt sind nur 17% der Armutsgefährdeten und 22% der Personen mit niedriger Erwerbstätigkeit auch erheblich materiell depriviert. Es kommen in den Regressionsergebnissen also auch kumulative Effekte zum Ausdruck.

Produktive Aktivitäten und Arbeit: Arbeitslosigkeit und Arbeitszufriedenheit

Der Schlüsselindikator „Erwerbstätigenquote“ der hier erörterten Dimension kann für die vorliegende Analyse nur approximativ in EU-SILC nachgebildet werden; er stammt aus der Arbeitskräfteerhebung.

In unserem Regressionsmodell wurde zur Überprüfung des Einflusses von Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit die Variable „überwiegend arbeitslose Personen im Erwerbsalter“ herangezogen, wobei hier eine Arbeitslosigkeit von mindestens 6 Monaten gegeben sein muss. Im Gesamtmodell zeigt sich, dass Arbeitslose (unter Kontrolle aller anderen Faktoren) ihre Lebenszufriedenheit im Durchschnitt um 0,4 Punkte niedriger bewerten als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Referenzgruppe) (siehe Übersicht 5). Der negative Einfluss der Arbeitslosigkeit zeigt sich auch in dieser Regression als statistisch signifikant.

Übersicht 5

Einfluss unterschiedlicher Hauptaktivitäten auf die Lebenszufriedenheit

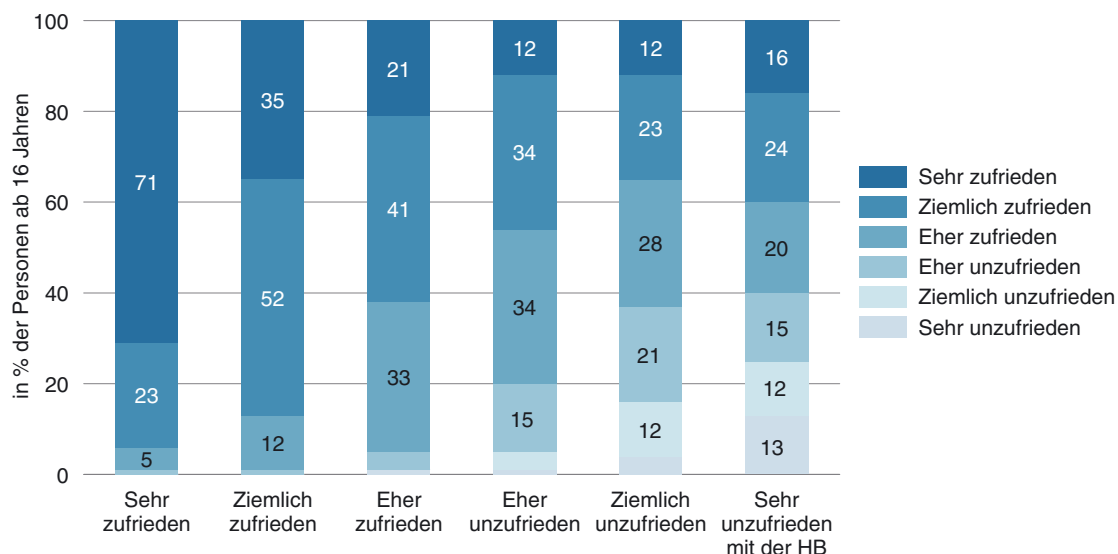
Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten		
	Regressionskoeffizient	Standardfehler	Pr > t
Intercept	4,615	0,152	<.0001
Produktive Tätigkeiten und Arbeit			
Referenz: ArbeitnehmerIn			
selbständig	-0,060	0,038	0,1101
mithelfend im Familienbetrieb	0,047	0,122	0,7027
arbeitslos	-0,404	0,072	<.0001
in Elternkarenz	-0,014	0,076	0,8583
in Ausbildung	0,118	0,049	0,0167
PensionistIn	0,085	0,036	0,0181
nicht erwerbsfähig (Gesundheit)	-0,140	0,136	0,3062
nicht erwerbstätig (andere Gründe)	0,052	0,154	0,7358
Präsenzdienst	0,042	0,046	0,3562
Hausfrau/-mann	-0,314	0,197	0,1113

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Lineare Regression mit gewichteten Daten, rot) signifikante Ergebnisse (0,05 Niveau). $R^2 = 27,26\%$.

Grafik 13

Lebenszufriedenheit nach Zufriedenheit mit der Hauptbeschäftigung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende und pensionierte Personen haben signifikant höhere Zufriedenheitswerte als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Neben der Frage der Arbeitsmarktpartizipation ist auch die Qualität der Arbeit ein wichtiger Aspekt der Lebenszufriedenheit. Grafik 13 zeigt, dass Personen die mit ihrer Haupttätigkeit sehr zufrieden sind in den allermeisten Fällen auch mit ihrem Leben insgesamt zufrieden oder sehr zufrieden sind. Andererseits ist Unzufriedenheit mit der Hauptbeschäftigung – mehr noch als Arbeitslosigkeit – ein wichtiger Prädiktor der Lebenszufriedenheit insgesamt. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss allerdings berücksichtigt werden, dass die beiden Fragen in EU-SILC fast direkt aufeinanderfolgen. Die Zufriedenheit mit der Hauptbeschäftigung – so ist zu vermuten – dürfte daher in besonderem Maße auf die Beurteilung der gesamten Lebenszufriedenheit wirken.

Ignoriert man diese Vorbehalte und nimmt die Variable Arbeitszufriedenheit dennoch in die Regressionsgleichung auf, so erhält man eine erklärte Varianz von 36,6%.

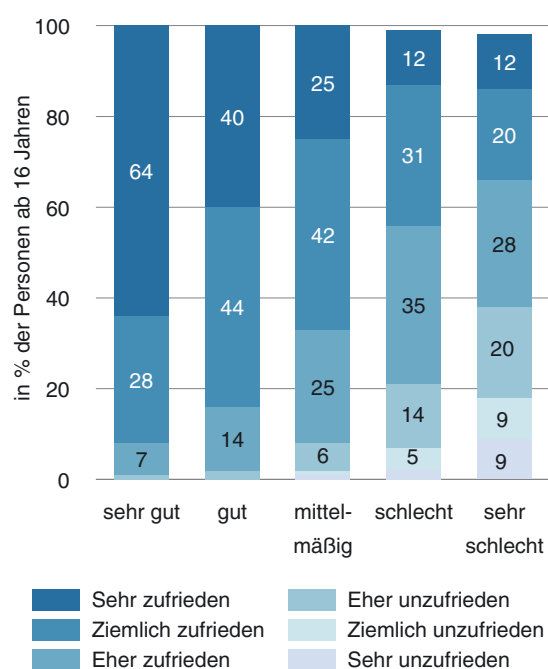
Gesundheit

Das Motto „Hauptsache gesund“ leitet offensichtlich viele Personen, wenn sie auf die Frage antworten, welche Faktoren für ihre Lebensqualität besonders ausschlaggebend sind (Wegscheider 2012). Der Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit (oder Glück) und selbst-bewerteter Gesundheit ist in der Forschung vielfach untersucht. So zeigt etwa eine Längsschnittstudie von Siahpush et al. (2008), dass zufriedener Menschen auch ihre Gesundheit im Zeitverlauf positiver bewerten.

In Grafik 14 ist zu sehen, dass Lebenszufriedenheit und die subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes auch in den EU-SILC Daten in hohem Maße zusammenhängen. Ein Drittel der Personen, die einen sehr schlechten Gesundheitszustand berichten, sind mit ihrem Leben insgesamt nicht zufrieden. Dennoch sind von

Grafik 14

Lebenszufriedenheit nach subjektivem Gesundheitszustand



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Übersicht 6

Einfluss der subjektiven Gesundheitseinschätzung auf die Lebenszufriedenheit

Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten		
	Schätzwert	Standardfehler	Pr > t
Intercept	4,244	0,176	<.0001
Gesundheit			
Referenz: Allgemeiner Gesundheitszustand „sehr schlecht“			
Sehr gut	1,525	0,117	<.0001
gut	1,213	0,115	<.0001
mittelmäßig	0,859	0,116	<.0001
schlecht	0,408	0,121	0,0008

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Lineare Regression mit gewichteten Daten, (rot) signifikante Ergebnisse (0,05 Niveau). $R^2 = 27,11\%$.

dieser Gruppe immerhin knapp 13% sehr und 20% ziemlich zufrieden. Bei den Personen mit sehr gutem Gesundheitszustand sind knapp zwei Drittel sehr zufrieden. Der Anteil an Unzufriedenen ist in dieser Gruppe verschwindend gering.

Das Regressionsmodell bestätigt, dass der Einfluss des Gesundheitszustandes über alle anderen Variablen hinweg signifikant ist. Eliminiert man die Determinante „subjektiver Gesundheitszustand“ aus dem Modell, sinkt das R^2 auf 17,7%. Ein Blick in Übersicht 6 zeigt, dass sich alle vier Kategorien signifikant von der Referenzkategorie „sehr schlechter Gesundheitszustand“ unterscheiden. So sind Personen, die ihren allgemeinen Gesundheitszustand als sehr gut bewerten, im Durchschnitt um 1,53 Punkte zufriedener als die Vergleichsgruppe. Aber selbst jene, die einen schlechten Gesundheitszustand berichten, sind im Durchschnitt noch um 0,4 Punkte zufriedener als jene mit einem sehr schlechten allgemeinen Gesundheitszustand.

Die große Erklärungskraft der Gesundheitsvariable spiegelt in den Ergebnissen zur subjektiven Bedeutung von Gesundheit, sollte aber gleichzeitig auch skeptisch machen. Ähnlich wie bei der Arbeitszufriedenheit könnten auch hier Artefakte (Antworttendenzen, Item-Reihenfolgeeffekte) zu künstlich erhöhten Korrelationen führen. Andererseits stehen in EU-SILC weitere gesundheitsbezogene Merkmale zur Verfügung, die objektivierbare Tatbestände betreffen: Liegt eine chronische Krankheit vor? Ist die Auskunftsperson bei Verrichtungen des alltäglichen Lebens aufgrund gesundheitlicher Probleme eingeschränkt? Eine weitere Fragestellung betrifft den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen: Wurden in den letzten 12 Monaten notwendige zahnmedizinische Leistungen aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch genommen?

Modifiziert man das Regressionsmodell und inkludiert die beschriebenen Merkmale, so sind alle drei Variablen über die anderen Determinanten hinaus signifikant. Den größten Einfluss behält aber der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ mit 0,35. Die Nichtleistbarkeit

notwendiger zahnmedizinischer Dienste reduziert die durchschnittliche Lebenszufriedenheit um 0,19 Punkte.

Bildung

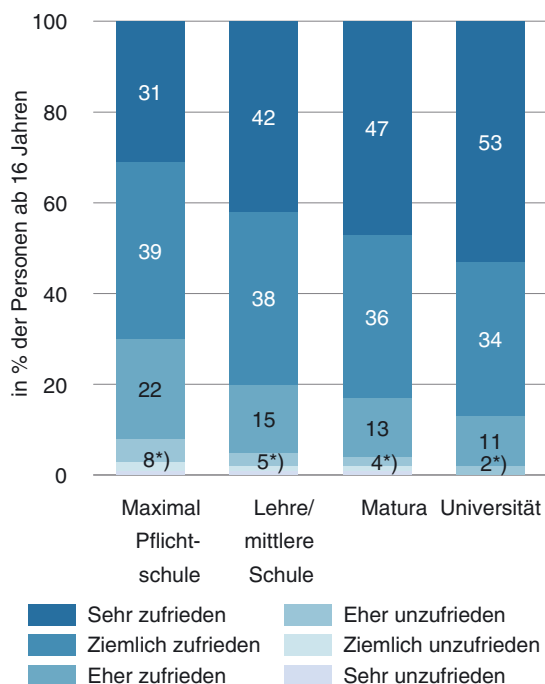
Wie bereits im Hauptteil beschrieben (Kapitel 3.5), stellt Bildung nicht nur eine „ökonomische“ Ressource dar, die es ermöglicht, einen befriedigenderen und besser bezahlten Job zu bekommen, für viele Menschen stellt sie auch ein Wert an sich dar. So wäre es nicht überraschend, wenn höhere (formale) Bildung zu einer höheren Lebenszufriedenheit beitragen könnte. Wissenschaftliche Studien zeichnen hier jedoch ein eher uneinheitliches Bild. So konnten einige Autoren einen positiver Zusammenhang zwischen Bildung und Lebenszufriedenheit auf individueller Ebene nachweisen (z.B. Cárdenas & Mejía 2008, Salinas-Jiménez et al. 2010, Cuñado & Pérez de Gracia 2012, Boarini et al. 2013), während andere eher negative Zusammenhänge gefunden haben, vor allem was die ältere Bevölkerung betrifft (siehe Gonget al. 2011). Auf Aggregatebene konnte gezeigt werden, dass die Lebenszufriedenheit auch in jenen Ländern höher ist, die ein höheres (formales) Bildungsniveau haben (Cheung & Chan 2009).

In Bezug auf den EU-SILC-Datensatz zeigt die bivariate Betrachtung (siehe Grafik 15), dass Personen mit einem höheren Bildungsabschluss im Durchschnitt mit ihrem Leben zufriedener sind als Personen mit niedrigen formalen Abschlüssen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen „max. Pflichtschule“, „Lehre/mittlere Schule“ und „Matura / Universität“ sind statistisch signifikant.

Der Effekt der Bildung auf die Lebensqualität konnte im Regressionsmodell jedoch nicht bestätigt werden. Keiner der Koeffizienten weist gegenüber der Referenzgruppe „Universitätsabschluss“ über die anderen Variablen hinaus einen signifikanten Unterschied auf. Es muss daher vermutet werden, dass der Zusammenhang zwischen Bildung und Lebenszufriedenheit auf indirekte Effekte wie höheres Einkommen oder Beschäftigungsstand zurück-

Grafik 15

Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nach Bildung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

zuführen ist (vgl. Frey & Stutzer 2002, Ferrante 2009). Somit könnte formale Bildung höhere Lebenszufriedenheit zwar vermitteln, aber nicht direkt beeinflussen. Aus historischer Perspektive scheint die positive Wirkung der Bildung ohnehin fragwürdig, bemerkte doch etwa John Stuart Mill noch im 19. Jahrhundert: „Besser ein unglücklicher Sokrates als ein zufriedener Narr“ (Mill, 2004, S.18) und konstatierte damit einen negativen Zusammenhang von Wissen (Bildung) und Zufriedenheit (bzw. Glück).

Soziale Teilhabe

Die soziale Teilhabe wurde bei *WgÖ?* über die Verfügbarkeit von Hilfe im sozialen Nahbereich als Schlüsselindikator operationalisiert. Das EU-SILC Sondermodul 2006 behandelte das Thema „soziale Teilhabe“, das eine betreffende Frage enthielt⁶ (siehe Kapitel 3.6, S. 73): Neben der Frage zur Hilfeleistung in schwierigen Situationen wurden in diesem Modul auch eine Reihe von Informati-

6) „Angenommen Sie brauchen Hilfe in einer der Situationen auf dieser Liste, könnten Sie mit der Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn, die nicht in Ihrem Haushalt leben, rechnen, wenn Sie Hilfe in einer dieser Situationen brauchen?: Sie verreisen, jemand soll auf die Wohnung /Haustiere / Pflanzen achten; Sie brauchen einen Rat oder Hilfe bei einer Entscheidung; Sie brauchen Hilfe bei etwas, das nicht allein gemacht werden kann; Sie fühlen sich deprimiert, niedergeschlagen; Sie müssen sich Geld leihen; Sie brauchen jemanden, der Ihnen zuhört; Sie sind krank und können nicht einkaufen / Hausarbeit machen; Sie brauchen Hilfe bei der Arbeitssuche.

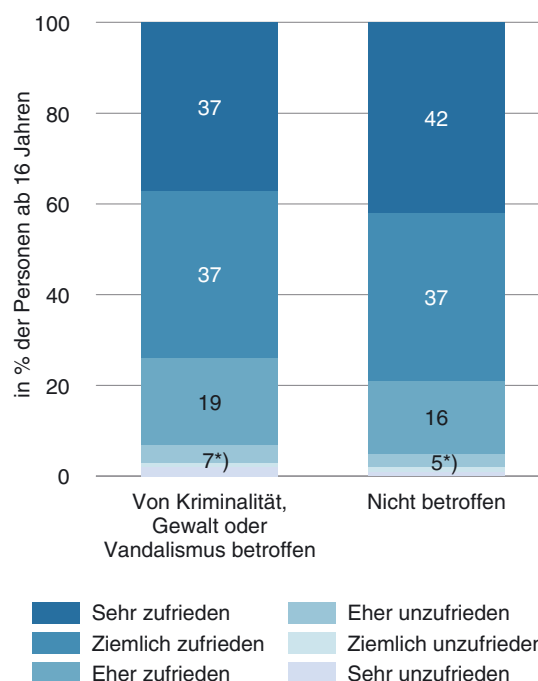
onen zu sozialen Kontakten, verschiedenen Freizeitaktivitäten (Sport, Kultur, etc.) oder auch zu kreativen Tätigkeiten abgefragt. Eine Modifikation des Regressionsmodells (siehe Tabelle 2. im Anhang) auf Basis der EU-SILC Daten von 2006 ergibt, dass einige dieser Modul-Variablen signifikanten Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben. Personen, die aktiv Sport betreiben, häufig kreativen Tätigkeiten nachgehen oder regelmäßig Lokale aufsuchen, weisen jeweils gegenüber der Referenzgruppe („nie-mals“) im Durchschnitt eine höhere Lebenszufriedenheit auf. Den größten Einfluss zeigt aber der Schlüsselindikator „Tragfähigkeit der sozialen Beziehungen“. Personen, die in Notsituationen mit Hilfe von Freunden oder Verwandten rechnen können, berichten im Durchschnitt eine um 0,18 Punkte höhere Lebenszufriedenheit als sozial isolierte Personen.

Physische Unsicherheit

Wer jeden Tag beim Verlassen der eigenen Wohnung oder des eigenen Hauses Angst haben muss, Opfer eines bewaffneten Raubüberfalls oder gar eines Mordanschlages zu werden und wer sich jeden Abend auf dem Heimweg fürchten muss, notwendige Infrastruktur wie Telefonzellen, Ladenfenster, Ampelanlagen oder gar die eigene Haustüre zerstört vorzufinden, der oder die wird aller Voraussicht nach nicht glücklich und zufrieden sein können. Grafik 16 zeigt, dass Personen, in deren Wohnumgebung es nach Selbstauskunft Krimi-

Grafik 16

Lebenszufriedenheit nach „physischer Unsicherheit“



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

nalität, Gewalt oder Vandalismus gibt, leicht niedrigere Zufriedenheitswerte aufweisen und zu einem höheren Prozentsatz mit ihrem Leben unzufrieden sind. Dieser Unterschied ist signifikant. Allerdings dürfte das weitgehend darauf zurückzuführen sein, dass Lebenszufriedenheit ganz allgemein mit materiellen Lebensbedingungen wie Einkommen und Arbeitslosigkeit korreliert und diese wiederum einen Einfluss auf die Wohnumgebung haben dürften.

Ein Blick auf das Regressionsmodell, in dem diese Faktoren kontrolliert werden, zeigt auch, dass die physische Unsicherheit in der Wohnumgebung über die anderen Faktoren hinaus keinen signifikanten Einfluss hat.

Qualität der gesellschaftlichen Organisation

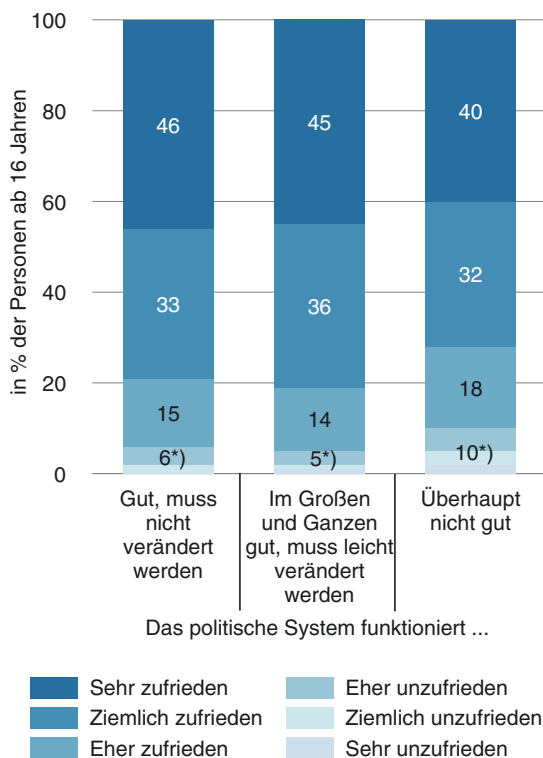
Das Vertrauen in die Institutionen, das politische Engagement und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der demokratischen Strukturen tragen alle zu einem gewissen Grad zur gesamten Lebenszufriedenheit bei (Eurofound 2012). In den meisten OECD-Ländern ist das Ver-

trauen in die nationalen Regierungen zurückgegangen (OECD im Erscheinen).

EU-SILC erhob zu diesem Thema in den Jahren 2008 und 2009 Informationen (siehe Kapitel 3.9). Auf dieser Basis kann approximativ untersucht werden, wie sich die individuelle Wahrnehmung der Qualität der gesellschaftlichen Organisation auf die Lebenszufriedenheit auswirkt. Grafik 17 zeigt dahingehend ein eher uneinheitliches Bild. Während Personen, die der Auffassung sind, das politische System funktioniere überhaupt nicht gut und müsse dringend verbessert werden, häufiger mit ihrem Leben unzufrieden und seltener sehr zufrieden sind, unterscheiden sich die übrigen beiden Gruppen nicht signifikant voneinander. Diejenigen, die finden das politische System funktioniere gut, sind im Mittel sogar leicht unzufriedener als diejenigen, die geringen Verbesserungsbedarf sehen.

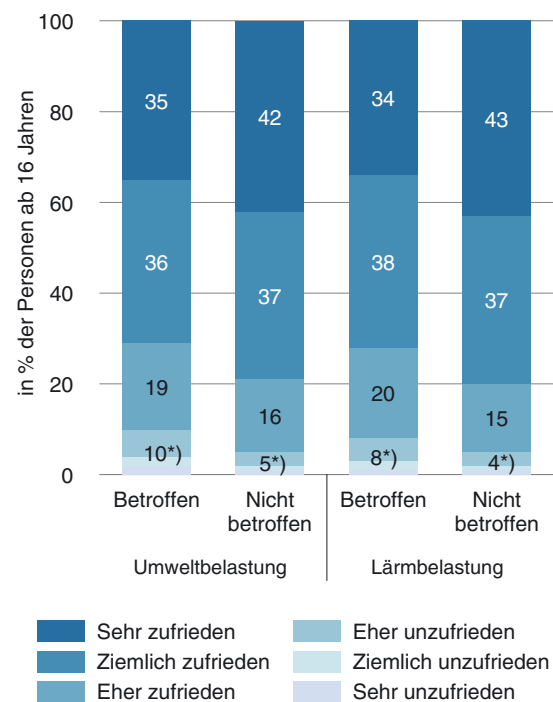
Nimmt man die Beurteilung des politischen Systems in ein Regressionsmodell mit den entsprechenden Variablen aus EU-SILC 2009 auf, so erhöht sich die erklärte Varianz. Der Einfluss der Variablen „Zufriedenheit mit dem politischen System“ ist über alle anderen Variablen hinweg signifikant, wobei sich die Gruppe „im Großen und Ganzen gut“ von der Gruppe „überhaupt nicht gut“ signifikant unterscheidet (siehe Tabelle 3 im Anhang).

Grafik 17
Lebenszufriedenheit nach Bewertung des politischen Systems



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

Grafik 18
Zufriedenheit nach verschiedenen Umweltbelastungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011. - *) Eher, ziemlich und sehr unzufrieden zusammengefasst.

Übersicht 7

Einflüsse von Umweltbelastungen auf die Lebenszufriedenheit

Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten		
	Schätzwert	Standardfehler	Pr > t
Intercept	4,615	0,152	<.0001
Natürliche Wohnumgebung			
Referenz: nicht von Lärm belästigt von Lärm belästigt	-0,087	0,033	0,0082
Referenz: keine Luft-/Wasserverschmutzung von Luft-/Wasserverschmutzung betroffen	-0,072	0,038	0,0568

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011.

Lineare Regression mit gewichteten Daten, (rot) signifikante Ergebnisse (0,05 Niveau). $R^2 = 27,26\%$.

Natürliche Wohnumgebung

Umweltbelastungen wie Ruß, Staub, Umweltgifte, Wasserverschmutzungen aber auch Lärm können Gesundheit und Lebensqualität von Menschen empfindlich beeinträchtigen. *WgÖ?* versucht diese Einflüsse durch den Schlüsselindikator „Umweltbelastungen in der Wohnumgebung“ (Ruß, Staub, Wasserverschmutzung und Lärmbelastung) zu erfassen. Wie aus Grafik 18 ersichtlich, sind Personen, die solchen Einflüssen nach eigenen Angaben nicht ausgesetzt sind, insgesamt mit ihrem Leben zufriedener. Die Unterschiede sind jeweils signifikant.

Die Ergebnisse des Regressionsmodells (Übersicht 7) zeigen allerdings, dass unter Kontrolle der anderen Determinanten nur der Einfluss der Lärmbelastung signifikant bleibt. Bei der Umweltbelastung der Wohnumgebung könnte es sich ähnlich wie bei der physischen Unsicherheit verhalten: Personen mit niedrigem Einkommen wohnen eher in belasteten Wohngegenden. Zudem ist der subjektive Gesundheitszustand hoch mit der Umweltbelastung korreliert, der für sich bereits einen Großteil der entsprechenden Varianz erklärt. Entsprechend zeigt sich, dass die Umweltbelastung signifikant wird, wenn man die subjektive Gesundheit nicht ins Regressionsmodell aufnimmt.

1.5 Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf

Abschließend soll in folgendem Abschnitt auf die Veränderung der Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf eingegangen werden. EU-SILC enthält neben Querschnittsdaten auch eine integrierte Längsschnittkomponente (siehe Methodische Erläuterungen S 185), die die Analyse von Veränderungen und Übertritten bzw. deren Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit ermöglicht. Folgende Fragen werden untersucht:

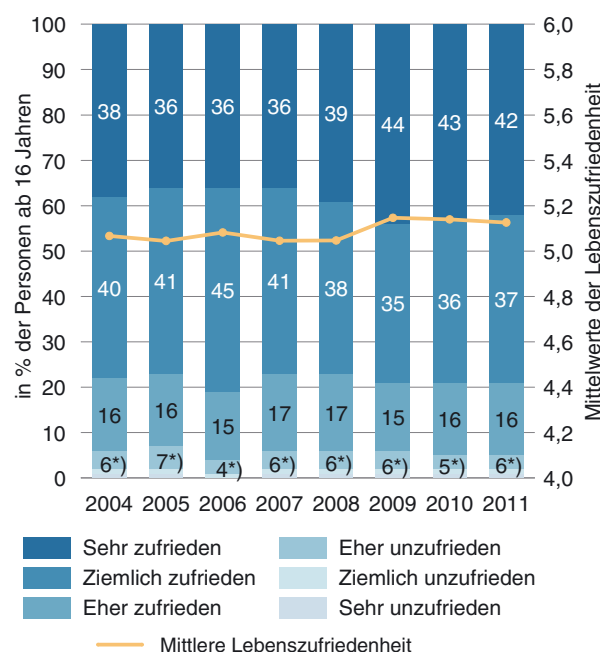
1. Wie hat sich die Lebenszufriedenheit der österreichischen Bevölkerung im Verlauf der letzten Jahre entwickelt?
2. Hat Lebenszufriedenheit ein dynamisches Potential oder sind Personen über mehrere Jahre hinweg dauerhaft zufrieden? Gibt es umgekehrt eine „verfestigte Unzufriedenheit“?
3. Wie wirken sich bestimmte Ereignisse im Lebensverlauf auf die subjektive Lebenszufriedenheit aus?

Trendanalyse der Lebenszufriedenheit

Werden Menschen im Durchschnitt zufriedener oder unzufriedener oder zeichnet sich die Lebenszufriedenheit vielmehr als stabiles Grundmuster ab? Die vorliegende Analyse kann hier nur einen Einblick in mögliche Trends geben, da eine adäquate Beurteilung der Entwicklung eine weitaus längere Zeitreihe erfordern würde. Verfügbare Daten des Eurobarometers zeigen allerdings, dass auf längere Zeit – entgegen weitläufigen Erwartungen – Veränderungen in der Lebenszufriedenheit sichtbar sind, wenngleich die Richtung und Geschwindigkeit der Veränderung in den verschiedenen Ländern variiert (vgl. OECD 2011). Aufgrund der relativ kurzen Zeitreihe von 2004 bis 2011 sind daher nur geringe Veränderungen in der Lebenszufriedenheit der österreichischen Wohnbevölkerung zu erwarten.

In den acht Jahren von 2004 bis 2011 präsentiert sich, wie aus Grafik 19 ersichtlich ist, ein relativ stabiles Bild der Lebenszufriedenheit. Die mittlere Zufriedenheit liegt von 2004 bis 2011 jeweils im Bereich von 5,05 bis 5,15. Damit variiert sie lediglich innerhalb von 0,10 Skalenpunkten (vorausgesetzt die Skala der Lebenszufriedenheit wird als Intervallskala betrachtet). Die Lebenszufriedenheit scheint damit über die Zeit hinweg betrachtet ein weitgehend stabiles Merkmal zu sein. Die einzige merkbare Veränderung innerhalb der untersuchten Jahre ist von 2008 auf 2009 zu beobachten. Die mittlere Lebenszufriedenheit, die von 2004 bis 2008 relativ konstant bei

Grafik 19
Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004 bis 2011.

etwa 5,06 liegt nimmt von 2008 auf 2009 zu. Sie steigt auf 5,15 Skalenpunkte und auch in den Folgejahren kann dieses Niveau nahezu komplett gehalten werden. Diese Zunahme ist vorwiegend auf den steigenden Anteil der sehr Zufriedenen zurückzuführen. Während im Jahr 2008 38% der Bevölkerung „sehr zufrieden“ waren, traf dies im Jahr 2009 auf 45% zu. Der Anteil der Zufriedenen insgesamt⁷ ist hingegen mit 93% im Jahr 2008 und 94% im Jahr 2009 stabil und bewegt sich in beiden Jahren auf vergleichbarem Niveau.

Lebenszufriedenheit im Längsschnitt

Aus der vorangegangenen Analyse geht hervor, dass die Bewertung der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt sehr stabil ist. Auf Aggregatsebene, d.h. auf Ebene der Bevölkerung insgesamt, sind kaum Veränderungen von Jahr zu Jahr festzustellen. Dies bedeutet aber nicht not-

7) Sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, eher zufrieden.

wendigerweise, dass einzelne Personen über Jahre hinweg im selben Ausmaß zufrieden sind. Personen können in einem Jahr zufrieden und in anderen Jahren unzufrieden sein. Sobald sich diese zufriedenen bzw. unzufriedenen Personen abtauschen, entsteht auf Gesamtebene ein stabiles Bild der Lebenszufriedenheit. Um dies genauer zu untersuchen, ist der Frage nachzugehen, ob Menschen von Jahr zu Jahr dieselben Zufriedenheitswerte aufweisen, vor allem aber, inwieweit auch kurzfristige Unzufriedenheit vorliegt. Anschließend wird der Einfluss bestimmter Ereignisse, wie der Verlust des Arbeitsplatzes oder das Eingehen einer Partnerschaft auf die allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet.

Aus Grafik 20 ist ersichtlich, dass 86% der Bevölkerung⁸ im Verlauf der Jahre 2008 bis 2011 nie unzufrieden, d.h. immer sehr, ziemlich oder eher zufrieden waren. 14% gaben hingegen zumindest einmal an, sehr, ziemlich oder eher unzufrieden zu sein. Diese Quote der mindestens einmal Unzufriedenen ist im Vergleich zu den Unzufriedenen im Querschnitt mehr als doppelt so hoch. So waren im Jahr 2011 5% der Bevölkerung unzufrieden, im Jahr 2008 waren es mit 7% zwar etwas mehr, aber immer noch wesentlich weniger als im hier betrachteten Längsschnitt. Damit sind deutlich mehr Menschen zumindest zeitweise unzufrieden, als eine einfache Querschnittsbetrachtung vermuten ließe.

Wird die Gruppe der mindestens einmal Unzufriedenen näher betrachtet, so zeigt sich, dass dieser – im Vergleich zum Querschnitt – hohe Anteil von 14% zu einem großen Teil aus Personen besteht, die nur in einem einzigen Jahr unzufrieden waren. 9% der Bevölkerung sind im Verlauf von vier Jahren vorübergehend unzufrieden und in allen anderen Jahren zumindest „eher zufrieden“. Unzufriedenheit greift damit zumindest zeitweise in das Befinden von nahezu jeder zehnten Person in Österreich ein. Einerseits wird damit eine höhere Betroffenheit als im Querschnitt gezeigt, andererseits wird gleichzeitig auch deutlich, dass Personen nicht unbedingt in der Unzufriedenheit verharren und die subjektive Lebenszufriedenheit in absehbarer Zeit auch wieder gesteigert werden kann.

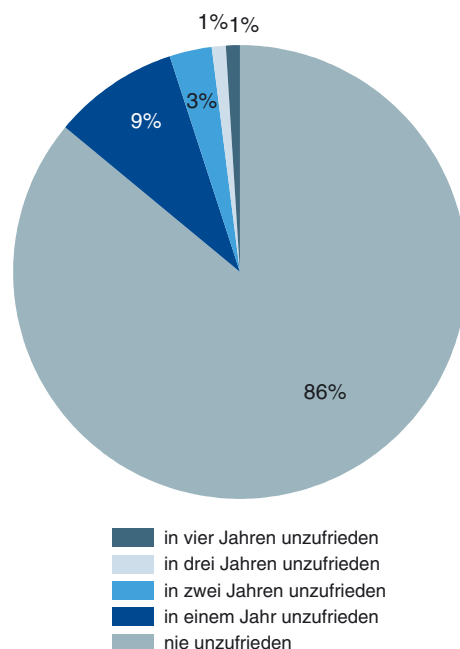
Daneben gibt es jedoch eine Gruppe von Personen, die im Verlauf von vier Jahren mindestens zwei Mal unzufrieden⁹ waren. Dies trifft auf 5% der Bevölkerung zu, ein mit den im Querschnitt betrachteten Unzufriedenen vergleichbar hoher Anteil. Bei dieser Personengruppe der mindestens zwei Mal Unzufriedenen kann daher von verfestigter Unzufriedenheit gesprochen werden, da die Hälfte des Beobachtungszeitraums hindurch Unzufriedenheit berichtet wurde.

8) Angaben zur Bevölkerung beziehen sich in der Längsschnittanalyse wie auch in der Trendanalyse nur auf jenen Teil der Bevölkerung, für den Aussagen zur Lebenszufriedenheit vorliegen.

9) Dabei ist es unerheblich, ob die Person in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unzufrieden ist oder auch einzelne Jahre der Zufriedenheit dazwischen liegen.

Grafik 20

Häufigkeit der Unzufriedenheit innerhalb von vier Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008 bis 2011.

Analyse einschneidender Ereignisse im Lebenslauf

In diesem Abschnitt wird die Lebenszufriedenheit in einen Zusammenhang mit drei Aspekten, nämlich (a) Gesundheit, (b) Einkommen und (c) Partnerschaft gebracht. Dabei wird eine Lebenslaufperspektive eingenommen, da Veränderungen in diesen Bereichen über die Zeit als Ereignisse betrachtet werden, die potenziell auf die Lebenszufriedenheit wirken. Folgende Fragen stehen im Fokus der Analyse:

1. Gehen bestimmte Muster im Lebensverlauf hinsichtlich (a) Gesundheit, (b) Einkommen (c) Partnerschaft mit variierender Lebenszufriedenheit einher?
2. Wie verändert sich die Lebenszufriedenheit wenn (a) eine Erkrankung bzw. Genesung geschieht, (b) der Haushalt unter bzw. über die Armutsgefährdungsschwelle gerät und (c) ein gemeinsamer Haushalt mit dem Partner/ der Partnerin begründet bzw. aufgegeben wird?

Die Auswahl dieser drei Aspekte basiert einerseits auf den oben durchgeführten Regressionsanalysen (Querschnitt), welche diese als zentrale Einflussgrößen der Lebenszufriedenheit identifizierten. Andererseits ist sie durch die Datengrundlage in EU-SILC beeinflusst. Diese ermöglicht es zwar, Personen über vier Jahre hinweg zu beobachten, jedoch geschehen Veränderungen in erhobenen Merkmalen, die von Relevanz für die Lebenszufriedenheit sein könnten, in einem Vier-Jahres-Zeitraum eher selten.

Dadurch sind die Stichproben je nach untersuchter Gruppe (z.B. jene, die sich zuerst in Partnerschaft befanden und dann nicht mehr) zum Teil sehr klein. Für die drei ausgewählten Aspekte reicht die Stichprobengröße der Untersuchungsgruppen jedoch aus, um Inferenzschlüsse zu ermöglichen ($40 < n < 92$; je nach Untersuchungsgruppe).¹⁰

Nachfolgend werden nun für jeden Aspekt - (a) Gesundheit, (b) Einkommen und (c) Partnerschaft - je nach Art der Veränderung innerhalb der beobachteten vier Jahre Gruppen gebildet. Auf diese Weise ergeben sich pro Aspekt jeweils fünf Personengruppen:

- (1) Personen, auf die über alle vier Beobachtungsjahre – also dauerhaft – ein bestimmtes Ereignis zutrifft (z.B. dauerhaft Kranke),
- (2) Personen, die dauerhaft nicht-betroffen waren (z.B. dauerhaft Gesunde),
- (3) Personen, die von Nicht-Betroffenheit in Betroffenheit wechseln (z.B. Erkrankte),
- (4) Personen, die von Betroffenheit in Nicht-Betroffenheit (z.B. Genesene) wechseln,
- (5) Personen, bei denen Phasen von Betroffenheit und Nicht-Betroffenheit abwechseln.

Für diese fünf Gruppen wird in einem ersten Schritt untersucht, ob sich ihre längerfristige Lebenszufriedenheit, d.h. das arithmetische Mittel der Lebenszufriedenheit, über alle vier Beobachtungsjahre unterscheidet. Im zweiten Schritt wird der Fokus auf jene Gruppen gelegt, die im Beobachtungszeitraum eine Veränderung erfahren haben, d.h. bei denen mindestens ein Ereignis bzw. ein Übergang stattgefunden hat (Gruppen 3-5). Für diese Gruppen wird untersucht, ob mit der Veränderung, also dem Eintritt dem Ereignis, auch eine Veränderung der Lebenszufriedenheit einhergegangen ist. Somit wird für

jede Gruppe die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in den Jahren vor dem Ereignis jener in den Jahren nach dem Ereignis gegenübergestellt.

Veränderungen in der Gesundheit

Die Regressionsanalyse brachte zu Tage, dass der allgemeine subjektive Gesundheitszustand einen der größten Effekte auf die allgemeine Lebenszufriedenheit hat. Inwiefern zeigt sich dieser Zusammenhang auch im Verlauf mehrerer Jahre? Aspekt (a) Gesundheit wird hier anhand des nationalen sozialen Eingliederungsindikators „mehrfache Gesundheitseinschränkungen“¹¹ gemessen.

Übersicht 8 zeigt den deutlichen Zusammenhang von längerfristiger Lebenszufriedenheit mit Gesundheit: Die dauerhaft Gesunden weisen auch im Durchschnitt über alle vier Beobachtungsjahre hinweg die höchste Zufriedenheit auf. Demgegenüber stehen die dauerhaft Kranken. Sie weisen einen längerfristigen Lebenszufriedenheitswert von 4,0 auf. Dazwischen stehen jene Gruppen, die mindestens eine Phase der gesundheitlichen Einschränkung durchgemacht haben (Gruppen 3-5). Aber auch sie zeigen eine signifikant unterdurchschnittliche längerfristige Lebenszufriedenheit.

Vergleicht man bei diesen Gruppen – d.h. bei den Erkrankten, Genesenen und bei jenen, deren Gesundheitszustand mehrfach wechselt – die Lebenszufriedenheit in der Zeit in Gesundheit mit der Zeit in Krankheit, so zeigt sich der zu erwartende Effekt: Wird man gesund, so steigt die allgemeine Lebenszufriedenheit um durchschnittlich 0,29

10) In dieser Arbeit wurde auf den Paneldatensatz 2008-2011 zurückgegriffen. Zu den Meriten und Problemen der EU-SILC Panelkomponente siehe auch Eiffe & Till (2013).

11) Personen gelten nach BMASK/ Statistik Austria (2013, S.112) als gesundheitlich beeinträchtigt, auf die zwei der drei Merkmale „sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung“, „chronische Krankheit“, „starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr“ zutreffen.

Übersicht 8

Lebenszufriedenheit nach Veränderungen im Gesundheitsstatus

Personengruppen nach Veränderungen im Gesundheitsstatus	Längerfristige Lebenszufriedenheit	Durchschnittliche Lebenszufriedenheit		
		In Jahr(en) der Gesundheit	In Jahr(en) der Krankheit	Differenz vor und nach Ereignis
(1) Dauerhaft Kranke	4,0 ²³⁴⁵	/	4,0	/
(2) Dauerhaft Gesunde	5,3 ¹³⁴⁵	5,3	/	/
(3) Erkrankte	4,7 ¹²	4,9	4,4	-0,45*
(4) Genesene	4,7 ¹²	4,8	4,6	+0,29*
(5) Mehrfach-Wechselnde	4,7 ¹²	4,7	4,6	+/-0,10

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2011.

Hochgestellte Zahlen geben die Personengruppe an, zu der ein signifikanter Unterschied in der längerfristigen Lebenszufriedenheit besteht (Scheffe Post-Hoc-Test; p-value < 0,05). - * = Die Jahre vor und nach dem Ereignis unterscheiden sich hinsichtlich der Lebenszufriedenheit signifikant voneinander (t-test verbundener Stichproben; p-value < 0,05). Längerfristige Lebenszufriedenheit = Arithmetisches Mittel der Lebenszufriedenheit in vier Beobachtungsjahren.

Punkte an. Umgekehrt, also bei Erkrankung, scheint der Zusammenhang sogar noch stärker zu sein: Folgen Phasen der Krankheit einer Phase der Gesundheit, fällt die Lebenszufriedenheit um 0,45 Punkte stark ab. Wechselt der Gesundheitsstatus demgegenüber oft zwischen gesund und krank, so unterscheiden sich die Werte der Lebenszufriedenheit in den einzelnen Phasen nicht voneinander.

Auch im Zeitverlauf zeigt sich demnach ein deutlicher Zusammenhang von Lebenszufriedenheit und Gesundheit: Nach einer Erkrankung ist die subjektive Lebenszufriedenheit deutlich reduziert. Wird die Krankheit zu einem dauerhaften Zustand, so ist nicht davon auszugehen, dass die Lebenszufriedenheit wieder steigt. Vielmehr zeigt sich bei dauerhaft Erkrankten gleichsam eine dauerhafte (relative) Unzufriedenheit mit dem Leben allgemein. Der Befund, dass eine Genesung die Lebenszufriedenheit zwar erhöht, jedoch nicht so stark, wie eine Erkrankung sie senkt, lädt zu weiterer Forschung ein: Bleibt dieser Befund mit anderen Daten/ Methoden stabil? Welcher zusätzlichen Faktoren bedürfte es bei einer Genesung, um die subjektive Lebenszufriedenheit wieder auf das Ausgangsniveau zu bringen?

Veränderungen in der Armutsgefährdung

In der Regressionsanalyse konnte bereits ein signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommen und allgemeiner Lebenszufriedenheit hergestellt werden. Wie steht es um diesen Befund, wenn Einkommenseinbußen im Lebensverlauf betrachtet werden?

Aspekt (b) der Lebenszufriedenheit, Einkommen, soll hier anhand des Unter- oder Überschreitens der Armutsgefährdungsschwelle operationalisiert werden.¹² Mit dau-

erhafter Armutsgefährdung ist hier aus Gründen der Einheitlichkeit zu den anderen Aspekten nicht die in EU-SILC gängige Definition gemeint, sondern der Umstand, in allen vier Beobachtungsjahren armutsgefährdet zu sein.

Übersicht 9 zeigt: Personen, die nie von Armut bedroht sind, sind über den gesamten Beobachtungszeitraum signifikant zufriedener als jene Menschen, die zumindest einmal armutsgefährdet waren. Die über den Zeitraum von vier Jahren zweit-zufriedenste Gruppe bilden jene Menschen, die aus Armutsgefährdung „ausgetreten“ sind. Demgegenüber befinden sich die folgenden drei Gruppen auf gleichem, niedrigem Zufriedenheitsniveau: Es zeigt sich kein signifikanter Unterschied in der längerfristigen (Un-)Zufriedenheit zwischen jenen, die in Armutsgefährdung geraten, den Wechselnden und den dauerhaft Armutsgefährdeten. Der genaue Blick auf jene Gruppen, die eine Veränderung ihrer Armutsgefährdung erfahren haben (Gruppe 3-5), gibt Aufschlüsse zu diesem Phänomen: Es zeigt sich nämlich, dass jene Menschen, die aus Armutsgefährdung austreten, die einzige Gruppe bilden, bei denen sich die Lebenszufriedenheit zwischen der Zeit während der Armutsgefährdung und der Zeit danach signifikant verändert. Durch das Überschreiten der Armutsgefährdungsschwelle verbessert sich ihre Lebenszufriedenheit durchschnittlich um 0,17 Punkte. Dem gegenüber ist die Lebenszufriedenheit bei jenen, die in Armutsgefährdung geraten sowie bei den Wechselnden in den Phasen der Armutsgefährdung und der Nicht-Armutsgefährdung unverändert auf niedrigem Niveau.

Armutsgefährdung und Lebenszufriedenheit zeigen im Zeitverlauf daher einen komplexen Zusammenhang: Zwar ist die Lebenszufriedenheit deutlich höher, wenn die Haushaltsmitglieder über mehrere Jahre hinweg über der Armutsgefährdungsschwelle leben als wenn sie dauerhaft ein Einkommen unter dieser Schwelle erzielen; zwar steigt die Lebenszufriedenheit an, wenn Armutsgefährdete aus ihrer Lage herauskommen; dieser Anstieg erfolgt jedoch nicht mit der zu erwartenden Stärke. Außerdem

12) Armutsgefährdung bezeichnet ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians

Übersicht 9 Lebenszufriedenheit nach Veränderungen in der Armutsgefährdung

Personengruppen nach Veränderungen in der Armutsgefährdung	Längerfristige Lebenszufriedenheit	Durschnittliche Lebenszufriedenheit		
		In Jahr(en) der Nicht-Armutsgefährdung	In Jahr(en) der Armutsgefährdung	Differenz vor und nach Ereignis
(1) Dauerhaft Armutsgefährdete	4,8 ²⁴	/	4,8	/
(2) Dauerhaft Nicht-Armutsgefährdete	5,3 ¹³⁴⁵	5,3	/	/
(3) In die Armutsgefährdung Geratene	4,7 ²⁴	4,6	4,7	+0,06
(4) Aus der Armutsgefährdung Gekommene	5,1 ¹²³⁵	5,2	5,0	+0,17*
(5) Mehrfach-Wechselnde	4,7 ²⁴	4,8	4,7	+/-0,10

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2011.

Hochgestellte Zahlen geben die Personengruppe an, zu der ein signifikanter Unterschied in der längerfristigen Lebenszufriedenheit besteht (Scheffe Post-Hoc-Test; p-value < 0,05). - * = Die Jahre vor und nach dem Ereignis unterscheiden sich hinsichtlich der Lebenszufriedenheit signifikant voneinander (t-test verbundener Stichproben; p-value < 0,05). Längerfristige Lebenszufriedenheit = Arithmetisches Mittel der Lebenszufriedenheit in vier Beobachtungsjahren.

geht das Ereignis, unter die Armutsgefährdungsschwelle zu geraten, nicht mit einer sinkenden Lebenszufriedenheit einher. Vielmehr sind bei jenen, die in Armutsgefährdung geraten und jenen, deren Armutsgefährdungslage mehrfach wechselt, die Phasen vor und nach der Armutsgefährdung von gleich niedriger Lebenszufriedenheit geprägt. Es ist daher anzunehmen, dass die mehrfach Wechselnden auch in Zeiten der Nicht-Armutsgefährdung nahe an der Armutsgefährdungsschwelle leben und somit auch in diesen Phasen mit einem eher niedrigen Lebensstandard zu kämpfen haben. Für jene Menschen, die in Armutsgefährdung geraten, ließe sich die (noch zu untersuchende) These aufstellen, dass Armutsgefährdung nicht einfach plötzlich passiert, sondern die Lage der Menschen sich graduell verschlechtert, sodass sie in den Phasen vor der gemessenen Armutsgefährdung bereits mit ihrer allgemeinen Lebenssituation unzufrieden sind.

Veränderungen in der Partnerschaft

Wie in den Abschnitten 1.3 und 1.4 deutlich wurde, besteht ein enger Zusammenhang zwischen Partnerschaft und Lebenszufriedenheit. Doch inwiefern zeigt sich dieser Zusammenhang auch im Verlauf mehrerer Jahre? Nachfolgender Abschnitt liefert Hinweise für eine Beantwortung dieser Frage.

Aspekt (c) Partnerschaft, bezeichnet hier den Zustand, mit einem Lebenspartner/ einer Lebenspartnerin, zusammen im selben Haushalt zu leben. Demnach bedeutet der Zustand „ohne Partnerschaft“ nicht unbedingt, dass die Person alleinstehend ist. Daher werden in Folge die Begriffe „Gemeinsam lebend“ und „Alleinlebend“ stellvertretend für „In Partnerschaft“ und „Ohne Partnerschaft“ verwendet.

Übersicht 10 zeigt, dass die längerfristige Lebenszufriedenheit der Zusammengezogenen genauso so hoch

ist, wie die der mehrfach Wechselnden und der dauerhaft gemeinsam Lebenden. Längerfristig weniger zufrieden sind die dauerhaft Alleinlebenden, am unzufriedensten sind aber die auseinander Gezogenen.

Werden nun jene Personengruppen genauer betrachtet, bei denen sich der Partnerschaftsstatus im Verlauf des Beobachtungszeitraums verändert hat (Gruppe 3-5), so zeigt sich das folgende Bild: Vergleicht man die Lebenszufriedenheit der Zusammengezogenen in ihren Jahren vor und ab dem gemeinsamen Wohnen, so zeigt sich ein eindeutig positiver Effekt von Partnerschaft; das Zusammenziehen mit einem Partner/ einer Partnerin geht mit einem signifikanten Anstieg der Lebenszufriedenheit um 0,3 Punkte einher. Dieser Zusammenhang ist bei den Auseinander Gezogenen hingegen nicht gegeben: Sie sind zwar über den gesamten Beobachtungszeitraum am unzufriedensten, jedoch war ihre Lebenszufriedenheit noch während der Partnerschaft ebenso niedrig wie danach. Die Trennung von der Partnerin/dem Partner ging demnach mit keiner Erhöhung ihrer Lebenszufriedenheit einher. Das trifft auch auf jene Personen zu, deren Partnerschaftsstatus mehrfach wechselt. Auch bei ihnen führt die Partnerschaft zu keiner merklichen Verbesserung der Lebenszufriedenheit. Im Unterschied zu den auseinander Gezogenen befinden sich die mehrfach Wechselnden aber über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg auf hohem Lebenszufriedenheits-Niveau.

Im Zeitverlauf stellt sich der Zusammenhang von Partnerschaft und Lebenszufriedenheit demnach wie folgt dar: Dauerhaft in einem gemeinsamen Haushalt zu leben und einen gemeinsamen Haushalt mit dem/der PartnerIn zu begründen, geht mit hoher Lebenszufriedenheit einher. Es konnten jedoch keine Hinweise dafür gefunden werden, dass die Auflösung eines gemeinsamen Haushalts im Umkehrschluss auch zu einem Absinken der Lebenszufriedenheit führen muss. Das liegt allem Anschein nach daran, dass Personen, die eine Trennung hinter sich haben, bereits auch vorher – in Zeiten des Zusammenlebens – weniger zufrieden mit ihrem Leben im Allgemeinen waren.

Übersicht 10
Lebenszufriedenheit nach Veränderungen in der Partnerschaft

Personengruppen nach Veränderungen in der Partnerschaft	Längerfristige Lebenszufriedenheit	Durchschnittliche Lebenszufriedenheit		
		In Jahr(en) des Gemeinsamlebens	In Jahr(en) des Alleinlebens	Differenz vor und nach Ereignis
(1) Dauerhaft Gemeinsamlebende	5,3 ²⁴	/	5,3	/
(2) Dauerhaft Alleinlebende	5,0 ¹³⁴	5,0	/	/
(3) Zusammengezogene	5,3 ²⁴	5,5	5,2	+0,31*
(4) Auseinandergezogene	4,5 ¹²³⁵	4,6	4,5	-0,10
(5) Mehrfach-Wechselnde	5,2 ⁴	5,3	5,2	+/-0,06

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2011.

Hochgestellte Zahlen geben die Personengruppe an, zu der ein signifikanter Unterschied in der längerfristigen Lebenszufriedenheit besteht (Scheffe Post-Hoc-Test; p-value < 0,05). - * = Die Jahre vor und nach dem Ereignis unterscheiden sich hinsichtlich der Lebenszufriedenheit signifikant voneinander (t-test verbundener Stichproben; p-value < 0,05). Längerfristige Lebenszufriedenheit = Arithmetisches Mittel der Lebenszufriedenheit in vier Beobachtungsjahren.

1.6

Conclusio

Im vorliegenden Sonderkapitel zur Lebensqualität im Zuge des *WgÖ?*-Indikatorenberichts wurden die verschiedenen Aspekte und Determinanten der Dimension „Allgemeine Lebenszufriedenheit“ untersucht und ihre Verstrebungen mit anderen Dimensionen der Lebensqualität sichtbar gemacht.

Die deskriptive Untersuchung der Lebenszufriedenheit unterschiedlicher soziodemografischer Gruppen zeigte, dass insbesondere junge Menschen, in Partnerschaft lebende Personen und Personen in hohen Einkommensquintilen sehr hohe Lebenszufriedenheitswerte aufweisen. Demgegenüber finden sich überdurchschnittlich hohe Anteile an Unzufriedenen in der Gruppe der Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, der getrennten, verwitweten oder geschiedenen Personen und bei Personen des ärmsten Einkommensquintils.

Eine Gegenüberstellung der mit ihrem Leben sehr zufriedenen und der insgesamt unzufriedenen Personen ergab darüber hinaus, dass mehr als die Hälfte der ersten Gruppe in Erwerbstätigkeit steht, in Partnerschaft lebt und ein hohes formales Bildungsniveau aufweist. Ein Großteil der Unzufriedenen ist hingegen arbeitslos oder pensioniert, ohne Partner und berichtet mehrheitlich einen schlechten oder sehr schlechten allgemeinen Gesundheitszustand.

Diese Befunde wurden in einem weiteren Schritt einer regressionsanalytischen Betrachtung zugrunde gelegt. Dabei bestätigte sich, dass insbesondere materielle Lebensbedingungen wie niedriges Einkommen oder Deprivation, arbeitsmarktbezogene Aspekte wie Arbeitslosigkeit und gesundheitliche Einschränkungen zu den negativen Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit zählen. Andererseits erwiesen sich vermutete Einflussgrößen wie das Bildungsniveau oder physische Unsicherheit als nicht für die Lebenszufriedenheit signifikant.

Abschließend wurden der zeitliche Verlauf und die Auswirkungen spezifischer Ereignisse auf die Lebenszufriedenheit untersucht. Dabei erwies sich die Lebenszufriedenheit im Durchschnitt als ein relativ stabiles Merkmal, das (im Beobachtungszeitraum) keinen großen zeitlichen Schwankungen ausgesetzt war. Jedoch brachte die Längsschnittanalyse zum Vorschein, dass hinter dem stabilen Trend durchaus Bewegung herrscht: 14% der untersuchten Gruppe war in vier Jahren wenigstens einmal unzufrieden. Signifikante Zuwächse in der Lebenszufriedenheit konnten jene Personen erzielen, die mit einem Partner/einer Partnerin zusammenzogen, die aus der Armutsgefährdung austreten konnten oder eine Verbesserung ihres Gesundheitszustands erfuhren. Umgekehrt trugen insbesondere Erkrankungen zu einem signifikanten Rückgang der Lebenszufriedenheit bei.

1.7

Methodische Erläuterungen

An dieser Stelle soll ein Überblick über die Daten, Zufriedenheits-Items und statistischen Methoden gegeben werden, die in diesem Kapitel verwendet werden. Einer kurzen Beschreibung des Datensatzes EU-SILC folgt eine Untersuchung des Items „Lebenszufriedenheit“, das dem Bereich des evaluativen Wohlbefindens zuzurechnen ist. Das Kapitel schließt mit einer kurzen Darstellung der angewendeten statistischen Methoden.

EU-SILC

In diesem Sonderkapitel werden ausschließlich Daten der Europäischen Haushaltserhebung EU-SILC 2011 verwendet, die für Österreich von Statistik Austria jährlich durchgeführt wird. Gegenstand von EU-SILC sind Einkommen und Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner österreichischer Privathaushalte. Das sind jene Haushalte, in denen mindestens eine Person ihren Hauptwohnsitz hat. Ausgenommen sind Personen in Anstalts Haushalten oder Gemeinschaftsunterkünften und Personen ohne festen Wohnsitz. Im Jahr 2011 lebten etwa 8,3 Mio. Personen in österreichischen Privathaushalten. Befragt werden in EU-SILC Personen, die mindestens 16 Jahre alt sind. Für die unter 16-Jährigen werden nur wenige Personenmerkmale über die Auskunftsperson erhoben. Alle Personen, die zum Befragungszeitpunkt im Haushalt leben, werden erfasst, also auch jene, deren Hauptwohnsitz nicht mit dem im für die Erhebung ausgewählten Privathaushalt identisch ist.

EU-SILC ist eine Primärerhebung. Auswahlrahmen und somit Datengrundlage für die Stichprobenziehung ist das Zentrale Melderegister (ZMR), das für alle in Österreich gemeldeten Personen die jeweiligen Adressdaten der gemeldeten Haupt- und Nebenwohnsitze enthält. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die so genannte Melde-realität nicht immer mit der Lebensrealität von Personen übereinstimmt, d.h. das ZMR enthält auch „Falschmeldungen“ (falsche Zuordnung der Hauptmeldung) oder es fehlen Meldungen von Personen.

In den 6.187 befragten Haushalten lebten insgesamt 13.933 Personen. Davon waren 2.458 Personen unter 16 Jahre alt und 11.475 mindestens 16 Jahre alt und kamen daher für ein persönliches Interview in Frage. Eingesetzt wurden

CAP¹³- und CAT¹⁴-Interviews. Für einige Personen wurden so genannte Proxyinterviews durchgeführt, d.h. die Auskunftsperson des Haushalts antwortete für diese Person.

Das integrierte Quer- und Längsschnittdesign von EU-SILC ermöglicht zwei analytische Perspektiven. Einerseits werden im Querschnitt alle Rotationen eines Jahres betrachtet. So kann der jeweilige Zustand beleuchtet werden, der aus den Erhebungsdaten für den jeweiligen Zeitraum hervorgeht. Andererseits wird ein Teil der Stichprobe über vier Jahre hinweg weiterverfolgt. Somit können auf Basis von EU-SILC auch Verlaufsanalysen ausgeführt und dynamische Entwicklungen betrachtet werden (für weitere Informationen siehe Glaser und Heuberger 2010).

Verwendete Items

Die Frage nach der Lebenszufriedenheit wird in EU-SILC im Wortlaut wie folgt gestellt:

„Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem mit Ihrem Leben?“

Folgende Antwortmöglichkeiten stehen zur Verfügung:

- 1 Sehr zufrieden
- 2 Ziemlich zufrieden
- 3 Eher zufrieden
- 4 Eher unzufrieden
- 5 Ziemlich unzufrieden
- 6 Sehr unzufrieden

- Keine Angabe
- Weiß nicht

Für die hier durchgeführten Analysen werden aus methodischen Gründen nur jene Antworten berücksichtigt, die eine der sechs Kategorien angeben. Somit sind Aussagen über die Grundgesamtheit nur eingeschränkt möglich. Wie Übersicht 11 zeigt, ist der Großteil der Item-Ausfälle darauf zurückzuführen, dass hier Proxy-Interviews geführt wurden (1.236 Interviews). Subjektive Einschätzungen können nur individuell beantwortet werden. Kinder unter 16 Jahren werden nicht befragt, für sie können

13) Computer assisted personal interviews

14) Computer assisted telephone interviews

Übersicht 11

Darstellung des Zufriedenheits-Items

	Item der Lebenszufriedenheit	
	absolut (ungewichtet)	in % (hochgerechnet)
Gültige Antworten	10.159	71,8
keine Angabe	13	0,1
Proxy-Interviews	1.236	11,6
Kinder < 16 Jahren	2.458	15,9
Sonst. Missing	67	0,5
Gesamtstichprobe	13.933	100,0

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011

daher auch keine Aussagen getroffen werden. Nur wenige direkt befragte Respondenten machten keine Angabe.

Auf die Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren hochgerechnet bedeutet dies, dass hinsichtlich des Zufriedenheits-Items über rd. 12% keine Informationen vorhanden sind. Die Ergebnisse der folgenden Analysen sind vor diesem Hintergrund zur interpretieren.

Skala

In unterschiedlichen Erhebungen wurden für Fragen zum subjektiven Wohlbefinden verschiedene Skalen verwendet (Stevenson & Wolfers 2008). Diese variieren dabei von vier konkreten Antwortmöglichkeiten (sehr zufrieden, einigermaßen zufrieden, nicht sehr zufrieden, gar nicht zufrieden) bei der Eurobarometer-Erhebung über sieben Antwortmöglichkeiten im British Household Panel bis hin zu einer zehn- oder elfteiligen Skala ohne Labels (European Quality of Life Survey, EU-SILC Sondermodul 2013, Annual Population Survey U.K.). EU-SILC Österreich verwendet für die Zufriedenheitsfragen die oben beschrie-

bene sechsteilige Skala. Diese wurde in früheren Studien als valide erachtet und häufiger verwendet, wird heute aber üblicherweise zugunsten einer Bandbreitenskala (0-10 oder 1-10) ohne genaue Labels ersetzt. In EU-SILC wurde die Skala aus Gründen der Vergleichbarkeit seit 2005 fortgesetzt. Im Sondermodul 2013 wird sie durch eine elfteilige Skala ersetzt.

Verschiedene Skalen können zu unterschiedlichem Antwortverhalten führen. Es ist daher oft schwierig, Items aus unterschiedlichen Datenquellen zu vergleichen, die nicht dieselben Skalen verwenden. Auch verschiedene Labels (Bezeichnungen) können einen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Hierzu bedarf es jedoch weiterer – auch qualitativer – Untersuchungen. Auch die Formulierung der Fragen selbst beeinflusst die Respondenten in ihrem Antwortverhalten (Pavot & Diener 2008).

Trends und längsschnittliche Betrachtung (Panelanalyse)

Die vorliegende Analyse schließt mit einer Betrachtung über Trends und Übertritte. Trends werden anhand der Querschnittsdaten aus EU-SILC 2004-2011 beantwortet. Es werden dazu alle Personen der jeweiligen Wellen betrachtet, für die auf die Frage nach der Lebenszufriedenheit Angaben vorhanden sind. Fehlende Antworten kommen wiederum in erster Linie durch Proxy-Interviews zustande. Nur wenige Ausfälle sind der Verweigerung der Antwort geschuldet (siehe Übersicht 12). Am höchsten fällt der Anteil der Ausfälle im Jahr 2008 aus, für hochgerechnet 27,6% der Bevölkerung kann in diesem Jahr keine Aussage zur Lebenszufriedenheit getrof-

Übersicht 12

Item-Non-Response „Lebenszufriedenheit“ 2004 - 2011

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	absolut ¹⁾							
Proxy-Interviews ³⁾	1.297	2.551	2.352	2.650	2.928	2.477	1.562	1.236
keine Angabe	26	30	20	87	11	13	13	13
gültige Antworten	7.880	7.783	9.602	10.654	7.825	8.572	9.857	10.159
Total	9.203	10.364	11.974	13.391	10.764	11.062	11.432	11.408
	in % ²⁾							
Proxy-Interviews ³⁾	13,1	23,8	19,3	19,5	27,5	23,2	14,5	11,6
keine Angabe	0,3	0,4	0,2	0,7	0,1	0,1	0,1	0,1
gültige Antworten	86,5	75,8	80,6	79,9	72,4	76,7	85,4	88,2
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004 bis EU-SILC 2011.

Nur Personen ab 16 Jahren. - 1) ungewichtet 2) gewichtet 3) keine Angabe für nicht-befragte Personen möglich.

fen werden¹⁵. Mit 11,8% ist im Jahr 2011 der Item-Non-Response am geringsten.

Zur Analyse von Lebenszufriedenheit im Längsschnitt wird in weiterer Folge auf jenen Teil der Stichprobe von EU-SILC zurückgegriffen, der in allen vier aufeinanderfolgenden Jahren von 2008 bis 2011 befragt wurde. Da die Frage nach der Lebenszufriedenheit erst ab 16 Jahren gestellt wird, werden aus der Längsschnittpopulation nur Personen ausgewählt, die im ersten Jahr des Panels, also im Jahr 2008, mindestens 16 Jahre alt waren. Diese 1.972 Personen haben damit theoretisch die Chance, hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit analysiert zu werden. Tatsächlich können jedoch nur 68% dieser Gruppe (1.340 Personen) für die Analyse berücksichtigt werden, da 632 Personen aufgrund fehlender Antworten zur Lebenszufriedenheit aus der Längsschnittanalyse ausgeschlossen werden müssen.¹⁶ Die Ergebnisse beziehen sich daher wie auch bei der Trendanalyse nur auf jenen Teil der Personen, für den Angaben zur Lebenszufriedenheit vorliegen.

Statistische Verfahren

Hauptsächlich werden in diesem Sonderkapitel zwei Typen von Analysen verwendet: bivariate Analysen und multivariate Regressionsanalysen.

- **Bivariate Analysen:** Diese sind darauf gerichtet, Zusammenhänge zwischen einem einzelnen Prädiktor oder bestimmenden Variablen und einer einzelnen Ergebnisvariablen zu beleuchten. Beispielsweise kann die Beziehung zwischen Alter und Lebenszufriedenheit oder zwischen Lebenszufriedenheit und Geschlecht betrachtet werden. In den meisten Fällen werden statistische Tests durchgeführt, um die Signifikanz der beobachteten Effekte zu testen. Dahinter verbirgt sich die Frage, ob die beobachteten Unterschiede tatsächliche Differenzen der Grundgesamtheit widerspiegeln.
- **Multivariate lineare Regressionen:** In einer multivariaten Regression können verschiedene Prädiktoren innerhalb einer Analyse untersucht werden. Dadurch kann die relative Größe von Effekten eruiert und bestimmt werden, welche Einflussgrößen wichtig im Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit sind. Technisch gesprochen überprüft eine multivariate Regressionsanalyse die unterschiedlichen Effekte einer Anzahl von unabhängigen Variablen auf eine einzelne abhängige Variable, um Faktoren zu identifizieren, die statistisch verbunden sind unter Kontrolle der Effekte anderer Variablen, und um die relative Stärke der jeweiligen Faktoren zu vergleichen.

15) Ein Grund für den hohen Anteil der Proxy-Interviews ist, dass im Jahr 2008 erstmals telefonische Befragungen durchgeführt wurden und für den Großteil der Haushalte noch keine Informationen über die telefonische Erreichbarkeit der einzelnen Haushaltsmitglieder vorhanden waren. Zudem zeigte sich Schulungsbedarf hinsichtlich der Kriterien für die Zulässigkeit von Proxy-Interviews.

16) Die Antworten können dabei in allen vier Jahren oder auch nur in einem einzigen Jahr fehlen.

QUELLEN

- Abdallah, S & Shah, S. (2012). *Well-being patterns uncoverd: An analysis of UK data*. London: new economics foundation.
- Abdallah, S., Stoll, L & Eiffe, F. (im Erscheinen). *Monitoring Quality of Life in Europe: Subjective Well-being. EQLS Analytical Reports*. Dublin: Eurofound.
- Berthoud, R, Blekesaune, M. & Hancock, R. (2006). *Are poor pensioners deprived?* Research Report No. 364. Norwich; De-partment of Work and Pensions.
- BMASK/Statistik Austria (2013). *Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011*. Wien: BMASK.
- Boarini, R., Comola, M., Smith, C., Manchin, R. & de Keuenaer, F. (2012). *What Makes for a Better Life?: The Determinants of Subjective Well-Being in OECD Countries – Evidence from the Gallup World Poll*. OECD Statistics Working Papers, 2012/03, OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5k9b9ltjm937-en>
- Brown, A., Charlwood, A., & Spencer, D. A. (2012). Not all that it might seem: why job satisfaction is worth studying despite it being a poor summary measure of job quality. *Work, Employment & Society*, 26(6), 1007-1018.
- Bucher, A. (2009). *Psychologie des Glücks – Ein Handbuch*. Basel: Beltz.
- Cárdenas, M. & Mejía, C. (2008). *Education and Life satisfaction: Perception or Reality?* Draft Paper, Università degli Studi di Napoli Parthenope.
- Cheung, H & Chan, A.W.H. (2009). The Effect of Education on Life Satisfaction Accross Countries. *The Alberta Journal of Educational Research* 55 (1), 124-136.
- Cuñado, J. & F. Pérez-de-Gracia (2012). Does Education Affect Happiness? Evidence for Spain. *Social Indicators Research*, 108(1), 185-196.
- Deci, E. & Ryan, R. (1980). Self-determination theory: When mind mediates behavior. *Journal of Mind and Behavior*, 1, 33–43.
- Diener, E.D. (2000). Subjective well-being: The science of happiness and a proposal for a national index. *American Psychologist*, 55(1), 34.
- Diener, E. D., Emmons, R. A., Larsen, R. J., & Griffin, S. (1985). The satisfaction with life scale. *Journal of Personality Assessment*, 49(1), 71-75.
- Diener, E.D. & Tov, W (2011). National accounts of well—being. *KC Land, AC Michalos* 8, 137-158.
- Dolan, P., Peasgood, T. & White, M. (2008). Do we really know what makes us happy? A review of the economic literature on the factors associated with subjective well-being. *Journal of Economic Psychology*, 29, 94-122.
- Eiffe, F., Till, M., Heuberger, R., Glaser, T., Kafka, E., Lamei, N., Skina-Tabue, M. & Till-Tentschert, U. (2012). *Soziale Lage älterer Menschen. Sozialpolitische Studienreihe Band 11*. Wien: BMASK.
- Eiffe, F. & Till, M. (2013). *The longitudinal component of EU-SILC: Still underused?* Wien: Statistik Austria.
- Eurofound (2012). *Third European Quality of Life Survey – Quality of Life in Europe: Impacts of the Crisis*. Luxembourg; Publications Office of the European Union.
- Eurostat (2011). *Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development Final Report adopted by the European Statistical System Committee*. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/pgp_ess/0_DOCS/estat/SpG_Final_report_Progress_wellbeing_and_sustainable_deve.pdf

- Ferrer-i Carbonell, A. & Frijters, P. (2004). How important is methodology for the estimates of the determinants of happiness? *The Economic Journal*, 114 (7), 641-659.
- Ferrer-i Carbonell, A. (2005). Income and well-being: an empirical analysis of the comparison income effect. *Journal of Public Economics*, 89(5), 997-1019.
- Fleche, S., Smith, C. & Sorsa, P. (2011). *Exploring Determinants of Subjective Wellbeing in OECD Countries – Evidence from the World Value Survey*. Working Paper, 921. Paris: OECD Economics Department.
- Ferrante, F. (2009). Education, Aspirations and Life Satisfaction. *Kyklos*, 62(4), 542-562.
- Frey, B.S. and Stutzer, A. (2002). *Happiness and economics: how the economy and institutions affect well-being*. Princeton: Princeton University Press.
- Glaser, T. & Heuberger, R. (2010). *Standarddokumentation Metainformationen zu EU-SILC 2010*. Wien: Statistik Austria. http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/gd/documents/stdok/067630.pdf#page=bookmarks
- Gong, H., Cassels, R. & Keegan, M. (2011). *Understanding Life Satisfaction and the Education Puzzle in Australia: A profile from HILDA Wave 9*. NATSEM Working Paper 11/12 <http://www.natsem.canberra.edu.au/storage/WP12%20Final%20for%20Web.pdf>
- Inglehart, R. (1990). *Culture shift in advanced industrial society*. Princeton: Princeton University Press.
- Kahneman, D. (1999). Objective happiness. In: D. Kahneman, E. Diener & N. Schwartz (Hrsg.), *Well-Being. The Foundations of Hedonic Psychology*. New York: Russell Sage Foundation.
- Kahneman, D., & Deaton, A. (2010). High income improves evaluation of life but not emotional well-being. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 107(38), 16489-16493.
- Kahneman, D., Fredrickson, B. L., Schreiber, C. A., & Redelmeier, D. A. (1993). When more pain is preferred to less: Adding a better end. *Psychological Science*, 4(6), 401-405.
- Kaiser, L.C. (2007). Gender job-satisfaction differences across Europe: An indicator for labour market modernization. *International Journal of Manpower*, 28(1), 75-94.
- Kosic, A., Kruglanski, A. W., Pierro, A., & Mannetti, L. (2004). The social cognition of immigrants' acculturation: effects of the need for closure and the reference group at entry. *Journal of Personality and Social Psychology*, 86(6), 796.
- Krueger, A., Kahneman, D., Fischler, D., Schkade, D., Schwarz, N. & Stone, A. (2009). Time use and subjective well-being in France and the U.S. *Social Indicators Research*, 93, 7-18.
- Michalos, Alex C. (1985). Multiple discrepancies theory (MDT). *Social indicators research* 16(4), 347-413.
- Mill, J.S. (2004). *Der Utilitarismus*. Stuttgart: Reclam.
- Noelle-Neumann, E. (1997). Wie man ohne Fragen feststellen kann, ob ein Mensch glücklich oder unglücklich ist. In E. Noelle-Neumann & R. Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1993-1997*, Allensbach: Verlag für Demoskopie.
- OECD (2011). *How's Life? Measuring well-being*. OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264121164-en>
- OECD (2013). *OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being*. Paris: OECD Publishing.
- OECD (im Erscheinen, 2013). *How's Life*. Paris: OECD Publishing.
- Oguz, S., Merad, S. & Snape, D. (2013). *Measuring National Well-being – What matters most to Personal Well-being?* Office for National Statistics, London. http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171766_312125.pdf
- Pavot, W. (2008). The Assessment of Subjective Well-Being. In: M. Eid & R.J. Larsen (Hrsg.), *The Science of Subjective Well-Being*. New York: The Guilford Press.

- Pavot, W. & Diener, E.D. (2008). The satisfaction with life scale and the emerging construct of life satisfaction. *The Journal of Positive Psychology*, 3(2), 137-152.
- Robbins, L. (1932). *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*. Macmillon: London.
- Sacks W. D., Stevenson, B. & Wolfers, J. (2010). *Subjective Well-being, Income, Economic Development and Growth*, NBER Working Paper No 16441, National Institute of Economic Research.
- Salinas-Jiménez, M.M., Artés, J. & Salinas-Jiménez, J. (2010). Education as a Positional Good: A Life Satisfaction Approach. *Social Indicators Research*, 103(3), 409-426.
- Seidlitz, L.Z. and Diener, E. (1998). Sex differences in the recall of affective experiences. *Journal of Personality and Social Psychology*, 74, 262-271.
- Seligman, M. (2011). *Flourish: A New Understanding of Happiness and Well-Being – and How to Achieve them*. London: Nicholas Brealy .
- Stiglitz, J., Sen, A. & Fittoussi, J. (2009). *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Retrieved from www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- Siahpush M., Spittal M. & Singh G.K. (2008). Happiness and life satisfaction prospectively predict self-rated health, physical health, and the presence of limiting, long-term health conditions. *Science of Health Promotion*, 23(1), 18-26.
- Statistik Austria (2012). *Migration und Integration: Figures, Data, Indicators*. Wien: Statistik Austria.
- Stevenson, B. & Wolfers, J. (2008). Economic growth and subjective well-being: Reassessing the Easterlin paradox. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2008 (1), 1-87.
- Suh, E., Diener, E., Oishi, S., & Triandis, H. C. (1998). The shifting basis of life satisfaction judgments across cultures: Emotions versus norms. *Journal of Personality and Social Psychology*, 74(2), 482.
- Thurmaier, F., Engl, J. and Hahlwig, K. (1999). Eheglück auf Dauer? Methodik, Inhalte und Effektivität eines präventiven Paarkommunikationstrainings - Ergebnisse nach fünf Jahren. *Zeitschrift für klinische Psychologie und Psychotherapie*, 28 (1), 54-62.
- Tinkler, L und Hicks, S. (2011). *Measuring Subjective Well-being*. London: Office for National Statistics.
- Waite, L.J. (1995). Does Marriage Matter? *Demography*, 32, 483-507.
- Wegscheider-Pichler, A. (2012). *How living conditions affect the assessment of the quality of life, Analysis under the perspective of the dimensions of GDP and beyond*. CIRET-Conference, 6th of September 2012, Vienna.





Annex

Tabelle 1	Ergebnisse der Gesamtregression	194
Tabelle 2	Ergebnisse der Gesamtregression inkl. Soziale Beziehungen (Modul 2006)	195
Tabelle 3	Ergebnisse der Gesamtregression inkl. Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen	196

Tabelle 1
Ergebnisse der Gesamtregression

Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten		
	Regressionskoeffizient	Standardfehler	Pr > t
Intercept	4,615	0,152	<.0001
Demografie			
Referenz: Frauen			
Männer	-0,050	0,019	0,007
Alter			
Alter in Jahren	-0,015	0,004	<.0001
Alter*Alter	0,000	0,000	<.0001
Referenz: in Partnerschaft lebend			
nicht in Partnerschaft lebend	-0,272	0,023	<.0001
Referenz: in Österreich geboren			
nicht in Österreich geboren	-0,127	0,034	0,0001
Referenz: Reichstes Einkommensquintil			
ärmstes Quintil	-0,299	0,038	<.0001
2. Quintil	-0,135	0,033	<.0001
3. Quintil	-0,092	0,030	0,0023
4. Quintil	-0,049	0,031	0,1094
Materielle Lebensbedingungen			
Referenz: nicht depriviert			
depriviert	-0,649	0,084	<.0001
Produktive Tätigkeiten und Arbeit			
Referenz: ArbeitnehmerIn			
selbständig	-0,060	0,038	0,1101
mithelfend im Familienbetrieb	0,047	0,122	0,7027
arbeitslos	-0,404	0,072	<.0001
in Elternkarenz	-0,014	0,076	0,8583
in Ausbildung	0,118	0,049	0,0167
PensionistIn	0,085	0,036	0,0181
nicht erwerbsfähig (Gesundheit)	-0,140	0,136	0,3062
nicht erwerbstätig (andere Gründe)	0,052	0,154	0,7358
Präsenzdienst	0,042	0,046	0,3562
Hausfrau/-mann	-0,314	0,197	0,1113
Gesundheit			
Referenz: Allgemeiner Gesundheitszustand „sehr schlecht“			
Sehr gut	1,525	0,117	<.0001
gut	1,213	0,115	<.0001
mittelmäßig	0,859	0,116	<.0001
schlecht	0,408	0,121	0,0008
Bildung			
Referenz: Universitätsabschluss			
max. Pflichtschule	-0,074	0,039	0,0581
mittlere Schule / Lehre	0,012	0,031	0,6943
Matura	-0,016	0,034	0,6295
Physische Unsicherheit			
Referenz: nicht von physischer Unsicherheit betroffen			
von physischer Unsicherheit betroffen	-0,031	0,035	0,3786
Natürliche Wohnumgebung			
Referenz: nicht von Lärm belästigt			
von Lärm belästigt	-0,087	0,033	0,0082
Referenz: keine Luft-/Wasserverschmutzung			
von Luft-/Wasserverschmutzung betroffen	-0,072	0,038	0,0568

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2011, lineare Regression mit gewichteten Daten (SAS Prozedur PROQ Surveyreg), R²=27,11

Tabelle 2
Ergebnisse der Gesamtregression inkl. Soziale Beziehungen (Modul 2006)

Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten			
	Schätzwert	Standardfehler	t-Wert	Pr > t
Intercept	4,244	0,176	24,08	<.0001
Demografie				
Referenz: Frauen				
Männer	-0,068	0,018	-3,81	0,000
Referenz: Jahr				
Alter	-0,016	0,003	-4,71	<.0001
Alter*Alter	0,000	0,000	6,11	<.0001
Referenz: in Partnerschaft lebend				
nicht in Partnerschaft lebend	-0,274	0,023	-12,08	<.0001
Referenz: in Österreich geboren				
nicht in Österreich geboren	-0,128	0,031	-4,12	<.0001
Referenz: Reichstes Einkommensquartil				
ärmstes Quartil	-0,299	0,030	-9,95	<.0001
2. Quartil	-0,124	0,027	-4,62	<.0001
3. Quartil	-0,056	0,025	-2,21	0,0269
Materielle Lebensbedingungen				
Referenz: nicht depriviert				
depriviert	-0,468	0,092	-5,09	<.0001
Produktive Tätigkeiten und Arbeit				
Referenz: ArbeitnehmerIn				
selbständig	-0,021	0,037	-0,59	0,5579
mithelfend im Familienbetrieb	0,218	0,168	1,3	0,1937
arbeitslos	-0,464	0,063	-7,4	<.0001
in Elternkarenz	-0,004	0,052	-0,08	0,9374
in Ausbildung	0,237	0,052	4,57	<.0001
PensionistIn	0,012	0,033	0,37	0,7091
nicht erwerbsfähig (Gesundheit)	0,082	0,182	0,45	0,6529
nicht erwerbstätig (andere Gründe)	-0,258	0,123	-2,1	0,036
Präsenzdienst	0,346	0,175	1,97	0,0487
Hausfrau/-mann	0,067	0,034	1,95	0,0518
Gesundheit				
Referenz: Allgemeiner Gesundheitszustand „sehr schlecht“				
Sehr gut	1,784	0,124	14,44	<.0001
gut	1,472	0,122	12,07	<.0001
mittelmäßig	1,187	0,121	9,81	<.0001
schlecht	0,638	0,125	5,1	<.0001
Bildung				
Referenz: Universitätsabschluss				
max. Pflichtschule	-0,148	0,037	-4	<.0001
mittlere Schule / Lehre	-0,059	0,031	-1,92	0,0551
Matura	-0,010	0,036	-0,29	0,7754
Physische Unsicherheit				
Referenz: nicht von physischer Unsicherheit betroffen				
von physischer Unsicherheit betroffen	-0,046	0,032	-1,46	0,1449
Natürliche Wohnumgebung				
Referenz: nicht von Lärm belästigt				
von Lärm belästigt	-0,111	0,027	-4,12	<.0001
Referenz: keine Luft-/Wasserverschmutzung				
von Luft-/Wasserverschmutzung betroffen	-0,143	0,045	-3,15	0,0016
Soziale Beziehungen				
Referenz: kann mit Hilfe rechnen				
kann nicht mit Hilfe rechnen	-0,208	0,042	-5,01	<.0001

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006, lineare Regression mit gewichteten Daten (SAS Prozedur PROQ Surveyreg), R²=29,79

Tabelle 3

Ergebnisse der Gesamtregression inkl. Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen

Parameter	Geschätzte Regressionskoeffizienten			
	Schätzwert	Standardfehler	t-Wert	Pr > t
Intercept	4,355	0,178	24,5	<.0001
Demografie				
Referenz: Frauen				
Männer	-0,022	0,022	-1,02	0,306
Referenz: Jahr				
Alter	-0,015	0,004	-3,39	0,0007
Alter*Alter	0,000	0,000	3,52	0,0004
Referenz: in Partnerschaft lebend				
nicht in Partnerschaft lebend	-0,227	0,026	-8,56	<.0001
Referenz: in Österreich geboren				
nicht in Österreich geboren	-0,178	0,039	-4,52	<.0001
Referenz: Reichstes Einkommensquartil				
ärmstes Quartil	-0,257	0,038	-6,8	<.0001
2. Quartil	-0,158	0,035	-4,48	<.0001
3. Quartil	-0,097	0,032	-3,03	0,0024
Materielle Lebensbedingungen				
Referenz: nicht depriviert				
depriviert	-0,399	0,085	-4,66	<.0001
Produktive Tätigkeiten und Arbeit				
Referenz: ArbeitnehmerIn				
selbständig	-0,010	0,041	-0,25	0,803
mithelfend im Familienbetrieb	-0,026	0,148	-0,17	0,8615
arbeitslos	-0,360	0,072	-5	<.0001
in Elternkarenz	-0,095	0,100	-0,95	0,3434
in Ausbildung	0,169	0,061	2,78	0,0055
PensionistIn	0,039	0,042	0,94	0,3482
nicht erwerbsfähig (Gesundheit)	-0,585	0,204	-2,86	0,0042
nicht erwerbstätig (andere Gründe)	-0,187	0,155	-1,2	0,2298
Präsenzdienst	0,421	0,190	2,22	0,0268
Hausfrau/-mann	-0,003	0,047	-0,07	0,9467
Gesundheit				
Referenz: Allgemeiner Gesundheitszustand „sehr schlecht“				
Sehr gut	1,711	0,133	12,83	<.0001
gut	1,500	0,132	11,39	<.0001
mittelmäßig	1,175	0,131	8,95	<.0001
schlecht	0,708	0,137	5,16	<.0001
Bildung				
Referenz: Universitätsabschluss				
max. Pflichtschule	-0,067	0,046	-1,47	0,1424
mittlere Schule / Lehre	-0,003	0,035	-0,08	0,9397
Matura	-0,047	0,038	-1,21	0,2251
Physische Unsicherheit				
Referenz: nicht von physischer Unsicherheit betroffen				
von physischer Unsicherheit betroffen	-0,024	0,035	-0,67	0,4999
Natürliche Wohnumgebung				
Referenz: nicht von Lärm belästigt				
von Lärm belästigt	-0,195	0,036	-5,42	<.0001
Referenz: keine Luft-/Wasserverschmutzung				
von Luft-/Wasserverschmutzung betroffen	-0,088	0,047	-1,89	0,0586
Qualität der gesellschaftlichen Organisation				
Referenz: politisches System funktioniert überhaupt nicht gut - völlige Änderung				
gut, keine Änderung	0,102	0,056	1,81	0,0704
im Großen und Ganzen gut - kleine Änderungen	0,067	0,032	2,11	0,0347

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009, lineare Regression mit gewichteten Daten (SAS Prozedur PROQ Surveyreg), R²=24,18

Wir danken allen Stakeholdern für ihre aktive Beteiligung an diesem Projekt und die gute Zusammenarbeit mit STATISTIK AUSTRIA: Armutskonferenz, Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wirtschaft, Jugend und Familie, EUI – European University Institute, IFF-Wien, IHS – Institut für Höhere Studien, IV – Industriellenvereinigung, Kammer für Arbeiter und Angestellte, MODUL University, Ökosoziales Forum, ÖGB – Österreichischer Gewerkschaftsbund, OeNB – Österreichische Nationalbank, SERI – Sustainable Europe Research Institute, Umweltbundesamt, Volkshilfe, WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WKÖ – Wirtschaftskammer Österreich, WU – Wirtschaftsuniversität Wien.